

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
27. Jahrgang 2010 Heft 2
ISBN 978-3-89472-584-6
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kiffler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Walter
Euchner, Klaus Faber, Thomas Goger, Horst
Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Jens
Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas Noetzel,
Roland Popp, Walter Reese-Schäfer, Hans-
Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer,
Joachim Spangenberg,

Redaktionsleitung:

Roland Popp
eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:

c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:

www.hds-perspektiven.de
www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:

Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektiven ds* und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die *perspektiven ds* erscheinen zweimal im

Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

© Schüren Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.

Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag

Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Linke Geschichte - linke Gegenwart - linke Zukunft

perspektivends
2/10

Inhalt

Editorial	4	<i>Christina Morina</i> Szenen einer marxistischen Familie: Historischer Streifzug durch die vernetzte Lebenswelt führender Marxisten, 1871–1917	55
Aktueller Beitrag		<i>Daniela Honigmann</i> Alte Gräben überwinden: Die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ beim August Bebel Institut	70
<i>Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber</i> Ist Thilo Sarrazin ein Sozialdemokrat?	7	<i>Nikolas R. Dörr</i> Der Eurokommunismus als Herausforderung für die europäische Sozialdemokratie: Die Beispiele Frankreich und Italien	83
Themenschwerpunkt: Linke Geschichte – linke Gegenwart – linke Zukunft			
<i>Klaus-Jürgen Scherer</i> Neue Denkkarte der linken Mitte	10	<i>Horst Heimann</i> Aus der Geschichte des Sozialismus für seine Zukunft lernen?!	103
<i>Helga Grebing</i> Ende der ‚dritten Wege‘, Verlust der ‚neuen Mitte‘, Abschied von der Volkspartei – welche Zukunft hat die Sozialdemokratie?	22	Beiträge und Diskussionen	
<i>Jan Turowski</i> Der Politikdiskurs der Sozialdemokratie	36	<i>Klaus Faber</i> Bologna und einige Folgen: Bemerkungen zur Wissenschaftspolitik	118
<i>Leonard Dobusch, Nikolaus Kowall</i> Neoreformistische Perspektiven. Die Krise des Kapitalismus und die der Sozialdemokratie hängen in Europa eng zusammen	44	<i>Ulrich Heyder</i> Wirtschaftsethik und soziale Marktreform angesichts der Finanzkrise	125
<i>Siegfried Heimann</i> Was ist ein linker Lebenslauf?	51	<i>Karsten D. Voigt</i> Vom jungen Sozialisten zum „elder statesman“ – Willy Brandts Verhältnis zu den USA	142

<i>Hagen Weiler</i> Zwischenruf zum „Demokratischen Sozialismus“: Anmerkungen zur Debatte zwischen Horst Heimann und Franziska Drohsel	146	<i>Klaus Faber</i> Nachruf auf Hermann Scheer (1944–2010)	158
<i>Jan-Philipp Küppers</i> Anatomie politischer Destruktivität – Essay für eine gestalterische Politik	151	<i>Matthias Möhring-Hesse</i> Rezension zu: Andrea Nahles: Frau, gläubig, links. Was mir wichtig ist.	162
		Autorinnen und Autoren	166

Berichte und Rezensionen

<i>Helga Grebing</i> Rezension zu: Ilse Fischer (Hg): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/1990.	156
--	-----

Editorial

Dieses Heft der perspektiven *ds* beschäftigt sich im Schwerpunkt mit dem Thema „Linke Geschichte – linke Gegenwart – linke Zukunft“. Der Titel soll zum Ausdruck bringen, dass linke Politik auf alle diese Zeitebenen ausstrahlt und sich gleichzeitig auf ein historisches Fundament stützen kann und dieses reflektieren muss, auf Gegenwartsdiagnosen mit Realismus und Alternativdenken sich bewegen und Zukunftsvorstellungen jenseits des Alltäglichen im Auge behalten soll. Die verschiedenen Beiträge nehmen mit unterschiedlichen individuellen Blickwinkeln diese Themenhorizonte in den Blick.

Von zentraler Bedeutung ist dabei, inwieweit ein global agierender Kapitalismus zu zähmen ist. Kann und soll er überhaupt gezähmt werden? Oder ist es für den global agierenden Kapitalismus nicht ein wesentliches Merkmal, sich jeder neuen Zählung zu widersetzen und sich selbst immer wieder neu zu erfinden, neue Dynamiken und „Wildheiten“ zu entwickeln?

Die Sozialstaatsdiskussion der letzten Jahre hat zumindest versucht, sich über die sozialstaatlichen „Dressuren“ zu verständigen. Ausgehend von Göran Esping-Andersen und seiner 1990 erstmalig erschienenen Schrift über „Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ hat sich seitdem eine Debatte entfaltet, die die unterschiedlichen Traditionen und Mechanismen des angelsächsischen, des skandinavischen und des deutschen Sozialstaats-Kapitalismus entziffert und einordnet. *Helga Grebing* knüpft in ihrem Beitrag an dieser Debatte an.

Wie die Kapitalismuskritik in der „Linken“ geführt wird, behandelt *Klaus-Jürgen Scherer*. Und dabei ist Positives zu vermelden: Trotz aller Unterschiede in den „Zirkeln“, „Think Tanks“ und „Vereinen“ ist zumindest wohlthuend, dass die sektiererischen „Hau-drauf-Auseinandersetzungen“ mit heftigen innerlinken „Feindaufstellungen“ nur noch selten zu vernehmen sind. Das Bedürfnis nach übergreifender Debatte in der Linken und linken Mitte scheint (zumindest bis jetzt) den Dogmatismus noch niederhalten zu können.

Wichtig sind diese Debatten – die wir auch auf unserer HDS-Jahrestagung im Oktober 2010 geführt haben – für alle Beteiligten. Sie eröffnen theoretische und praktische Türen für linke Politik. Freilich sollte damit nicht gleich eine verengte und schwärmerische Politik einer vereinigten Linken – ob in „Volksfront- oder Bündnispolitiken“ – die Szene bestimmen.

Auf unserer HDS-Jahrestagung ist auch ein von *Richard Saage* eingebrachtes Papier zur Sarrazin-Debatte zur Diskussion gestellt worden. Die Mitgliedschaft unterstützte ausdrücklich die in diesem Papier vertretenen Thesen.

Freilich ist diese Sarrazin-Debatte noch nicht an ihr Ende gekommen. Die nächste Ausgabe der perspektiven *ds* wird sich ausführlich mit dem Thema Integration beschäftigen, wobei es natürlich nicht nur um die – sicherlich wichtige – Migrationsdebatte gehen kann, sondern um Integration für viele andere Bevölkerungsgruppen, denen die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben nicht ermöglicht wird. Wer arm ist – oder gerade mal finanziell

so über die Runden kommt – hat ebenso Integrationswünsche, die ihm versagt bleiben. Grundsätzlich geht es also bei der Integrationsdebatte um Des-Integration, Ausgeschlossen-Sein und Nicht-Anerkennung – unabhängig von der ethnischen Herkunft.

Wie geschickt Union und FDP aber die Migrationsdebatte in eine konfliktfreie Richtung gelenkt haben, zeigt sich an der Debatte um die Einwanderung von Hochqualifizierten. Sicherlich ist die Einwanderung von Hochqualifizierten ein wichtiges Thema, und alle Parteien sollten sich auch darüber Gedanken machen. Aber damit ist der Sprengstoff, der in der gesellschaftlichen Wirklichkeit über dem Thema Integration liegt, schon wieder entschärft. Plötzlich geht es nicht mehr (oder nur noch in ressentimentgeladener Verachtung) um Ausschuß, Benachteiligung und Zurückweisung von Unterschichten und Armutsklassen; es geht nicht mehr um den Schichten- und Klassencharakter einer Gesellschaft, die für viele Menschen (unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft) anständig bezahlte Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten vorenthält. Plötzlich fokussiert sich die Debatte auf das Thema „Hochqualifizierte“ – der gesellschaftliche Streit über eine gerechte Gesellschaft wird damit eskamotiert und seine ganze Brisanz „stillgelegt“. Die Perspektiven *ds* werden deshalb im nächsten Heft diese Auseinandersetzung nicht weichspülen, sondern inhaltlich mit einem starken Konfliktbewußtsein führen.

Freilich gehört zu dieser Debatte um die Sarrazin-Thesen auch, warum so

viele Menschen seine Positionen teilen. Dass eine Mittelschicht sich mit Abstiegängsten auseinandersetzen muß, mag ein Grund sein: Aber dass gerade die von Sarrazin öfters in seinem Buch als „funktionslose und unproduktive Schichten“ beschriebenen Bevölkerungsgruppe seinen Thesen folgt, hat wohl damit zu tun, dass der Alltagskampf in den Unterschichten um Arbeit, Bildung, Wohnen, Lebenskultur und Lebensorientierungen, um Gerüche und Lautstärken, um Geprotze und Verschüchterung zwischen deutschen und ausländischen Unterschichten in vielen Stadtvierteln entbrannt ist. Wer kann zieht aus diesen Wohnvierteln weg, und das versuchen hier auch all jene, die es sich leisten können – auch hier wiederum unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft. *Anerkennung* der Probleme ist die Voraussetzung für die *Veränderung* der Probleme. Ansonsten bleibt man entweder auf der Ebene der Verachtung oder der Schönrederei.

Auf der Strecke bleiben in dieser Debatte die zahllosen erfolgreichen Integrationsprozesse der letzten vierzig Jahre. Auf der Strecke bleibt die Wirklichkeit, dass wir alle von morgens bis abends bereits mit gelungener Integration leben, die uns manchmal gar nicht mehr bewußt ist – beim Einkaufen, auf der Arbeit, in den Behörden und vielen Dienstleistungen treffen wir auf Menschen die integriert sind und die zu diesem Land gehören. Sarrazin will dies aber nicht wahrhaben. Sein elitentheoretisches Gesellschaftsbild entstammt nicht nur den 1960er Jahren, es erinnert fast schon an die Zeiten einer wilhelminischen Ständegesellschaft, garniert mit einem Bild

Editorial

von Gesellschaft, die steril ist und „gereingt“ von allem „Unproduktiven“. Das aber wäre eine tote Gesellschaft. Knapp gesagt: Sarrazin hat keine Ahnung von Integrationsprozessen in modernen Gesellschaften.

Integration als eine Debatte darüber, wie Deutschland politische, wirtschaftliche und kulturelle Gestaltungsformen findet. Dazu wünschen wir uns für das nächste perspektiven *ds*-Heft aufregende Beiträge.

Roland Popp

Aktueller Beitrag

Redaktionelle Vorbemerkung (RP):

Im Rahmen der HDS-Mitgliederversammlung und der Vorstands-/Redaktions-sitzung am 23.10.2010 in Birkenwerder b. Berlin ist das unten veröffentlichte Papier vorgestellt worden. Die anwesenden Mitglieder unterstützen ausdrücklich die in diesem Papier vorgetragene Kritik an Sarrazins biologistischem Gesellschaftsbild, das mit den Grundüberzeugungen eines sozialdemokratischen Kultur- und Gesellschaftsbildes grundsätzlich nicht zu vereinbaren ist.

Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber

Ist Thilo Sarrazin ein Sozialdemokrat?

In einem Interview der FAZ vom 20. August 2010 antwortete Thilo Sarrazin auf die Frage: „Herr Sarrazin, würden Sie bitte erklären, warum Sie in der SPD sind?“ wie folgt: „Ich bin 1973 in die SPD eingetreten zu Zeiten Willy Brandts und des Godesberger Programms. (...) Ich bin ein Anhänger sozialer Gerechtigkeit, ich möchte optimale Chancengleichheit für die Menschen in Deutschland. (...) Ich habe vor, das SPD-Partei-Buch mit ins Grab zu nehmen“ (S. 4).

Hält diese politische Selbsteinschätzung den Thesen stand, die er in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ propagiert? Vertritt er einen Kultur- und Gesellschaftsbegriff, der innerhalb der deutschen Sozialdemokratie traditionsbildend war und ist und erheblich zur Identitätsbildung dieser ältesten politischen Partei in Deutschland beigetragen

hat? Jeder, der sich mit deren Geschichte auseinandergesetzt hat, weiß, dass ihre Ursprünge sowohl in Deutschland als auch in Österreich auf die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen verweisen: Es ging darum, im Zeichen des Baconschen Mottos „Wissen ist Macht“ durch Bildung die Emanzipation der einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Arbeiterklasse insgesamt zu ermöglichen. Ein ebenso großer Feind im Klassenkampf gegen die industrielle Bourgeoisie waren Unwissenheit und politische Apathie in den Reihen der Arbeiterschaft selbst.

Wenn es einen Schlüssel zur Hebung des Lebensstandards gab, dann war es Bildung, welche die arbeitende Bevölkerung in Stand setzte, an den Kulturgütern der Nation teilzuhaben und sich dadurch zugleich ihrer politischen und

sozialen Rechte bewusst zu werden. Es trifft zu, dass in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie die Darwinsche Evolutionstheorie schon vor dem Ersten Weltkrieg rezipiert wurde. Doch ihre theoretischen Köpfe wie Otto Bauer oder Karl Kautsky ließen nie einen Zweifel daran, dass Kultur mehr ist als ein Reflex auf die genetisch fundierte Evolution des Menschen. Anderen Gesetzen als denen des genetischen Lernens unterworfen, folgt das kulturelle Erbe einer gen-unabhängigen Logik, die überhaupt erst erklärt, warum Menschen der Unterschicht durch Bildung sowohl individuell als auch kollektiv vom Status der sozial und politisch Ausgeschlossenen und Unterdrückten zu akzeptierten Vollbürgern aufsteigen konnten.

Treffen diese Anmerkungen auch nur annähernd zu, so verkündet uns das Buch von Sarrazin eine Botschaft, die eine vollständige Verneinung des geschilderten Aufstiegsszenarios durch Bildung und Kulturerwerb suggeriert. Unter Berufung auf den an der Harvard University lehrenden Sozialbiologen Edward O. Wilson (S. 24 und S. 424, Anm. 19) ist für ihn Kultur (und damit Bildung) integrierter Bestandteil biologische Prozesse. Zwar folgt Sarrazin seinem Ideengeber insofern, als er dessen kulturalistisch eingefärbtes sozialbiologisches Argumentationsmuster übernimmt. Aber der Sache nach geht es ihm ebenfalls darum, dass gen-determinierte Steuerung die Reproduktion der nachfolgenden Generationen sichert. Im Klartext heißt dies, dass „Kultur“ für Sarrazin zu einem Synonym für Genetik mutiert. Seine Referenzwissenschaft ist

nicht eine Anthropologie des „ganzen Menschen“, dessen animalische erste Natur von einer zweiten, sozio-kulturellen Dimension nichtdualistisch überwölbt ist, sondern der biologische Naturalismus: In seinem Zentrum steht die „natürliche Selektion“, vor der Kultur und Bildung zu einem bloßen Epiphänomen verblassen: Was ausschließlich zählt, ist das Wissen eines jeden Hunde- und Pferdezüchters, „dass es große Unterschiede im Temperament und im Begabungsprofil der Tiere gibt und dass diese Unterschiede erblich sind. Das heißt auch, dass manche Tiere schlichtweg wesentlich dümmer oder wesentlich intelligenter sind als vergleichbare Tiere ihrer Rasse“ (S. 92). In dem Maße, so folgert Sarrazin, wie aufgrund der defizitären genetischen Ausstattung ihrer Eltern und deren Bildungsferne „für einen großen Teil dieser Kinder“ (aus Unterschichtenmilieus, R.S.) der Misserfolg mit ihrer Geburt bereits besiegelt“ (S. 175) ist, werde auch im besten Bildungssystem „die angeborene Ungleichheit der Menschen durch Bildung nicht verhindert, sondern eher akzentuiert“ (S. 249).

Doch auch das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie steht quer zu den einschlägigen Vorstellungen in Sarrazins Buch. Für das sozialdemokratische Selbstverständnis stand bereits vor der Rezeption des Marxismus fest, dass „Gesellschaft“ ein historisches und damit auch ein veränderbares Gebilde ist, welches am Angemessensten im Licht sozio-ökonomischer Kategorien zu interpretieren ist. An dieser Grundeinstellung hat auch die im Godesberger Programm erfolgte Abwendung vom

Marxismus nichts geändert. Bei Sarrazin reduziert sich die Gesellschaft auf ein schlichtes „Oben“ und „Unten“. Diese soziale Dichotomie analysiert er nicht sozio-ökonomisch, sondern ethnisch bzw. genetisch (S. 99). Die „Oben“ angesiedelte Bildungsschicht verfügt über das genetisch wertvollste Potenzial. Will Deutschland nicht untergehen, so muss diese wertvolle Ressource um jeden Preis gefördert werden, z. B. durch materielle Anreize für Akademikerinnen unter 30 Jahren, vermehrt Kinder zur Welt zu bringen (S. 389f.). Nur so sei die überproportionale Fertilität der Unterschichten mit ihrem defizitären Genpotenzial zu kompensieren und die Verdummung der deutschen Gesellschaft zu verhindern.

Aber die Distanz zum sozialdemokratischen Gesellschaftsbild, das vor allem nach dem Godesberger Programm durch die Vision einer „offenen Gesellschaft“ (Popper) normativ geprägt worden ist, weitet sich zu einem unüberbrückbaren Abgrund aus, wenn Sarrazins Flucht in den Biologismus zur offenen Ausgrenzung des über vier Millionen Menschen zählenden islamischen Bevölkerungsteils der Bundesrepublik führt. Genetisch prekär und wirtschaftlich eher für die Gesamtgesellschaft eine

Belastung, so Sarrazin, stelle er aufgrund seiner enormen Fruchtbarkeit „eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternenden Europa“ (S. 167) dar. So gesehen, ist Sigmar Gabriel zuzustimmen, in Sarrazins Buch gehe es nicht um Integration, sondern um Selektion, als habe es im „Dritten Reich“ niemals eine Eugenik mit katastrophalen Konsequenzen gegeben (Vorwärts, 10/2010, S. 10). Daran zu erinnern, wäre eigentlich die Aufgabe eines Historikers wie Hans Ulrich Wehler gewesen. Doch der nimmt Sarrazins Buch ausdrücklich in Schutz, weil dessen Aufriss der Fehlentwicklungen deutscher Migrationspolitik viel schwerer wiege als sozialbiologische Fehlleistungen (DIE ZEIT, 7.10.10, S. 55), Wehler übersieht, dass es für die Sozialdemokratie um mehr geht, als um politische Fehler in ihrer Gesellschaftspolitik: Die biologistische Argumentation rührt an den Kern ihres historisch gewachsenen emanzipatorischen Selbstverständnisses. Es ist nun die Aufgabe der Schiedskommission der SPD des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin, sich mit dem Buch eines Parteimitgliedes zu beschäftigen, das sich wie „ein anti-muslimisches Dossier auf genetischer Grundlage liest“ (Christian Geyer).

Themenschwerpunkt: Linke Geschichte – linke Gegenwart – linke Zukunft

Klaus-Jürgen Scherer

Neue Denkkarte der linken Mitte¹

Sigmar Gabriel formulierte in der Schlusspassage seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Berlin am 26. September 2010: „Es stimmt nicht, dass die Politik ganz allgemein weniger zu entscheiden hätte. Früher haben wir uns nur mehr getraut. Und das müssen wir jetzt auch wieder tun. Zur Politik gehört auch der Mut, etwas zu wagen“.

Diese Sätze könnten auch ein Motto sein für die neuen theoretisch-programmatischen Arbeitszusammenhänge, die sich zusätzlich zu dem gebildet haben, was der SPD-Parteivorstand nach der Wahl Niederlage 2009 als „Zukunftswerkstatt Faires Deutschland“ eingerichtet hat.² Dort geht es darum, auf sechs Themenfeldern das Profil der SPD zu schärfen (Arbeit – Innovation – Umwelt; Bildung; Demokratie und Freiheit; Familie; Gut und sicher leben; Integration). Es geht vor allem um Präsenz im

öffentlichen Diskurs, um die „Aufbereitung“ vorhandener Forschungsstände, um Öffnung zur Gesellschaft, um Einbezug und Vermittlung.

Natürlich waren Oppositionszeiten immer Zeiten verstärkter inhaltlich-programmatischer Anstrengungen, um die kommende Regierungsalternative herauszubilden und deren Profil sichtbar zu machen. Um so mehr ist nach Jahren manch neoliberaler Grenzüberschreitung des Dritten Weges und der Neuen Mitte „die ideologische Erneuerung der Sozialdemokraten in Europa angesagt.“³ In Deutschland kamen bekanntlich noch vier Jahre Große Koalition hinzu, die die Gemeinwohlfalternativen weiter vernebelten. Die Große Koalition war überwiegend eine Regierung des (in der Finanzkrise 2008 sehr erfolgreichen) technokratischen Krisenmanagements und weniger der reformpolitischen Umgestaltung. Jetzt ist es überfällig, die

1 Ausführliche schriftliche Fassung eines Redebeitrages auf der HDS-Tagung „Neue Chancen für die Soziale Demokratie“ in Birkenwerder 22.-24.10.10.

2 Siehe Andrea Nahles: „Die Köpfe und Herzen erreichen“, in NG/FH 9/10, S. 18. ff.

3 Vgl. Matthias Machnig: Die Erneuerung der Sozialdemokratie. In: Werkstatt Soziale Demokratie. Dokumentation der Veranstaltung Sommeruniversität 12.-16. Juli 2010, FES Bonn 2010, S. 21 ff.

zukunftsentscheidenden Richtungsfragen zu identifizieren und für diese auch überzeugende Richtungsantworten zu entwickeln. Oder um noch einmal Sigmar Gabriel auf dem Parteitag zu zitieren: „Unsere Politik besteht darin, sozialdemokratische Werte und Prinzipien, von denen die ganze Gemeinschaft lebt, wieder in den Mittelpunkt zu stellen.“

Parteübergreifendes Denken?

Drei im Entstehen begriffene Denkkarte sollen hier kurz beleuchtet werden: die „Initiative Solidarische Moderne“, der Think Tank „Progressives Zentrum“ und der gesellschaftsstrategische Reformdiskurs „Linksreformismus“.

Die intellektuelle Sammlungsbewegung „Solidarische Moderne“ ist – unter besonderer Mitwirkung eines Teil der SPD-Linken – entstanden nach dem Versuch der Rot-Rot-Grünen Regierungsbildung durch Andrea Ypsilanti in Hessen. Aus der Erfahrung heraus, dass dieser, zu vordergründig machtpolitisch angelegt, ohne über kulturelle Hegemonie zu verfügen, zum Scheitern verurteilt war. Der vor allem in Potsdam verankerte Think Tank „Progressives Zentrum“ versucht Rot-Grüne Modernisierungsdebatten, wie um den „vorsorgenden Sozialstaat“, in der neuen Zeit, die sich ja auch durch eine Rot-rote Landesregierung in Brandenburg auszeichnet, fortzusetzen. Zudem ist er verbunden mit einer überraschenden Medien-Partnerschaft mit dem aus der kommunistisch dominierten Bündnispolitik („Deutsche Volkszeitung“) stammenden „Freitag“. Schließlich entstand eine Diskussionsplattform mit der etwas eigenartigen neuen Wort-

schöpfung „Linksreformismus“. Diese ist hervorgegangen aus dem Umfeld der Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“, wo einstige SED-Reformer und unabhängig links gebliebene DDR-Dissidenten den Ton angeben.

Diesen Denkkarten ist gemeinsam, dass sie eben *nicht* modisch postmodern, wie es zum Zeitgeist der Merkel-Regierung passen würde, daher kommen. Sie erklären eben *nicht*, wie etwa der Bestsellerphilosoph Richard David Precht⁴, die alte Unterscheidung von rechts und links für obsolet. Precht verkündet, gerade ohne große Ideen und ohne klaren Standpunkt helfe das Programm der Deeskalation realer Konflikte und Widersprüche in Politik und Gesellschaft weiter, wofür man zudem „Oben“ und „Unten“ gleichermaßen in die Pflicht nehmen müsse.⁵

Unsere Denkkarte widersprechen einer solchen Propaganda des Unpolitischen und des Status Quo, womit allerdings noch 2009 Schwarz-Gelb die Bundestagswahl gewinnen konnte. Es geht ihnen dagegen um Differenz und Richtungsprogrammatik, um die Frage, was heute linke und emanzipatorische Reformpolitik sein müsste. Mit Diskurspapieren, Konferenzen und wissenschaftlichen Projekten zum sozialen

4 Richard David Precht: Die Kunst kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält, Goldmann München 2010.

5 Konsequenterweise redete Precht wie auch der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski bei Anwesenheit des ehemaligen SPD-Bundesministers Wolfgang Clement am 2. Oktober 2010 auf dem sogenannten „Freiheitskongress“ der FDP in Berlin.

Wandel und zur Transformation soll ein gesellschaftliches Klima gefördert werden, das eine Regierungsalternative der linken Mitte wahrscheinlicher macht.

Auch wenn der Traum von der idealen Koalitionsarithmetik unterschiedlich ausfallen mag, ist diesen Denkorten doch ein bestimmtes Verhältnis zur Linkspartei gemeinsam: Einerseits werden deren Mitglieder nicht mehr ausgegrenzt, sind selbstverständlich und gleichrangig eingebunden. Andererseits sind diese Debattenorte auf praxisorientierte Reformtheorie und gegenseitige Lernfähigkeit angelegt. Damit widersprechen sie fundamentalistischer Verweigerung, ideologischem Linksradikalismus und linkspopulistischer Protesthaltung. All dies ist immer noch in der Linkspartei zu finden. Aber sie widersprechen auch theorielesem Praktizismus, vor dem keine der drei Parteien Mitte-Links gänzlich gefeit ist. Nicht von ungefähr sind die meisten aus der Linkspartei, die sich in diesen Denkorten engagieren, als eher pragmatisch und realpolitisch orientiert einzuschätzen.

Parteienlandschaft links der Mitte

Die SPD hat sich 2009/2010, anders als ihre Kritiker es prophezeiten, nicht gespalten, sie ist nicht implodiert. Es ist aber augenblicklich unwahrscheinlich, dass sie die alte Volksparteien-Dimension von rund 40 Prozent wieder erreichen kann. Die Konstellation von 2010 zeigt, wie wichtig die Aufgabe ist, auch mit Hilfe neuer Denkorte auf die neue Mehrheitsfähigkeit der linken Mitte hinzuwirken, was neben dem Schulterchluss Rot-Grün die diskursive Einbettung von Nachdenklichen und

Politikfähigen aus der Linkspartei einschließen kann:

Obwohl die Linke 2010 eigentlich ein schlechtes Jahr hatte (partieller Abgang Lafontaines, diverse Skandale, ein in Demokratiefragen unklarer Grundsatzprogrammwurf, Fundamentalverweigerung nach der NRW-Landtagswahl und bei der Bundespräsidentenwahl), verharrt sie 2010 unverändert bei rund 10 Prozent. Zu den ostdeutschen SED-Rentnern und Reformlinken sowie den traditionalistischen Gewerkschaftlern trat ein Wählerklientel der neuen Unterschicht hinzu, dessen Systemdistanz, Protesthaltung und autoritärer Populismus sich offenbar verfestigt hat.⁶

Die Grünen sind getragen von Stimmungen neuer Bürgerlichkeit und von neuen Bürgerbewegungen (u.a. gegen AKW-Laufzeitverlängerung, gegen den – im wahrsten Sinne des Wortes unterirdischen – Bahnhof „Stuttgart 21“). Ausgestattet mit einer unterstellten Glaubwürdigkeit, sind sie doch kaum noch in Regierungsverantwortung, werden sie

6 Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern bindet die Linkspartei autoritär geprägte Wählerschichten, die dort rechtspopulistisch wählen, die sich von Staat und Gesellschaft im Stich gelassen fühlen und gegen das Fremde (gegen Migranten, gegen den Islam) mobilisierbar sind. Insgesamt ist es quer durch alle Milieus immerhin jeder dritte Bundesbürger, der sein Land für „überfremdet“ hält – doch auch die Partei „Die Linke“ zieht trotz ihres Selbstverständnisses „überraschend viele Personen mit ausländerfeindlicher Einstellung an“. Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Broschüre FES Berlin 2010, S.85f.

hoch (über 20%) gehandelt. In Baden-Württemberg müsste sich die SPD bei einer Rot-Grünen Mehrheit wohl erstmals mit einer Juniorrolle abfinden.

Die SPD, so die Prognosen Oktober 2010, könnte knapp über dem Bundestagswahlergebnis von 2009 liegen, bei über 25 Prozent. Selten genug, dass sie in einer bundesweiten Umfrage einmal die 30 Prozent Marke übersteigt. Trotz politischer Korrekturen und dem Bemühen um eine sozial gerechtere Politik baut sich neues Vertrauen offenbar nur langsam auf. „Viele Menschen haben längst nicht mehr den Eindruck, dass wir in der Politik, in den Regierungen und Parlamenten – also auch wir Sozialdemokraten – wissen, wie das Leben wirklich ist. Viele glauben, wir interessieren uns auch gar nicht dafür. Für sie sind wir ‚die da oben‘ und sie selbst ‚die da unten‘“, so brachte es der SPD-Parteivorsitzende auf dem Berliner Parteitag 2010 auf den Punkt.

Wie gesagt: Die Vermutung liegt nahe, dass diese Momentaufnahme der Meinungsforschung aus dem Herbst 2010 eine relativ verfestigte Konstellation beschreibt. Es wäre zu schön gewesen, wenn sich die Verhältnisse nach den 23% der Bundestagswahl 2009 gleich wieder vom Kopf auf die Füße hätten stellen lassen. Doch war dies offenbar mehr als nur ein einmaliger Ausrutscher. Über nachlassende Bindekräfte und Legitimitätsverluste der Sozialdemokratie in der individualisierten, postindustriellen, digitalen und partiell „postdemokratischen“⁷ Gesellschaft wird weiter nachzudenken

sein. Wie in anderen europäischen Ländern ist die Krise links der Mitte von tiefer gehender Natur, hat sicher auch mit dem Niedergang von Zusammenhalt und den Sicherheitsverlusten der Mittelschichten zu tun. Matthias Machnig sprach jüngst gar von der Gleichzeitigkeit von fünf Krisensymptomen der SPD; eine ideologische, eine kulturelle, eine programmatische, eine organisatorische und eine strategische Krise wären derzeit zu bewältigen.⁸

Strategiefragen

Helfen könnte eine *dreifache Strategie*; erste Schritte in die richtige Richtung sind bereits zurückgelegt worden, die Partei hat sich stabilisiert und ist als Oppositionskraft, auch in den Bürgerbewegungen, präsent. Dass Schwarz-Gelb im ersten Jahr außerordentlich zerstritten und schlecht regiert hat und in skandalösem Ausmaß Partikular- und Klientelinteressen bediente, war hilfreich.

Zum ersten geht es um die organisationalpolitische Demokratisierung und inhaltliche Öffnung der SPD mit dem Ziel, Basis und Umfeld mit Positionen und Habitus der Führung zu versöhnen. Top-Down-Politik des „Basta“, die fatale Botschaft, nicht mehr gebraucht zu werden, die kommunikative Vernachlässigung sozialdemokratischer Gerechtigkeitstraditionen – das waren (wie verständlich auch immer) Folgen von 11 Jahren Regierungsverantwortung.

7 Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Suhrkamp Frankfurt/M. 2008.

8 M. Machnig a.a.O. Siehe auch: Matthias Machnig: Vermessungen. Politik neu orientieren, vorwärtsbuch Berlin 2010.

Eine Schärfung des Profils bedeutet nun, Richtungsentscheidungen zuzuspitzen und mit erneuerten programmatischen Projekten zu verbinden. Es gilt sich den dramatischen Zukunftgefährdungen des 21. Jahrhunderts entgegen zu stellen, eine große Aufgabe, die hier nur angedeutet werden kann:

Es geht um angemessene Antworten auf die Klimakatastrophe und die nicht nachhaltig angelegte Energiepolitik, auf die Erosion der gesellschaftlichen Mitte, auf Verarmung und Ausgrenzung, auf neue Gefährdungen von Demokratie und Kultur in der digitalisierten Welt, auf den nach wie vor möglichen Finanzmarktkollaps, auf neue Herausforderungen für Sozialstaat und wirtschaftliche Konkurrenz, auf Rückschläge des europäischen Einigungsprozesses, auf Probleme der Einwanderungsgesellschaft usw. Ohne ein neues weltweites Primat der Politik gegen die entfesselten Kräfte des Finanzkapitalismus, ohne ein neues demokratisch-soziales Europa, ohne ein qualitativ begründetes Wachstumsmodell, ohne die Solarrevolution und ohne eine klare Entscheidung für Demokratie als Lebensform wird es kaum gehen. Es bleibt eine entscheidende Frage, wieweit es zivilisatorisch nötig und demokratisch möglich ist, Rahmenbedingungen so zu ändern, dass andere Systemlogiken als naturvernichtende und sozialzerstörerische an Relevanz gewinnen.

Doch die Ebene vielfältiger Gesellschaftskritik alleine wird kaum überzeugen. Hinzukommen muss eine konzentrierte Fortschrittsperspektive – in bester Tradition der Aufklärung, selbstreflexiv und handlungsorientiert. Dominierte in den letzten Jahrzehnten das neoliberale

„Privat vor Staat“, so braucht es jetzt ein neues sozialdemokratisches Deutungsmuster, das zentrale Themenfelder – von der Bildung bis zur Ordnung auf dem Arbeitsmarkt – mit visionärer Kraft versieht. Wiederzugewinnen ist besonders der Bezug des realpolitisch Durchsetzbaren zu sozialem Gedächtnis, zu kritischer Reflexion, zur Entwurfsphantasie. Denn „erst wenn wir einen Begriff von Vergangenheit haben, gewinnen wir Utopiefähigkeit zurück, können wir Befreiungsphantasien entwickeln, die aus wissender Hoffnung bestehen“⁹, so Oskar Negt.

Kleiner Exkurs aus gegebenem Anlass: Wie dünn das Eis des Vertrauens noch ist, wie schwierig es ist, den guten Willen der SPD und die medial geprägten Mehrheitsstimmungen zusammenzubringen, wie sehr die kulturelle Bruchlinie mitten durch die SPD geht, zeigte der „Fall Sarrazin“¹⁰. Kurskorrekturen auf der sozialpolitischen Links-rechts-Skala hin zu einem sozialeren Erscheinungsbild konnten nicht das erneute Aufbrechen eines anderen Grundkonfliktes, diesmal gewissermaßen auf der Autoritarismus-Skala, verhindern. Sympathien für Sarrazins Thesen wurden – angestachelt durch populistisch agierende Medien – zu einem Problem für die SPD selbst. Charakteristisch hieß es in einem Leserbrief im „Vorwärts“: „Glaubt ihr wirklich, die Debatte bleibt uns erspart, wenn wir Thilo Sarrazin

9 Oskar Negt: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Steidl Göttingen 2010, S. 234.

10 Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. DVA München 2010.

rauswerfen? Fragt doch mal die Mitglieder, ihr würdet euch noch wundern! ... Jahrelang habt ihr die Meinung der Wähler und Mitglieder nicht hören wollen ... Geht es jetzt wieder los?“¹¹ Erneut schien die SPD-Führung, jetzt mit ihren politisch korrekten Positionen zur Integration und zur „Kultur der Anerkennung“, woanders zu sein als „Volkes Stimme“.¹² Zeitgleich konstatierte eine empirische Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bei der SPD einen hohen Wert chauvinistischer (19,8% West; 23% Ost) und ausländerfeindlicher (24,2% West; 33,3% Ost) Einstellungspotentiale. Damit vertreten ein Fünftel bis ein Drittel der SPD-Parteianhänger – etwa gleich viele wie bei Union und Nichtwählern – mit ihrem Chauvinismus und ihrer Ausländerfeindlichkeit typisch rechts-extreme Einstellungsmuster!¹³

11 Vorwärts 10/2010, S.11.

12 Dabei kann eine SPD mit der in der SZ (1. Oktober 2010) geschilderten aufgepeitschten Stimmung keine Kompromisse machen, ohne sich selbst und ihre Geschichte aufzugeben: „Das war nicht die ungebildete Masse“, sagt Literaturhaus-Chef Reinhard Wittmann. Und doch ist der Abend gründlich schief gegangen. Denn das gediegene Münchner Bürgertum hat sich schrecklich daneben benommen. Argumente waren nicht gefragt, es ging um Akklamation für Sarrazin. [...] Da wurde gezischt, gebuht und lautstark dazwischen gerufen, wenn die beiden anderen Podiumsteilnehmer, Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart und der Soziologie-Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Armin Nassehi, es wagten, Sarrazin zu kritisieren. In der Münchner Reithalle herrschte ein Hauch von Sportpalast. Gut gekleidete Grauköpfe ereiferten sich nicht nur, sie geiferten.“

13 Decker u.a. ebda.

Zudem wurde die „christlich-jüdische Tradition“, die europäische, insbesondere die deutsche Geschichte umdefinierend, zum neuen Ausgrenzungsbegriff und war plötzlich als Identitätskonstrukt des Kulturkampfes in aller Munde. Die Erregung stieg weniger aufgrund der biologistischen und rassistischverdächtigen Formulierungen à la „Moslemgen“ oder weil eine Jahrzehnte währende wissenschaftliche Debatte über Integration und kulturelle Differenz einfach nicht zur Kenntnis genommen wurde; vielmehr geriet eine nun behauptete Parteiarroganz, die angeblich die Wirklichkeit verdränge und Diskussionen durch Parteiausschluss verhindere, in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Zweitens geht es darum, nach den Zeiten der Großen Koalition die Rot-Grüne strategische Partnerschaft wiederzugewinnen, wobei im Sommer 2010 die gemeinsame Bewegungsmobilisierung gegen Schwarz-Gelb – als Büttel der Atomlobby – half. Denn zum einen braucht die SPD eine glaubwürdige Macht- und Durchsetzungsperspektive. Das katastrophale Bundestagswahlergebnis 2009 hatte auch mit deren Fehlen zu tun. Zum anderen muss die SPD daran arbeiten, die Grünen inhaltlich an sich zu binden, was ja keineswegs mehr selbstverständlich ist. Deren parteitaktische Überlegungen können eben auch von Rot-Grün wegführen, um bei Schwarz-Grün (Hamburg bis vor Kurzem) oder „Jamaika“ (Saarland) zu landen.

Drittens sollte mit den ernstzunehmenden Teilen der Linkspartei der inhaltlich-programmatische Diskurs gesucht

werden, um zu sehen, wieweit Lernprozesse in Richtung Politikfähigkeit überhaupt möglich sind. Eine Linke, die Unklarheiten zur Demokratie zulässt, die sich (wie in ihrem Programmwurf) noch 2010 auf kommunistische Traditionen beruft, eine Linke, die linkssozialdemokratische und linksgewerkschaftliche Nationalstaatspolitik aus den 1970er Jahren konserviert, wäre kaum bündnisfähig. Natürlich muss die SPD sich zunächst um ihre eigene Profilierung kümmern, denn nichts ist mehr selbstverständlich. Auch ihr Anspruch, die führende Oppositionskraft zu sein, muss – gewissermaßen täglich – neu erungen werden. Doch wird es darüber hinaus erneute Mehrheitsfähigkeit wohl nur geben, wenn genügend parteiübergreifende Orte der analytischen Arbeit und des programmatischen Gesprächs existieren (übrigens auch in Richtung verbliebener Sozialliberaler und Bürgerrechts-FDPler!)

I. Institut Solidarische Moderne

Die Ausrichtung des Instituts Solidarische Moderne (ISM) wird folgendermaßen beschrieben: Es „soll die Diskurse der politischen Linken miteinander verbinden und als Impulsgeber für ein gegenhegemoniales Projekt über das linke Lager hinaus wirken.“¹⁴ Man will politische Konzepte erarbeiten, doch nicht selbst als soziale Bewegung agieren oder in Konkurrenz zu politischen Parteien treten. „Es soll Anstöße für ein gesellschaftliches Reformprojekt geben, das mittelfristig trägt, indem es Ideen

und Konzepte sammelt, sichtet und ergänzt und in politische Kommunikation übersetzt. Das Institut Solidarische Moderne soll ein Forum bieten, innerhalb dessen es zu ‚Vertrauensbildung‘ zwischen den Akteuren und ProtagonistInnen eines politischen Reformprojektes kommen kann. Es soll ein neues Selbstverständnis, einen neuen Politik- und Wissensstil einer ‚Mosaik-Linken‘ entwickeln. Das heißt, es soll der Vereinzelung kritischer politischer Akteure und WissenschaftlerInnen entgegenwirken, indem das Institut versucht, sie zu einer kollektiven feldübergreifenden Zusammenarbeit zu befähigen und vor allem auch zu ermutigen“¹⁵. Hier besteht der Anspruch, verschiedene Perspektiven (ökonomische, ökologische, soziologische, kulturelle und feministische) aufeinander zu beziehen und zusammen zu denken. Die Themenfelder umfassen das, womit sich linkes Denken auch bisher beschäftigt hat: „Soziale Ökonomie; Ökologische Gerechtigkeit; Humanistische Bildung und kulturelle Emanzipation; Geschlechtergerechtigkeit; Demokratischer Sozialstaat; Kosmopolitismus von unten; Globale Soziale Rechte und Regeln, Solidarisches Europa; Demokratischer Aufbruch und Gesellschaft der Vielfalt.“¹⁶

Es geht um den Anspruch der linken Parteiflügel – besonders repräsentiert durch Andrea Ypsilanti (SPD), Sven Giegold (Grüne) und Katja Kipping (Linke), zwar nicht die Parteifusion, wohl

14 Elektronischer newsletter@solidarischemoderne.de vom 10.3. 2010.

15 Ebda.

16 <http://www.solidarische-moderne.de/de/topic/5.vorstellung.html> (12.2. 2010).

aber eine verbindende gesellschaftliche Alternative zum herrschenden Neoliberalismus anzubieten, von „ökosozial statt marktradikal“ ist die Rede. Vor allem der jüngst verstorbene Hermann Scheer spielte, nicht zuletzt als Kuratoriumssprecher des ISM, dort eine führende Rolle. Sein „Denkanstoss“ zur politischen Ökonomie, den er gemeinsam mit Andrea Ypsilanti veröffentlichte, stellt eine Art politisches Vermächtnis dar. Dort wurde ein politisches Handlungsprogramm für eine – die ökologischen, sozialen und kulturellen Grundlagen einbeziehende und ihre Wirkungszusammenhänge berücksichtigende – politische Wirtschaftsstrategie entwickelt.¹⁷

Jenseits unstrittig wichtiger theoretischer Impulse¹⁸ stellt sich die Frage, wie weit die Konstitution eines von vornherein gemeinsamen Rot-Rot-Grünen Projektes Erfolg verspricht. Man muss nicht wie der Grüne Alexander Bode (MdB) polemisieren, der vom „Ypsilanti-Institut für angewandte Kubawissenschaften“ gesprochen hat. Was er hinzufügte, war schon eher ein Argument: „Die Initiative geht in die schwarz-Gelbe Falle und versucht ein überkommenes Lagerdenken zu reaktivieren“.

17 Institut Solidarische Moderne: Schriftenreihe Denkanstöße 3: Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens, broschürt 4. Mai 2010.

18 Wie z.B. das Thesenpapier des Instituts Solidarische Moderne: Elmar Altvater, Sven Giegold, Birgit Mahnkopf, Hermann Scheer: Griechenland ist überall. Positionspapier zur Beendigung der Finanzmarktspekulation gegen Staaten und Währungen und ihren Gefahren für Demokratie und Wirtschaft (Ms., Frühsommer 2010).

Die alte Lagerlehre mit einem „linken Block“ und mit zu „Projekten“ aufgeladenen Bündnissen „stabilisiert nur Merkel/Westerwelle, statt ihre schnellstmögliche Ablösung voranzubringen“.

Ist diese Kritik ein weiteres Beispiel für postmoderne Beliebigkeit, für Schwarz-Grüne Annäherung und für neues Bürgertum bei den Grünen? Oder wie weit ist in diesem Sinne das Plädoyer des Parteienforschers Oskar Niedermayer für „Rot-Grüne Präferenz statt Rot-Rot-Grüner Lagerbildung“¹⁹ bedenkenswert?

Niedermayer sieht (a) konflikttheoretische, (b) machtstrategische und (c) koalitionsstrategische Argumente gegen die Aufstellung als linkes Lager.

Zu (a): Auch wenn in der ökonomischen und kulturellen Konfliktstruktur des Parteienwettbewerbs eine programmatische Annäherung erreichbar ist, bliebe auf der Ebene der politischen Konfliktstruktur die alles überlagernde, grundsätzlich-normative Ablehnung eines Teils der Funktionäre, Mitglieder und Wähler von SPD und Grünen wegen des Umgangs der Linkspartei mit ihrer DDR-Vergangenheit und ihren undemokratischen Orientierungen bestehen.

Zu (b): Wahlergebnisse, die unter der Prämisse zustande kamen, dass es kein linkes Lager gab, lassen sich nicht einfach addieren und auf die Zukunft projizieren: Die Gefahr sei, dass sich viele Wähler, gerade die der SPD, bei einer solchen linken Lagerstrategie abwenden würden.

19 Oskar Niedermayer: Zur künftigen Strategie der SPD, in: NG/FH 9/10, S.28ff.

Zu (c): Auch bei den Grünen gebe es gute Argumente für ein Offenhalten der Koalitionsoptionen. Etwa ist ihr Einfluss in Zweierkoalitionen in jedem Fall größer als in Dreierkoalitionen, auch wenn diese Rot-Rot-Grün gefärbt sein sollten. Die Linkspartei sei kein prinzipiell koalitions- und regierungsfähiger Partner, solange sie ihre Stimmen durch das Offenhalten von drei immer noch nebeneinander bestehenden Strategieoptionen vermehrt: 1. Fundamentalopposition, 2. eine Koalition mit der SPD nur dann, wenn diese zentrale Inhalte der Linkspartei übernimmt und 3., was die eigentliche Basis für funktionierende Bündnisse ist, eine Koalition mit der SPD, die auch eigene deutliche Zugeständnisse beinhaltet.

Somit könnte, wie geschildert, ein erstes Verdienst des ISM darin bestehen, zwei prinzipielle Fragen aufgeworfen zu haben:

- Wieweit sind heute gemeinsame theoretische Lernprozesse hin zu einer verbindenden Programmatik aller Linken ohne alte Dominanzmuster von Volksfront und Aktionseinheit sowie ohne inhaltsleere Formelkompromisse (noch oder sogar wieder) möglich?
- Welchen Stellenwert haben heute noch Theoriearbeit und die Erarbeitung einer besseren programmatischen Gemeinwohlfalternative? Sind zur Stimmenoptimierung und für die Regierungsbildung heute nicht ganz andere Prozesse, worauf Begriffe wie Stimmungsdemokratie, Mediendemokratie, Postdemokratie, Personalisierung usw. verweisen, deutlich relevanter geworden?

II. Das Progressive Zentrum

Das ebenfalls im Bundestagswahljahr 2009 öffentlich gewordene Progressive Zentrum (PZ) hat sich die Aufgabe gestellt, nicht oberflächlich über Bedingungen für eine Dreierkoalition zu debattieren, sondern zunächst inhaltlich „fortschrittsorientierte Politik“ zu formulieren und zu diskutieren. Interessant wird es sein, zu beobachten, in welche Richtung es sich entwickelt. Einerseits steht es in der Kontinuität von Debatten des Dritten Weges. Denn es ist eng verbunden mit dem Londoner Think Tank „Policy Network“ und orientiert sich bis hinein in die Wortwahl an diesem. Nicht von sozialer Demokratie oder gar vom Demokratischen Sozialismus, sondern von „progressive ideas“ ist die Rede. Der Vorsitzende des Zentrums ist Tobias Dürr, auch Chefredakteur der „Berliner Republik“, der Zeitschrift des Parteiflügels der pragmatischen, dezidiert nicht linkssozialdemokratischen, Netzwerker. In einem ersten „Handbuch progressiver Ideen für unsere Zeit“ heißt es paradigmatisch: „Die Modernisierung Deutschlands ist nicht abgeschlossen, sie hat gerade erst begonnen! (Wolfgang Schroeder & Anke Hassel)“²⁰

Andererseits werden nicht nur führende Grüne, sondern auch Mitglieder der Linkspartei gleichberechtigt einbezogen. Bereits auf der ersten Tagung in der Brandenburgischen Landesvertretung (am 25. Februar 2010) diskutierte auf dem Podium auch Stefan Liebich (MdB), der Wolfgang Thierse das Di-

20 Das Progressive Zentrum e.V.: Fortschritt jetzt! Ein Handbuch progressiver Ideen für unsere Zeit., Broschüre, Berlin August 2009.

rektmandat Pankow/Prenzlauer Berg abgenommen hat. Die sich vor allem im Internet abbildende Medienkooperation mit dem gewissermaßen postkommunistischen „Freitag“ zeigt, wie ernst diese Öffnung gemeint ist. „Progressive“ Positionen wären eben nicht nur bei SPD und Grünen zu finden, sie würden auch in der Linkspartei vorkommen – und prinzipiell eigentlich auch bei der FDP²¹ (hierzu hat das ISM wohl eine andere Meinung).

Zwar wird die Koalition mit der Linkspartei, wie ja auch in der Realität der Brandenburgischen Landesregierung zu finden, nicht ausgeschlossen. Doch erscheint diese kaum, wie beim ISM, als Modell und Projekt oder gar als historische Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung. Das PZ wendet sich denn auch dezidiert dagegen, dass immer mehr Menschen „Zuflucht suchen in – vermeintlichen – Gewissheiten der Vergangenheit“, was als verklausulierte Kritik des ISM-Ansatzes lesbar ist. Zum Selbstbild gehört es, moderner und liberaler Flügel der SPD zu sein. In einem Selbstdarstellungsblatt heißt es denn auch: „Das Progressive Zentrum ist ein Think Tank nach angelsächsischem Vorbild, der sich an einer fortschrittlichen und im ursprünglichen Sinne sozialliberalen Politik orientiert. (...) Als ‚progressiv‘ und ‚fortschrittlich‘ wird dabei zugleich ein freiheitlicher und sozialer Kurs verstanden. Dieser Kurs setzt darauf, unter den veränder-

ten Bedingungen des 21. Jahrhunderts ein sich wechselseitig positiv bedingendes Verhältnis von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zu entwerfen und politisch zu organisieren – statt die Ziele von Dynamik und Gerechtigkeit nach überkommenem Muster gegeneinander auszuspielen. Maß und Ziel aller fortschrittlichen Politik muss im 21. Jahrhundert die Verbesserung der realen Lebenschancen, die Erweiterung der tatsächlichen Freiheiten und ‚Verwirklichungschancen‘ (Amartya Sen) der Menschen sein. Damit grenzt sich moderne progressive Politik dezidiert von statischen und traditionalistischen Politikvorstellungen ab, die einen unausweichlichen Gegensatz von Gerechtigkeits- und Effizienzzielen unterstellen“.

III. Linksreformismus

Interessant an dieser Plattform für den „gesellschaftsstrategischen Reformdiskurs“ ist, dass der „Linksreformismus“ nicht wie ISM oder PZ einen besonderen Bezug auf eine einzelne sozialdemokratische Parteiströmung hat. Bereits zu einer ersten Debatte über „Perspektiven für linke Reformprojekte“ (Berlin, 17. September 2010) waren auch Vorstandsmitglieder der *beiden* anderen Denkkarte geladen und die unterschiedlichsten Zeitschriftenprojekte der linken Mitte waren vertreten.

Vielleicht kann man hier am deutlichsten von einem organisch ökosozialen oder gar ökosozialistischen Profil sprechen. Ein „Call for Papers“ begann mit den Worten: „Klima. Verteilung. Wachstum. Menschenrechte. Die Dringlichkeit der Probleme in diesen Bereichen zu Beginn des 21. Jahrhunderts beför-

21 Z.B. hatte zur öffentlichen Debatte „Die egalitäre Gesellschaft – besser für alle?“ (Berlin, 25. Oktober 2010) auch Johannes Vogel (FDP) zugesagt.

dert die Sehnsucht nach radikaler Kritik und ebensolchen Lösungen. Gleichzeitig herrscht in den europäischen Parlamenten und Medien aber mehr denn je der neoliberale Sachzwang ...“²².

Um neue Räume für linksreformistische Kritik zu öffnen, bedürfe es dreierlei: „*Erstens* gilt es, Konzepte, Forderungen und Projekte zur Adressierung der genannten Probleme zu entwickeln. Progressive Projekte waren immer dann am erfolgreichsten, wenn sie konkrete, im Hier und Jetzt verwirklichte Ziele formuliert und dafür mobilisiert haben. (...) *Zweitens* stellt sich die Frage, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und hegemoniale Diskursstrukturen überwinden lassen, die einer Verwirklichung derartiger Politikprojekte mehr denn je entgegenstehen. (...) *Drittens* braucht es ein theoretisches Paradigma zur Systematisierung sowohl konkreter Politikprojekte als auch diesbezügliche Mobilisierungsstrategien.“²³

Für die in ihrer Gründungsphase eng auf das Theorieparadigma des Bernstein'schen Demokratischen Sozialismus bezogene HDS ist besonders interessant, wie fortgefahren wird: „Einst erfüllten große Erzählungen – Sozialismus – diese Funktion. Der Begründer des sozialdemokratischen Reformismus, Eduard Bernstein, nannte sein Hauptwerk 1899 dementsprechend ‚Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie‘.“

Wieweit das darauf folgende Verdikt über die SPD zutrifft, darüber mag gestritten werden: „In den letzten 30 Jahren war sozialdemokratische Realpolitik jedoch von theoretischer Abstinenz geprägt. Die mit diesem Theoriedefizit verbundene Defensivhaltung weist auf die Notwendigkeit eines neuen progressiven Paradigmas hin. Die Heterogenität progressiver Strömungen und Identitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts legt jedoch nahe, dass ein derart neoreformistisches Paradigma nur ein pluralistisches sein kann – ein Bündel inhaltlicher Visionen auf Basis eines gemeinsamen Wertefundaments“.

Richtig bleibt, um die Treffsicherheit von Gesellschaftskritik, um die Zuspitzung der theoretischen Analyse, um die Klarheit der programmatischen Antworten muss inhaltlich gerungen werden. Jedenfalls sind die Überschriften zu sieben Thesen des Linksreformismus, wie sie Leonard Dobusch und Rainer Land aufgeschrieben haben, nicht wirklich weit von dem entfernt, was die SPD in ihrem Hamburger Grundsatzzprogramm (2007) formulierte: „Die soziale und die ökologische Frage lassen sich nur gemeinsam beantworten. Globalisierung erfordert die Wahrnehmung regionaler Handlungsspielräume. Der Wandel der Arbeitswelt verstärkt die Integrationsfunktion von Arbeit. Verteilungsgerechtigkeit bedarf leistungsunabhängiger Transfers. Linksreformistische Politik ist auch jenseits staatlicher Apparate notwendig. Die Reform internationaler Institutionen erfordert internationale Arbeitsteilung. Ausdifferenzierte Lebenswelten und organisierte Solidarität sind kompatibel.“

22 http://www.linksreformismus.de/?page_id=2 (4.10.2010).

23 Ebda.

Vorläufiges Fazit

Gemeinsame Voraussetzung dieser Denkkarte ist es, die Figur des kollektiven Intellektuellen aus der Versenkung der Geschichte hervorgeholt zu haben. Jenseits der Postmoderne mit ihrer Auflösung aller Gewissheiten, trotz der theatralischen, aufgeregten, skandalisierenden, wenig ernsthaften Mediengesellschaft, trotz der Umstellung von einer Kultur der Schrift auf eine der Bilder, trotz der Renaissance biologistischer, gar genetischer und mythisch-religiöser Begründungen orientieren sich wieder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der klassischen Aufgabe des Intellektuellen, das „Ganze als Ganzes“ (Walter Dirks/Eugen Kogon) zu sehen.

Die fünf Merkmale des Intellektuellen, wie sie in der „Gruppe 47“ oder in den frühen „Frankfurter Heften“ der Nachkriegszeit beschrieben wurden, könnten auch die neuen Denkkarte prägen: „1. kritisch, ein- und angriffswillig, der politischen Wirklichkeit zugewandt, gleichwohl aber 2. frei von jedem parteipolitisch-weltanschaulichem Gängelband, frei auch 3. von den begrenzten Perspektiven eines spezialisierten Experten, 4. an gefährvoller Stelle positioniert und 5. als Ziel vor Augen: eine ‚gerechte Ordnung der Menschheit‘ und ‚die Sache der Freiheit als niemals aufzuhebende Grundbedingung“²⁴.

Verdienstvoll sind diese neuen intellektuellen Initiativen, weil es wichtig ist, dass Gesellschaftsdiskurse nicht immer mehr verkommen zu symbolischem

Streit und zu politischen Medienkampagnen, sich nicht in provokativen egomantischen (und auflagenstarken) Tabubrüchen und Medien-Hypes erschöpfen und nicht zu machtorientierten Stellvertreterkriegen mutieren. Diesen drei Denkkarten geht es um Theorie und Programmatik als Gegengewicht zur Fortschreibung des Status Quo, zur Konservierung von Ungerechtigkeiten und Herrschaftsverhältnissen. Sie alle verbindet der Anspruch einer Gesellschaftskritik, die auf Handlungsorientierung und Praxis abzielt. Sie verfallen nicht der modischen Parteidistanz, argumentieren bewusst im Umfeld der Parteien der linken Mitte, sind auf diese (wie auf progressive soziale Bewegungen) bezogen, wollen diese Parteien selbst mit prägen und verändern – im Grunde ähnlich, wie es von den Jungsozialisten der 1970er Jahre als „Doppelstrategie“ bezeichnet worden war. Gleichzeitig bleiben die Denkkarte, wie im oben zitierten Selbstbild des Intellektuellen, selbständig und unabhängig, sind eben keine Transmissionsriemen der jeweiligen Parteiführungen. Auf den Austausch des besseren Arguments, nicht auf den jeweiligen parteitaktischen Vorteil soll es ankommen.

Alles dies korrespondiert übrigens mit dem Selbstverständnis der *perspektivends*. Deshalb haben wir ein Lesezeichen fertigen lassen, das den Aufdruck trägt: „Denkfabrik seit 1977“. Das Jahr 1977 war das Gründungsjahr der HDS e.V. Ein bisschen Selbstbewusstsein, so finden wir, kann nicht schaden, um das gemeinsame Gespräch mit diesen neuen Denkkarten der linken Mitte engagiert fortzusetzen.

24 Dietz Bering: „Intellektueller“: Schimpfwort – Diskursbegriff – Grabmahl? In APuZ 40/2010, S. 8 f.

Ende der ‚dritten Wege‘, Verlust der ‚neuen Mitte‘, Abschied von der Volkspartei – Welche Zukunft hat die Sozialdemokratie?

I. Facetten der „dritten Wege“

Die Tatsachen liegen auf dem runden Tisch, und das analytische Unterfutter wäre dicht genug, um solide Aussagen zu wagen. Aber die Irritation derjenigen, die sich irgendwie als Linke begreifen möchten, wächst; Ratlosigkeit darüber, was ‚links sein‘ bedeuten kann, besteht allenthalben und nicht erst seit heute. Ein nicht sehr tief greifender Aktionismus ohne sichtbare theoretisch-intellektuelle Reflexion breitet sich aus; Hilfslosigkeit steckt hinter der ständigen Beschwörung, dass man dieses oder/und jenes tun müsste oder lassen sollte. Wie denn? schreit der Chor der aufrechten Demokraten. Aber die Resonanz ist ziemlich jämmerlich.

Denn: ‚Dritte Wege‘ sind ‚verschütt gegangen‘. Der erste ‚dritte Weg‘ nach der Revolution der Bolschewiki im Jahre 1917 als sozialdemokratischer Entwurf einer humanen Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist historisch überholt. Der zweite Versuch der Eurokommunisten in den 1970er Jahren, einen alternativen Pfad zu finden zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus, scheiterte grandios – sie landeten im bürgerlichen Lager. Der Anspruch der (insbesondere englischen) Neo-Sozialdemokraten, einen neuen, eigentlich den dritten ‚drit-

ten Weg‘ zwischen alter (industriegesellschaftlich geprägter) Sozialdemokratie und neuem (marktradikalen) Neo-Liberalismus weisen zu können, ist blamabel gescheitert. Die Protagonisten dieses ‚dritten Weges‘ schreien es gegenwärtig selber in die Welt: „New Labour ist tot, und es ist gewiss an der Zeit, den Begriff zu begraben“.¹ Die deutsche ‚neue Sozialdemokratie‘ der Ära Schröder verstand sich gerne als das Kernstück einer ‚neuen Mitte‘; auch hier müsste man von der neuen ‚neuen Mitte‘ sprechen, denn es gab schon viele davon in der Geschichte der Arbeiterbewegung – es begann bei August Bebel, und auch Willy Brandt kannte sie. Diese allerneueste Mitte hat sich verbraucht. Da die konservative ‚Neue soziale Marktwirtschaft‘ (der Merkel-CDU) ebenfalls zur Mitte drängt, ist es dort eng geworden. Es kann aber auch sein, dass es diese neue ‚neue Mitte‘ gar nicht gegeben hat bzw. gar nicht gibt, sondern nur ein Realitäten verdeckender Fetisch ist, der unverzüglich „aufgegeben werden“

1 Anthony Giddens: New Labour ist tot, in: Cicero 6/2010, S. 38-41; Zitat S. 41. Siehe: Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1999. – Vgl. auch: Jan Turowski: Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden 2010.

muss². Man kann auch sagen, es handelt sich bei der ‚neuen Mitte‘ um eine Art ‚Phantom der Politik‘ und ein gefährliches dazu; denn in einem zur guten Hälfte konservativ geprägten Land wie die Bundesrepublik wird die Mitte nach rechts verschwinden, wie wir es schon viele Male in der deutschen Geschichte erlebt haben.

Überraschend ist auch der Befund, dass vermeintlich Linkstehende glauben eingestehen zu müssen, dass es „die Linke“ „in gewisser Weise“ gar nicht mehr gibt, sondern „viele linke Gruppen und Leute, die links gestimmt“ sind.³ Realanalytisch mag das ja zutreffen; aber es wäre bedauerlich, dies für bare Münze zu nehmen. Denn nichts ist vergleichsweise leichter als normativ von einander zu unterscheiden, was links und was rechts ist: durch „das Merkmal des Egalitarismus“, das für die einen Programm, für die anderen Teufelszeug ist.⁴ Dieses Merkmal müssten die normativ autonomen Linken jedoch für diese unsere Zeit neu begründen. Wer sich an diese Arbeit begibt, braucht zunächst einmal eine Bestandsaufnahme.

II. Pluralisierung und Sozialstaatsabbau

Eigentlich wissen wir längst Bescheid, und Wiederholung kennzeichnet die Befunde: Die gesellschaftlichen Formationen gelten als pluralisiert und höchst differenziert geschichtet, wenn auch im Hintergrund konturiert die antagonistischen Klassenstrukturen erkennbar bleiben. Ein immer noch sich steigernder Individualismus hat fast alle kollektiven Orientierungen längst aufgelöst. Deshalb ist ein Konflikt zwischen Gleichheit und Solidarität einerseits und Akzeptanz kultureller Verschiedenheit und ethnischen Unterschieden andererseits entstanden. Die auf die Gemeinschaft bezogenen Werte verfallen beschleunigt; die neu aufgestellten Werte sind weniger als ‚postmateriell‘ denn viel mehr als ‚postkollektiv‘ zu kennzeichnen: gewollte Vereinzelung im Rahmen eines massenhaften Konsums von interaktiven Performance-Events; hedonistisch geprägte individuelle Identitäten, die sich in neuen milieuartigen Gebilden versammeln und sich steigern lassen bis zur ultimativen Freisetzung des Individuums aus sozialen Klassenbindungen und normativ haltenden Institutionen, die ihrerseits zerfallen.⁵

Die Zähmung des global agierenden Kapitalismus ist auch diesmal den Linken misslungen; sie haben die zerstörerischen Kräfte des deregulierten Marktes unterschätzt. Die neue neo-liberale Ideologie darf nicht mit dem ‚alten‘ Neo-Liberalismus nach 1945, auch Ordo-Liberalismus genannt, verwech-

2 Matthias Machnig/Karsten Rudolph: Die Neuvermessung der SPD, in: Matthias Machnig: Vermessungen. Politik neu orientieren. Berlin 2010, S. 61.

3 Diskussionsbeitrag von Michael Brie in: Thomas Meyer u.a.: Links neu denken, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 7/8, 2010, S. 76-84; Zitat S. 77f.

4 Noberto Bobbio zitiert bei: Machnig/Rudolph, Neuvermessung, S. 63.

5 Einen umfassenden und zugleich äußerst differenzierenden Bericht liefert neuerdings Turowski, Reformdiskurse.

selt werden: aus ihm ging die ‚soziale Marktwirtschaft‘ hervor, verbunden mit der Akzeptanz der ausgleichenden Rolle des keineswegs schwachen Staates. Demgegenüber beschränkt sich der neue Neo-Liberalismus auf einen fast sozialdarwinistischen Marktfundamentalismus: der Staat wird abgelehnt als Marktregulierer und in seiner Funktion als sozialpolitischer Kompensierer der quasi naturnotwendig durch den Markt erzeugten Ungleichheiten. Aber auch dieses marktradikale Modell ist gescheitert, wie zuletzt die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten demonstriert haben.⁶

Mit ihm zum Beinahe-Scheitern verurteilt wurde das historische Projekt des modernen sozialdemokratischen Sozialstaates. Dieser ist ja nicht als Folge der kapitalistischen Produktionsweise entstanden, sondern parallel zu ihr „eine grundlegende Bedingung“ für ihre Entfaltung, ja Existenz gewesen.⁷ Dieser dem Kapitalismus gegenüber symbiotisch wirkende Sozialstaat wurde inzwischen nicht um-, sondern abgebaut, zurück gestuft auf eine Art weiter entwickeltem Almosenwesen, damit die Deklassierten, die man auch schon mal ‚Sozialschrott‘ nennt, mit ihrem men-

schenrechtlich geschützten Überlebensanspruch nicht aus dem Netz fallen.

Nun wird ihnen gewährt, was sie fordern könnten, aber sie haben nach dem Rückzug der Intellektuellen aus dem öffentlichen Raum keine laute Stimme mehr. Angesichts dieser Befunde drängt es sich geradezu auf, das viel besprochene Diktum vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, das in den 1980er Jahren aufkam, als vorschnell zurückzuweisen: Das historische Projekt der Sozialdemokratie von der Möglichkeit der universellen Gleichheit ist von der Annäherung an seine Verwirklichung weiter entfernt als vor 30 oder 40 Jahren.

Diese Aussage lässt sich auch für einen anderen Problemkomplex treffen: den Demokratieverlust bzw. Legitimitätsverlust der repräsentativen Demokratie. Es schien gelungen – nach jahrzehntelanger politischer Bildungsarbeit – der Wahlbevölkerung zu vermitteln, was ein Staatsbürger ist und wozu die den politischen Willen bildenden Parteien und die die Willensbildung ausführenden Institutionen ihn brauchen. Nach diesem Staatsbürger wird nicht mehr gefragt, sondern nach dem medial trainierten Politikkonsumenten. Die Arena der Politik ist nicht mehr der öffentliche Raum und die ihn auslegenden demokratischen Institutionen, sondern die virtuellen medialen Diskursveranstaltungen. Da und wo diese nicht ausreichen, werden auch noch die verfassungsgemäß vorgegebenen Institutionen ihrer Kompetenz beraubt; nicht vom Volk gewählte Experten vorvollziehen unter Vermischung von Eigen- und öffentlichen Interessen die politi-

6 Wolfgang Merkel: Schmieden und bündeln, in: Cicero 6/2010, S. 54-58. – Vgl. auch ders. u. a.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderung und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006.

7 Thomas Meyer: Der Washington Square-Konsens. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/2010, S. 53-60, Zitat S. 53f.

sche Willensbildung in Kommissionen, Sachverständigengruppen und bestenfalls an runden Tischen, vorbei an den Parteien und im Dienste der Exekutive. Das ist keine Variante direktdemokratischer Beteiligung, sondern der Ausschluss des ‚Normalbürgers‘ aus den politischen Verhandlungsarenen und eine weitere Herabstufung des Normalbürgers und seiner Werkzeuge, vor allem der Parteien.⁸

Neue Formen der Solidarisierung

Es gibt Hinweise darauf, dass Individualisierung und Entsolidarisierung keineswegs notwendig mit einer egozentrischen Sozialethik identisch sein müssen. Gerade in den am nachhaltigsten individualisierten milieuhähnlichen Netzwerken und Projekten besteht offensichtlich ein hohes Maß an solidarischem Verhalten, wenn auch „in anderen Formen“.⁹ Doch die zeitliche und inhaltliche Begrenzung der Aktivitäten und ihre Distanz zum öffentlichen Raum führen nicht zu einer Nachhaltigkeit, wie sie politische Bewegungen mit umfassenderem Gestaltungsanspruch benötigen würden. Zudem sind Transmissionsmöglichkeiten hin zu den Parteien gar nicht oder nur in geringem Maße vorhanden, so dass sich spätestens hier die Frage stellt, was denn unsere offene Gesellschaft noch zusammenhält.

8 Ernst Hillebrand: Eine Gesellschaft selbstbestimmter Bürger. Konturen eines sozialdemokratischen Projekts für das 21. Jahrhundert, aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009. Turowski, Reformdiskurse, S. 215.

9 Meyer, Washington Square-Konsens, S. 54.

III. Ist die SPD noch eine Volkspartei?

Damit ist noch nicht alles gesagt über die Lage der freiheitlichen Demokratie in unserer Zeit. Kann denn noch nach herkömmlichem Verständnis von ‚Volksparteien‘ gesprochen werden? Befinden sich die Volksparteien nicht vielmehr seit vier Jahrzehnten in einem bemerkenswerten „generellen Abwärtstrend“?¹⁰ Vielleicht ist das zu hoch gegriffen, und es genügt, statt von Abstieg von „normalen Schwankungen“ zu reden.¹¹ Und beruhigend könnte wirken, dass die Wählerschaft der europäischen Sozialdemokratie durchaus noch dem einer breiten Volkspartei entspricht: „Vom Ende der Sozialdemokratie kann keine Rede sein, von einer strukturellen Krise auch nicht, da sich die sozialdemokratischen Parteien ihren Charakter als Volksparteien und ihren Identitätskern – Gewerkschaften und Arbeiter – bewahren konnten. Die Tatsache, dass in Westeuropa sozialdemokratische Regierungen abgewählt wurden, ist mit normalen zyklischen Entwicklungen zu erklären. Die Situation der Sozialdemokratie ist also weniger die einer existen-

10 Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010. Helga Grebing: Quo Vadis Tanker? Die SPD – (k)eine Partei für das 21. Jahrhundert, in: perspektiven ds 2/09, S. 40-54.

11 Bernhard Weßels: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010. Dorothea Steffen: Kommentierte Zusammenfassung der Politikanalyse von Bernhard Weßels: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? ebd.

ziellen Krise als die einer technischen Unzulänglichkeit.¹²

Alles Lamentieren also überflüssig? Die beruhigende Wirkung des Zitats verliert sich, wenn man die Autoren von einer gravierenden Ausnahme sprechen hört: Junge Altersgruppen sind in der Wählerschaft der europäischen sozialdemokratischen Volksparteien unter-, ältere überproportional vertreten. Die größten Erfolge haben sie bei den 50- bis 60-Jährigen, es folgen die 40- bis 50-Jährigen; andere Parteien haben in den jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahre deutlich mehr Zuspruch.¹³ Kein Wunder also, wenn die SPD immer noch als gewerkschaftsnahe ‚Ur-Alt-Arbeitnehmerpartei‘ der ‚Verschmutzungsindustrie‘ gilt, die ihren Alleinvertretungsanspruch für eine progressive Politik verloren hat.¹⁴ Oder anders gesagt: die SPD hat sich zu lange auf eine inzwischen weitgehend imaginär gewordene Stammwählerschaft verlassen; sie hat viel zu spät auf die Auflösung der klassischen Milieus reagiert und die Folgen der Ausdifferenzierung der sozialen Strukturen nicht zutreffend abgeschätzt. Nun ist es schwer, wenn nicht unmöglich geworden, neue Wählergruppen zu mobilisieren und dann auch zu halten, indem man neue langfristige Bindungen und Loyalitäten hervorruft – und das alles unter Bewahrung des historisch legitimierten sozialdemokratischen Iden-

titätskern.¹⁵ Wie das gelingen soll, wird nicht gesagt.

Marktradikalismus ersetzt „Fordismus“

Die Suche nach einem neuen ‚dritten Weg‘ wurde seinerzeit ausgelöst durch die Einsicht, dass der ‚Fordismus‘ als sozial annähernd ausgewogene Variante des modernen Kapitalismus in eine Krise geraten war – das Modell einer sozioökonomischen Konstellation aus Massenproduktion und Massenkonsum, abgesichert durch technischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und den Ausbau des Sozialstaates war ein Auslaufmodell geworden. An seine Stelle trat der Marktradikalismus, dem immanent die Rückführung des Sozialstaates auf einen reduzierten ordnungspolitischen Rahmen ist. Um sich dem entgegenzustellen, war die Vermessung eines neuen ‚dritten Weges‘ also insofern völlig legitim, zumal er dem permanenten Revisionismus sozialdemokratischer Orientierung entsprach.

Sozialdemokratischer Revisionismus – das bedeutet: Für Sozialdemokraten bleiben die Politikziele unangestastet, aber die Mittel zur Erreichung dieser Ziele müssen mit den ständig sich ändernden Rahmenbedingungen koordiniert und gegebenenfalls korrigiert werden. Das bedeutet im Grundsatz, dass unvermeidlich das Spannungsverhältnis zwischen dem normativ begründeten Gestaltungswillen und den realen Gestaltungsmöglichkeiten, wie an vielen historischen Wegstrecken belegbar, bestehen bleibt. Daraus einen Dualismus

12 Steffen, ebd. S. 2.

13 Vorwort zu Weßels, ebd. S. 3.

14 Diskussionsbeitrag von Sven Giegold in: Meyer, Links neu denken, S. 78f. Merkel, Schmieden, S. 58.

15 Vorwort zu Weßels. These, S. 4.

oder gar einen Widerspruch entnehmen zu wollen, wäre falsch: Es ist die ‚Natur‘ der Sozialdemokratie, die so gesehen selbst jeweils der ‚dritte Weg‘ ist. Diese Feststellung entlässt jedoch nicht, die grundsätzliche Frage zu stellen, „ob die sozialdemokratischen Gestaltungsprinzipien, Politikinstrumente und Wohlfahrtsziele in das neue Zeitalter der Globalisierung, Wissensökonomie und Individualisierung überhaupt noch hinüber gerettet werden können“.¹⁶ Endete vielleicht deshalb der neue ‚dritte Weg‘ in einer gefährlichen Sackgasse, die die Sozialdemokratie an den Ende ihrer Existenz führte?

IV. New Labour und „Dritte“ Wege

‚New Labour‘, so hörten wir, „ist tot“. An welcher Krankheit starb sie oder war es nur ein Unfall?¹⁷ Oberflächlich betrachtet schien die Ausgangsposition durchaus günstig, hatte doch die Regierung Thatcher den Schrott des ‚old english‘ Wohlfahrtsstaates weggeräumt. Aber die Zäsur lag tiefer: der Thatcherismus hatte Egoismus und Gewinnstreben als positive Eigenschaften menschlichen Verhaltens deklariert und damit eine ‚Kulturrevolution‘ in Gang gesetzt, die die konservativen Grundwerte zerstörten, die ja gerade erhalten bleiben sollten.

16 Turowski, Reformdiskurse, S. 238.

17 Im Weiteren stütze ich mich auf Turowski, Reformdiskurse, S. 210-237, und Oliver Nachtwey: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009. Bei beiden Autoren ist festzustellen, dass deren historische Analysen bis in die 1980er Jahre, anders als danach, nicht in allen Punkten auf der Höhe der historischen Forschung stehen.

New Labour wollte sich ihrerseits von der ‚alten‘ Sozialdemokratie, die Gleichheit, auch und gerade materielle, postuliert hatte, trennen, weil ihre Botschaften angeblich nicht mehr für die gewandelten Lebenswelten taugten. Aber New Labour wollte nicht etwa die alten sozialdemokratischen Grundwerte aufgeben, vielmehr mit ihnen verknüpft bleiben und somit keine sozialere Variante des Neo-Liberalismus in die Welt setzen. Nachdem die Labour Party 1997 nach 18 Jahren Thatcher-Regierung gesiegt hatte, erhielt sie wieder jene Strahlkraft auf den europäischen Kontinent, die sie schon einmal, nämlich 1945, besessen hatte. Die zügige programmatische Neubestimmung und die rasche Entwicklung von neuen Politikinstrumenten taten das Ihre, Labour in neuem Glanz erscheinen zu lassen. Leicht übersehen werden konnte dabei, dass quasi eine neue Partei entstanden war, die sich auch von ihrer eigenen Geschichte abgrenzte: Konservative Argumente wie Verantwortung und Familie wurden übernommen, aus Gerechtigkeit wurde Fairness, selbst Chancengleichheit erhielt eine ökonomistische Deutung, soziale Leistungen sollten sich nicht mehr normativ aus den sozialen Grund- und Bürgerrechten ableiten lassen, die Kosten des Sozialstaates sollten in soziale Investitionen verwandelt werden, Bildungswerte wurden nach ihrem Marktwert definiert, besaßen sie ihn nicht, so kamen sie auch nicht vor, und ein Scheitern selbst bei Chancengleichheit war nicht vorgesehen.

So war es denn doch so, dass mit New Labour eine neue Partei entstand, die dem Thatcheristischen Marktradi-

kalismus eine soziale Dimension hinzufügen, wirtschaftliches Wachstum sichern und Unternehmertum mit sozialer Gerechtigkeit (nun als Teilhabe und Chancengerechtigkeit verstanden) verbinden wollte. New Labour zielte auf die neuen Mittelschichten, insbesondere jene relativ wohlhabenden in neuen nachindustriellen Berufen und auf Teile der aufstrebenden Arbeiterschaft. Dazu hatte New Labour einen herausragenden Repräsentanten: den jungen, modernen, dynamisch wirkenden Tony Blair, der auch mit der von ihm verkündeten, beinahe messianisch wirkenden Absicht, die Gesellschaft zu remoralisieren, den geeigneten normativen Unterbau lieferte. Auch verschrieb er sich mehr und mehr der zunehmend parteifernen, depolitisierten Form der Demokratie, die so genannte Kommissions-Orientierung, auf die eigentlich schon der Begriff der Entdemokratierung zutrifft.

Korrektur des Markfundamentalismus

Heute – nach dem Wahlsieg der Tories und der Liberals – steht Großbritannien an 6. Stelle der Volkswirtschaften in der Welt, hat ein Haushaltsdefizit von griechischem Ausmaß und muss eine Austerity-Politik erwarten, „härter und schmerzlicher als alles, was das Land in der Nachkriegszeit durchgemacht hat“.¹⁸ Mehr noch: Der sich bereits seit den 1960er Jahren ankündigende definitive Abstieg als Weltmacht ist vollzogen; Großbritannien wurde zum Juniorpartner der Vereinigten Staaten und ließ sich

18 Jürgen Krönig: Großbritannien nach Labour, aus der Reihe: Internationale Politikanalyse, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010, S. 2.

in deren Schlepptau in den Irakkrieg hineinziehen.

Jetzt wissen es auch die Planer des ‚dritten Weges‘. Der Marktfundamentalismus, schreibt Giddens, hätte expliziter korrigiert werden und seine Grenzen hätten deutlicher hervorgehoben werden müssen.¹⁹ Dabei ist die Bilanz der Labour-Ära nicht generell negativ ausgefallen; Experten sprechen sogar von „sanfter Umverteilung“²⁰: Einführung des nationalen Mindeststundenlohnes, Kredite und andere Hilfen für Niedriglohneempfänger und andere Minderbemittelte (aber immer noch sechs Millionen vom Staat lebende Wohlfahrtsempfänger), Reduzierung der Kinderarmut um 600.000 Tausend (bei insgesamt 1,2 Millionen), Reformen im Bildungswesen, allerdings kein Durchbruch bei der Reform des Gesundheitswesens (wo immer noch auf einen Arzt oder eine Krankenschwester 1,7 Bürokraten kommen), aber eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 40 auf 50%.

Verantwortungsvoller Kapitalismus?

Und was jetzt? Die meisten Aufgaben sind nicht getan oder noch nicht abgeschlossen, selbst wenn man, wie Turowski²¹ davon ausgeht, dass im Vergleich zu den kontinentalen Sozialstaaten in Großbritannien die Gleichheitsvorstellungen geringer ausgeprägt sind und das Ziel nicht so sehr auf Umverteilung gerichtet ist, sondern auf eine minimale Grundsicherung. Giddens plädiert

19 Giddens, New Labour ist tot, S. 40.

20 Krönig, Großbritannien, S. 6.

21 Turowski, Reformdiskurse, S. 34.

dafür, Flexibilität und Kreativität am Markt zu erhalten „und gleichzeitig diese Qualitäten in langfristige und sozial erwünschte Ziele“ umzuwandeln. Er fordert „ein grundsätzliches Umdenken und unverbrauchte politische Maßnahmen“. Er empfiehlt der Labour Party in der Opposition sich nicht zu zerstreiten und denkt an „ideologische Wiederaufbaumaßnahmen“. Er gibt dazu auch die Richtung an: „Das Ziel muss sein, einen verantwortungsvollen Kapitalismus zu gestalten – gepaart mit einer klugen Herangehensweise an die Nachhaltigkeitsfrage“. Und das soll reichen für einen anderen neuen sozialdemokratischen Weg?

V. Der schwedische Egalitarismus

Für Schweden stellt sich die Frage, ob das legendäre ‚Volksheim‘ etwa abgebrannt ist? Nein, aber.... Im Unterschied zu England und, wenn auch anders akzentuiert, zu Deutschland hat sich in Schweden historisch eine egalitaristische Kultur herausgebildet, in der Werte wie Gleichheit und Solidarität eine zentrale Bedeutung haben; zudem ist die Öffentlichkeit auf Konsens ausgerichtet. Schweden gilt folglich als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, der mit einer national koordinierten Marktwirtschaft verknüpft ist. Das sogenannte ‚Volksheim‘, das auch Sozialpartner und Interessengruppen konsensorientiert einbindet, wurde Grundlage und Ausdruck der hegemonialen Rolle der schwedischen Sozialdemokratie – 40 Jahre lang. Die starke Stellung des Staates wurde von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert, obwohl dieser über seine Sozialpolitik massiv Einfluss auf

das Leben seiner Bürger nahm. Ein ausgeprägtes Gleichheitsverständnis und „solidarische Kooperationsorientierung“ trug zur Akzeptanz der Rolle des Staates erheblich bei, zumal die sozialdemokratische Partei keine ausschließliche Interessenvertretung der industriellen Arbeitnehmer war, sondern sich als Repräsentantin der ‚kleinen Leute‘ verstand, die keinen Klassenkampf und keine Verstaatlichung wollten und brauchten. Die postulierte Gleichheit zwischen den sozialen Schichten und den Geschlechtern verbunden mit Vollbeschäftigung bei einem hohen Beschäftigungsstand bestimmten die Werte- und Einstellungsmuster der Bevölkerung – das ‚Volksheim‘ war das Projekt einer ganzen Nation (von allerdings nur 8,53 Millionen Einwohner im Jahre 1990).²²

In den frühen 80er Jahren verlor das ‚Volksheim‘ im Zusammenhang mit der De-Industrialisierung seinen Glanz, und die Krisenerscheinungen zeigten die Achillesferse des nationalen Projektes: die hohen Steuerforderungen (vor allem an die Mittelschichten) und die mit der Vollbeschäftigung verbundene Einkommensgleichheit, die nur bei stetigem Wirtschaftswachstum erreichbar war. Dennoch wurden auch jetzt nicht in Schweden Wohlfahrtsstaat und individuelle Freiheit als Gegensätze verstanden, und so begann die schwedische Sozialdemokratie in den 80er Jahren mit der Neubestimmung ihres ‚dritten Weges‘ – mit einem hohen Maß an Pragmatismus und unter Zurücknahme (nicht

²² Siehe die umfassende Darstellung bei Turowski, Reformdiskurse, S. 238-261.

Aufgabe!) der traditionsbestimmten Argumentation von Gerechtigkeit und sozialer Demokratie.

Im Unterschied zu den Anführern von „New Labour“ und (wie sich zeigen wird den deutschen Modernisierern) zeigten die schwedischen Sozialdemokraten mehr Umsicht und Standfestigkeit. Sie hatten den Mut zu Minderheitsregierungen, was ihren politischen Entscheidungen eine größere Legitimität verschaffte. Sie legten ihre Partebasis nicht still; diese blieb immer ein Diskursfaktor und wurde zugleich zu einer professionellen Medienpartei ausgebaut. So blieb eine beachtliche Mitgliederdichte im Vergleich zur Wahlbevölkerung erhalten; sie betrug 1990 2,38% (Labour 1,37%, SPD 1,2%). Der Parteivorsitzende Göran Persson führte zwar wie Blair und Schröder die Partei in einem autoritären Stil, jedoch ohne Entfremdung von der sozialdemokratischen Programmatik. Auf die Kontinuität in der Begründung der Ziele wurde großer Wert gelegt: Gleichheit, Solidarität und soziale Sicherheit blieben unverbrüchliche Wertmarken, und es wurde auch die lange erfolgreiche Geschichte der Partei als Pfand für die Zukunft eingesetzt.

Es fragt sich, warum es auch unter solchen positiven Vorzeichen der Metamorphose der schwedischen Sozialdemokraten 2004 zu ihrer Wahlniederlage gekommen ist. Bei der Wahl im September 2010 drohte ihr sogar, zum ersten Mal seit 1917, nicht mehr die stärkste Partei im Parlament zu werden; sie lag zwar dann im Ergebnis hauchdünn vor der Konservativen Partei des Ministerpräsidenten, aber das Ergebnis von 30%

war das schlechteste seit 100 Jahren. Nach Turowski²³ wandelte sich der Bürgerblock quasi zu einer neuen Arbeiterpartei, verstand sich jedenfalls so, indem er sich an der Hegemonie sozialdemokratischer Werte ausrichtete. Was ja nun auch heißt, dass eine fortwirkende Dominanz sozialdemokratischer Werte und Orientierungen in der Gesellschaft noch keine sozialdemokratischen Wahlerfolge garantiert, und damit würde für Schweden stimmen, was Dahrendorf schon zu Beginn der 1980er Jahre als Trend für die deutsche Sozialdemokratie prognostizierte: das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters.

VI. Das deutsche wohlfahrtsstaatliche Modell

Im Unterschied zu den beiden bereits besprochenen Wohlfahrtsstaatsmodellen besteht der deutsche Sozialstaat aus der Kombination zweier Komponenten – konservativer Wohlfahrtsstaat und weit reichende Selbstverwaltungsstrukturen mit einer sich selbst koordinierenden Marktwirtschaft.²⁴ Dies hängt mit seinen Anfängen im deutschen Kaiserreich zusammen, über die hier weiter nichts zu sagen ist. Diese Grundstruktur rief historisch immer Konflikte zwischen marktorientierten und interventionistischen Orientierungen hervor. Herkunft und Charakter des deutschen Sozialstaats führten dazu, dass sich nach 1945 beide Volksparteien SPD und CDU/CSU als Wohlfahrtsstaatsparteien verstanden haben, wenn auch mit

23 ebd., S. 260f.

24 ebd., S. 35 sowie S. 261-303.

unterschiedlichen Grundwertvorstellungen. Die CDU/CSU vertrat das Subsidiaritätsprinzip mit dem Schwerpunkt auf Familie, die SPD betrachtete als ihre Leitwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Schröder als moderner Macher

Das von der SPD in den späteren 1990er Jahren auf den Weg gebrachte Reformmodell ‚neue Mitte‘ zeigte von Anfang an unkoordinierte, ja widersprüchliche Doppelungen: Grundwerte und pragmatische Politik, Tradition und Modernisierung, Innovation und Gerechtigkeit. Das setzte sich fort, indem Schröder strikt die ‚Agenda 2010‘-Linie verfolgte, Müntefering aber die ‚Heuschrecken‘-Diskussion in Gang setzte. Der innerparteiliche Reformdiskurs wurde unentschlossen und verspätet begonnen und dazu noch mit von ‚New Labour‘ geliehenen Argumenten. Seine Dynamik litt darunter, dass sich die SPD zwar lange Zeit in der Opposition befand, aber dennoch durch die föderalen politischen Institutionen nicht gänzlich von der Politikgestaltung ausgeschlossen geblieben war, dass aber auch keine radikalen neoliberalen Reformen in der Kohl-Ära durchgeführt wurden und das Wohlfahrtsstaatmodell anders als in England keine Verwerfungen zeigte, wenn auch „Gerechtigkeitsdefizite“ aufwies.

Auch Schröder stellte sich der Wahlbevölkerung vor, dabei gewaltig unterstützt von der gewandelten Medienlandschaft, aber nicht als Sozialdemokrat, sondern als ein moderner Macher. Dieser Macher etablierte ein „Machtssystem Schröder“, das einer entschiedenen Ent-

Demokratisierung gleichkam. Regierungspolitik und traditionelle sozialdemokratische Werte blieben von einander getrennt und Begriff und Inhalt der „sozialen Marktwirtschaft“, einst von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack erfolgreich in die Welt gesetzt, wurden von der SPD-Führung ohne Herkunftskennzeichnung einfach übernommen.

Der verspätete normative Diskurs, den die Parteiführung einfädelt, gipfelte in dem Blair-Schröder-Papier (1999), das einen „Neuen Weg“ bzw. einen neuen ‚dritten Weg‘ mit der „Neuen Mitte“ zu einer „Neuen Sozialdemokratie“ ankündigte. Die nachfolgenden Diskussionen führten aber nur zu einer Trennung von den traditionellen sozialdemokratischen Werten: Gleichheit, bereits im Godesberger Programm von 1959 zu (der Katholischen Soziallehre entlehnten) „Gerechtigkeit“ abgemildert, wurde zur „sozialen Gerechtigkeit“ verkürzt und ihrerseits in viele Teilmengen verbröselte: Chancengerechtigkeit, Marktgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Bedürfnisgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, ausgleichende Gerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit – alles Begriffe oder besser Hilfsörter aus der im letzten Jahrzehnt abgelaufenen Diskussion. So drohte der Begriff Gerechtigkeit als Vorvermutung von Gleichheit seine Fassung als zentrale sozioethische Kategorie zu verlieren.

Die Bemühungen der Repräsentanten der „Neuen Sozialdemokratie“ zielten auf eine vermutete ‚neue Mitte‘, weil Arbeiter im Sinne des industriellen Kapitalismus mehr und mehr verschwanden, als milieugesicherte stabile

Traditionswählerschaft schon allemal. Den Zug zur Mitte startete man voll durch, so haben sich die Sozialdemokraten „von ihren sozialen Ursprüngen forttransformiert“.²⁵ Die Folgen erwiesen sich als prekär: Die SPD machte sich selbst unfähig, das untere Armen-Fünftel der Gesellschaft zu integrieren, und die Rest-Arbeiterschaft begab sich (auch im europäischen Raum) auf den Pfad des Lagerwechsels. Die Mittelschichten erwiesen sich zwar in ihrem Lebensstil als ‚bürgerlich-trivial‘ und insofern nach wie vor auf Eigentum fixiert (mein Haus, mein Auto, meine Frau!), hatten aber längst die Vorteile des sozialstaatlichen Sicherungsnetzes erkannt, nämlich Rente, Karrieregarantie, vom Alter abhängige Steigerung des Einkommens, Stabilität des Einkommens und Arbeitsplatzgarantie, Steigerung der individuellen Kaufkraft.²⁶ In dieser Hinsicht erhält das Wahlergebnis von 2009 seine Plausibilität: Auch die so genannte Mitte wollte den Sozialstaat im Eigeninteresse erhalten, brauchte dazu aber nicht mehr allein die SPD als natürlichen Anwalt.

Verlust der Deutungshoheit

Die SPD hatte ihre Deutungshoheit verloren und damit sich selbst in Frage gestellt: die klassischen Grundwerte waren verschoben worden in Richtung historisch konservativ besetzter Begriffe, die den Namen Leistung und Elite trugen. Der historisch begründbare Kompass der Ideen des demokratischen Sozialismus wurde verschenkt oder in die klei-

nere Münze der „sozialen Demokratie“ eingetauscht. Der Verlust der Deutungshoheit hatte aber auch noch zur Folge, dass ethnische, nationalistische und religiöse Deutungen gesellschaftlicher Konflikte (europaweit) zunahmen.²⁷ So scheiterte der Anspruch, einen ‚dritten Weg‘ entwerfen zu können zwischen nostalgisch verklärtem, vom Stalinismus gereinigtem, aber jeglicher Modernisierung verweigerndem Kommunismus als utopisches Versprechen für ein menschenwürdiges Leben einerseits und einem menschenverachtenden, Sozialdarwinismus nahen Marktradikalismus andererseits. Deshalb werden die Fragen unvermeidlich: Was ist noch lebendig in der (europäischen) Sozialdemokratie? Was will die SPD werden? Was soll aus ihr werden?

VII. Welche Gesellschafts-Idee muß die Sozialdemokratie tragen

Vorschläge für Antworten gibt es viele. Jan Turowski spricht davon, die vorhandenen Werte und Theorien „neu“ zu erfinden, wieder in größeren historischen Zusammenhängen zu denken und nicht mehr nur in die Richtung einer Anpassung an ein Hier und Jetzt.²⁸ Michael Brie sieht einen Ausweg darin, dass die Linken „wieder ins Volk“ gehen. Da sich die Frage nach dem „Wohlstandsmodell“ nicht mehr national, sondern nur noch global beantworten lässt, muss die Linke „also entweder international zw. europäisch werden – oder sie wird

25 Walter, Vorwärts oder abwärts, S. 111.

26 Turowski, Reformdiskurse, S. 153.

27 Walter, Vorwärts oder abwärts, S. 78.

28 Turowski, Reformdiskurse, S. 325f.

nichts sein“.²⁹ In der Tat wäre die Globalisierung kein Hindernis, nachdem selbst Länder der Peripherie unter den Bedingungen der unfairen Marktglobalisierung „ein erstaunliches Maß an sozialer Demokratie“ hervorbringen, vorausgesetzt die Märkte haben die feudalistischen Strukturen gebrochen „und die Zivilgesellschaft ist mobilisiert“.³⁰

Wolfgang Merkel kann sich die SPD „als Organisatorin eines linken Lagers“ vorstellen³¹; Franz Walter meint allerdings, dass noch zu klären sei, „was die SPD eigentlich will“: „die linke Volkspartei der mittleren und unteren Schichten bleiben bzw. wieder werden, oder will sie als Partei der neuen Mitte den Schwerpunkt auf ressourcenstarke Arbeitnehmer mit Qualifikationsehrgeiz“ legen³². Machnig und Rudolph fordern, den „Fetisch der Mitte“ aufzugeben und gehen damit weit über Walters Fragen hinaus, wenn sie von dem „linken Projekt“ sprechen, das sich „wieder als Emanzipationskonzept etablieren (muss), als Befreiung des Menschen von Fremdbestimmung und Bevormundung“. Dazu gehöre, „die Idee des Egalitarismus neu zu begründen“.³³

Falls dies alles zu einem möglichen neuen ‚dritten Weg‘ führen soll, muss

geklärt werden, was links und was rechts von diesem Weg liegen würde. „Die Linke“ schwankt zwischen „wirklichkeitsvergessenem Sektierertum und selbstgefälligem Programmkonservatismus“, und das ist noch nicht alles, weil sie sich nun auch noch aufzuspalten scheint in (eher ostdeutsche) kooperationsfähige Reformer und (eher westdeutsche) Hartliner, die einen permanenten Konfrontationskurs innerhalb des Lagers links von der Mitte betreiben.³⁴ Die Grünen gerieren sich manchmal als die beste FDP aller Zeiten und manchmal glauben sie, weit links von der SPD zu stehen, aber auch weit weg zumindest vom Sektierererteil der Linkspartei. Dieses Flattern hängt damit zusammen, dass sie kein Gesamtbild von der Gesellschaft haben und je nach punktbbezogener Netzwerkerart und föderalen Strukturen politische Entscheidungen treffen.

Die heutigen Liberalen sind eine einzige Interessen- und Lobby-Partei, die den einstigen sozialliberalen Kompass ihrer Freiburger Thesen längst vergessen hat, und die Entwicklung scheint nicht reversibel. Die CDU/CSU formiert sich gerade neu konservativ um den (von der Bundeskanzlerin protektionierten) Kreis der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“; auch entfaltet der „Bund Katholischer Unternehmer“, in dem der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank Norbert Walter nach seiner eben erfolgten Pensionierung sich engagiert, eine verstärkte Aktivität. So scheint

29 Diskussionsbeitrag von Michael Brie in: Meyer, Links neu denken, S. 77, 79.

30 Thomas Meyer nennt unter Berufung auf die kanadische Wissenschaftlerin Judith Teichmann Mauritius, Costa Rica, Kerala. Meyer, Washington Square-Konsens, S. 55.

31 Merkel, Schmieden, S. 55.

32 Walter, Vorwärts oder abwärts? S. 114.

33 Machnig/Rudolph, Neuvermessung, S. 62, 64.

34 Werner J. Patzelt: Zwischen Hammer und Amboss, in: Cicero 6/2010, S. 48-51; Zitat S. 50,51.

der Hinweis bei Hillebrand³⁵ einleuchtend, dass die europäischen Konservativen wie Cameron, Merkel und Sarkozy den Sozialstaat nicht schleifen werden, sondern seine Grundsäulen erhalten, „gleichzeitig aber die Wählerklientel der konservativen und liberalen Parteien möglichst von dessen Finanzierungskosten“ entlasten. Das mag wie ‚Mitte‘ oder vielleicht sogar wie sozialdemokratisch aussehen, ist aber rechts.

Sozialdemokratische Alternative

Wie aber sieht die wirklich sozialdemokratische Alternative aus? Der Sozialstaat kann nicht mehr allein der „nach-sorgende Ausfallbürge für Marktopfer“ sein³⁶, er stattet vielmehr vorsorgend die Bürger mit Fähigkeiten aus, durch die diese die Möglichkeit finden, in der pluralen Gesellschaft menschenwürdig zu leben. Er lindert nicht mehr Armut auf eine Art gehobener Caritas, sondern verhindert die Armut. Der neu gestaltete und zeitgemäß organisierte Sozialstaat schafft so soziale Gerechtigkeit als Vorvermutung von Gleichheit. Eine solche Ableitung lässt die Frage aufkommen, ob sich denn für solche Vorstellungen von einem solidarischen Politikkonzept unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels hin zu gesteigertem Individualismus, zur Auflösung von solidarisch wirkenden Milieus und zu einer Vielfalt von inzwischen entstandenen soziokulturellen Segmenten überhaupt noch ein Konsens darüber, was Solidarität bedeutet, aufbauen lässt? Da lässt die

Erwägung von Ernst Hillebrand aufhören: das unübersehbare menschliche Bedürfnis nach Leistungsanerkennung als Movens für Solidarität zu nutzen. Wer etwas leistet oder geleistet hat, kann es sich leisten, nicht nur sich etwas zu leisten, sondern auch für andere.

Zu einem solchen Konzept gehört denn auch die Neu-Bestimmung der Funktionen des Staates; es muss wieder mehr Staat sein, der in der Lage ist, ordnungspolitisch gestaltend zu wirken. Doch dieser Staat darf nicht so stark werden, dass er die Zivilgesellschaft ausbremst. Das bedeutet eine Partizipationserweiterung der Bürgergesellschaft ebenso anzustreben wie die Funktionsfähigkeit aller, einmal bewährter Organisationsformen wie Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Einrichtungen zu überprüfen. Zum Planungskonzept eines solchen Projektes gehörte auch, dem ökonomistischen Menschenbild des Neo-Liberalismus „eine authentische progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüber zu stellen – als Staatsbürger, als ‚Bürger am Arbeitsplatz‘, als Privatperson in seinem privaten und öffentlichen Lebensumfeld und auch als Konsument“.³⁷

Hier nun wird die Chance für die SPD sichtbar. Die erneuerte normativ-axiomatische Definition der Grundwerte vor dem Hintergrund ihrer geschichtlichen Sinnhorizonte, die immer dem Kapitalismus bestritten haben, unüberwindbar zu sein, könnte die Grundlage bieten für neue Antworten auf die alten Fragen: auf das ewige Bedürfnis der

35 Hillebrand, Gesellschaft, S. 7.

36 Merkel, Schmieden, S. 58.

37 Hillebrand, Gesellschaft, S. 10.

Menschen nach Sinn gebenden Zusammenhängen in ihrem Leben, auf sozial ethisch belegbare Motivierungen, auf integrativ wirkende Ideen, belebende Orientierungsmuster und anderen, bislang unausgeschöpften Potenzialen aus der langen Geschichte der Arbeiterbewegung.³⁸ Das wäre dann die Voraussetzung für eine ‚gute Gesellschaft‘, von der man weiß, was sie zusammenhält.

38 Helga Grebing: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Der Grundwert Solidarität in Zeiten der Verkündung von „Eigenverantwortung“, in: *perspektiven ds* 2/05, S.90-98.

Der Politikdiskurs der Sozialdemokratie

Gefangen in einer aufgezwungenen Logik

I.

Nach der Wahlniederlage der schwedischen Sozialdemokraten im September 2010 überschlugen sich die internationalen Pressekommentatoren wieder einmal in ihren Beschreibungen vom Niedergang sozialdemokratischer Parteien in Europa. Auch wenn all diese Beschreibungen bei weitem weder neu noch originell waren und zudem von einem genußlich-süffisanten Alarmismus der Mediendemokratie befeuert wurden, so kann doch niemand mehr übersehen, dass das Wahlergebnis der schwedischen SAP, die in den letzten sechs Jahrzehnten Sinnbild und vielfach Bezugspunkt eines umfassenden und elektoral auch erfolgreichen sozialdemokratischen Gestaltungsanspruchs darstellte, einen weiteren schmerzhaften Tiefpunkt der europäischen Sozialdemokratie markierte.

Es gab eine Vielzahl landesspezifischer Gründe, die die schwedische Niederlage erklären: das fehlende Charisma der sozialdemokratischen Spitzenkandidatin Mona Sahlin in einem „amerikanisierten“, personenbezogenen Wahlkampf, das vermeintlich erfolgreiche Krisenmanagement der bürgerlichen Regierungskoalition in der Finanzkrise, der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften, das Erstarken einer rechtspopulistischen Partei usw.

Bei allen sozialdemokratischen Wahlniederlagen der letzten Jahre gab es landesspezifische Gründe: Blairs Krieg im Irak und Browns grenzenlose Liebe zur „City of London“, Schröders Demontage zentraler Teile des Wohlfahrtsstaates oder Veltronis und d'Alemas ideologisch überdehnte, programmatisch entleerte und historisch entwurzelte „Demokratische Partei“, Flügelskämpfe bei den einen, die Unfähigkeit, einem neuartigen Populismus politisch zu begegnen bei den anderen, schwache Kandidaten hier und Skandale dort.

Gleichwohl können alle nationalen Besonderheiten nicht übertünchen, dass sich Europas sozialdemokratische Parteien seit geraumer Zeit allesamt in einer äußerst gefährlichen Abwärtsspirale befinden. Die nationalen Besonderheiten der jeweiligen Krisen verschwimmen zunehmend zu einer allgemeinen Ursache, das Allgemeine ist wiederum Ursache national spezifischer Schwächen. So ist beispielsweise schwaches politisches Personal auch das Ergebnis schwindender intellektueller Strahlkraft des sozialdemokratischen Projekts, und je weniger es gelingt, kluge, kreative und auch visionäre Köpfe zu rekrutieren desto weniger gelingt eine in die gesellschaftliche Breite gehende Vermittlung originär sozialdemokratischer Werte

und Gestaltungsvisionen. Das wiederum führt zur beschleunigten Ausdünnung der Personaldecke sozialdemokratischer Parteien.

Bei der Europawahl im Juni 2009 – inmitten der Finanzkrise – konnte die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament nur 22,1 Prozent der Sitze gewinnen. Die Dramatik des sozialdemokratischen Abwärtstrends wird umso deutlicher, wenn man die Wahlergebnisse einiger ehemals großer und stolzer Parteien gesondert betrachtet: In Frankreich kam die PS nur noch auf knapp 17 Prozent, in den Niederlanden die PvdA auf 12 Prozent, die österreichische SPÖ und die deutsche SPD fuhren mit knapp 24 bzw. 20 Prozent ihr jeweils schlechtestes Ergebnis bei einer landesweiten Wahl seit 1945 ein und die britische Labour Party kam nur noch auf knapp 16 Prozent.

Die Europawahl zeigte bereits mit erschreckender Klarheit, was sich in den nachfolgenden Wahlen bestätigen sollte, dass nämlich das Ende jahrzehntelanger neoliberaler Dominanz angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise keinen politischen Sieg der Sozialdemokratie markieren sollte. Die neoliberale Ideologie ist zwar grandios gescheitert, doch sozialdemokratische Parteien konnten davon nicht profitieren. Die Tatsache, dass sie aus der globalen Finanzkrise nicht als strahlende Sieger hervor gegangen sind, die stolz darauf verweisen konnten, mit ihrer Kritik am neoliberalen Projekt immer schon recht gehabt zu haben, ist das wirklich beunruhigende der letzten Wahl Niederlagen und verweist auf tiefer liegendes programmatisches Problem.

Ideologische und kulturelle Kernschmelze

Langfristig viel schwerwiegender als all die desaströsen Wahlergebnisse selbst, ist die politisch-kulturelle Sprachlosigkeit der Sozialdemokratie.

Angesichts so manch fragwürdiger Performance (Sarkozy, Berlusconi) oder inhaltlicher Zerstrittenheit der bürgerlichen Konkurrenz oder auch mit Hilfe von ein paar programmatischen Korrekturen der schlimmsten Auswüchse eigener Reformpolitiken in der Opposition, lassen sich schlechte Wahlergebnisse in einem immer schneller werdenden Politikzirkus mitunter wieder schnell in einen Wahlerfolg umkehren, um dann – wieder in Regierungsverantwortung und unter dem Druck so genannter Sachzwänge – das nächste Kapitel des sozialdemokratischen Niedergangs zu schreiben.

Was sich hingegen nicht leicht kompensieren lässt, ist der Verlust des *identitären Kerns* der Sozialdemokratie – gleichermaßen Voraussetzung für einen langfristigen ideologischen Diskurs wie auch für kurzfristig politische Alltagskommunikation. Ohne einen derartigen diskursiven Nukleus kann man zwar durchaus immer mal wieder kommunikative Geländegewinne erzielen, diese sind jedoch meist Strohfeuer der Mediendemokratie, die in der öffentlichen Arena gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion keine nachhaltigen Interpretations- und Deutungsmuster bereitstellen und somit vielfach Pyrrhussiege sind.

Man kann einen identitären Kern auch ein *sozialdemokratisches Narrativ* nennen: Eine *Story*, die die politischen Kämpfe der Geschichte, Gegenwart und

Zukunft ideologisch miteinander verbindet, eine *Erzählung*, die in einer komplexen Verknüpfung von Interessen, Argumenten, Symbolen, Werten und Ideen *Sinn und Zweck* politischen Handelns herstellt und zugleich mit einer normativen Letztbegründung ausstattet.

Dieses historisch gewachsene Narrativ der Sozialdemokratie – die *differentia specifica* als notwendige Voraussetzung jeglicher Diskursfähigkeit – scheint in den letzten Jahren verloren gegangen zu sein. Sozialdemokraten scheinen dementsprechend nicht mehr genau erklären zu können, wozu sie eigentlich da sind. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirkt die europäische Sozialdemokratie ideologisch ausgebrannt, konzeptionell verschlissen, unentschlossen und verwirrt und – wohl am verheerendsten – gerechtigkeitspolitisch unglaubwürdig.

Das schwierige Erbe des „Dritten Weges“

Doch wie und wann ist dieses sozialdemokratische Narrativ verloren gegangen? Die meisten politischen Beobachter betonen heute, dass es vor allem „Dritte Weg“-Politiken der letzten Jahre waren, die die zentrale *normative Dimension* des traditionellen sozialdemokratischen Politikdiskurses verletzt haben: nämlich *Soziale Gerechtigkeit*. Durch eben diese Verletzung verlor das sozialdemokratische Narrativ seine originäre Identität und *löste sich zwangsläufig auf*.

Diese Einschätzung ist zwar richtig, doch sie dringt nicht zu dem eigentlichen Kern des Problems vor. Denn im „Dritte Weg“-Diskurs wurde die *Idee sozialer Gerechtigkeit* ja nicht gänzlich aufgegeben, sondern sie wurde – mit erheblichem Begründungsaufwand übr-

gens – neu gerahmt, den Bedingungen der globalisierten Welt und postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft angepasst, kurzum: Der Begriff „Gerechtigkeit“ selbst wurde *modernisiert*.

Im „Dritten Weg“ stand Modernisierung ganz oben auf der Liste. Die „alte“ staatsfixierte Sozialdemokratie, die an „überholten“ Werten materieller Gleichheit oder an Instrumenten regulierender Intervention festhielt, sollte endlich – wie es im damaligen Jargon hieß – die „Facts of Life“ zu Kenntnis nehmen und in der *gegebenen Wirklichkeit* ankommen. „Moderne Sozialdemokraten“ – in harscher Abgrenzung zu dem, was sie als alte Sozialdemokraten auszumachen meinten – bemühten sich folglich, den Anforderungen dieser gegebenen Wirklichkeit gerecht zu werden: Sie versuchten die Staatshaushalte zu sanieren, die Inflationsraten niedrig zu halten, sie deregulierten die (Arbeits-)Märkte und schufen gute Investitionsbedingungen, sie erhöhten weder die Steuern noch bauten sie den öffentlichen Sektor aus. Ankommen in der modernen Wirklichkeit bedeutete fortan nicht mehr von sozialer Gerechtigkeit *träumen*, sondern nüchterne und wirtschaftsfreundliche Politik.

In den sozialdemokratischen Modernisierungsdiskursen wurde seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Wert der „Gerechtigkeit“ durchaus immer noch kommuniziert (nun jedoch meist in politisch unverfänglichen Begriffen wie Inklusion, Fairness und Chancengerechtigkeit verpackt), auch wurde – ganz im Gegensatz zum neoliberalen Markt-radikalismus – hervorgehoben, dass der Staat die Letztverantwortung bei der

Bereitstellung sozialer Sicherung habe, doch die Fixpunkte des Diskurses waren die *unhintergehbaren ökonomischen Imperative*, die sich aus den globalen Güter- und Kapitalmärkten ergaben. *Die Logik des Kapitalismus wurde zur einzigen und unhinterfragbaren Logik der Politikgestaltung.*

Ankommen in der Wirklichkeit hieß im „Dritten Weg“, nicht nur die Alternativlosigkeit der gegebenen ökonomischen Ordnung zu akzeptieren, sondern auch kapitalistische Märkte mit einer positiven *normativen Konnotation* auszustatten und als universelles Gestaltungsprinzip zu überhöhen. Marktmechanismen wurden fortan als Teil der Problemlösung verstanden, ihre problematischen Funktionsweisen hingegen, soziale Widersprüche und ökonomische Interessen, ebenso die Rolle von Eigentum oder neu-alte Formen der Ausbeutung¹ wurden nicht mehr als strukturelle Fragen des Kapitalismus behandelt, sondern nur noch als Sachprobleme, denen man mit systemaffirmativen, managerialistischen und pragmatischen *Policy-Programmen* sinnvoll begegnen könne.

Das Dilemma des „Dritten Weg“-Diskurses bestand also darin, dass „soziale Gerechtigkeit“ nur noch innerhalb immer enger werdender systemischer Grenzen des globalen Kapitalismus ausbuchstabiert wurde. War die historische Antriebskraft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, eine ungerechte und in jener Zeit nicht minder übermächtig

ge Wirklichkeit ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechend zu verändern, wurde nun der Grundwert der Gerechtigkeit der „gegebenen Wirklichkeit“ entsprechend zurechtgestutzt. *In eben dieser argumentativen Umkehrung ist dem sozialdemokratischen Diskurs sein identitärer Kern abhanden gekommen.*

II.

Modernisierung wurde zum rhetorischen Leitmotiv des neu-sozialdemokratischen Politikdiskurses.

Gegen eine Modernisierung an sich ist nichts einzuwenden. Denn die Sozialdemokratie ist keine fixierte Doktrin, kein festgeschriebenes Programm oder unveränderlicher Lehrsatz, sondern ein politisch und ideengeschichtlich kontinuierlicher Versuch, die Geltung der eigenen Grundwerte politisch durchzusetzen. Aus diesem Grunde muss jede neue Generation von Sozialdemokraten politische Strategien, Instrumente und notfalls auch die Ziele überprüfen und gegebenenfalls verändern.

Das Problem der diskursiven Aktivierung der „Modernisierung“ im „Dritten Weg“ war allerdings, dass Modernisierung ausschließlich als externer *Modernisierungszwang* kommuniziert wurde. Es ging um eine alternativlose Anpassung an ökonomische Herausforderungen. Es galt, auf die Bedingungen (und auf die damit einhergehenden immer kleiner werdenden Gestaltungsräume) zu reagieren und nicht die Bedingungen selbst zu gestalten. Modernisierung war weniger ein offener Gestaltungsprozess mit politischen Zielvisionen, sondern mehr ein Disziplinierungsprogramm: die Akzeptanz der neoliberal globali-

1 Coates, David (2005): *Prolonged Labour: The Slow Birth of New Labour Britain*, Hampshire: Palgrave.

sierten Wirklichkeit und einer ihr entsprechenden Gestaltungslogik.

„Modernisierung“ kann sehr unterschiedliche Akzente haben. Man kann das Verb „modernisieren“ transitiv (man wird modernisiert) oder reflexiv (man modernisiert sich) verwenden; es gibt einen Modernisierungszwang, der von *außen* auferlegt wird, oder einen Modernisierungswunsch, der freiwillig von *innen* kommt.

Im sozialdemokratischen Diskurs wurde der sozio-ökonomische Wandel, der sich aus der Globalisierung oder der „neuen technologischen Revolution“ ergab, allerdings ausschließlich als *gegebene Tatsache* kommuniziert², auf die sich moderne Gesellschaften schlicht einzustellen hätten, wenn sie nicht wollten, dass die Veränderungen einfach über sie „hinweg rollen“³. Modernisierung wurde als eine Art *unausweichliches Schicksal* beschrieben⁴, das nur noch *pragmatisch, wert- und ideologiefrei* zu diskutieren sei.

Rhetorischer Bezugspunkt jedes Modernisierungsdiskurses ist natürlich die Zukunft. Im „Dritten Weg“-Diskurs war „Zukunft“ inhaltlich eindeutig vorgegeben: die *neue* industrielle Revolution, New Economy und technologi-

sche Innovationen, die „Informations-, Wissens- oder Netzwerkgesellschaft“ als zwingende Voraussetzung zur Wettbewerbsfähigkeit im globalen Konkurrenzkampf (es ist heute erstaunlich, wie unkritisch sich Sozialdemokraten die damals kursierenden Begriffe zu eigen machten).

Wenn bereits klar ist, wie „Zukunft“ auszusehen hat, und Modernisierung – als der Weg dorthin – als *unausweichliche und zugleich neutrale Notwendigkeit* diskursiv einfach behauptet wird, dann ist für alternative Sichtweisen politisch kein Platz mehr: über die Zukunft wird nicht mehr politisch verhandelt und gestritten, *Zukunft wird depolitisiert verordnet*.

Bemerkenswert ist aus heutiger Sicht vor allem die freiwillig vorausseilende Eliminierung letzter Reste von Kapitalismuskritik aus dem sozialdemokratischen Diskurs. In der rhetorischen Verehrung der „neuen Zukunft“ gab es keine kritische Theorie eines wie auch immer gearteten Interessengegensatzes im Wissenskapitalismus mehr. *Gordon Brown* meinte sogar, dass die moderne Wissensökonomie zu einer Umkehrung der, von Karl Marx beschriebenen Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit führe: Arbeit könne über die wachsende Relevanz von Wissen und Fertigkeiten und dem daraus abgeleiteten Marktwert des individuellen Humankapitals nun das Kapital ausbeuten⁵.

2 Watson, Matthew/ Hay, Colin (2003): „The discourse of globalisation and the logic of no alternative: rendering the contingent necessary in the political economy of New Labour“, in: *Policy & Politics* 31(3): S. 289–305.

3 Blair, Tony (1996): *New Britain: My Vision of a Young Country*, London: Fourth Estate, S. 98.

4 Raco, Mike (2002): „Risk, Fear and Control: Deconstructing the Discourses of New Labour’s Economic Policy“, in: *Space and Polity* 6(1): S. 25–47.

5 Brown, Gordon (1994): *Fair is Efficient: A Socialist Agenda for Fairness*, Fabian Pamphlet No. 563, London: Fabian Society.

Affirmation systemischer Logik

Wird die systemische Logik des ökonomischen Systems selbst nicht mehr in Frage gestellt und wird Ökonomie quasi selbst zur hegemonialen Ideologie, dann wird „soziale Gerechtigkeit“ logischerweise zu einer Restgröße, die wiederum nach ökonomischen Kennziffern zu berechnen ist. Der neu-sozialdemokratische Modernisierungsdiskurs passte sich der ökonomischen Logik des globalen Kapitalismus normativ voll und ganz an. Soziale Gerechtigkeit wurde über einen neuen, investierenden Wohlfahrtsstaat argumentativ hergeleitet. Der *soziale Investitionsstaat* (in Deutschland der „Vorsorgende Sozialstaat“) war effizient, während der alte Wohlfahrtsstaat ineffizient war, der Investitionsstaat erzeugte dynamische Chancen, der Wohlfahrtsstaat hingegen teure Abhängigkeit. Wohlfahrtsstaatliche Kosten galt es in soziale Investitionen zu verwandeln. Der Modernisierungsdiskurs der ‚Chancengleichheit‘ bekam eine eindeutig produktivistische bzw. ökonomische Färbung, die die „alte“ normative Ableitung sozialer Leistungen aus den sozialen Grund- und Bürgerrechten kontrastierte.

Der positivistische, zuweilen simplizistische Modernisierungsdiskurs über die globalen Chancen der Wirtschaft stand jedoch in einem krassen Widerspruch zu den Alltagserfahrungen der Mehrheit der Bevölkerung (und hier vor allem der sozialdemokratischen Kernklientel). Die postindustrielle Dienstleistungs- und Wissensökonomie erzeugte neue Verteilungslogiken, in denen soziale Spaltungs- und Exklusionseffekte lauerten und deren Auswirkun-

gen inzwischen die gesamte Gesellschaft betraf. Über die Frage von „oben“ und „unten“ legte sich die von „innen“ und „außen“⁶: Die *traditionellen Ausgleichsmechanismen*, die den historischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit kennzeichneten und sinnbildlich für den normativen Politikanspruch der Nachkriegs-Sozialdemokratie standen, gingen in weiten ökonomischen und sozialen Sphären verloren: die Verdichtung der Arbeit und ein Kostendruck durch die neue globale Arbeitskonkurrenz, das Schwinden des Normalarbeitsverhältnisses zugunsten unsicherer Leiharbeit und Minijobs, Zeitverträge, die für Generation unter 30 mittlerweile der Normalfall sind, zunehmende soziale Unsicherheit, ökonomische Ungleichheit, Aktivierungs- und Anpassungsstress. „Das Lebensgefühl vieler Menschen ist geprägt von Gefühlen relativer Ohnmacht, des Kontrollverlusts über das eigene Leben, des Ausgeliefertseins an die anonymen Kräfte des Marktes und des ‚Sachzwangs‘ und an eine an immer bürgerferneren Orten verortete Politik“⁷. *In dem Widerspruch einer futuristisch-kapitalistischen Techno-Zukunft des „Dritten Weg“-Diskurses und einer realen (und auch begründeten) Zukunftsangst der Bevölkerung ging das sozialdemokratische Narrativ verloren.*

6 Offe, Claus/Bude, Heinz (2008): „Bist Du drinnen, oder bis du draußen...das ist hier die Frage. Ein Gespräch über den sozialen Wandel, das Ende des Sozialstaats und das Drama der Exklusion“, in: *Frankfurter Rundschau* (19.03.2008).

7 Sennett, Richard (2007): *Die neue Kultur des Kapitalismus*, Berlin: BvT.

Globalisierung wurde als eine Art apolitisches „Naturgesetz“ und sozialdemokratische Reform-Agenden quasi als säkularisierte Anerkennung eben dieser Gesetze der Natur kommuniziert. Der Modernisierungsdiskurs war vor allem ein *Elitendiskurs* (Politiker, Journalisten, Wirtschaftsvertreter, Wissenschaftler), also jene medial-öffentliche Kaste, die unentwegt eine *Veränderungs- und Risikobereitschaft* reklamierte, die von ihr selbst sehr viel weniger verlangte als von den „kleinen“ Leuten und für sie selbst weit weniger risikoreich war als für die immer größer werdende Anzahl der Menschen in prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen. Der Modernisierungsdiskurs wurde dadurch einseitig: Gesellschaft müsste sich der Globalisierung anpassen. Umgekehrt fehlte jedoch eine vergleichbare Erzählung, wie die „Globalisierung“ an die Bedürfnisse der Menschen und Gesellschaften angepasst werden sollte.

Hinzu kam der forsche, fordernde und technokratisch-arrogante Gesamtduktus des Diskurses, der auch berechtigte und rationale Einsprüche gegen bestimmte Reformprojekte mit einem Populismus-Vorwurf belegte. Jede kritische Frage im Hinblick auf die omnipräsenten Effizienz-Prinzipien der politischen Ökonomie und deren pseudo-naturgesetzlichen Regeln wurde entweder als *traditionalistischer Antimodernismus* oder als *schlicht naiv* diskreditiert.

III.

Eine Sache ist klar. Das sozialdemokratische Narrativ, das gleichermaßen die Hoffnung auf politische Gestaltbarkeit,

ein begriffliches Raster der Politikerklärung sowie konkrete Politikprogramme sinngebend überspannt, *kann – einmal verloren gegangen – nicht einfach rekonstruiert werden*. Ein Narrativ, das über 180 Jahre „Vokabulare“ und „Sprachspiele“, komplexe Instrumentarien kritischer Reflexion und intellektueller Deutung lieferte, kann nicht in ein paar Jahren neu erfunden werden.

Aus diesem Grunde wirken die unterschiedlichen Versuche der europäischen Sozialdemokratie, auf der Policy-Achse mal mehr nach „links“ oder mal mehr nach „rechts“ zu rücken, hilflos und erratisch. „Was den europäischen Sozialdemokratien fehlt, was verloren ging, ist die ‚große Erzählung‘ von der Humanisierung der Gesellschaft, von der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Egalität, von der sozialen Gerechtigkeit“⁸.

Intellektuelle Neubegründung

Ein sozialdemokratisches Narrativ muss qualitativ neu begründet werden. Das 21. Jahrhundert liefert genug ungelöste Fragen, die ein gänzlich neues Verständnis von Politikgestaltung und -anspruch verlangen und enorme intellektuelle, wissenschaftliche und kommunikative Herausforderungen darstellen. Als mögliche Quellen einer *historischen neu begründeten* sozialdemokratischen Renaissance einer „Zivilisierung des Kapitalismus durch Reformpolitik“

8 Lösche, Peter (2003): „Sozialdemokraten im Niedergang? – Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48(2): S. 207-221, hier: S. 212

stehen die ungelösten Ökologie- und Verteilungsfragen (die immer zusammengedacht werden müssen), sowie die Wachstums-, Demokratie- und Steuerungsfragen. Eine Sozialdemokratie hingegen, in der schon die Frage nach einer radikalen sozialen Transformation oder Ideen, die den Nahbereich des Gegenwärtigen überschreiten, wie ein geschmackloser Witz peinliches Unbehagen auslösen, hat sich im neuen Jahrhundert tatsächlich überlebt.

Eine Neubegründung ihres Narrativs gelingt wahrscheinlich nur, wenn innerhalb der Sozialdemokratie auch wieder jenseits bestehender Systemlogiken kreativ nachgedacht wird. Im politischen Expertenbetrieb, auf den vor allem auch sozialdemokratische Regierungen gerne und extensiv zurückgriffen, wurden in den letzten Jahren „Problemlösungen“ für konkrete gesellschaftliche Probleme gesucht. Was aber in der letzten Zeit fast vollständig aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden ist, ist der weitere Zweck von Denken und Wissenschaft: Dieser Zweck bestünde darin, nicht nur nach Lösungen für Probleme der Gesellschaft zu suchen, sondern auch *über die eigentliche Form der Probleme zu reflektieren*.

Angesichts der Frage, wie die ökologische Katastrophe abgewendet werden

kann und eine ökologische Industrialisierung *auch in den Entwicklungsländern* hinzubekommen ist, mit der die Arbeitsplätze, Einkommen für die Bevölkerung und sozialen Fortschritt ermöglicht wird, sind nicht die Diskussionen einer Systemtransformation naiv, sondern wohl eher die Vorstellung, dass diese Frage innerhalb des Systems technokratisch beantworten zu können. Ein sozialdemokratischer Politikdiskurs darf sich nicht ausschließlich als affirmative Anpassung an ein Hier und Jetzt artikulieren, sondern sollte mit einer normativen Neuordnung der Beziehungen von Politik, Staat und Ökonomie *intellektuell führen*. Alternativen zu den bestehenden Wachstumsdogmen der Wirtschaftslehre, neue Vorstellungen von Gerechtigkeit, Solidarität und Lebensglück der Menschen sind vonnöten.

Ob in der gegenwärtigen europäischen Sozialdemokratie eine solche Debatte geführt werden kann, aus der sich ein neues sozialdemokratisches Narrativ herauschält, das auch in die Gesellschaft ausstrahlt, muss allerdings bezweifelt werden.

Denn dies würde tatsächlich eine grundlegende Modernisierung im Sinne mental-intellektueller Offenheit und Neugier verlangen.

Neoreformistische Perspektiven

Die Krise des Kapitalismus und die der Sozialdemokratie in Europa hängen zusammen

Die Finanzmarktkrise mag das Ende des Neoliberalismus als dominante Ideologie einläuten. Wenn er scheitert dann ökonomisch und nicht politisch. Er ist nicht wegen, sondern trotz der Sozialdemokratie am Ende. An der Krise der Sozialdemokratie in einem von Wirtschaftslobbys dominierten politischen System, das Colin Crouch treffend als *Postdemokratie*¹ bezeichnet, ändert das allerdings wenig. Im Gegenteil, weil die Macht der Wirtschaft auch in der Krise nahezu ungebremst wirkt, erleben wir „*Lemon Socialism*“ in Reinkultur: Nach Jahrzehnten privatisierter Gewinne werden die Verluste vergesellschaftet. Auch wenn sie in ihrer neoliberalen Form offensichtlich gescheitert ist, verhindert die weit fortgeschrittene Globalisierung ein zurück zu den (scheinbar) „guten alten Zeiten“ des keynesianischen Fordismus der 1970er Jahre.

Die Krise kann der Sozialdemokratie die Aufgabe der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung nicht abnehmen

1 In einem postdemokratischen System nähern sich Ungleichheiten in Wirtschaft und Partizipation wieder vordemokratischen Dimensionen an, allerdings unter Wahrung der formaldemokratischen Fassade.

– im Gegenteil, sie macht sie dringlicher und damit auch komplizierter. Sehr wohl aber sind die Erfolgschancen einer erneuerten Sozialdemokratie durch die Krise so hoch wie lange nicht mehr. Das vorliegende Plädoyer für einen „Neoreformismus“ ist eine Skizze, die versucht sowohl aus den Schwächen und Fehlern wie den Erfolgen und Stärken der europäischen Sozialdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg Lehren zu ziehen. Sie gliedert sich in vier Teile: Der Diskussion prinzipieller Charakteristika reformistischer Ansätze folgt eine Analyse der Probleme des historischen Reformismus und ein Versuch zu klären, worin das „Neo“ in einem „Neoreformismus“ bestehen könnte. Der letzte Teil widmet sich konkreten Handlungsableitungen für sozialdemokratische Parteien.

Prinzipielle Charakteristika reformistischer Ansätze

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden. [...] Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Diese beiden Sätze über die „Grundwerte des Sozialismus“ aus dem Godesberger Programm der SPD von 1959 fassen die wesentlichsten Bausteine reformistischer Ansätze zusammen: In der Orientierung auf Grundwerte, die selbstbewusst auf die Ankündigung endgültiger Lösungen und Zustände verzichtet, werden politische Fragen *gleichermaßen* als normativ wie empirisch erkannt. Weil sich gerade die zentralen Probleme einer Gesellschaft – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit – nicht ein für allemal lösen lassen, ist die reformistische Agenda immer eine unendliche, fallibilistische und eklektizistische Agenda. Für den Reformismus gibt es kein „vor“ und „nach“ der Revolution, im Zentrum steht deshalb immer die Verbesserung im hier und jetzt, für die hier und jetzt Benachteiligten – allerdings mit Rücksicht auf zukünftige Generationen. Diese Ziele sollen in demokratischen Systemen in erster Linie durch Reformieren von und Experimentieren mit bestehenden Institutionen erreicht werden. Eine soziale Demokratie ist dabei gleichermaßen Mittel und Zweck reformistischer Politik.

Probleme des historischen Reformismus

Die allermeisten der Errungenschaften sozialdemokratischer Politik im 20. Jahrhundert gehen auf derart reformistische Politik zurück: Bei Themen wie Arbeitszeitverkürzung oder Sozialleistungen standen konkrete Missstände und Verbesserungen im Fokus reformistischer Politik. Radikal-revolutionäre Ansätze innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie waren für diese Erfolge in unterschiedlichen Zeiten

und Ländern sowohl hinderlich (z.B. die dogmatisch-radikale und zutiefst schädliche Agenda der KPD vor 1933) als auch hilfreich (z.B. im Systemwettbewerb der Nachkriegsjahre zwischen Ost und West). Fest steht aber jedenfalls, dass bereits vor dem endgültigen Scheitern des sogenannten „real existierenden Sozialismus“, nämlich im Zuge der Krise des keynesianischen Fordismus in den 1970er Jahren, derart reformistische Politik in eine Krise geriet und in der Folge für neoliberales Gedankengut alles andere als unempfänglich war.

Neben dem Wegfall der Systemkonkurrenz in den 1990er Jahren, der neoliberale Tendenzen in der Sozialdemokratie sicherlich verstärkt hat, gibt es auch einen prinzipiellen Grund für die Anfälligkeit des Reformismus für den Neoliberalismus: Die theoretische Offenheit eines reformistischen Ansatzes schützt eben nicht nur vor Dogmatismus, sondern öffnet auch Raum für Irrtümer. Gleichzeitig verbindet sich damit aber eine Fähigkeit zur Selbstkorrektur: Denn natürlich ist reformistische Politik nicht unfehlbar – im Gegenteil, weil sie sich empirisch klare Ziele setzt wird sie sogar regelmäßig scheitern. Damit liegt es aber vor allem an kritischen SozialdemokratInnen auf dieses Scheitern und mögliche Gründe dafür hinzuweisen sowie für Kurskorrekturen zu kämpfen. Umgekehrt müssen diese kritischen Stimmen auch ausgehalten werden: Wer Fehler in der Vergangenheit nicht eingestehen kann, macht sie zum Programm.

Historisch stoßen wir im „real existierenden Reformismus“ auf eine Reihe von Schwächen, die nicht mit dem Ein-

sichern neoliberaler Theorien zusammenhängen. In zumindest vierfacher Hinsicht war der Reformismus zu unbeweglich, zu fixiert auf kurzzeitig erfolgreiche aber schließlich unzeitgemäße Strategien:

- *Fixierung auf den fordistischen Keynesianismus*: Mit der engen Bindung an die ökonomische Theorie des Mainstream-Keynesianismus der 1950er-Jahre hat sich die reformistische Sozialdemokratie auch dessen Schwächen eingekauft. Neben einer fehlenden Innovationstheorie zählen dazu insbesondere dessen engmechanistisches, mit neoklassischen Ansätzen verwandtes Methodenrepertoire sowie dessen Unterschätzung der Rolle gesellschaftlicher Machtverhältnisse für Wirtschaft und Politik. Hinzu kommt der mit dem Fordismus verbundene Fokus auf Massenproduktion und das traditionelle Familienbild.
- *Fixierung auf den Staat*: Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit, als in vielen Ländern dem Aufbau eigener, staatsunabhängiger Strukturen (Stichwort: Konsum- und Wohnungsgenossenschaften) viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, beschränkte sich die Nachkriegssozialdemokratie auf die Reform des Staates und vernachlässigte die unmittelbare Arbeit mit der Bevölkerung. Eine Nationalstaatsfixiertheit, die sich nicht zuletzt angesichts von Globalisierung und Privatisierung als Achillesferse erwiesen hat. Aber auch abgesehen davon ist mit ihr ein problematisches Verhältnis zur Bedeutung individueller Freiheits-

rechte und -räume verbunden, die sowohl von der Wirtschaft als auch vom Staat bedroht werden können.

- *Fixierung auf Arbeit*: In den allermeisten europäischen Ländern wurden Errungenschaften, allen voran Sozialleistungen, fast ausschließlich an Arbeit gekoppelt, verbunden mit Vollbeschäftigung als Hauptziel. Konsequenz dieser Arbeitsfixierung war aber, dass jede Krise kapitalistischer Dynamik automatisch zu einer Krise der Sozialdemokratie geführt hat, weil nicht nur die Verhandlungsmacht der Arbeitgeberseite zu- sondern auch der finanzielle Spielraum für sozialdemokratische Politik abnahm.
- *Fixierung auf die Praxis*: Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung wurde die prinzipiell begrüßenswerte Orientierung auf die politische Praxis übertrieben, die theoretische und diskursive Arbeit völlig vernachlässigt. Ein Vergleich der Parteiprogramme und ihres Erstellungsprozesses in den 1990er Jahren mit ihren Vorgängern könnte hier der Illustration des intellektuellen Niedergangs dienen.² Als Konsequenz dieses konzeptionellen Vakuums mangelte es an kreativen – visionären – Gestaltungsvorschlägen auf Basis sozialdemokratischer Werthaltungen. Die Folge des Abhandenkommens eines politischen

2 J. Huber/J. Kapeller: Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2(2009), S. 163–192.

Kompassen waren einerseits die völlige Orientierungslosigkeit angesichts neuer Problemstellungen und andererseits die totale neoliberale Dominanz in allen gesellschaftlichen Diskursbereichen. Die Sozialdemokratie darf nicht mehr wie im 19. Jh. die Funktion einer vierten abrahamitischen Weltreligion übernehmen und auf ein klassenloses Utopia im Diesseits verweisen. Sie darf aber für mehr kämpfen als für Pendlerpauschale und Lebensmittelpreise. Nur weil er nicht das Paradies auf Erden verspricht, kann der Reformismus nicht auf positive Zukunftsbilder verzichten.

Die meisten dieser Punkte lassen sich aus dem sturen (weiter-)verfolgen einmal erfolgreicher Ansätze erklären, getreu dem Motto „success breeds success breeds failure“. Hier bedarf es einer „bloßen“ Aktualisierung und Neukontextualisierung reformistischer Politik. Manches sind aber auch Irrtümer und Fehler, die einer profunden Korrektur bedürfen.

Was ist „reformistisch“, was ist „neo“ am Neoreformismus?

Wie im historischen Reformismus versucht auch der Neoreformismus innerhalb bestehender Systeme zu arbeiten, diese kontinuierlich demokratischer, egalitärer und transparenter zu machen. Daraus folgt beispielsweise die kritische Befürwortung der EU und des EU-Reformvertrages, der die neoliberalen Bauprinzipien der EU nicht überwindet, aber sie verringert. Daraus folgt außerdem die Forderung internationa-

le Institutionen wie den Internationalen Währungsfond (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO) oder Vereinten Nationen (UN) zu reformieren, nicht sie abzuschaffen. In einer globalisierten Welt bedeutet Neoreformismus bestehende Institutionen zu vernetzen, weiterzuentwickeln und sich nicht mit der Hoffnung auf den Systemcrash im Nationalstaat zu verschanzen.

Es geht auch im Neoreformismus um konkrete und messbare Ziele, wie die gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen – im nationalen wie im globalen Maßstab –, Einkommensgleichheit zwischen Männern und Frauen, sinkende – relative wie absolute – Armut oder Zurückdrängung wirtschaftlicher Macht aus politischen Entscheidungsprozessen. Mittel hierfür sind ebenfalls ganz klassisch konkrete Verbesserungsvorschläge zur Veränderung des bestehenden Systems, wie die Einführung einer Tobin Tax, einer EU-Steuer oder die Einbeziehung von Kapitaleinkünften in Sozialversicherungssysteme.

Neu am Neoreformismus ist aber der Versuch, sich in mehrfacher Hinsicht von historischen Fixierungen zu lösen:

- *Rechtsorientierung*: Wer die Grundwerteorientierung des Reformismus konsequent zu Ende denkt, muss bei einer Menschenrechtsorientierung landen. Derzufolge haben Menschen einen Rechtsanspruch auf Freiheit von Diskriminierung, auf Absicherung im Alter, auf Sozialversicherung im Sinne einer Universal- oder BürgerInnenversicherung sowie auf die Deckung ihrer Grundbedürfnisse.

nisse. Diese Anerkennung von sozialen Menschenrechten führt nicht nur zur Notwendigkeit, sich ernsthaft mit Grundeinkommensmodellen auseinanderzusetzen, sondern birgt auch das Potential den Mensch als Individuum vom Zugriff wirtschaftlicher wie staatlicher Kontrolle zu entkoppeln. Die Bürger/innen universeller Sozialstaaten haben qua Geburt einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und sind gegenüber dem Staat keine Bittsteller/innen und gegenüber der Wirtschaft kein Freiwild.

- *Internationale Ausrichtung:* Die internationale Solidarität ist das große uneingelöste Versprechen (nicht nur) der reformistischen Sozialdemokratie. Konkret bedeutet das für eine neoreformistische Sozialdemokratie, zum Verzicht nationaler Eigenständigkeit bereit zu sein, wenn damit ein mehr an europäischer Handlungsfähigkeit erlangt werden kann. Das Ziel muss es sein die soziale Frage kontinental und international neu zu stellen und in allen Politikfeldern Themen wie die Ökologie und die Nord-Süd Frage im Blick zu haben. Nicht um die eigene Industrie mit Entwicklungs„hilfe“ zu sanieren, sondern um die Chancen der Globalisierung für beide Seiten zu nutzen.
- *Breites Politikverständnis:* Neoreformistische Politik soll überall dort gemacht werden, wo Politik stattfindet. Das kann der Nationalstaat, das können internationale Organisationen, das kann aber auch im Bereich privater Regulierungsregimes

(sogenannter „private governance regimes“) oder durch nicht-staatliche Organisationen und Gemeinschaften sein. Ansätze wie Fairtrade³ oder Creative Commons⁴ sind sicher nicht „die Lösung“ für Probleme im Bereich des Welthandels oder des UrheberInnenrechts, sie können aber einen Fortschritt darstellen, vor allem in transnationalen Bereichen, wo es keine oder nur unzureichende staatlichen Regulierungsmöglichkeiten gibt.

- *Theoretisch fundiert:* Klassischer Reformismus wurde regelmäßig als theorieferner Pragmatismus missverstanden. Dabei ist gerade reformistische Politik auf Gedankenexperimente und Theorienpluralismus angewiesen, und zwar betreffend des Reformismus als politischem Ansatz ebenso wie bezüglich konkret-reformistischer Politikprojekte. Gerade auch eine kritische Bezugnahme auf neomarxistische Analysen kann hier helfen, blinde Flecken, vor allem im Bezug auf Machtverhältnisse, zu adressieren. In anderen Bereichen, etwa wenn es um das Verhältnis von Bürokratie und Individuum geht, darf man klassisch-liberaler Kritik ein offenes Ohr schenken.

Ernstgenommen folgen aus diesen Punkten auch ganz konkrete Handlungsableitungen für prinzipiell sozialdemokratisch ausgerichtete Parteien wie die SPD, die Linkspartei oder die

3 <http://www.fairtrade/1>

4 <http://www.creativecommons.org>

Grünen, von denen wir wiederum vier Punkte herausgegriffen haben.

Was tun?

- *Visionäre Zukunftsbilder entwickeln:* Nach einer Menschheitsgeneration Neoliberalismus stehen die Zeichen auf solidarischere Jahrzehnte. Was für Visionen könnte eine neoreformistische Sozialdemokratie in dieser Stunde bieten? In der von Aristokratie und ererbtem Vermögen dominierten Welt des 19. Jahrhunderts war die Vision von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit so angebracht wie attraktiv. Eine von Leistungsfetisch und -mythen dominierte Gegenwart des globalen Standortwettbewerbs bedarf aber dessen Korrektur in Form von solidarischer Ökonomie und globalen, leistungsunabhängigen, sozialen Menschenrechten. Konkret muss im Zentrum einer sozialdemokratischen Vision als erster Schritt die Vereinigung Europas als Sozialunion stehen.
- *Demokratisierung, Politisierung und Öffnung der Partei:* Wer glaubhaft für Demokratie und offenen inhaltlichen Diskurs eintreten will, muss bei den eigenen Strukturen anfangen. Die Mitgliedschaft in einer fortschrittlichen Organisation muss mit ernst zu nehmenden Rechten zur Mitsprache und Mitbestimmung verbunden sein. Dafür ist eine (Re-) Politisierung von Mitgliedern, Parteiveranstaltungen und öffentlichem Auftreten erforderlich. Einer Orientierung am politischen Inhalt anstatt an der PR könnte etwa durch die Schaffung eines anspruchsvol-

len inhaltlichen Wochenmagazins Ausdruck verliehen werden. Komplementär dazu müssen horizontale Organisationsnetzwerke aufgebaut werden, die vor allem themenspezifisch arbeiten und sich mit NGOs überlappen. Die Palette möglicher Netzwerke reicht von den in der Regel bereits bestehenden für Frauen, Homosexuelle und MigrantInnen bis hin zu neuen für alternative Energien, freie Software oder Globalisierung. NGOs wie ATTAC haben seit Jahren auf die Gefahren des finanzgetriebenen Kapitalismus aufmerksam gemacht und überdies in vielen Bereichen eine de facto sozialdemokratische Agenda für das 21. Jahrhundert entwickelt. ATTAC ist nur ein Beispiel für Organisationen die nicht außerhalb sondern in der Mitte der Sozialdemokratie agieren sollten, und zwar ohne jegliches Denk- oder Sprechverbot. Ihren AktivistInnen sollten auch Kandidaturen auf offenen Listen ermöglicht werden und ihr Know-how überall dort nachgefragt werden, wo es vorhanden ist. Im Sinne des einstigen Vorsitzenden der bayrischen SPD Georg von Vollmar („Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust“), müssen in Sachfragen auch Bündnisse mit liberalen, christlichsozialen und konservativen Organisationen möglich sein.

- *Erschließung neuer Themenfelder:* Die Sozialdemokratie sollte nicht das Sinnbild der Bürokratie, sondern die Avantgarde zeitgenössischer politischer Debatten sein. Als ersten Schritt – und hier ist ein Umdenken

bei führenden FunktionärInnen gefragt – gilt es echten Theorien-, Meinungs- und Personenpluralismus zu fördern und diesen auch auszuhalten. Es gibt kaum Orte für kritische und offene Auseinandersetzung mit Inhalten in sozialdemokratischem Kontext, an denen Ideen und Gedanken verschiedener sozialdemokratischer Strömungen und Parteien aufeinander treffen können. Dem stehen eine unüberschaubare Vielfalt an Think Tanks und Veranstaltungen auf konservativer Seite gegenüber. Offener und kritischer Diskurs, nicht Meinungsumfragen müssen (wieder) die Basis sozialdemokratischer Politik bilden. Grundvoraussetzung dafür ist natürlich die Freiheit der Rede, Parteidisziplin hat in Think Tanks nichts verloren.

- *Sondierung neuen Terrains:* Schließlich muss sich eine neoreformistische Sozialdemokratie wieder trauen, abseits staatlicher Apparate in Eigenregie Politikprojekte auf den Weg und sich in bereits bestehende, emanzipatorische Politikprojekte einzubringen. Warum nützt die

Sozialdemokratie die Möglichkeiten neuer digitaler Medien nicht offensiv und in einer Weise, die Partizipation und inhaltliche Auseinandersetzung fördert sowie auf freie Formate und freie Software aufsetzt? Warum bringt sich die Sozialdemokratie beispielsweise nicht in bestehende Initiativen wie Amnesty International oder Fairtrade ein, ohne diese für sich zu vereinnahmen? In all diesen Bereichen wäre das Geld, das heute in nichtssagenden Hochglanzinseraten steckt, um ein vielfaches besser angelegt.

Bei aller notwendigen Innovation ist auf der Ebene der parlamentarischen Politik eine Konzentration auf die traditionellen Kernaufgaben unerlässlich. In ganz Europa spielt im untersten Einkommensdrittel der Gesellschaft die Sozialdemokratie schon lange nicht mehr mit Heimvorteil. Die Sozialdemokratie muss unverkennbar als Anwältin der Arbeitnehmer/innen und sozial Exkludierten auftreten. Umverteilung, Aufstiegschancen und Bildung sind in diesem Zusammenhang alte aber aktuelle Rezepte.

Was ist ein linker Lebenslauf?¹

Ich könnte es mir natürlich leicht machen und mich auf den großen Aphoristen Ernst Jandl berufen, der sich abschließend zu diesem Problem geäußert hat. Er schrieb: „*Viele meinen, dass man lechts und rinks nicht velwechsern kann. Werch ein Illtum.*“ Aber es geht ja nicht um links oder rechts, es geht nicht darum, was ist ein Rechter oder ein Linker in der Partei, in den Parteien, in der heutigen Tagespolitik.

Es geht um den Lebenslauf einer Frau oder eines Mannes, es geht um die Biographie eines Menschen, der am Ende eines langen oder auch weniger langen Lebens sagen kann, er habe sich im Laufe der Zeit verändert, er sei sich aber auch treu geblieben. Er habe seine Überzeugung nicht seiner Karriere, seinen politischen Erfolgen, dem guten Verdienst geopfert. Solche Lebensläufe gibt es, sie sind beeindruckend und wert, sich ihrer zu erinnern. Aber sie sind nicht per se auch links. Was also ist ein spezifisch „linker“ Lebenslauf?

Wir sind ja im Urteil über unsere Mitgenossen oft sehr schnell bei der Hand mit einem Etikett, dem wir auch schnell die Bezeichnung links oder rechts mitaufkleben oder auch verweigern.

Ich erinnere mich, wie ich einem guten Freund gegenüber von einem Genossen berichtete und diesen einen „gestandenen Linken“ nannte. Der gute Freund fragte erstaunt, wieso links, ich denke er ist in der SPD. Das Gütezeichen links durfte offenbar einem Sozialdemokraten nicht gewährt werden.

Nun sind aber auch die Mitglieder der SPD nicht faul, wenn es gilt, die eigenen Genossen als links oder rechts zu bezeichnen und daraus innerparteiliche Frontlinien zu machen. Es „kreiselt“ und „klüngelt“ ja in der SPD, seit es die Partei überhaupt gibt. In der Berliner SPD sind nur noch älteren Genossinnen und Genossen die Bezeichnungen „Keulenriege“ oder „Pfeifenklub“ aus der Parteigeschichte der Nachkriegszeit bekannt. Sie standen für die linken oder rechten Sozialdemokraten in der Berliner SPD der fünfziger Jahre und damals war die Doppeldeutigkeit der Namen Anlass zu allerlei Häme. Aber wer kennt heute schon noch den Berliner Ausdruck „Keule“ oder das „Tabakkollegium“ eines preußischen Königs. Heute nennt man sich lieber nach Wochentagen oder Ortsteilen von Berlin, wenn nicht sogar die Bezeichnung „links“ in der Gruppenbezeichnung offen genannt wird, etwa bei der „Parlamentarischen Linken“.

Wie sehr bei der Zuordnung die Tagespolitik eine Rolle spielt, will ich an einem Beispiel aus meiner eigenen Beschäftigung mit der Berliner Sozial-

1 Leicht gekürzter Vortrag auf dem Workshop des August-Bebel-Instituts „Linke Lebensläufe“ am 19. September 2009 im Kurt Schumacher Haus/Berlin.

demokratie belegen. Ich stand in den sechziger Jahren als Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vor allem der Berliner SPD ziemlich fern. Der Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt und seine neue Ostpolitik schafften es, dass ich meinen Frieden mit der SPD machte.

Ich begann über die SPD der Weimarer Republik wissenschaftlich zu arbeiten. Die Linken in der damaligen SPD waren leicht auszumachen, allen voran Paul Levi, der Lebens- und Kampfgefährte von Rosa Luxemburg, der aus der KPD ausgeschlossene KPD-Vorsitzende und seit 1922, seit seiner Rückkehr in die SPD, bis zu seinem frühen Tode im Jahre 1930 einer der Sprecher der SPD-Linken in der Weimarer Republik.

Zu dieser SPD-Linken zählten auch viele, die 1931 mit der SPD brachen und die SAP gründeten – Willy Brandt gehörte dazu. Sie schlossen sich noch während des Krieges oder kurz danach wieder der SPD an. Sie gehörten hier in Berlin zu den leidenschaftlichen Vorkämpfern gegen eine Zwangsvereinigung mit der stalinistischen KPD, deren terroristische Praxis sie in Spanien oder in Moskau oft leidvoll erfahren mussten. Die aus der Zwangsvereinigung entstandene SED wiederum machte die Haltung zur Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946 zum Kriterium dafür, ob einer oder eine links oder rechts in der SPD zu verorten gewesen war.

Während meiner Arbeit an einem Buch über die Berliner Falken, der SPD-nahen Jugendorganisation machte ich zahlreiche lebensgeschichtliche Interviews und ich machte eine mich sehr irritierende Erfahrung. In den Er-

zählungen der ehemaligen Falken war Willy Brandt der Anführer der rechten Berliner SPD, der der linken Berliner SPD um Franz Neumann allmählich das Wasser abgrub. Zu den Anhängern Neumanns wiederum gehörten zum Zeitpunkt meiner Interviews einige zu den größten Kritikern Brandts, den sie wegen seiner Ostpolitik tadelten. Einige waren deswegen aus der SPD ausgetreten und manche machten sogar Wahlkampf für Franz-Josef Strauß.

Und noch ein Hinweis, was kein Kriterium für einen linken Lebenslauf sein kann. Das Bekenntnis zu einer Religion oder zum Freidenkertum kann nicht heißen, dass der eine mehr links oder die andere mehr rechts einzuordnen ist. In der Weimarer Republik gehörte es zum Karrieremuster gerade in der damals links wahrgenommenen Berliner SPD, dass ein höheres Parteiamt nur nach dem erklärten Kirchenaustritt möglich war. Dabei gehörten die auch in Berlin aktiven Religiösen Sozialisten um Paul Piechowski, um Paul Tillich und Eduard Heimann zu den großen Warnern vor dem aufkommenden Faschismus, während ein Teil der Berliner Sozialdemokraten mit lupenreiner Kirchenaustrittsvita angesichts der nazistischen Drohung in einfalllosem Immobilismus verharrte. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, meine Sympathien im jüngsten Berliner Kirchenkampf gehörten „Proethik“. Und die gar nicht kleine Gruppe „Christen pro Ethik“ bewies, dass Mitgliedschaft in der Kirche nicht heißen musste, einem Bischof alles nachzubeten.

Wo also bleibt der linke Lebenslauf. Klar ist bisher lediglich geworden, dass

die jeweiligen tagespolitischen Zuordnungen oder gar Selbstbezeichnungen wenig hilfreich sind, um einen linken Lebenslauf zu charakterisieren. Um die Verwirrung zu vergrößern, sei noch angefügt, dass ich selbst, nachdem ich mich intensiv mit der Biographie von Willy Brandt und auch von Franz Neumann beschäftigt habe, in beiden gestandene linke Sozialdemokraten sehe. Beide, so verschieden sie selbst im persönlichen Leben waren und so verschieden sie politisch agierten, zeichnen sich durch einen linken Lebenslauf aus.

Was also ist das Gemeinsame an den beiden so verschiedenen Biographien?

Neumann und Brandt sahen sich als Teil einer großen sozialen und politischen Bewegung, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm und die sich für die sozial und politisch Entrechteten einsetzte. Nicht im patriarchalischen Sinne, sondern in dem Bewusstsein, dass diese Entrechteten ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen hatten. Beide zogen oft unterschiedliche Schlüsse aus dem gesellschaftlichen Umfeld und kamen in der Einschätzung der tagespolitischen Situation zu unterschiedlichen Ergebnissen, was nicht zuletzt ihre innerparteiliche Gegnerschaft erklärt. Aber sie blieben stets ihrer Überzeugung treu, dass sie Teil dieser Bewegung sind, dass sie sich nicht als eine selbsternannte Avantgarde dieser Bewegung verstehen dürfen, aber diese Bewegung auch nicht als bloßes Instrument missbrauchen dürfen, um die eigene Karriere zu befördern. Überzeugungstreue hieß, dass die Mitgliedschaft in der Partei nicht sakrosankt war, hieß aber auch, dass man auch nicht wegen innerpartei-

licher Niederlagen beleidigt den „Bettel“ hinschmiss.

Vor Jahren hatte der Großvater von Wolfgang Abendroth diesem ins Stammbuch geschrieben, er solle stets darauf bedacht sein, nicht von der Arbeiterbewegung zu leben, sondern für sie. Die Arbeiterbewegung gibt's so nicht mehr wie zu Kaiserszeiten, aber im übertragenen Sinne gilt das noch heute. Gerda und Hermann Weber, beide aus der KPD zur SPD gekommen, haben ihre Biographie überschrieben: „Leben nach dem Prinzip links“, in ihrem Buch können wir nachlesen, was damit gemeint ist.

Und noch ein Beispiel: Björn Engholm berichtete jüngst, was ihn antrieb, als er sich in den sechziger Jahren der SPD anschloss. Er sagte: „Wir wollten die Welt verändern ... 80% unserer Zeit haben wir damals darin investiert, dass diese Welt anders wird. Und 20% war: Wer kommt wohin? Wer wird wo Ausschussvorsitzender? Das Verhältnis darf sich nicht umkehren in der SPD, nach dem Motto: 80% für Karriere, 20% für die Welt.“

Die Welt, so Engholm, sollte anders werden, das meinte natürlich nicht irgendwie und egal in welche Richtung. Die Welt sollte für einen möglichst großen Teil der in ihr lebenden Menschen besser werden, nicht auf Kosten anderer, noch Ärmerer, sondern ein menschenwürdiges Leben für alle, frei von Angst, vor Hunger, frei für alle Chancen der Bildung und der Verwirklichung eigener Hoffnungen und Wünsche sollte erkämpft werden. Wohl gemerkt: erkämpft! Ein solches Ziel fiel denjenigen, die es erreichen wollten, nicht in den Schoss.

Deshalb hat die Frau oder der Mann mit einem linken Lebenslauf eine Utopie von dieser besseren Welt, die sie oder er im Laufe des Lebens verwirklichen will. Der sehr missverständliche Satz Helmut Schmidts: Wer Visionen hat, soll zum Psychiater gehen, wurde und wird innerparteilich nur zu gerne genutzt, um eine pragmatische Tagespolitik zu rechtfertigen, die nicht in der Lage war und ist, über den Tellerrand zu schauen.

Aber wer eine Utopie entwirft, muss auch wissen, dass sie „nirgendwo“ zu finden ist, dass es nicht bedeuten kann, eine bessere Welt am Reißbrett zu entwerfen, die es nur 1 : 1 umzusetzen gilt, ob die Menschen, die es betrifft, das so wollen oder nicht.

So richtig der Text des Liedes deshalb ist: „Es rettet uns kein Gott, kein König, kein Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, das müssen wir schon selber tun“. Übersehen wird oft, wenn Sozialdemokraten dieses Lied (meist nach Mitternacht) lauthals singen, dass die Betonung dabei auf „wir“ liegt. Der Text des Liedes sagt auch nicht, das muss die Partei oder gar das Politbüro für uns tun.

Deshalb ist ein linker Lebenslauf geprägt von kritischen Zweifeln, von ständiger Überprüfung der eigenen Haltung zu den wichtigen gesellschaftlichen Fragen und gerade nicht von überheblicher Besserwisserei. Diese Zweifel können auch die Mitgliedschaft in einer Partei infrage stellen, sie können aber auch zur Folge haben, der Partei dennoch die Treue zu halten.

Die Mitgliedschaft in einer bestimmten „linken“ Partei oder „linken“ Organisation kann daher auch kein Kri-

terium für einen linken Lebenslauf sein. Kriterium allein ist die Treue zur linken Überzeugung, die Welt zum Besseren verändern zu wollen und nicht der politischen Karriere zu opfern.

„Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, ich weiß aber, dass es anders werden muss, damit es besser wird“, sagte Lichtenberg vor über 200 Jahren. Deshalb schwimmt die Frau oder der Mann mit einem linken Lebenslauf immer gegen den Strom und verzweifelt darüber dennoch nicht. Das war der Wahlspruch von Ossip K. Flechtheim, der im März 2009 hundert Jahre alt geworden wäre. Flechtheims Weg führte ihn durch viele Parteien und Organisationen, aber er ist sich treu geblieben. Auch er hielt, um Marc Bloch zu zitieren, „Duldsamkeit gegenüber der Unwahrheit, unter welchem Vorwand auch immer sie geübt werden mag, ... für die schlimmste Seuche des Geistes“. Mit anderen Worten: Flechtheim hatte einen linken Lebenslauf.

Warum aber ist es so wichtig, sich der linken Lebensläufe zu vergewissern? Natürlich ist es wichtig, die gesellschaftlichen Verhältnisse, in der die Menschen – Linke wie Rechte – leben, genau zu untersuchen und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte kritisch zu analysieren.

Aber, wie es Lucien Febvre, zusammen mit Marc Bloch einer der Begründer der Annales-Schule der französischen Geschichtswissenschaft, schon vor Jahren sagte: „Geschichte muß Wissenschaft vom Menschen sein. Wissenschaft von der menschlichen Vergangenheit. Und nicht Wissenschaft von den Sachen und den Begriffen.“

Und in dieser „menschlichen Vergangenheit“ spielen linke Lebensläufe für diejenigen, die sich weiterhin einer gesellschaftlichen Utopie verpflichtet sehen, eine wichtige Rolle. Sie sind eine Erinnerung an Möglichkeiten, die

nicht mit erhobenem Zeigefinger daher kommt. Sie zeigen uns Kleinmütigen und in der Tagespolitik und in Wahlkämpfen Versinkenden, dass es möglich ist, „aufrecht“ durchs Leben zu gehen.

Christina Morina

Szenen einer marxistischen Familie

Historischer Streifzug durch die vernetzte Lebenswelt führender Marxisten, 1871–1917

Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine „forces propres“ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.

Karl Marx¹

I.

Sollte Marx mit dieser These Recht haben, dann war die erste Generation seiner politischen Erben im ausgehenden 19. Jahrhundert auf dem Weg ihrer menschlichen Emanzipation bereits weit vorangekommen. Noch zu Marx' Lebzeiten studierten, debattierten und ergänzten sie in vielen europäischen Ländern seine – gemeinsam mit Friedrich Engels – geschriebenen Werke über die Emanzipation nicht nur der Arbeit-

tenden und Elenden, sondern der ganzen menschlichen Spezies. Sie lösten sich aus ihren herkömmlichen Verhältnissen, schlossen sich der marxistischen Weltanschauung an und bündelten ihre „forces propres“, um Marxens Theorien auf die Realitäten des gesellschaftlichen Lebens und die politische Praxis zu übertragen. Gleichfalls suchten einige von ihnen, die Erfahrungen aus der eigenen Lebenswelt und politischen Arbeit mit den marxistischen Thesen zusammenzuführen und dabei letztere auch theoretisch weiterzuentwickeln.

Dieser Kreis der sowohl theoretisch als auch praktisch-politisch engagier-

1 Karl Marx, Zur Judenfrage [1844], in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hg.), Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 1, Berlin, 1988, S. 370.

ten und einflussreichen Marxisten war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts relativ überschaubar, im Europa der vorletzten Jahrhundertwende zählten sie vielleicht ein paar Dutzend. Doch umspannte ihr mehr oder weniger eng gewobenes Netz aus persönlichen Kontakten, brieflichen Korrespondenzen, publizistischen Dialogen und intellektuellen Bezügen grenzüberschreitend den ganzen Kontinent und zeitüberschreitend ganze Ereignisketten von der Hochzeit der Industrialisierung bis zum Untergang der alten europäischen (Werte-) Ordnung im Gemetzel des Ersten Weltkrieges und den Wirren der Russischen Revolution.

Die Geschichte dieser Vernetzung soll hier rekonstruiert werden, nicht in prosopografischer Absicht sondern eher als Skizzenversuch eines Gruppenportraits. Diese narrative Skizze verzichtet dabei ganz bewusst auf die jüngsten Netzwerktheorien oder transfergeschichtlichen Überlegungen. Die Historikerin begibt sich vielmehr auf einen Streifzug durch die Lebenswelt einer marxistischen Familie – sie interessiert sich mit Marx gesprochen für deren „empirische[s] Leben“, ihre „individuelle Arbeit“ und „Verhältnisse.“ Die Mitglieder dieser Familie wohnten gelegentlich sogar unter einem Dach, in der Mehrheit waren sie aber über viele Länder verstreut und fühlten sich als Wahlverwandte zum Hause der marxistischen Weltanschauung zugehörig. Dies natürlich, oder auch erst recht, in jenen stürmischen Zeiten, in denen unterschiedliche nationale Erfahrungszusammenhänge und divergierende individuelle Überzeugun-

gen heftig aufeinanderprallten – genau genommen, so sollte man hinzufügen, kannte diese Familie also eigentlich nur stürmische Zeiten. Dennoch blieb der Marxismus als Weltanschauung für die meisten Familienmitglieder und Anverwandte ein einigendes Moment.

Zwei zentrale Begriffe sollten vorab geklärt werden. Den „Marxismus“ gab und gibt es als einheitliche Ideologie oder philosophischen Gedanken natürlich nicht. Es lässt sich jedoch mithilfe der historischen Semantik feststellen, welche Bedeutung die Begriffe „Marxist“ und „Marxismus“ für jene Sozialisten bzw. Sozialdemokraten² hatten, die sich in der hier betrachteten Zeit der „marxistischen Schule“ zurechneten. Georges Haupt hat dies am überzeugendsten auf den Punkt gebracht: Die Worte „Marxist“ und „Marxismus“, die von der „marxistischen Schule“ eingeführt und wie ein Banner hochgehalten wurden, dienten als Bezugspunkte, als Begriffe der Identifikation und Abgrenzung. Aber vor allem bezeichneten sie eine universelle Ideologie und ein all-umfassendes Wissen, denn sie wurden stets zugleich als Methode, als Weltanschauung und als Aktionsprogramm verstanden.³

2 Auch hier ist die Begriffsklärung schwierig, bis zur Oktoberrevolution wurden die beiden Worte häufig synonym verwandt, vgl. Horst Lademacher, Sozialdemokratie, in: C. D. Kernig, Marxismus im Systemvergleich. Geschichte, Bd. 4, Frankfurt/Main, 1974, S. 207-241; sowie Wolfgang Schieder, Sozialismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Band 5, Stuttgart 1984, S. 923-996.

3 Georges Haupt, Marx and Marxism, in: Eric Hobsbawm (Hg.), The History of Marxism.

Marxismus ist demnach das „Konstrukt einer epigonalen Rezeption“⁴ der Lehren von Marx, eine Rezeption, die nicht nur eine ganze Gedankenwelt sondern auch eine bestimmte Denkhaltung hervorbrachte. Auch eine nähere Bestimmung des Begriffs Weltanschauung ist nötig. Weltanschauung weist in seiner von Wilhelm Dilthey geprägten Bedeutung auf den Zusammenhang von Leben und Denken, von Erfahrung und politischer Idee hin. Denn die Weltanschauung – auch eine marxistische –, also das Bild, das sich ein Mensch sinnhaft von seiner Umgebung im engeren und der Welt (oder Gesellschaft) im weiteren Sinne macht, wurzelt letztlich im Leben selbst.⁵ Weltanschauungen sind also „Interpretationen der Wirklichkeit“, die eine „innere Beziehung der Lebenserfahrung zum Weltbild enthalten.“⁶ Diesen eigentlich unbestreitbaren aber letztlich

schwer zu fassenden Zusammenhang zwischen Erfahrung und politischer Theorie und Praxis so hervorzuheben, ist deshalb wichtig, weil er in der bisherigen Forschung zur linken Ideengeschichte kaum eine Rolle gespielt hat.⁷

Auf die enge Verbindung zwischen Parteileben („Parteimilieu“), politischem Aktivismus und Lebenswelt in den Biographien deutscher Sozialdemokraten („marxistisch“ oder nicht) hat Thomas Welskopp eindringlich hingewiesen. In der Frühphase der Bewegung in den 1860er Jahren wurde die Sozialdemokratie zunehmend zum Lebensinhalt ihrer Protagonisten: „man [lebte]

Bd. 1 *Marxism in Marx's Day*, Brighton, 1982, S. 284 [meine Übersetzung].

- 4 Helmut Fleischer, *Marxismus: Sieg der Ideologie über die Ideologiekritik*, in: Ders. (Hg.), *Der Marxismus in seinem Zeitalter*. Leipzig, 1994, S. 202.
- 5 Wilhelm Dilthey, *Weltanschauungslehre. Abhandlungen zur Philosophie der Philosophie*. Leipzig, 1991, S. 78.
- 6 Wilhelm Dilthey, *Das Wesen der Philosophie*, Hamburg, 1984, S. 49f. Der Begriff Weltanschauung wird hier dem Ideologie-Begriff vorgezogen, weil letzterer häufig ein auf der (bewussten) Verzerrung der Wirklichkeit beruhendes Weltbild oder gar die „politische Lüge“ meint und damit stark normativ aufgeladen ist. Der Marxismus wird in Anlehnung an Dilthey als materialistische Unterform der „philosophischen Weltanschauungen“ verstanden. Vgl. ebd., S. 76f.

7 Der vorliegende Aufsatz ist Teil eines Habilitationsvorhabens, das sich unter dem Titel „Schwierigkeiten mit der Wirklichkeit. Weltaneignung und Weltanschauung im Leben und Werk führender Marxisten, 1870-1918“ genau jenem Zusammenhang widmet. Darüber hinaus ist die Autorin Mitbegründerin eines interdisziplinären und internationalen Nachwuchsforschernetzwerkes, das neuere Forschungen zur Geschichte des Sozialismus bündeln und vernetzen will. Unter dem Titel „*History of Societies and Socialisms*“ betont die Initiative die facettenreiche Geschichte dieser „Ideenwelt(en)“ und „sozialen Bewegung(en)“ (so Helga Grebing, die neben Marcel van der Linden als *honorary member* Gründungsmitglied des Netzwerkes ist) sowie die Notwendigkeit, diese Geschichte als Teil der Gesellschaftsgeschichte ganzer Länder und Ländergruppen zu verstehen und zu erforschen. Für Informationen und Kontakt siehe: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/projekte/id=314>, Email: soz-histsem@unibas.ch. Ein erster Workshop zu „*Dimensions of Socialism*“ findet im November 2010 mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Jena Centers Geschichte des 20. Jahrhunderts am IISG in Amsterdam statt: <http://www.iisg.nl/news/>.

nicht mehr nur *für sie* und *in ihr*, sondern auch *von ihr*.⁸ Dieser erfahrungsgeschichtliche Hintergrund färbt auch den vorliegenden Beitrag, wobei der Blick über die deutsche Grenze hinaus eine weitere lebensweltliche Dimension erschließt, namentlich die der internationalen Vernetzung, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und persönlichen, freundschaftlichen wie gegnerischen, Verbundenheit mit (grundsätzlich) Gleichgesinnten. Der bereits erwähnte Nestor der II. Internationale-Forschung, Georges Haupt, hat mit seinen unvollendeten Arbeiten versucht, Impulse zur Erforschung dieser Vernetzung unter den Führungseliten zu geben. In einem sehr lesenswerten Aufsatz entwarf er in Anlehnung an Antonio Gramsci das biografie- und institutionengeschichtlich ausgerichtete Konzept einer sozialistischen „*international leading group*“, deren Mitglieder durch ihre Leistungen als Theoretiker, Strategen und politische Führer innerhalb der europäischen Linken ein hohes Ansehen („Prestige“ und „Autorität“) genossen.⁹ Dieser Ansatz liefert einen geeigneten analytischen Begriff und wäre außerdem auch ein zwar etwas trockener, aber doch treffender, Bildtitel für das hier skizzierte Gruppenporträt.

8 Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn: 2000, S. 421 [Hervorhebung im Original].

9 Georges Haupt, International Leading Groups in the Working-Class Movement, in: Ders., Aspects of International Socialism, 1871-1914, Cambridge, UK, 1986, S. 81-100.

Im Folgenden wird also versucht, das Portrait einer grenzüberschreitenden, viele sprachliche und intellektuelle Gräben überbrückenden *intellectual community* zu zeichnen, in der sich jene marxistischen Theoretiker zusammenfanden, die die sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegungen ihrer jeweiligen Länder in der langen Sattelzeit der linken Revolution (1871-1917) – gleichfalls im Vorabend des „Zeitalters der Extreme“ – maßgeblich prägten.¹⁰ Angesichts der programmatischen Prominenz des „Internationalismus“ in der linken Ideengeschichte verwundert es, dass der *gelebte* Internationalismus dieser *community* bisher wenig Beachtung fand. Statt der üblichen Geschichte der „Internationale“ als Kollektivbewegung, geht es hier also um *das* Internationale als Erfahrungsraum in der ganz realen Lebenswelt führender Marxisten.

II. Gruppenbild mit Dame

Wenn hier von der intellektuellen Kernfamilie des Marxismus die Rede ist, so ist damit die sowohl politisch aktive als auch theoretisch einflussreiche Elite der marxistischen Bewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert gemeint. (Die nicht willkürlich oder leichtfertig gewählte Fa-

10 Der Fokus auf die *marxistischen* Führer der Sozialdemokratie leitet sich aus der marxistischen Weltanschauung selbst ab: ihr programmatischer, stets nachdrücklich behaupteter Wirklichkeitsrekurs und ihr Streben nach dem „Aufheben“ der Trennung von Theorie und Praxis war in dieser Form einzigartig in der politischen Ideenlandschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Dieser Rekurs rechtfertigt den Fokus nicht nur, sondern fordert ihn geradezu heraus.

milienmetapher wird uns weiter unten noch genauer beschäftigen.) Es handelt sich um jene Marxisten, die sich als die intellektuellen Erben von Karl Marx verstanden und dessen „wissenschaftlichen Sozialismus“ in die politische Praxis und gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen wollten. Dafür übersetzten, publizierten und popularisierten sie die Werke von Marx und Engels in ihren jeweiligen Ländern. Sie strebten danach, auf nationaler und seit spätestens 1889 auch auf internationaler Ebene dieser Idee über ihr Engagement in der Arbeiterbewegung und über parlamentarische wie außerparlamentarische politische Partizipation historische Wirkmächtigkeit zu verschaffen. Richtet man den Blick auf jene europäischen Länder, in denen der Marxismus die lokale Arbeiterbewegung am stärksten prägte, so gehörten zu dieser Kernfamilie im Zeitraum bis zur Russischen Revolution vor allem Eduard Bernstein (geb. 1850), Karl Kautsky (1854), und Rosa Luxemburg (1871) in Deutschland, Jules Guesde (1845) und Jean Jaurès (1859) in Frankreich, Filippo Turati (1857) und Arturo Labriola (1873) in Italien, Georgij V. Plechanow (1856), Wladimir I. Lenin (1870) und Pjotr B. Struve (1870) in Russland sowie Victor Adler (1852) und Rudolf Hilferding (1877) in Österreich-Ungarn.

Die elf Männer und eine Frau in meiner Stichprobe lassen sich nach ihren individuellen Biografien auf ganz verschiedene Weise miteinander vergleichen.¹¹ In

mancherlei Hinsicht waren sie sich sehr ähnlich, zum Beispiel hinsichtlich ihrer hohen Bildung, Mehrsprachlichkeit und Reise-, Exil- und Verfolgungserfahrungen. In anderer Hinsicht, ihrer familiären und geographischen Herkunft oder materiellen Lage beispielsweise, unterschieden sie sich deutlich. Zunächst zu den auffälligen Gemeinsamkeiten: alle Protagonisten verfügten über eine gute bis ausgezeichnete Schulbildung, drei machten anschließend eine Berufsausbildung (Guesde als Handelslehrling, Bernstein zum Bankkaufmann, Plechanow absolvierte eine Ausbildung zum Ingenieur im Bergbau) und die übrigen neun Marxisten verfügten über eine umfangreiche akademische Bildung. Sie studierten Jura (Turati, Labriola, Lenin, Struve), Medizin (Adler, Hilferding), Ökonomie (Kautsky, Struve, Luxemburg), Geschichte (Kautsky, Luxemburg), Philosophie (Kautsky, Jaurès) und Naturwissenschaften (Struve). Zu dieser umfassenden Bildung gehörte auch eine bemerkenswerte Beherrschung mehrerer Sprachen. Konkret heißt das, dass jeder von ihnen mindestens vier Sprachen beherrschte. Neben Latein, Griechisch, Deutsch und Französisch, die fast alle bereits in der Schule lernten, beherrschten viele von ihnen Englisch und Russisch. Lenin beispielsweise sprach Russisch, Deutsch, Französisch und las

entnommen; darüber hinaus habe ich zwei Klassiker zu Rate gezogen, die neben der ideengeschichtlichen Einordnung auch jeweils biographische Mitteilungen enthalten: Walter Euchner (Hg.), *Klassiker des Sozialismus*, 2 Bde., München, 1991, und Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus*, 3 Bde., München, 1977.

11 Ich verzichte aus Platzgründen im Folgenden auf genauere bibliographische Angaben. Alle Grundinformationen zu den Einzelbiographien habe ich den einschlägigen Biographien

Englisch. Luxemburg konnte fließend Polnisch, Russisch, Deutsch und Französisch und hatte sehr gute Kenntnisse des Italienischen und Englischen. Kautsky sprach neben Deutsch und Französisch auch Tschechisch, seine Muttersprache. Turati, dessen Vater Linguist und Literaturwissenschaftler war, beherrschte neben seiner Muttersprache nicht nur die klassischen Sprachen, sondern auch Französisch, Deutsch und etwas Englisch. Viele der Marxisten einte eine Liebe zur und zum Teil beachtliche Kennerschaft der Literatur, die sie im Original lesen mussten bzw. wollten: Jaurès sprach glänzend Deutsch, lernte noch in reiferen Jahren Englisch, um Shakespeare und Hume lesen zu können und reiste nach Spanien um Spanisch zu lernen. Und in Plechanows Bibliothek standen Bücher in 16 Sprachen.

Ausgestattet mit dieser schulisch-akademischen und sprachlichen Bildung, arbeiteten mehr als die Hälfte der Marxisten vorübergehend im erlernten Beruf, Bernstein als Bankkaufmann, Guesde als Verwaltungsangestellter, Adler und Hilferding als Ärzte, Lenin als Rechtsanwalt, Jaurès als Lehrer und Professor für Philosophie und Struve als Angestellter im Finanzministerium. Die übrigen verdienten sich mit Publizistik und Journalistik ein Einkommen, das in der Regel und nicht selten auch durch gegenseitiges Engagement als *freelance*-Schreiber eine bürgerliche Existenz ermöglichte. Die sozialdemokratische und sozialistische Presse wurde aber insgesamt gesehen früher oder später für alle Protagonisten bis auf Jaurès der Hauptberuf und Hauptbroterwerb: Kautsky, Plechanow, Struve, Adler, Hilferding,

Jaurès, Labriola und Turati fungierten außerdem auch als Gründer und/oder Herausgeber von Zeitschriften und Zeitungen und Luxemburg arbeitete kurzzeitig als Chefredakteurin der „Leipziger Volkszeitung.“ Diese im 19. Jahrhundert neu entstandene Intellektuellenschicht – man kann sie mit Brecht „eingreifende Denker“¹² nennen – hat bereits der Zeitgenosse Max Weber als zur Politik berufene und durch „Journalistenkarrieren“ geschulte Berufspolitiker beschrieben – Menschen also, die nicht nur von, sondern für die Politik lebten.¹³

Eine weitere auffallende Gemeinsamkeit betrifft die Erfahrungen mit Verfolgung, Haft und Exil. Dass die meisten Sozialisten dieser Zeit ihr politisches Engagement nicht ohne Widerstände ausüben konnten, ist natürlich bekannt und angesichts der noch vorherrschenden obrigkeitstaatlichen und monarchischen Herrschaftssysteme vor allem in Deutschland, Russland, Italien und Österreich-Ungarn sollte die geteilte Verfolgungserfahrung keine Überraschung sein. Dennoch offenbart der prosopographische Blick die Bedeutung und Vergleichbarkeit dieser politischen Schicksale: Bis auf drei (Adler,

12 Ingrid Gilcher-Holtey, *Eingreifendes Denken. Die Wirkungschancen von Intellektuellen*, Weilerswist, 2007. Vgl. dazu auch Christophe Charle/Michael Bischoff, *Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt/Main, 1997.

13 Max Weber, *Politik als Beruf* [1919], Stuttgart, 2006, S. 16ff. Weber beschreibt typische „Journalistenkarrieren“, die auf viele meiner Protagonisten zutreffen: vom prekären Schreiber zum bezahlten (Partei- und Parlaments-) Politiker.

Jaurès und Turati) waren alle Marxisten in meiner Studie von Exil, Verbannung und/oder Ausweisung betroffen. Einige verbrachten einen maßgeblichen Teil ihres Erwachsenenlebens im Exil: Bernstein verbrachte die Jahre 1878 bis 1901 in Zürich und London, Kautsky die Jahre 1880-1890 ebenfalls in Zürich und London, Plechanow lebte zwischen 1880 bis 1917 in Paris, London und Genf, Lenin lebte zwischen 1900 und 1917 hauptsächlich in der Schweiz, Turati, Struve und Guesde flohen vor Verhaftung für kürzere Zeiträume aus ihren Heimatländern bzw. lebten in der Verbannung. So mussten die meisten Marxisten in den Großstädten ganz Europas heimisch werden, ihr politisches Engagement bedeutete langwierige, wenn nicht dauerhafte Trennung von Familienangehörigen, Entwurzelung und Heimatlosigkeit. Ähnlich markant war die geteilte Erfahrung politischer Haft: Adler, Turati, Lenin, Struve und Luxemburg saßen mehr als ein Jahr im Gefängnis, mit oder ohne Prozess.

Die größten Unterschiede lagen in der Herkunft und materiellen Lebenslage. Neben der unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeit so vor allem auf die soziale Herkunft und die kulturellen Prägungen verwiesen: nur Bernstein entstammte einer Arbeiterfamilie, Jaurès einer bäuerlichen Familie, Labriola wuchs als Sohn eines Handwerkers in Armut auf; alle anderen waren aus bürgerlichem Hause oder von (neu-)adliger Geburt (Struve, Plechanow, Lenin, Turati). Hilferding, Adler, Bernstein und Luxemburg kamen außerdem aus jüdischen Familien. Im Erwachsenenalter divergierten die materiellen Lebens-

umstände deutlich. Guesde, Plechanow und Kautsky kannten echte existentielle Nöte und konnten sich und ihre Angehörigen phasenweise nicht ohne familiäre oder freundschaftliche Unterstützung über Wasser halten während Adler, Struve, Jaurès und Luxemburg stets als „gut situiert“ galten.

Diese vernetzten Lebenswelten lassen sich anhand von tausenden von Briefen nachvollziehen, die sich die Marxisten über Jahrzehnte hinweg untereinander schrieben. Jeder stand mit jedem in brieflichem Kontakt, wobei Kautsky, Bernstein, Adler, Luxemburg und Lenin zu den fleissigsten Schreibern zählten. Allein die editierten Briefe dieser fünf füllen 22 Bände.¹⁴ Briefe waren *das* „gruppenbildende Kommunikationsmittel“ im 19. Jahrhundert und ihre Bedeutung für die Geschichte politischer Bewegungen, vor allem jene der oppositionellen, radikalen „Gegeneliten“, ist lange unterschätzt worden.¹⁵ Natürlich ist zu beachten, dass Briefe je nach Entstehungskontext und Intention keineswegs stets private Dokumente sind und damit die Schlüssel zu den „wahren“

14 Anstatt die einzelnen Editionen aufzuzählen, sei hier lediglich der Hinweis gegeben, dass sich die Erhebung nur auf jene Briefeditionen bezieht, die die Korrespondenzen der Protagonisten untereinander enthalten.

15 Vgl. Jürgen Herres/Helmut Neuhaus (Hg.), Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Berlin, 2002, S. 7–25; sowie Thomas Welskopp, Vernetzte Vereinslandschaften. Zur Briefkommunikation in der frühen deutschen Sozialdemokratie, in: ebd., S. 101–115.

Gedanken und Gefühlen des Verfassers. Vielmehr wurden sie häufig ganz bewusst als öffentliche oder teilöffentliche Beiträge zu den Debatten innerhalb des marxistischen Netzwerkes geschrieben, kopiert und weitergegeben.¹⁶ Der hohe Wert und Reiz dieser für die Erfahrungsgeschichte der sozialistischen Bewegung ganz zentralen Quellengattung ergibt sich nicht nur aus der Möglichkeit realer Nähe zum Verfasser, sondern gerade auch aus dieser (Teil-) Öffentlichkeit des Briefeschreibens, die authentische Einblicke in die vernetzte Lebenswelt und die Persönlichkeiten der Protagonisten erlaubt – Einblicke etwa in das mühsame Dasein eines intellektuellen Einsiedlers („Wenn wir nur beisammen säßen! Briefe werden so leicht mißverstanden. Von Herzen, Dein KK.“¹⁷) oder in die Selbstbehauptungsversuche eines noch unsicheren, aber immerhin mit Witz ausgestatteten jungen Parteaufsteigers („Mein Brief ist ziemlich lang geworden, ich erlaube Ihnen als Entschädigung, ihn sehr kurz zu beantworten.“¹⁸)

Entfernt man sich von diesen individuellen Erfahrungsräumen und bewegt sich von der individuellen auf die gruppenbiographische Ebene, kann man im Hinblick auf die (kollektiven) Erfahrungshorizonte zwei Generationen unterscheiden, die auf der nationalen Ebene die Anfänge der organisierten Ar-

beiterbewegung erlebten beziehungsweise sogar mitgestalteten. Kontinental gesehen, einte diese beiden Generationen die Erfahrung der Industrialisierung, ökonomischen Dynamisierung, machtpolitischen Expansion und der damit einhergehende mächtige Aufzug der beiden zentralen Fragen der Epoche: die soziale Frage und die Kriegsfrage. Schaut man auf die Geburtsjahre, so kann man aber auch die 1850er von den 1870er scheiden, erstere verfolgten als Jugendliche noch den Deutschen-Französischen Krieg, die Reichsgründung und die Pariser Kommune (sowie Marxens letzte Jahre), während die Spätergeborenen vor allem vom aufziehenden Zeitalter sozialer Unruhen (kleinere Revolten und Streiks sowie die Revolutionen 1905, 1917 und 1918) und internationalen Spannungen geprägt wurden. Gleichzeitig wuchsen aber die 1870er in eine bereits bestehende, europäisch vernetzte Gemeinschaft sozialdemokratischer Aktivisten und Bewegungen, die sich seit 1889 regelmäßig unter dem Banner „II. Internationale“ auf Kongressen mit mehreren hundert Teilnehmern trafen, austauschten, auseinandersetzen und solidarisierten.

Es handelt sich also bei dieser *intellectual community* um eine „*community of discourse*“¹⁹, die jenseits der individuellen Biographie nicht nur durch die Vernetzung untereinander und den Bezug aufeinander eine Gemeinschaft bildete, sondern geprägt war von nicht identischen aber doch ähnlichen drama-

16 Vgl. Till Schelz-Brandenburg, Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895 – 1905), Frankfurt/Main, 2003, S. VII-LIV.

17 Kautsky an Victor Adler, 8.3.1899, abgedruckt in: Adler (Hg.), Briefwechsel, S. 296.

18 Bernstein an Victor Adler, 10.9.1890, abgedruckt in: ebd., S. 60.

19 Robert Wuthnow, *Communities of discourse. Ideology and social structure in the Reformation, the Enlightenment, and European Socialism*, Cambridge, MA, 1989, bes. S. 481-513.

tischen politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen. Der persönliche Erfahrungshorizont erweiterte sich mit dem Eintritt in die Internationalität, also dem nicht nur intellektuellen sondern auf faktischen Grenzübertritt (nach Paris, Brüssel, Zürich, London, Amsterdam, Stuttgart, Kopenhagen), um Einblicke in die Lebens- und Arbeitswelt der arbeitenden Bevölkerung in anderen Ländern und nicht selten überwog das Gefühl, die „Massen“ hier und dort teilten das gleiche Schicksal – und dessen Überwindung läge allein in den Händen der oppositionellen, teils revolutionären, teils parlamentarisch partizipierenden Sozialdemokratie. Mit Karl Mannheim²⁰ kann man demnach zwei „Generationszusammenhänge“ (1850er, 1870er) identifizieren, wobei das gemeinsame Engagement in der Sozialdemokratie jedoch unabhängig vom Alter eine „Generationseinheit“ hervorbrachte.²¹ Dieses politische Engagement dokumentierte eine ähnliche Wahrnehmung und Verarbeitung der „geistigen Strömungen der Zeit“, wie es Mannheim ausdrückte: Sozialisten teilten – freilich nur bis zu einem gewissen Grade – „Grundintentionen und Gestaltungsprinzipien.“²²

20 Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Neuwied, 1970, S. 509-565.

21 Für Deutschland spricht Thomas Welskopp so beispielsweise von der „Generation Bebel“, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.), Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 51-67.

22 Mannheim, Das Problem der Generationen, S. 545.

III. Freunde, Feinde, Familienfeste: Begegnungen unter Gleichgesinnten

Man sollte die Familien-Metapher nicht überstrapazieren, sie drängt sich aber bei der Quellenlektüre von selbst auf. Lässt man sich von überlieferten Selbstbeschreibungen und Konversationen in den erhaltenen Ego-Dokumenten, Briefen und Aufzeichnungen, und den überlieferten Schriften und Reden leiten, erscheint uns die eben skizzierte Gruppe als eingeschworene und zugleich oft heillos zerstrittene Familie von „Brüdern“ und „Schwestern“, deren gemeinsamer „Kampf“ diese zu „*brothers in struggle*“²³, zu Genossen machte. Die Bezeichnung nicht verwandter Mitmenschen als Brüder oder Schwestern hat eine lange Vorgeschichte, vor allem im kirchlichen Sprachgebrauch und in den frühen Handwerks- und Gewerbevereinigungen („Brüderschaften“). Das „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ kannte schon 1860 den „Bruder“ im übertragenen Sinne als „enger Freund, Gesinnungsgenosse.“²⁴ In diesem übertragenen Sinne kann man denn auch die vielen Referenzen der Marxisten untereinander als Brüder,

23 Mary Davis, Comrade or Brother. A History of the British Labor Movement 1789-1951, London 1993, S. 216. Erstaunlicherweise wurde die verbreitete Verwendung der Familienmetapher bisher nur ganz wenig erforscht. Instrukтив aber rein quantitativ ausgerichtet ist die „wortgeschichtliche“ Analyse von Herbert Bartholmes, Bruder, Bürger, Freund, Genosse und andere Wörter der sozialistischen Terminologie. Wortgeschichtliche Beiträge, Wuppertal-Barmen 1970.

24 Zitiert nach: Bartholmes, Bruder, Bürger, Freund, S. 81, Fn. 2.

Vater, der Alte, Papa verstehen: Luxemburg sprach mit Reverenz von „unseren Alten“ und meinte damit die „Veteranen der Partei“ wie Bebel, Kautsky und Liebknecht.²⁵ Einen verschobenen Parteitag bezeichnete sie in einem Brief an die befreundeten Kautskys nicht ohne Augenzwinkern als „Familienfest.“²⁶ Plechanow und Lenin belegten einander noch kurz vor ihrem Bruch auf dem II. Parteitag der SDAPR 1903 sogar mit der Metapher des Ehepaares, das sich um keiner politischen Meinungsverschiedenheit willen würde scheiden lassen. Plechanow erinnerte während der hitzigen Debatte über das „proletarische Klassenbewusstsein“ an Napoleons angebliche Marotte, unbotmäßige Marschälle zur Scheidung von ihren Frauen zu zwingen. Und er deklarierte daraufhin: „Ich habe mehr Charakter als Napoleons Marschälle. Ich habe nicht vor, mich von Lenin scheiden zu lassen und ich hoffe, er hat nicht vor, sich von mir scheiden zu lassen.“²⁷ Lenin schüttelte

laut Protokoll zustimmend den Kopf.²⁸ Lenins Biograph Robert Service unterstreicht die authentische Innigkeit dieser Männerfreundschaft; Lenin habe Plechanow, seinen geistigen Vater und politischen Lehrer, förmlich „geliebt.“²⁹

Doch am häufigsten findet man in den Quellen Hinweise auf die „Vaterfigur“ oder den „Patriarchen“. Die Bezeichnung „Papa“ galt Engels³⁰, der oft auch der „General“ genannt wurde. Die semantische Liebkosung mit Familienmetaphern ging gelegentlich über den harten Kern der Parteielite hinaus und wurde auch anderen Vertrauten zugestanden: In seinen Erinnerungen bezeichnete Kautsky den Verleger Heinrich Dietz als „Papa Dietz.“³¹ Gerade jedoch am Beispiel Engels lässt sich die eigenartige Mischung von politischer Eingeschworenheit und zwischenmenschlicher Zuwendung – nicht unbedingt Zuneigung – zeigen. Als Engels 1895 starb, haderten seine Mitstreiter im brieflichen Zwiegespräch darüber, das unter ihnen keiner sei, der die Rolle des „Oberpatriarchen“ der „heiligen Familie“ übernehmen könne. Eine aus

25 Rosa Luxemburg, Gegen den Reformismus, Nachtrag zum Parteitag 1898, in: Clara Zetkin/Adolf Warski (Hg.), Gesammelte Werke, Bd. III, Berlin, 1925, S. 150ff.

26 In diesem Fall handelte es sich um den Parteitag der SDAPR, der wegen der revolutionären Unruhen in Rußland von Dezember 1905 auf April/Mai 1906 verschoben wurde. Vgl. Brief vom 5.2.1906, abgedruckt in: Annelies Laschitzka/Georg Adler (Hg.), Herzlichst Ihre Rosa. Ausgewählte Briefe, Berlin, 1989, S. 203.

27 Georgij Plechanow, Rede auf dem II. Parteitag der RSDRP (22.7. (4.8.) 1903), zitiert nach Samuel H. Lekhanov: The Father of Russian Marxism, Stanford, 1963, S. 236 [meine Übersetzung]. Im russischen Original ist tatsächlich von „разводиться“ – „sich scheiden lassen“, die Rede.

28 Vgl. das Protokoll abgedruckt in: Institut Marksisma-Leninisma pri ZK KPCC (Hg.), Wtoroi sesd RSDRP jul-avgust 1903 goda. Moskau, 1959, S. 136f.

29 Robert Service, Lenin: A Biography, Cambridge, MA, 2000, S. 132ff.

30 So z.B. in einem Brief von Josef Bardorf an Kautsky vom 13.10.1887, abgedruckt in: Friedrich Adler, (Hg.), Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien, 1954, S. 41.

31 Benedikt Kautsky (Hg.), Karl Kautsky: Erinnerungen und Erörterungen, Den Haag, 1960, S. 525.

diesem Zwiesgespräch stammende Einlassung Ignaz Auers sei hier wiedergegeben, weil sie neben dieser quasi-familiären Atmosphäre die glaubensgleiche Rolle des Marxismus als Weltanschauung unterstreicht, auch wenn Auer auch hier eine ordentliche Priese Selbstironie beimischt:

„Dass Engels als Oberpatriarch der ‚heiligen Familie‘ fehlen wird, ist sicher, aber das ist der geringere Schaden. [...] Wo aber der Alte unersetzlich ist das ist die Bibelauslegung. Bei allem Respekt vor den jüngeren Kirchenvätern, aber die reiche Erfahrung u[nd] Autorität Engels fehlt eben doch auch Kautsky, Ede [Bernstein, mit dem Auer sehr gut befreundet war] aber zweifelt an sich selbst und Plechanow ist den Massen zu fremd, als dass er Einfluss auf dieselben ausüben könnte. Wir werden uns also bis auf Weiteres ohne ‚Urquell der Wahrheit‘ behelfen müssen und das mag manchmal sich sehr unangenehm bemerkbar machen.“³²

Die intime Atmosphäre dieser eigentlich machtpolitischen Erörterung der faktischen und ideologischen Erbfolge innerhalb der europäischen Sozialdemokratie illustriert welche enorme Bedeutung das „Netzwerk Marxisten“ in den Biographien der Protagonisten hatte. Sie verstanden sich als Genossen, Brüder, Freunde und Gleichgesinnte und diese persönliche Verbundenheit, die über eine „Kampfgemeinschaft“ oft weit hinausging, findet sich in den

32 Ignaz Auer an Victor Adler, 26.9.1895, abgedruckt in: Adler (Hg.), Victor Adler. Briefwechsel, S. 189f.

Quellen immer gerade dann besonders deutlich beschrieben, wenn es handfeste Auseinandersetzungen über die Theorie und Praxis sozialdemokratischer Politik gab.

Was diese politische und menschliche „Gleichgesinnung“ bedeutete, erfährt man von Kautsky, der 1903 in einer Vorschau zum Amsterdamer Kongress 1904, eine Partei als eine „freiwillige Vereinigung Gleichgesinnter“ definierte, die sich sowohl über ihre Ziele als auch die Wege dorthin einig sein müssten. Energiert auf die Anarchisten verweisend, die „Nurgewerkschafter“, die den vorherigen Internationalen Kongress in Aufruhr gebracht hatten, schrieb Kautsky in der „Neuen Zeit“: Es heiße den „Grundgedanken jeder Organisation [zu] verneinen“ und „jedes ersprißliche Wirken unmöglich“ zu machen, „wollten Leute, die entgegengesetzte Ziele, oder gleiche Ziele mit gegensätzlichen Mitteln anstreben, sich zu gemeinsamem Wirken zusammenzutun.“³³ Doch über diese politische Definition hinaus, bedeutete diese Gleichgesinnung die Teilhabe am realen Leben der Mitstreiter. So schrieb Kautsky ein Jahr später an den erschöpften Victor Adler, er solle sich schonen – nicht nur zum Wohle der Partei, die ihn nicht ersetzen könne – auch wenn niemand „unentbehrlich“ sei –, sondern auch zu seinem eigenen Wohle: „Kein vernünftiger Parteimann wird Dirs verübeln, wenn Du in erster Linie jetzt an Dich und Deiner Familie Existenz denkst. ... Ich bin der Ansicht, dass die Partei kein Recht hat, Dich zu

33 Karl Kautsky, Zum Internationalen Kongress, in: Neue Zeit, Jg. 22, 1903-04, H. 2, S. S. 578.

Grunde zu richten.“³⁴ Oft endeten Kautskys Briefe an Adler dann mit dem Gruß „von Haus zu Haus, dein Karl.“

Die Schattenseite dieser Verbindungen kam dann zum Vorschein, wenn sich nicht nur die politischen, sondern auch die persönlichen Wege trennten. „Wie viele Freunde habe ich nicht schon verloren, auf die ich geschworen hätte, verloren in Folge von Parteizwist oder Abfall“, klagte Kautsky 1904 nach langen Jahren des Revisionismusstreits. Gleichwohl gebe ihm dies die „Gewißheit, dass meine Haltung nicht durch persönliche Liebedienerei bestimmt wird.“³⁵ Dass am Ende oft die freundschaftlichen Gefühle der politischen Überzeugung geopfert wurden, spiegelte sich denn auch in einem entsprechend feindseligen Ton in den brieflichen Konversationen wider: ganz besonders drastisch drückte sich Adler aus, er hielt Luxemburg für eine „doktrinäre Gans“³⁶, bezieh Bernstein wegen seiner revisionistischen Thesen der „Zweifelsscheißerei“³⁷ und beschimpfte Plechanow als „Fanatiker.“³⁸

Bei aller Zwistigkeit, die emphatische Rhetorik des brüderlichen Kampfes und der familiären Verbundenheit war auch auf der internationalen Ebene weit ver-

breitet. „Internationale Verbrüderung“ ist ein Schlagwort aus der Frühzeit der sozialistischen Bewegung.³⁹ Auf dem ersten Kongress der II. Internationale 1889 in Paris, als es um die Einigung der zerstrittenen französischen Sozialisten ging, ermahnte der italienische Delegierte Cipriani seine anwesenden „Brüder“:

Ohne Einigkeit bleiben die Proletarier die Sklaven ihrer Lohnherren. Wir brauchen einen einzigen Congreß, in welchem für persönliche Empfindungen und Führer-Eitelkeiten kein Platz ist. Die persönlichen Fehden müssen zum Frieden kommen. Die Einigkeit der großen Arbeiterfamilie ist unerlässlich für den Kampf gegen die Boulangisten, Bonapartisten und sonstigen Reaktionenäre.⁴⁰

In der Folge trafen die Delegationen der nationalen Arbeiterparteien regelmäßig auf Kongressen in den Großstädten Europas (außer Berlin, Rom und Petersburg) aufeinander, darunter waren auch stets mindestens vier unserer Protagonisten. Allein auf den sieben zwischen 1889 und 1907 abgehaltenen Internationalen Kongressen nahm Adler an allen teil, weitere 6 nahmen an mindestens vier dieser sieben Treffen teil. Ähnlich wie der eben zitierte Cipriani hoffte Wilhelm Liebknecht auf dem ersten Kon-

34 Brief an Adler, 5.9.1892, abgedruckt in: Adler (Hg.), Victor Adler. Briefwechsel, S. 97.

35 Brief an Adler, 19.10.1904, abgedruckt in: ebd., S. 435.

36 Brief an Kautsky, 13.5.1896, abgedruckt in: ebd., S. 207.

37 Brief an Bernstein, 17.3. 1891, abgedruckt in: ebd., S. 298.

38 Brief an Kautsky, 16.3.1899, abgedruckt in: ebd., S.297.

39 Vgl. Bartholmes, Bruder, Bürger, Freund, S. 39.

40 Zit. aus dem Protokoll: Michel Winock (Hg.), Congres internationaux socialistes de Paris 1889. Le Congrès marxiste, le Congrès possibiliste (Histoire de la IIe Internationale, vol. 6-7), Genf, 1976, S. 63. [Meine Hervorhebung, passim].

gress der II. Internationale 1889 auf die brüderliche Zusammenarbeit zwischen den nationalen Bewegungen, v.a. auf die Überwindung der Gräben, die der „Bruderkrieg“⁴¹ 1870/71 zwischen Deutschen und Franzosen hinterlassen hatte. Victor Adler überbrachte „den *Brudergruß* von Tausenden über ganz Österreich verstreut lebenden Arbeitern.“⁴² Und das Züricher Organisationskomitee begrüßte die „*Arbeitsbrüder*“ als „willkommene Gäste in der Schweiz.“⁴³ Sicher enthielt diese Rhetorik eine gehörige Portion Pathos, doch sollte man die Gefühle von Verbundenheit und Erhabenheit nicht unterschätzen, die das Zusammentreffen von hunderten von Aktivisten unter dem Kongress-Banner „Proletarier aller Länder, vereinigen wir uns!“⁴⁴ hervorriefen.⁴⁴ Auf seiner ersten Ansprache auf dem historischen

Pariser Kongress, fasst Liebknecht diese – auch ganz persönlichen – Gefühle wie folgt zusammen: „Es ist der stolzeste Moment meines Lebens, hier zu stehen und die Erfüllung des Ideals zu sehen, welches die Worte eingab: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Und noch zu ganz besonderer Freude gereicht es mir, dass ich, ein Vertreter der deutschen Socialdemokratie, hier stehe Schulter an Schulter, mit meinem Freunde Vailant, einem Vertreter der französischen Socialdemokratie. Nach dem furchtbaren Bruderkrieg, in dem unsere beiden Nationen sich zerfleischt, reichen sich so in unserer Person gewissermaßen die beiden Völker die Hand: das socialdemokratische Deutschland dem socialdemokratischen Frankreich. (Die Vorsitzenden schütteln einander die Hand unter brausendem Beifall der Versammelten.) Die Feindschaft Deutschlands und Frankreichs war bisher das Haupthinderniß des politischen und socialen Fortschritts in Europa. Die Verbrüderung Frankreichs und Deutschlands ist der Triumph des Friedens, der Civilisation, des Socialismus. [...] Was auch immer die Beschlüsse sein mögen, welche [der Kongress] fassen wird – die Hauptbedeutung des Congresses liegt in der Thatsache seines Zusammentritts, in der Thatsache, dass die Arbeiter-Delegirten der verschiedenen Länder in persönlichen Verkehr mit einander treten, die Gleichheit ihrer Vertretungen trotz der Verschiedenheit der Länder und Zungen erkennen, und sich gegenseitig die Bruderhand reichen zu dem Pacte

41 Ebd., S. 51.

42 Ibid., S. 91.

43 Michel Winock (Hg.), *Congrès International ouvrier socialiste tenu a Zurich du 6 au 12 Aout 1893*. Genf, 1977 (*Histoire de la IIe Internationale*, IV/9), S. 113.

44 Diese Befunde lohnt es mit Blick auf ein jüngst florierendes Forschungsfeld näher zu beleuchten, das sich mit der Rolle von Emotionen in der Geschichte, und konkret mit der Rolle von Gefühlen (z.B. Freundschaft, Empathie) in der Politik befasst. Vgl. z.B. Rafael Biermann, *Zur Bedeutung freundschaftlicher Verbundenheit in der Politik*, in: Brigit Aschmann (Hg.), *Gefühl und Kalkül: Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Stuttgart, 2005; Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.), *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago 2001; Ute Frevert, *Vertrauen. Historische Annäherungen an eine Gefühlshaltung*, in: Claudia Benthien u.a. (Hg.),

Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle (pp. 178-197). Köln, 2000, S. 178-197.

d'Union – zu dem heiligen Bundesvertrag des internationalen Proletariats.⁴⁵

In der Tat eröffnete der „persönliche Verkehr“ miteinander neue Perspektiven, die wichtigsten Richtungskämpfe über das Wesen und Anliegen sozialistischer Politik, über die Frage von Revolution oder Reform, Widerstand oder Kooperation wurden nicht innerhalb einzelner nationaler Parteivorstände geführt, sondern auf offener Bühne: auf Kongressen, in Ausschüssen, in Zeitschriftenaufsätzen und Briefen. Die unterschiedlichen politischen Temperamente einte oft nur der Glaube an die Existenz der „Bewegung“, die eigene Rolle als anerkanntes Mitglied der „*international leading group*“ der Arbeiterbewegung und die Erfahrung der bedingungslosen Teilhabe an ihr und Hingabe an sie; über Wege und Mittel aber war man heillos zerstritten.

Doch, dies wird selten betont, steckt in diesem Streit neben dem Kampf um ideologische Führerschaft und politische Macht eine ausdauernde Bereitschaft zum pluralen Meinungsaustausch. Die demokratisierende, zivilgesellschaftliche Wirkung und Rolle der frühen deutschen Sozialdemokratie als plurale *grass-roots*-Bewegung hat Thomas Welskopp eindrücklich nachgewiesen⁴⁶ und ähnliches lässt sich wohl auch für die europäische Ebene und deren Führungsfiguren in der Epoche nach den Sozialistengesetzen sagen. Angesichts der endgültigen Spaltung der

sozialistischen Bewegungen nach 1917 in kommunistisch und sozialdemokratisch, deren reale Wirkung auf der kommunistischen Seite nicht mehr nur Ausschluss aus der „*community of discourse*“ bedeutete, sondern auch Gefahr für Leib und Leben, zeigt die Geschichte der Führungsriege der europäischen Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg über viele Gräben hinweg eine erstaunliche intellektuelle Vielfalt, politische Kooperationswilligkeit und persönliche Verbundenheit. Selbst auf dem Amsterdamer Kongress 1904, dem wohl hitzigsten Kongress der II. Internationale, auf dem die Frage der sozialistischen Taktik – also Reform oder Revolution – endgültig und auch auf internationaler Ebene geklärt werden sollte, kann man diese Beobachtung machen. Die Szene eines Rededuells zwischen Luxemburg und Jaurès, die der amerikanische Journalist Daniel De Leon nach seiner Rückkehr nach Amerika beschrieb, ist bemerkenswert, da sie die zwischen scharfzüngig und leichtfüßig changierende Diskussionskultur, die Rolle der individuellen Charaktere und die tragikomische Absurdität der Taktik-Debatte zugleich illustriert:

„Just before [Jaurès] on the list of speakers was Rosa Luxemburg, who also acted [...] as the translator from French into German. She let fly against him a scathing Phillipic, during which he frequently writhed under her lash, the burden of her argument being that the so-called „co-operation between the classes“ [also zwischen der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Parteien] was productive of evil only. It was Jaurès' turn next. He rose, and as soon as the

45 Winock (Hg.), *Congres internationaux socialistes de Paris 1889*, S. 51f.

46 Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 768.

applause on Rosa Luxemburg's speech ceased, he opened his great speech (and great it was, in it's way) with these words: „And yet, within a few minutes, you will see the citizen Rosa Luxemburg translating me into German; you will this see how there CAN be useful co-operation despite conflict.“⁴⁷

Das „Netzwerk“ existierte *trotz* der gewaltigen intellektuellen und persönlichen Feindschaften, es war an vielen Stellen rissig und erst mit dem Einbruch der „Zeit der Ideologien“ (Bracher) zerfiel es in viele Einzelfäden. An manchen Enden hingen die Protagonisten einer auf Terror gegründeten realen „Diktatur des Proletariats“ (Lenin), an anderen Enden hingen jene, die nicht nur für ihr linkes Engagement sondern auch wegen ihrer jüdischen Vorfahren oder Eheleute dem rechten Terror zum Opfer fielen (Luxemburg, Kautsky im Exil, Hilferding im Gestapo-Gefängnis).

IV. Schluss: Lebenswelten und (linke) Politik

Jenseits der Frage, was dran war und ist am linken Internationalismus ist die Grenzen und Sprachbarrieren überschreitende Verbindung zwischen den intellektuellen Führern der sozialdemokratisch-marxistischen Bewegung um die vorletzte Jahrhundertwende ein Lehrstück an – nicht immer freiwilliger – kosmopolitischer Attitude und Le-

bensweise und wahrlich europäischer Vernetzung lange vor dem vermeintlichen Anbruch des globalen Kommunikationszeitalters. Das Gruppenbild mit Dame zeigt eine Gemeinschaft Gleichgesinnter, deren politisches Engagement die individuellen Lebenswelten zu einem Grad beherrschte, so dass diese faktisch ineinander aufgingen. Fragt man nach den lebensweltlichen Erfahrungen der ersten Generation marxistischer „eingreifender Denker“, so kann dies weit mehr als ein illustres Bild alter Bekannter ergeben, deren namentliche Berühmtheit sich bis heute aus theoretischen Schulbildungen und ideologischen Schlachtfeldern speist – und so auch von der Geschichtswissenschaft nacherzählt wird. Die Beantwortung dieser Frage, zu der diese gruppenbiographische Skizze einen ersten Beitrag zu leisten versucht, ermöglicht es dann auch, eine die reine Theoriegeschichte transzendierende politische Ideengeschichte der Linken zu schreiben und damit letztlich die „Wurzeln“, wie es Dilthey sagte, des sozialistischen Denkens (und Handelns!) „im Leben selbst“ aufzuspüren und zu verstehen.

47 Daniel de Leon, Flashlights of the Amsterdam International Congress, 1904, in: Georges Haupt (Hg.): Congrès Socialiste International Amsterdam 14-20 Aout 1904, Genf, 1984 (Histoire de la IIe Internationale, VII/14), S. 1097.

Alte Gräben überwinden

Die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ beim August Bebel Institut

Nicht selten wird der SPD auch und gerade aus den eigenen Reihen vorgeworfen, der Geschichtsvergessenheit anheim gefallen zu sein. Moderne Sozialdemokrat/innen tun sich schwer, bestimmte historische Episoden konstruktiv in ihre Erinnerungsarbeit zu integrieren und das Gedenken an verdiente Persönlichkeiten angemessen aufrecht zu erhalten. Das ist nicht zuletzt ein Grund dafür, dass – so ein weiterer, immer häufiger gehörter Vorwurf – die heutige Sozialdemokratie zunehmend an Profil verliert und viele Menschen kaum noch markante Unterschiede zwischen den großen Parteien unseres Landes zu erkennen glauben.

Dabei hat die SPD ein wegweisendes und glaubwürdiges Erbe vorzuweisen, dessen Bedeutung für die Gegenwart sich nur durch einen vitalen Bezug zur Vergangenheit entfalten kann. Im Berlin der Nachkriegszeit etwa hat die SPD mit großem Rückhalt in der Bevölkerung richtungsweisend agiert und namhafte Persönlichkeiten hervorgebracht. Mit ihrer prägenden Rolle im politischen und gesellschaftlichen Geschehen in der (Halb-)Stadt, die sie lange Jahre und insbesondere in der Zeit des Wiederaufbaus und der materiellen Not spielte, sind die Partei und ihre verant-

wortlichen Akteure untrennbar eng mit der Entwicklung Berlins verbunden. Die Geschichte der Stadt spiegelt sich in der Geschichte des Landesverbandes wider.

Die SPD war seit den ersten demokratischen Wahlen in der Stadt 1946 die *Berlin-Partei* und stellte 35 Jahre lang den Regierenden Bürgermeister.¹ Louise Schroeder, Ernst Reuter und Willy Brandt zeichnete in diesem Amt eine ungewöhnlich große Popularität aus, nicht zuletzt, weil sie in lebensbedrohlichen Krisen – der Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht sowie dem Mauerbau – zu herausragenden Identifikationsfiguren wurden.

Das August Bebel Institut (ABI), 1947 als Funktionärs-Schule gegründet, hat sich als gemeinnützige Einrichtung der politischen Bildung schnell einem breiteren methodischen und inhaltlichen Spektrum zur Vermittlung sozialer und demokratischer Grundwerte geöffnet. Fest etabliert in dem Bereich der politischen Bildung der Stadt richtet

1 Bis auf eine kurze Ausnahme vom Oktober 1953 bis zum Januar 1955. Georg Kotowski, Hans J. Reichhardt: *Berliner Demokratie 1919-1985*, Bd. II: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945-1985, Berlin 1987, S. 411.

es sich heute mit Weiterbildungs- und Diskussionsangeboten an Interessierte und Engagierte, die sich mit stadt- und kommunalpolitischen Themen sowie den Facetten und Perspektiven einer sozialen Demokratie auseinander setzen wollen. Zeit seines Bestehens legt man hier auch immer ein Augenmerk auf die Aufarbeitung zeithistorischer Themen, speziell der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Sozialdemokratie. Hierbei wird regelmäßig herausragender Persönlichkeiten des Berliner SPD-Landesverbandes gedacht, ihre Lebensläufe nachvollzogen und ihre Verdienste für die Stadt Berlin gewürdigt.

Seit den achtziger Jahren arbeitet das ABI in enger Kooperation mit dem Franz-Neumann-Archiv e.V. (FNA) und der Historischen Kommission beim Landesvorstand. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem FNA rückte die Beschäftigung mit Biografien ins Blickfeld, hat sich der Verein doch mit der Übernahme des Nachlasses von Franz Neumann 1974 gegründet und bis zur Auflösung der Archivräume Anfang diesen Jahres zahlreiche Dokumentensammlungen von namhaften Berliner Sozialdemokrat/innen in seine professionelle Obhut genommen. Anhand dieses Materials sind mehrere Broschüren über wichtige Persönlichkeiten wie etwa Paul Löbe erschienen, an denen auch das ABI mitgearbeitet hat.

Noch unter dem ABI-Geschäftsführer Enrico Troebst wurde im Jahr 2005 der Reader „Linke Lebensläufe“ veröffentlicht, der acht Biografien, wie die von Erwin Beck oder Irmgard und Peter Weiß, nachzeichnet. Sein Nachfolger Ingo Siebert griff diese Idee wieder

auf und rief 2008 die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ ins Leben. Deren Ziel ist nicht nur eine Publikation – in Erweiterung der Anforderungen und Möglichkeiten soll eine multifunktionale Lern-DVD erstellt werden –, sondern vielmehr eine kontinuierliche Arbeit am Thema: das beständige Zusammentragen und Aufarbeiten von interessanten und beispielgebenden Lebensläufen aus 60 Jahren Berliner Sozialdemokratie.

Wir, die Initiator/innen des Projektes, sammeln Biografien von Menschen, die sich als Sozialdemokrat/innen zu Ereignissen positioniert und sie, durchaus auch in Minderheitenpositionen, mit beeinflusst haben und an deren „Linken Lebensläufen“ sich zeigen lässt, wie politisches Engagement und übernommene Funktionen nicht zwangsläufig Anpassung erfordern, sondern im Gegenteil mit der ganz eigenen Persönlichkeit geprägt werden können. Dadurch stoßen wir auf persönliche Lebensgeschichten, die genauso bewegt und wenig geradlinig verliefen wie die Geschichte der gesamten Partei. Eben diese bildet, wie auch die Geschichte Berlins, den Hintergrund für unsere Betrachtungen. Darum beschränken wir uns im Einzelnen nicht auf eine reine biografische Abhandlung, sondern wollen zugleich bestimmte historische Ereignisse anhand von authentischen Berichten der Akteure beziehungsweise der Zeitgenoss/innen beleuchten. Den gesamten Rahmen eines „Linken Lebenslaufes“ setzt also die Verbindung von bekannten Namen mit geschichtlichen Begebenheiten.

Mit der Auswahl der Biografien muss daher die Vielfalt an Persönlichkeiten und Hintergründen innerhalb

der Berliner Sozialdemokratie widergespiegelt werden: Nationalsozialismus und Widerstand, ein sozialdemokratisches oder unpolitisches Elternhaus, frühe Prägung durch Falkenzeltlager oder später Weg zur SPD, Mitglieder der SPD Ost-Berlins, Zuordnung zur idealistischen oder zur pragmatischen Politikergeneration, eventueller Migrationshintergrund. Weiterhin soll gezeigt werden, welchen Einfluss verschiedene Ereignisse und äußere Umstände auf die politische Arbeit eines Einzelnen haben: Nachkriegszeit, Ost-West-Konflikt und Teilung, wiedervereinte Stadt und veränderte Bedingungen für die Kommunalpolitik nach 1989.

In diesem notwendigen historisch breiten Rahmen ist es uns wichtig, die persönliche Ebene zu betrachten. Wir wollen vor allem Menschen portraituren, die ihr Amt oder ihre Funktion mit ihrer eigenen Identität ausgefüllt und ihren individuellen Charakter einfließen lassen haben. Somit können sie durchaus als unbequem gelten und in letzter Konsequenz die SPD verlassen haben. Aber die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ soll das Geschichtsbewusstsein innerhalb der Berliner Sozialdemokratie auch insofern schärfen, dass sie zu einst wichtigen Vertreter/innen, deren politischer Weg nicht stromlinienförmig verlief, stehen kann.

Vor allem für eine jüngere Zielgruppe soll das Projekt noch stärker als bisher den Charakter einer offenen Werkstatt bekommen, an der sich Jede/r mit eigenen Nachforschungen beteiligen kann. Das Nahziel ist es aber, anhand zwölf ausgewählter Biografien zusammenhängend die Geschichte der Berliner Sozi-

aldemokratie und die Geschichte der Stadt Berlin für die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 bis zur Bildung der rot-roten Koalition im Abgeordnetenhaus 2001 aufzuarbeiten. Aus jedem Jahrzehnt greifen wir zwei exemplarische Biografien heraus und stellen sie anhand von persönlichen (Zeitzeug/innen-)Interviews in Wort, Bild und Ton vor. Entlang dieser Lebensgeschichten wollen wir wichtige Ereignisse der wechselhaften Stadtgeschichte nachzeichnen und gleichzeitig die eigene Rolle der jeweiligen Person in den zum Teil dramatischen Geschehnissen, Debatten und Entscheidungen betrachten. So werden etwa Curt Swolinsky, 1946 Mitinitiator der Urabstimmung und kurzzeitig mit Franz Neumann und Louise Schroeder Landesvorsitzender, Edith Krappe, langjähriges Mitglied nicht nur des Landesvorstandes, sondern auch seit 1946 des Stadtparlamentes, ab 1957 des Bundestages, oder Harry Ristock, linkes Urgestein und 1977–1981 Bausenator, portraitiert.

Ein wesentliches Anliegen unseres Projektes ist es dabei, den Sinn vor allem junger Menschen wieder dafür zu schärfen, welches wichtiges und keineswegs selbstverständliches Gut unsere Demokratie ist und warum es sich lohnt, sich für sie einzusetzen. Daher sind die leitenden Fragen bei der Betrachtung der Lebensläufe: Was hat die Personen konkret motiviert und politisiert? Was sind also die Ursprünge sozialdemokratischen Engagements? In diesem Zusammenhang sollen neben Unterschieden zwischen den einzelnen Generationen innerhalb der fast 60 darzustellenden Jahre auch Anknüpfungspunkte aufgezeigt werden, wie Alte und

Junge politisch zusammenarbeiten und von einander lernen können. Mit dieser Ursachenforschung kann und sollte die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ dazu dienen, die Sozialdemokratie wieder klarer von anderen politischen Bewegungen abzugrenzen und mit ihren Akteuren ihre inhaltlichen wie auch gesellschaftlichen Besonderheiten zu verdeutlichen.

Das öffnet das Projekt für eine breite Zielgruppe. Großes Interesse bekunden zunächst die Zeitzeug/innen, die „Linken Lebensläufe“ selbst. Zuspruch und Unterstützung erfahren wir vor allem aus dem Kreis der Förderer/-innen des ABI. Etwa 200 ehemalige und aktive Funktionsträger/innen sichern die Arbeit des Instituts durch ihre inhaltliche Beteiligung und finanzielle Zuwendung. Vor allem die älteren unter ihnen engagieren sich in der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ und haben mitunter wichtige Beratungsfunktionen übernommen.

Schon für die inhaltliche Vorbereitung des Projektes war es uns ein Bedürfnis, in Gesprächen mit unseren Förderern/-innen den Rahmen, die Zielstellungen und Vorschläge für die darzustellenden Biografien zu diskutieren. Denn mit diesem breiten Stamm an Unterstützer/innen, die allesamt Zeitzeug/innen der jüngsten Geschichte der Berliner Sozialdemokratie sind, befindet sich das ABI in der glücklichen Lage, auf wertvolle persönliche Erfahrungswerte und ein breitgefächertes, über Jahrzehnte angesammeltes Wissen zurückgreifen zu können.

Aber das Projekt hat nicht nur einen internen Bezug. Das ABI hat sich einen Bildungsauftrag gegeben, der sich an alle richtet, die politisch interessiert

und gesellschaftlich engagiert sind. Diejenigen, die sich heute links in unserer Gesellschaft positionieren, mögen sich von denen inspirieren lassen, die das bereits in den vergangenen Jahrzehnten getan und öffentlich vertreten haben.

Tiefe Gräben und schweres Erbe: Was ist „links“?

So Manchem ist diese sehr allgemein gehaltene Formulierung nicht eindeutig genug. In der Tat ist heute weniger denn je leicht zu definieren, wer oder was in der bundesdeutschen Gesellschaft „links“ ist. Auch hierzu will das ABI mit seinem Projekt seinen Beitrag leisten und grundlegende Merkmale eines „Linken Lebenslaufes“ herausarbeiten und benennen. Doch nicht allein die gesamtgesellschaftliche Perspektive auf eine mehr oder weniger ominöse Linke stellt uns vor diese Aufgabe.

Die Geschichte der Berliner Nachkriegs-SPD allein bietet dazu Anlass genug. Die Spaltung der Partei in einen linken und einen rechten Flügel (und bisweilen zusätzlich eine Gruppierung der Mitte), die sich auf dem Höhepunkt der parteiinternen Streitigkeiten abseits jeder Konstruktivität fast schon feindselig gegenüber standen, mag ein inzwischen überwundener historischer Fakt sein, seine Ausprägungen und Auswirkungen hingegen sind bis heute zu spüren. Sie sind bei den Zeitgenoss/innen nach wie vor so präsent, dass es bereits bei der Ankündigung der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ Irritationen und Diskussionen um den Projekttitle gab. Unterstützer/innen äußerten nämlich die Sorge, dass die Geschichte der Berliner Sozialdemokratie seit Kriegsende

einseitig, genauer gesagt allein aus der Sicht des linken Parteiflügels dargestellt werden könnte. Obwohl die Projektinitiator/innen – wohl aufgrund ihres relativ jungen Alters – von solch einer Grundsatzdiskussion einigermaßen überrascht worden sind, ist sie doch wenig erstaunlich für Jeden, der mit der Geschichte der (West-)Berliner SPD auch nur in ihren Grundzügen vertraut ist. Seit dem Machtkampf zwischen „Keulenriege“ und „Pfeiffenclub“², an dessen Ende Willy Brandt 1957 die Parteiführung von Franz Neumann übernahm, war das innerparteiliche Bild geprägt von Gruppenbildung und bitter verteidigten Mehrheiten, von linkem und rechtem Flügel und den immer größer werdenden Gräben zwischen ihnen.

Obwohl die heiße Phase dieser Flügelkämpfe im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren des 20. Jahrhundert eingedämmt und die Partei spätestens durch die Wahlniederlage im Mai 1981 gezwungen war, ihre Selbstbezogenheit und die lange gehegten Eitelkeiten abzulegen, sitzen diese Denkmuster und argumentativen Gewohnheiten bei den Zeitgenoss/innen auch heute noch tief. Anders ist nicht zu erklären, dass der Titel „Linke Lebensläufe“ bei namhaften und verdienten Sozialdemokrat/innen fast schon einen kleinen Aufschrei hervorrief. Solche Stimmen waren wohlgemeint und dem ABI und seinem Projekt grundsätzlich

freundlich gestimmt, aber doch von einer persönlichen Verstimmung gezeichnet, die die eigenen Verdienste nicht ausreichend gewürdigt, ja sogar ausgeschlossen währte.

Zugegebenermaßen waren es exponierte Linke, an die in der Broschüre von 2005 erinnert wurde, und möglicherweise war das damals so beabsichtigt. Trotz der Übernahme des Projekttitels liegt es den Initiator/innen der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ heute aber fern, bei ihrer Forschungsarbeit den großen und historisch so bedeutenden Teil der Berliner Partei unberücksichtigt zu lassen, der sich früher wie heute der parteiinternen Rechten zuordnet. Denn erst hier bekommt das Projekt seinen speziellen Reiz: In den Vorgesprächen mit unseren Förderern/-innen wurde immer wieder betont, dass die Berliner Sozialdemokrat/innen zu dieser ihrer Geschichte in Gänze stehen und Lebensläufe mit Brüchen, sprich auch solche an den äußersten Rändern der Flügel, als ihre Geschichte anerkennen müssten. In Übereinstimmung dazu nehmen wir also Personen in den Blick, die sich als gesamtgesellschaftliche Linke verstehen, gemessen an dem größeren Zusammenhang mit anderen sozialen und progressiven Bewegungen.

Dass um einen solchen Titel eines Projektes, mit dem man sich ganz offensichtlich nicht nur an das übliche sozialdemokratische Klientel zu wenden beabsichtigt, sondern ein breites, vor allem junges Publikum anspricht, sogleich eine so emotionale Diskussion entsteht, zeigt, dass frühere Grabenkämpfe so verinnerlicht sind, dass sie das gesamte politische Leben und organisatorische

2 Heß, Hans-Jürgen: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981, Bonn 1984, S. 33.

Denken der Protagonist/innen prägen. In Gesprächen mit Zeitzeug/innen wird schnell deutlich, dass sich die Geschichte der Berliner SPD rund um die 1960er Jahre ohne diesen Hintergrund nicht erzählen und schon gar nicht erklären lässt. Häufig verfallen sie in alte Argumentationsmuster, worin sich bestätigt, dass diesbezüglich noch zu wenig wirkungsvolle Aufarbeitung betrieben und noch nicht genügend emotionale Distanz aufgebaut worden ist.

Das ist aber gerade beim Thema Flügelkämpfe notwendig, spielten sich doch in diesem engen Koordinatensystem wenig ruhmreiche Episoden innerparteilicher Organisationsgeschichte ab. Speziell die 60er Jahre waren geprägt von internen Auseinandersetzungen, die bisweilen Züge von Selbstzerfleischung annahmen und zu einer so starken Selbstbezogenheit führten, dass die Parteispitze langsam den Blick nach außen zu verlieren begann. Seit Franz Neumann Willy Brandt unterlegen war, dominierte die Rechte die Berliner Parteiführung, hielt sie das Zepter im Landesvorstand und auf Landesparteitagen in der Hand. Nun war eine starke Gruppenbildung mitnichten erst ein Problem der Nachkriegs-SPD, aber in den sechziger Jahren wurden die Machtkämpfe entlang der aufkommenden Protestbewegung durch Student/innen und Außerparlamentarische Opposition (APO) aktiv, ja fast hysterisch angeheizt – von beiden Seiten, wohlgermerkt.

Durch den Mauerbau 1961 und die sich vorsichtig anbahnende Entspannungspolitik mit den vier Passierscheinabkommen stand West-Berlin unter angespannter Aufmerksamkeit

der Weltöffentlichkeit. Gerade als der SPD als Regierungspartei ein so großes politisches Prestige zuteil und höchste Professionalität abverlangt wurde, zeigte sie sich intern bis auf's Blut zerstritten – ein Image, das ihrer weltpolitischen Verantwortung nicht gerecht wurde. Namen wie Harry Ristock oder Jürgen Gerull auf der einen, Kurt Neubauer oder Hermann Kreutzer auf der anderen Seite beherrschten die lokalen Schlagzeilen, Parteausschlüsse, mit der die Mehrheits-Rechte die aufmüpfige, sich radikalisierte Linke zu zähmen versuchte, nahmen Überhand. Ristock und der mit ihm 1968 ausgeschlossene Kreuzberger Jugendstadtrat Erwin Beck erwirkten öffentlichkeitswirksam ihre Wiederaufnahme, dem Falken- und APO-Aktivisten Gunter Soukup hingegen blieb der Wiedereintritt für mehrere Jahre verwehrt.

Auf der anderen Seite distanzierte sich etwa Klaus-Peter Schulz immer mehr von seinen Genoss/innen. Hatte er noch 1946 eine wichtige Rolle gespielt, als die Urabstimmung im Widerstand gegen die von der sowjetischen Besatzungsmacht betriebene Vereinigung von SPD und KPD zur SED organisiert wurde, verließ er 1971 die SPD aus Protest gegen die Neue Ostpolitik und schloss sich kurz darauf der CDU an.³ Aus der gleichen Oppositionshaltung heraus traten Sozialdemokraten wie Ernst Scharnowski, Walter Jaroschowitz oder Karl-Heinz Drogula 1975 mit dem neu gegründeten, aber nur kurz am Leben gehaltenen Bund Freies Deutschland zur

3 Wer ist Wer? Das deutsche Who's Who, XXX-VIII, 1999/2000.

Abgeordnetenhauswahl an, der ein nationalkonservatives Vokabular pflegte.⁴

Zu dieser Zeit hatte der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Klaus Schütz schon längst das Dilemma erkannt und mit der „Konzentration der Kräfte“⁵ einzudämmen versucht. Tatsächlich nahmen die innerparteilichen Auseinandersetzungen an Feindseligkeit ab, konnten aber weiterhin nicht in ein funktionierendes, konstruktives Miteinander umgewandelt werden. Abgestraft wurden die so mit sich selbst beschäftigten Genoss/innen letztlich mit der schmerzhaften Wahlniederlage vom Mai 1981. Dietrich Stobbe musste das von seinem Vorgänger eingeführte Konzept als gescheitert erklären⁶, und es sollte acht lange Oppositionsjahre dauern, bis die Berliner Sozialdemokrat/innen die große depressive Krise nach dem Machtverlust überwinden konnten.

Erfolgreiche Rechts-Links-Kooperation

Heute ist die Zuordnung zu einem Flügel keine Gretchenfrage mehr, geschweige denn lebenswichtig. Wird es in entideologisierten Zeiten wie diesen und mit dem Anspruch einer breiten Volkspartei zunehmend schwierig, das explizit und traditionell „Linke“ an der

Berliner SPD auszumachen, zumal in Regierungsverantwortung einer bankrotten Stadt, haben auch die Zeitgenoss/innen der Flügelkämpfe Schwierigkeiten genau zu benennen, was die von ihnen strapazierten Begrifflichkeiten „links“ und „rechts“ inhaltlich eigentlich bedeuten. Viele Jahre war die Einordnung, der sich ein/e junge/r Sozialdemokrat/ in nicht selten beim Eintritt in eine Abteilung ungefragt unterwarf, Mittel zum Zweck und wurde kaum konstruktiv für die inhaltliche Auseinandersetzung, geschweige denn für die Weiterentwicklung genutzt. Das Ergebnis waren entleerte, stark abgenutzte Begriffe.

Mit der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ wollen wir uns gar nicht auf diese semantische Ebene begeben, definiert sich das „links“ im Titel ja eben nicht in Abgrenzung an Opponent/innen im eigenen Organisationsgefüge, sondern weit positiver in einem großen Bewegungszusammenhang innerhalb unserer Gesellschaft. Wie breit gefächert das in Motivation, Themenwahl und politischer Praxis sein kann, soll sich schon in der Auswahl der besagten zwölf Portraits ausdrücken, wenn etwa der „Linke“ Ristock neben dem „Rechten“ Kurt Neubauer, der als Innensenator einst der APO Herr zu werden versuchte, gewürdigt werden. Wir Initiator/innen des Projekts hatten bei der Wahl des Titels keineswegs das alte parteiinterne Klischee im Blick, noch wollten wir es bedienen. Unsere Arbeit soll hingegen eingefahrene Denkmuster und Begrifflichkeiten überwinden (helfen).

Voraussetzungen dafür finden sich in den historischen Fakten selbst. Es gibt in der Geschichte der Berliner Sozialde-

4 Vgl. „Die letzten aufrechten Rechten“ von Dietrich Strothmann, in: Die Zeit vom 28.02.1975

5 Heß, Innerparteiliche Gruppenbildung, S. 162.

6 Wortprotokoll: Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Berlin, am 29. Juni 1985 im Palais am Funkturm, S. 108.

mokratie zahlreiche Beispiele für praktische Ansätze zu dieser Überwindung, selbst in Zeiten der erbitterten Grabenkämpfe. Auch und gerade diese Episoden gilt es aufzudecken und anhand der eigenen Historie zu zeigen, dass die Berliner Partei mehr war und ist als nur zwei Flügel, und dass die Begriffe „links“ und „rechts“ eben nicht so unabänderlich vereinnahmt sind, wie Zeitzeug/innen das heute gerne bekunden.

Die Beispiele reichen von der erwähnten „Integration der Kräfte“ auf der großen Ebene der Landesorganisation bis hin zu kommunalpolitischen Kooperationen, wie sie etwa Harri Wuttke in seiner Abteilung in Wilmersdorf regelmäßig praktizierte⁷. Ein sehr anschauliches Beispiel dafür, dass die Zusammenarbeit von Vertreter/innen verschiedener Flügel auf längere Zeit gut funktionierte und überdies sogar als Voraussetzung für den Erfolg einer politischen Initiative galt, ist der Dialog mit der SED in den 1980er Jahren.

Alexander Longolius, 1981 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, und Harry Ristock, zu dieser Zeit ebenfalls Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Parlament, bauten für die Berliner SPD ab 1981 Kontakte zur SED auf, die Grundlage wurden für regelmäßige Dialogrunden, zu denen sich hochrangige Vertreter beider Parteien trafen, um über Maßnahmen zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen in der geteilten Stadt, die viel beschworenen *menschlichen Erleichterungen* zu disku-

tieren. Longolius und Ristock kam dabei die Aufgabe der Kontaktpflege und der Organisation der intern „Große Runden“ genannten Gesprächstreffen zu. Mehrmals im Jahr sprachen sie, telefonisch oder persönlich, zumeist mit Herbert Häber, Leiter der so genannten Westabteilung beim ZK der SED, beziehungsweise mit dessen Nachfolger Gunter Rettner. Die „Großen Runden“ hingegen fanden ein- bis zweimal im Jahr abwechselnd im Ost- und im Westteil Berlins statt und wurden bis weit in das Jahr 1989 abgehalten, zuletzt kurz vor der Maueröffnung am 21. September.⁸

Allein die langjährige enge und fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Sozialdemokraten ist bemerkenswert, schiedens sich doch auf dem zunächst Ost-, in den achtziger Jahren dann *Entspannungspolitik* genannten Feld die rechten und linken Geister. Und das nicht nur im gesamten Parteienspektrum, sondern auch und vor allem innerhalb der SPD, die ja mit den von Willy Brandt und Egon Bahr ausgehandelten Ostverträgen zu Beginn der siebziger Jahre als die Geburtgeberin der Neuen Ostpolitik galt. Auch wenn die Befürworter/innen und Kritiker/innen

7 ABI-Bibliotheksgespräche mit Werner Kleist sowie mit Harri Wuttke, beide am 16.06.2008; Gesprächsnotizen im ABI.

8 Die Daten zu dieser Dialoginitiative können bisher nur durch die Dokumente im Privatarchiv von Alexander Longolius, teilweise im Nachlass von Harry Ristock im Landesarchiv Berlin (E Rep. 300-89) sowie in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) belegt werden. Die Autorin arbeitet derzeit an einer Dissertation zum Thema, in der diese Dokumente und zusätzliche Zeitzeugengespräche intensiv ausgewertet werden und deren Abschluss für Sommer 2011 geplant ist.

zu keiner Zeit eindeutig nur dem linken beziehungsweise dem rechten Parteiflügel zugeordnet werden konnten, wirkten diesbezüglich in der Frontstadt West-Berlin auch zu Zeiten der eigenen Dialoginitiative oft eingefahrene Prinzipien nach, die noch aus den Zeiten des Mauerbaus stammten.

Daher war das Duo Longolius-Ristock eine erste gute Voraussetzung für das sensible Unternehmen der möglichst gleichberechtigten Gesprächskontakte zur SED. Ristock war noch in den achtziger Jahren der überzeugte und prominente Linke, wenn auch als Landesvorstandsmitglied und ehemaliger Senator letztlich in der Partei „angekommen“ und längst nicht mehr derart auf Konfrontationskurs wie zwei Jahrzehnte zuvor. Auch Longolius pflegte inzwischen nicht mehr das Image eines „Rechten“, empfand er das Etikett ohnehin als von außen aufgedrückt. Tatsächlich hatte die Flügelzugehörigkeit für ihn nie eine so bedeutende Rolle gespielt wie etwa für Ristock, auch wenn er aus der als rechts bekannten Abteilung Charlottenburg stammte und als junges Mitglied einst zu einem internen strategischen Treffen im Haus von Klaus-Peter Schulz eingeladen war.⁹

Welche Haken Biografien, zumal politische, manchmal schlagen, beweist ein interessantes Detail aus der langen Bekanntschaft der beiden Protagonisten. Als Longolius 1963 in die SPD eintrat, gehörte der Charlottenburger Abteilung auch der zu der Zeit schon allseits

bekannt und beim rechten Flügel berüchtigte linke Ristock an. Gemeinsam mit Erwin Beck hatte der Stadtrat am 17. Februar 1968 an der großen Demonstration zum Abschluss des Vietnamkongresses teilgenommen und provozierte damit einen großen Aufruhr in seiner sowieso schon arg strapazierten, weil gespaltenen Partei. Sofort am nächsten Tag musste sich der Berliner Parteivorstand mit einem Antrag auf sofortigen Parteiausschluss beider Mitglieder beschäftigen, der wiederum von Klaus-Peter Schulz initiiert worden war. Und einer der insgesamt zwölf Antragsunterzeichner war damals Alexander Longolius.

Ein Grund, warum sich beide mehr als zehn Jahre später nicht nur aus Pragmatismus angenähert hatten und Longolius Ristock 1982 für den Aufbau und die Pflege der SED-Kontakte an seine Seite holte, war dessen Weg vom linken Querulanten zum etablierten Parteipolitiker, ja zum „Elder statesman“, wie sich Ristock später selber nannte.¹⁰ Darüber hinaus qualifizierte ihn seine jahrzehntelange Erfahrung in einer aktiven, auf sehr praktischer Ebene betriebenen Ost- und Versöhnungspolitik. Schon 1959 hatte er als Landessekretär der Falken deren ersten Besuch in Auschwitz organisiert, die seitdem alljährlich und ab 1963 auch in der ČSSR (Theresienstadt und Lidice) stattfanden und immer zugleich den Austausch mit den dortigen Jugendverbänden vorsahen. Ähnlich hatte sich Longolius lange Jahre mit der Teilung Berlins und Deutschlands sowie

9 Interview mit Alexander Longolius am 21.04.2010; Audioaufnahme im Privatarchiv Daniela Honigmann.

10 Harry Ristock: Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers, Berlin 1991, S. 228.

deren Folgen für die West-Berliner/innen beschäftigt, das allerdings zumeist in Kontakten und Zusammenarbeit mit der amerikanischen Besetzungsmacht. In die Verhandlungsrichtung nach Osten wurden seine Aktivitäten durch eine Anfrage aus den Reihen der SED gelenkt. Walter Müller, Abteilungsleiter mit Botschafterrang im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, war es nämlich, der den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses im Rahmen eines Empfangs beim sowjetischen Militärattaché am 6. November 1981 ansprach und zu bedenken gab, ob man nicht gemeinsam darüber beraten sollte, wie die deutsch-deutschen Beziehungen wieder belebt und die bestehenden Verträge weiter inhaltlich ausgeschöpft werden könnten.¹¹

Dem stimmte der Landesvorstand zu. Mit einer gehörigen Portion Skepsis zunächst, denn keiner der Beteiligten hätte dieser Initiative die Dauer und Stabilität vorhergesagt, die sie schließlich entwickelte. Ein Grund dafür, dass sich diese Kontakte derart etablieren konnten, war die Zusammensetzung der SPD-Dialoggruppe in den „Großen Runden“. Ihr gehörten neben den beiden Organisatoren Longolius und Ristock zumeist auch der jeweilige Landesvorsitzende an, zunächst in Person von Peter Ullrich „rechts“ besetzt, später in „linker“ Hand mit Jürgen Egert und Walter Momper. Von Anfang an war Gerhard Heimann dabei, der ein ausgewiesener Experte der Deutschlandpolitik war und als Berliner Bundestagsabgeordneter die Verbin-

dung zur Bundespartei hielt. Da auch er deutlich linke Positionen vertrat, hielten es Longolius und Ristock für unerlässlich, als ein zweites festes Mitglied der Runde einen Vertreter der parteiinternen Rechten zu benennen, womit Gerd Löffler Ende 1983 dazustieß.

Tatsächlich verschaffte diese bewusst ausgewogene Zusammensetzung der Dialoginitiative eine Legitimität, die sie als rein linkes Projekt nicht erreicht hätte. Wenn auch parteiinterne Kritiker/innen wie zum Beispiel Dietrich Stobbe immer wieder mahnend ihre Stimme erhoben und bis zum Schluss eine gewichtige Debatte darum führten, hatten Longolius und Ristock bis zur Maueröffnung die Rückendeckung des Landesvorstandes und stand auch die Presse den Treffen zunehmend wohlwollend gegenüber.

Wo hört „links“ auf?

Die bisherigen biografischen Hinweise weisen darauf hin: Harry Ristock gehört nicht in die „Werkstatt Linke Lebensläufe“, weil er lange Jahre ein exponiertes Aushängeschild der Parteilinken war, sondern weil er ein äußerst interessantes politisches Leben geführt hat, dessen Beweggründe wiederum für heutige, vor allem junge politisch Interessierte und Aktive beispielhaft sein können. Rudolf Stiege, damals stellvertretender Chefredakteur der Berliner Morgenpost, würdigte ihn einst mit den Worten: „Schließlich gibt es nur ganz wenige Politiker, die Politik wirklich und wahrhaftig als Dienst am Menschen begreifen. Ristock gehört zu ihnen.“¹²

¹¹ Interview mit Alexander Longolius am 25.06.2008, Audioaufnahme im Privatarchiv Daniela Honigmann.

¹² Brief Rudolf Stiege an Erika Heß vom 19. März 1984, in: LArch E Rep. 300-89 Nr. 53

Ein „Linker Lebenslauf“ muss, das deutet das Beispiel Ristocks an, keineswegs sein politisches und gesellschaftliches Engagement durchweg in Übereinstimmung mit der programmatischen Linie der SPD entfaltet haben. Noch weniger ist es ein Kriterium für die „Werkstatt Linke Lebensläufe“, dass die portraitierte Person sich überhaupt nur innerhalb des organisatorischen Rahmens einer Partei – und bei der Betrachtung sozialdemokratischer Bewegungen ist das im ersten Falle die SPD – politisch engagiert haben muss. Der vorübergehende Ausschluss Ristocks ist nur eine kurze Episode in seiner gesamten Biografie. Viel größere Bedeutung kommt dem für Personen bei, die aus schwerwiegenden Gründen ausgetreten sind, wie etwa Carl-Heinz Evers 1993 aus Enttäuschung über die Asylpolitik seiner Partei¹³ oder Helios Mendiburu 2002 aus Protest gegen die rot-rote Koalition¹⁴.

Es sind diese Brüche in Lebensläufen, die erst eine echte Aufarbeitung der jüngsten Geschichte der Berliner Sozialdemokratie ermöglichen, die nicht nur oberflächlich und gut gemeint ist, sondern auch schmerzhaft Episoden zur Sprache bringt. Damit werden Vielschichtigkeiten aufgezeigt, die einfache Bewertungen und schnelle Urteile zu vermeiden helfen. Hier zeigen sich allerdings die Grenzen des Projektes, sei-

nes Ansatzes und seiner inhaltlichen Ausrichtung. Biografien wie etwa die von Klaus-Peter Schulz stellen uns vor die Frage, ab wann ein „Linker Lebenslauf“ kein „Linker Lebenslauf“ mehr ist. Angesichts der Tatsache, dass namhafte und verdiente Sozialdemokrat/innen Schulz noch heute als einen bedeutenden „Linken Lebenslauf“ benennen, muss gefragt werden, wie subjektiv diese Einschätzung bei jeder einzelnen Persönlichkeit ist und ob sich hier einheitliche Richtlinien festlegen lassen.

Dazu gehören nicht nur politische Entwicklungen wie Schulz' Eintritt in die CDU, sondern auch gesellschaftlich relevante Details, wie dessen Verurteilung wegen gewalttätiger Erziehungsmethoden im Jahre 1978¹⁵. Da er nie Anhänger der Parteilinken war, scheint die Zuordnung als „Linker Lebenslauf“ schwerer zu fallen als beispielsweise bei Willy Kressmann. Der populäre Kreuzberger Bezirksbürgermeister mit den unkonventionellen Methoden positionierte sich etwa durch die Zugehörigkeit zum so genannten Donnerstagskreis, dem Zusammenschluss der SPD-Linken, machte aber nach seinem Austritt 1963 Schlagzeilen als Wahlkampfgehilfe für Franz-Josef Strauß.¹⁶

13 Hannelore Faulstich-Wieland: Individuum und Gesellschaft. Sozialisationstheorien und Sozialisationsforschung, München 2000, S. 261.

14 „Friedrichshain: Ex-Bürgermeister tritt aus der SPD aus“, in: Welt vom 24.01.2002.

15 „Biblisches Maß“ (o.A.), in: Spiegel vom 13.02.1978, S. 80.

16 Die Ausstellung „Auf Wunsch der SPD in Urlaub“, die das Kreuzberg Museum 2007 in Kressmanns Andenken gezeigt hat, thematisierte dieses Detail nur am Rande. Zeitzeug/innen bestritten in den parallel stattfindenden Diskussionsveranstaltungen des ABI, dass Kressmann jemals Mitglied der CSU gewesen sei. (vgl. Veranstaltungsberichte auf www.august-bebel-institut.de)

Wir müssen uns in der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ bisweilen also fragen, inwiefern solche Biografien noch überzeugende „Linke Lebensläufe“ sind. Sich bei der Darstellung nur auf einen Teil der Biografie zu beziehen, verbietet sich. Hier muss die dem Historiker grundsätzlich gebotene Distanz zum Zeitzeugen greifen und die „Werkstatt“ objektiv und fachlich klug geleitet werden.

Ähnlich gelagert treten Schwierigkeiten auf bei der Auswahl von „Linken Lebensläufen“ unter Sozialdemokrat/innen aus beziehungsweise in Ost-Berlin. Wenn wir uns in diesem Projekt mit der Nachkriegsgeschichte Berlins befassen, muss ihr Einsatz beim Neuaufbau demokratischer Strukturen und im Widerstand gegen den aufkommenden Stalinismus in der DDR und der als ihre Hauptstadt vereinnahmte Stadthälfte gewürdigt werden. Namhafte Beispiele wie Ella Kay oder Kurt Neubauer, die die SPD etwa im Prenzlauer Berg oder in Friedrichshain mit aufgebaut haben, sich dem wachsenden Druck und den immer enger werdenden Handlungsspielräumen aber nur durch die Übersiedlung in den Westteil entziehen konnten, sind im heutigen kollektiven Gedächtnis durchaus präsent. Zu wenig Aufmerksamkeit wird hingegen den Sozialdemokrat/innen wie zum Beispiel der Lichtenbergerin Gisela Mießner zuteil, die nach der Staatsgründung in Ost-Berlin geblieben sind und ihre politische Überzeugung auch unter Repressionen aufrecht erhalten haben.¹⁷ Auch

wenn die West-Berliner SPD diese Genoss/innen während all der Jahre bis 1989/90 im Rahmen der Möglichkeiten, also vor allem moralisch unterstützt hat, scheinen sie heute zunehmend in Vergessenheit zu geraten.

Hier will die „Werkstatt Linke Lebensläufe“ wichtige Erinnerungsarbeit leisten und einen Schwerpunkt auf solche Biografien legen. Deren Auswahl ist nicht immer einfach, haben doch auch Ost-Berliner Sozialdemokrat/innen mitunter den Weg in die SED eingeschlagen. Personen mit diesem biografischen Detail von vornherein aus unserem Projekt auszuschließen, ist wie jede andere Pauschalisierung in wissenschaftlichen Untersuchungen unzulässig. Daher muss ein sehr genauer Blick auf den weiteren Verlauf der Biografie geworfen werden. Nur so werden Unterschiede deutlich, die mögliche „Linke Lebensläufe“ wie Erich Gniffke, der, zunächst Mitglied des Zentralsekretariats der SED, 1948 die Flucht in den Westen antrat und wieder Mitglied der SPD wurde¹⁸, unterscheidet von ehemaligen Sozialdemokrat/innen, die eine SED-Karriere eingeschlagen haben, wie zum Beispiel Käthe Fröhbrot, die während des Nationalsozialismus mehrmals in Haft war, sich in der SBZ in die SED

entging damit der völligen politischen Bevormundung, die für Sozialdemokrat/innen herrschte, nachdem die Ost-SPD nach dem Mauerbau offiziell aufgelöst worden war. Bettina Michalski: Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, Bonn 1996, S. 182f.

17 Sie flüchtete nach der Verhaftung ihres Mannes im Mai 1953 nach West-Berlin und

18 Diplomaten der Zukunft“ (o. A.), in: Spiegel vom 4.12.1948.

integrierte und es bis zur Staatsanwältin brachte¹⁹. Auch eine oppositionelle Haltung in der Wendezeit, aus der heraus sich jemand etwa an der SDP-Gründung beteiligte, ist kein sicheres Kriterium für einen „Linken Lebenslauf“, wie das Beispiel Ibrahim Böhme zeigt.

Alle Biografien, die wir innerhalb der „Werkstatt Linke Lebensläufe“ darstellen wollen, müssen also genau abgekopft werden auf ihre sozial-demokratische Glaubwürdigkeit, was grundlegende politische und gesellschaftliche Werte wie Solidarität, Toleranz, Freiheit

und Gleichberechtigung zwingend einschließt. Das ist nicht immer offensichtlich und vor allem nicht immer für Jede/n eindeutig, zumal wenn *Zeitzeug/innen* ihre ganz persönlichen und zu respektierenden Erfahrungen in die Wagschale werfen. Auch wenn wir mit dem Projekt bisweilen sensibles Feld betreten, so hoffen wir doch vor allen Dingen, dass es uns gelingt, alte und wenig konstruktive Denkmuster aufzubrechen und somit zu einer würdigen Erinnerungskultur beizutragen.

19 Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945, hg. vom Verein Aktives Museum e.V., Berlin 2003, S. 193f.

Der Eurokommunismus als Herausforderung für die europäische Sozialdemokratie

Die Beispiele Frankreich und Italien

Am 15. November 1975 kam es in der italienischen Hauptstadt Rom zu einem medienwirksamen Zusammentreffen von Enrico Berlinguer und Georges Marchais, den beiden Generalsekretären der größten kommunistischen Parteien der westlichen Welt. Wenige Monate zuvor war der Begriff „Eurokommunismus“ in der Mailänder Tageszeitung *Giornale Nuovo* vom jugoslawischen Journalisten Frane Barbieri erstmals im Sinnkontext des sich reformierenden westeuropäischen Kommunismus benutzt worden.¹ Die Bezeichnung etablierte sich alsbald auch als Oberbegriff für die Wandlungstendenzen kommunistischer Parteien in außereuropäischen westlich-kapitalistischen Staaten, so u.a. im Falle der mitgliederstarken Kommunistischen Partei Japans.

Seinen Höhepunkt erlebte die politische und mediale Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus am 3. März 1977 während des Treffens des Dreigestirns am eurokommunistischen

Firmament in Madrid. Neben dem Italiener Berlinguer und dem Franzosen Marchais gehörte Santiago Carillo, der Generalsekretär des Partido Comunista de España (PCE), zu den Führungsfiguren des Eurokommunismus. Carillo hatte zwar wichtige theoretische Vorarbeiten des Eurokommunismus geliefert², eine realistische Machtoption hatte seine Partei jedoch nie gehabt, wie sich nach den ersten freien spanischen Parlamentswahlen nach dem Tode Francos am 15. Juni 1977 zeigte, als der PCE lediglich 9,35% der Wählerstimmen erhielt. Anders verhielt es sich im Falle des Parti Communiste Français (PCF) und des Partito Comunista Italiano (PCI). Beide Parteien standen in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren vor einer Regierungsbeteiligung bzw. erreichten diese sogar. Diese kommunistische Machtoption führte den Eurokommunismus als vermeintliche kommunistische Verschwörungstaktik Moskaus in den 1970er-Jahren ins Zentrum der Weltpolitik. Kommunistische Verteidigungsminister oder gar Regierungschefs,

1 Vgl. hierzu auch das Gespräch zwischen Frane Barbieri und Manfred Steinkühler in: Manfred Steinkühler: Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln 1977, S. 389-392.

2 Hierzu zählt insbesondere folgendes Werk: Santiago Carillo: Eurocomunismo y Estado, Madrid 1977.

die in der einen Woche zum NATO-Gipfel nach Brüssel reisen würden und in der nächsten zum Parteitag der KPdSU nach Moskau, waren vor allem aus US-amerikanischer Sicht undenkbar.³ In Übereinstimmung mit den Präsidenten Nixon und Ford drohte vor allem Henry Kissinger für den Fall kommunistischer Regierungsbeteiligungen in Westeuropa einschneidende Veränderungen im transatlantischen Verhältnis an. Auch befürchtete Kissinger einen Dominoeffekt, der die kommunistischen Parteien im Mittelmeerraum zur Machteroberung ermuntern werde.⁴

Auch für die europäische Sozialdemokratie entwickelte sich der Eurokommunismus zu einer Herausforderung. Von einer Einheitlichkeit in der Haltung zum Eurokommunismus konnte bei den europäischen Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale zu keiner Zeit die Rede sein. Die Differenzen im Hinblick auf den richtigen sozialdemokratischen/sozialistischen Umgang mit den Eurokommunisten entluden sich

erstmalig auf der Konferenz sozialdemokratischer/sozialistischer Partei- und Regierungschefs Westeuropas im dänischen Helsingör im Januar 1976.⁵ Insbesondere die Situationen in Frankreich und Italien waren Auslöser heftiger Diskussionen. Nachdem beispielsweise François Mitterrand die von ihm initiierte Zusammenarbeit mit Kommunisten für die europäischen Schwesternparteien weiterempfohlen hatte, warf ihm Helmut Schmidt ein klares „keinerlei Zusammenarbeit mit Kommunisten“ entgegen.⁶ Während sich der britische Premierminister Harold Wilson explizit auf Schmidts Seite schlug, unterstützte der griechische PASOK-Chef Andreas Papandreu Mitterrand. Olof Palme, der selbst seine Minderheitsregierung im schwedischen *riksdag* von den Kommunisten tolerieren ließ, wollte jede sozialdemokratische Partei vor Ort selbst über eine Zusammenarbeit entscheiden lassen. Ähnlich sah es auch der finnische Sozialistenführer Kalevi Sorsa. Mário Soares und Felipe Gonzáles waren für Portugal und Spanien gegen eine Koalition mit der KP, sprachen sich aber nicht wie Schmidt und Wilson generell gegen eine solche aus. Um den Streit zwischen den Protagonisten nicht eskalieren zu lassen, wurde beim italienischen Sozi-

3 Vgl.: Nikolas R. Dörr: Der Eurokommunismus als sicherheitspolitisches Problem für die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Beispiel des Partito Comunista Italiano (PCI), in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 45/46/2009, S. 45-49.

4 Henry Kissinger in einer Rede vor der American Society of Newspaper Editors in Washington D.C., April 1976: „The advent of Communism in major European countries is likely to produce a sequence of events in which other European countries will also be tempted to move in the same direction“, zitiert in: Leo J. Wollemborg: Stars, Stripes and Italian Tricolor. The United States and Italy. 1946-1989, New York 1990, S. 195.

5 Vgl.: Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Bestand Horst Ehmke, Eurokommunismus allgemein, 1/HEAA000406, „Konferenz der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Regierungschefs am 18. und 19.01.1976 in Helsingör/Dänemark“ von Hans-Eberhard Dingsel, 20.01.1976, Bonn.

6 Helmut Schmidt zitiert in: Der Spiegel, Nr. 6/1976, S. 82.

alisten Gino Bianco eine Studie für die Sozialistische Internationale in Auftrag gegeben. Allerdings musste er in seinem Bericht über die sozialdemokratisch/sozialistische Haltung zum Eurokommunismus Mitte 1977 erwartungsgemäß konstatieren: „The non-communist left is divided and confused on the issue.“⁷

Als maßgebliche Auslöser der inner-sozialistischen Differenzen galten, wie bereits erwähnt, die Entwicklungen in Frankreich und Italien. In beiden Parteiensystemen hatten die Kommunisten Mitte der 1970er-Jahre eine zentrale Stellung. Mit der Propagierung des Eurokommunismus wurden PCF und PCI auch zu einer Herausforderung für die westeuropäische Sozialdemokratie, die eine genauere Betrachtung lohnt.

Mitterrands „Wiedereroberung des Terrains durch den Sozialismus“

François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum ersten sozialistischen Präsidenten der V. französischen Republik gewählt. Nach der Ernennung des Sozialisten Pierre Mauroy zum Premierminister hatte Mitterrand die Nationalversammlung aufgelöst und gemäß der Verfassung Neuwahlen ausgeschrieben. Dem Parti Socialiste gelang ein Erdbebensieg. Mit nunmehr 266 Parlamentariern hatten die Sozialisten ihre Fraktion im Vergleich zu den 113 Mandaten in Folge der Parlamentswahlen vom März 1978 mehr als verdoppelt. Zusammen mit den assoziierten Linksliberalen

des Mouvement des Radicaux de Gauche (MRG), welcher 14 Abgeordnete entsenden konnte, hatte der Parti Socialiste nunmehr eine absolute Mehrheit von beinahe 60% der Parlamentsmandate. Während die Sozialisten in bislang ungekanntem Maße reüssierten, stellten die Wahlen zur *Assemblée Nationale* am 14. und 21. Juni 1981 eine massive Niederlage des Parti Communiste Français (PCF) dar. Hatten die französischen Kommunisten bei den Parlamentswahlen 1978 noch 86 Mandate erzielen können, kam es drei Jahre später beinahe zu einer Halbierung der Fraktion auf nur noch 44 Abgeordnete. Damit setzte sich ein Trend fort, der bereits seit den Parlamentswahlen vom März 1973 zu beobachten gewesen war: Der neugegründete Parti Socialiste unter seinem charismatischen Ersten Sekretär François Mitterrand schickte sich an, die jahrzehntelange Vorherrschaft der Kommunisten auf der französischen Linken zu brechen. Die „Wiedereroberung des Terrains durch den Sozialismus“⁸ war seit der Neuorganisation der Sozialistischen Partei 1971 das zentrale Anliegen der politischen Strategie Mitterrands gewesen. Nun im Jahre 1981 war es erreicht.

Ähnliche Entwicklungen zeigten sich bei den Präsidentschaftswahlen. Noch vor der Neuorganisation der Sozialisten hatte Jacques Duclos als Kandidat des PCF bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1969 21,2% der abgegebenen Wählerstimmen im ersten Wahlgang erzielt und seinen sozialistischen Kontrahen-

7 Willy-Brandt-Archiv im AdsD Bonn, A 13, 16, Eurocommunism. An analysis prepared for the Socialist International von Gino Bianco, 28.05.1977, S. 1.

8 François Mitterrand: Der Sieg der Rose. Meine Aufgaben und Ziele, Düsseldorf, Wien 1981, S. 67.

ten Gaston Defferre, der lediglich 5,0% erhielt, deutlich distanziert. 1974 hatte der PCF im Rahmen der *Union de la gauche* die Kandidatur François Mitterrands im ersten und zweiten Wahlgang unterstützt und daher keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Nachdem Mitterrand im ersten Wahlgang am 5. Mai 1974 mit 43,25% der Wählerstimmen die meisten Stimmen erhielt, verlor er den zweiten Wahlgang am 19. Mai mit dem hauchdünnen Rückstand von 1,62 Prozentpunkten gegenüber dem bürgerlichen Kandidaten Valéry Giscard d'Estaing.⁹ In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1981 erreichte PCF-Generalsekretär Georges Marchais nur noch 15,35% im Vergleich zu den 25,85% der Wählerstimmen, die François Mitterrand als Kandidat des Parti Socialiste und späterer Wahlsieger erzielte.

Nach der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten und der deutlichen absoluten Parlamentsmehrheit nach den Wahlen zur *Assemblée nationale* 1981 gab es keinen offensichtlichen Grund, eine weitere Partei mit in die nun zu bildende Regierung aufzunehmen. Trotzdem kam es zur ersten sozialistisch-kommunistischen Regierung Frankreichs der V. Republik. Im Gegensatz zur Volksfront, in welcher der PCF von 1936 bis 1939 die sozialistisch geführten Regierungen unter Premierminister Léon Blum und seinem Nachfolger Camille Chautemps lediglich parlamentarisch unterstützt

hatte, wurden die Kommunisten dieses Mal offizieller Teil der Regierungskoalition. Allerdings wurden dem PCF nur vier von insgesamt 36 Ministerposten zugestanden.¹⁰

Welches Ziel stand hinter der von den Mehrheitsverhältnissen her definitiv nicht notwendigen Aufnahme der Kommunisten in die Regierung des sozialistischen Premierministers Pierre Mauroy?

Der Grund für die Einbindung der Kommunisten in die Regierung lag in der langfristigen Strategie Mitterrands im Umgang mit dem PCF begründet: Die massive Wahlniederlage des sozialistischen Kandidaten Defferre bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1969 hatte den letzten Beleg dafür geliefert, dass die französische Sozialdemokratie neu organisiert werden musste. Im Juli 1969 wurde der Parti Socialiste in Issy-les-Moulineaux aus der alten sozialistischen Partei, der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO), sowie weiteren Kleinparteien und Bewegungen neu gegründet. Aber erst die Übernahme der Führungsrolle in der neuen Sozialistischen Partei durch François Mitterrand auf dem Parteitag von Épinay im Juni 1971 inklusive der Fusion mit weiteren Kleinparteien und Bewegungen der linken Mitte führten zu

9 Zu den französischen Präsidentschaftswahlen 1974 siehe: Sylvie Colliard: *La Campagne présidentielle de François Mitterrand en 1974*, Paris 1979.

10 Charles Fiterman wurde als Minister für das Transportwesen, Anicet Le Pors als Minister für den öffentlichen Dienst, Jack Ralite als Gesundheitsminister und Marcel Rigout als Minister für Berufsausbildung und Weiterbildung Bestandteil der neuen Regierung. Nach einer Kabinettsreform im März 1983 wurden die kommunistisch besetzten Ministerien auf drei reduziert.

einer neuen Ausrichtung. Mitterrand formulierte nach der Wahl zum Ersten Sekretär des Parti Socialiste die Strategie der *rééquilibrage de la gauche*, der Wiederherstellung des Gleichgewichts in der französischen Linken. Mit Mitterrand, der die Vorteile einer Unterstützung des PCF während seiner Präsidentschaftskandidatur 1965 kennengelernt hatte, überwand die Sozialisten somit erst zu Beginn der 1970er Jahre den massiven Antikommunismus der alten sozialistischen Partei SFIO. Mitterrands Strategie basierte zu Beginn der 1970er Jahre auf der treffenden Analyse, dass der Parti Socialiste auf die Wähler- und Mitgliederbasis des Parti Communiste angewiesen sein würde, wenn er Präsidentschaftswahlen gewinnen und Parlamentsmehrheiten erobern wolle. Andererseits erkannte Mitterrand, dass der PCF auf die Sozialisten angewiesen war, um die Teilhabe an der Macht zu erlangen. Eine Wahl des orthodoxen, moskautreuen Kommunisten Georges Marchais zum französischen Staatspräsidenten war undenkbar, die Wahl des populären Mitterrand hingegen schon. Zu diesem Zweck strebte François Mitterrand für den, seinerzeit im Vergleich zum Parti Communiste noch deutlich schwächeren, Parti Socialiste, eine enge Zusammenarbeit an, die am 26. Juni 1972 im *Programme commun*¹¹ zwi-

schen beiden Parteien mündete. Am 27. November 1973 wurde das *Programme commun* zusätzlich von Robert Fabre, dem Protagonisten der kleinen linksliberalen Partei MRG, ratifiziert.

Seine wahre Strategie im Umgang mit den Kommunisten offenbarte Mitterrand bereits zwei Tage nach der Unterzeichnung des *Programme commun* am 28. Juni 1972 einem geschlossenen Kreis sozialdemokratischer Spitzenpolitiker um Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme während einer Sitzung der Sozialistischen Internationale in Wien, wo er zu Protokoll gab, dass sein fundamentales Ziel sei zu demonstrieren, dass von fünf Millionen Wählern der Kommunistischen Partei drei Millionen für die Sozialisten stimmen werden.¹²

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Kommunisten ein strukturelles Übergewicht auf der französischen Linken besessen. Die Sozialistische Partei erhielt als eigenständig antretende Partei letztmalig bei dem Sieg der Volksfront 1936 in einer Parlamentswahl mehr Stimmen als die Kommunisten. Mehr als 40 Jahre herrschte anschließend eine strukturelle Mehrheit zugunsten der Kommunistischen Partei vor.¹³ Erst bei den Wahlen zur *Assemb-*

11 Das „Programme commun du gouvernement du Parti Communiste Français et du Parti Socialiste“ ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Georges Marchais (Hrsg.): Gemeinsames Regierungsprogramm der Französischen Kommunistische Partei und der Sozialistischen Partei vom 27. Juni 1972, Frankfurt am Main 1972.

12 Vgl. Kevin Devlin: Eurocommunism. Between East and West, in: Derek Leebaert (Hrsg.): European Security. Prospects for the 1980s, Lexington (Massachusetts), Toronto 1979, S. 247.

13 Bei den Parlamentswahlen im März 1967 traten die Sozialisten nicht als eigenständige Partei, sondern in einer Wahlverbundung als Fédération de la gauche démocrate et socialiste mit Linksliberalen und weiteren Kleinpar-

lée Nationale im März 1978 erhielten die Sozialisten wieder mehr Wählerstimmen als der PCF. Vor allem in Folge der Reputation, die sich die französischen Kommunisten in der *Résistance* erworben hatten, wurde der PCF bei den ersten Nachkriegswahlen am 21. November 1945 mit 159 Mandaten und 26,2% der Wählerstimmen zur stärksten Partei in der Nationalversammlung der IV. Republik. Ebenso wurde der PCF in die ersten französischen Nachkriegsregierungen aufgenommen. Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges wurde die Partei jedoch 1947 aus der Regierung des sozialistischen Premierministers Paul Ramadier ausgeschlossen. Obwohl man den PCF unter seinem langjährigen Generalsekretär Maurice Thorez¹⁴ in seiner engen Anbindung an das Kominform und die Sowjetunion in dieser Phase als „die Linientreusten der Treuen“¹⁵ bezeichnen musste, gehörte der Parti Communiste bei allen Parlamentswahlen der IV. Republik mit Wahlergebnissen um die 25% der Stimmen zu den erfolgreichsten Parteien Frankreichs. Auch die Wahlen der V. Republik zeigten ab 1958 vorerst kontinuierlich hohe Wahlergebnisse für den PCF, obwohl die Partei seit ihrem Ausschluss aus der Regierung 1947 und ins-

teien der linken Mitte an und erhielten so mehr Wählerstimmen als der PCF.

14 Zu Thorez siehe: Stéphane Siro: Maurice Thorez, Paris 2000.

15 Joseph Rovani: Die Kommunistische Partei Frankreichs, in: Alfons Dalma et al. (Hrsg.): Euro-Kommunismus. Italien, Frankreich, Jugoslawien, Spanien, Portugal, Zürich 1977, S. 31.

besondere den Ereignissen 1956 (Geheimrede Nikita Chruschtschows über die Verbrechen Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und Polen) in der Bevölkerungsmehrheit als nicht mehr regierungsfähig galt. Auf die vereinzelt innerparteilichen Rufe nach Entstalinisierung ab 1956 reagierte der PCF in der Folge mit zahlreichen Parteausschlüssen. Eine bedeutende Zahl von Intellektuellen verließ die Partei darüber hinaus vor dem drohenden Ausschluss, so beispielsweise mit Emmanuel Le Roy Ladurie und François Furet zwei der bedeutendsten zeitgenössischen Historiker Frankreichs. Ähnlich verliefen die Reaktionen des PCF-Politbüros nach vereinzelter Kritik an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968.

Sechs Monate vor den Parlamentswahlen im März 1978 – in einer Phase als Wahlprognosen einen Sieg der sozialistisch-kommunistischen *Union de la gauche* für möglich hielten – beendeten die Kommunisten im September 1977 überraschend die Zusammenarbeit mit den Sozialisten während der Überarbeitung des *Programme commun*. In Folge des Berichts des PCF-Politbüromitglieds Jean Kanapa hatte die Kommunistische Partei ihre verteidigungspolitische Haltung radikal geändert und sprach sich nun, entgegen den Abmachungen im *Programme commun*, für die Beibehaltung der *Force de frappe*, der französischen Atomstreitmacht, aus.¹⁶ Der wah-

16 Zum Kanapa-Bericht und dessen Folgen siehe: Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Roter Gaullismus? Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei

re Grund war jedoch ein anderer: Zwar hatten beide Parteien von dem gemeinsamen Programm profitiert, die Sozialisten jedoch deutlich stärker als der PCF. Der Abstand in den Wahlen zwischen den seit Jahrzehnten mehr Wählerstimmen erhaltenden Kommunisten und den nunmehr immer stärker aufschließenden Sozialisten hatte sich aus Sicht der PCF-Führung dramatisch reduziert. Die eigenen Zugewinne verliefen nicht proportional zu denen der Sozialistischen Partei Mitterrands, was die Führungsspitze des Parti Communiste um Georges Marchais zu einem kurzfristigen und radikalen Kurswechsel gegen den Parti Socialiste trieb.¹⁷ Dementsprechend erfolgte der Bruch vor den Parlamentswahlen 1978 nur vordergründig aufgrund von inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten. Wichtiger war der PCF-Führung, den gemeinsamen Wahlsieg der Linksunion zu vermeiden, wenn der Parti Socialiste, wie Ende 1977 abzusehen war, als deutlich stärkere Partei aus den Wahlen herausgehen würde.¹⁸ In Folge des Bruchs kam es erneut zu einer in ihrer Rhetorik beispiellosen Diffamierung der französischen und europäischen Sozialdemokratie, wobei auch von kommunistischer Seite an antideutsche Ressentiments in der französischen

Bevölkerung appelliert wurde.¹⁹ Bei den folgenden Parlamentswahlen im März 1978 wurde eine linke Mehrheit in der Nationalversammlung zwar knapp verfehlt, Mitterrands Ziel der *rééquilibrage de la gauche* jedoch erreicht. Mit 23,01% zu 17,52% der Wählerstimmen erhielten die Sozialisten erstmals seit Jahrzehnten wieder mehr Wählerstimmen als der Parti Communiste.²⁰ Der von Mitterrand angestrebte Gleichstand in der französischen Linken war somit in Bezug auf Wählerstimmen und Mandate erreicht und übertroffen worden. In einem nächsten Schritt sollte der Parti Socialiste ein strukturelles Übergewicht auf der Linken erhalten. Hierfür war eine deutliche Schwächung der französischen Kommunisten Voraussetzung und diese sollte durch die Aufnahme der Kommunisten in die Regierung Mauroy, trotz absoluter Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion, evoziert werden. Mitterrand ging davon aus, dass die in Folge des Eurokommunismus aufgetretenen innerparteilichen Streitigkeiten bei den französischen Kommunisten durch die Einbindung in die gouverne-

Frankreichs. 1958-1981, Paderborn 1983, S. 235-259.

17 Vgl. Peter Scholl-Latour: Die politische Zukunft Frankreichs, in: Götz Hohenstein (Hrsg.): Der Umweg zur Macht. Euro-Kommunismus, München 1979, S. 209-213.

18 Vgl. Ronald Tiersky: French Communism, Eurocommunism and Soviet Power, in: Rudolf L. Tökés (Hrsg.): Eurocommunism and Détente, Oxford 1979, S. 196ff.

19 Vgl. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hrsg.): Eurokommunismus und westeuropäische Sicherheitspolitik, Hamburg 1978, S. 51f.; Klaus Kellmann: Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984, S. 229.

20 Die Zahlen beziehen sich auf den Prozentsatz der für die Partei abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang, da bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung in der V. Republik, mit Ausnahme der einmaligen Verwendung des Verhältniswahlrechts 1986, das absolute Mehrheitswahlrecht gilt.

mentale Verantwortung weiter angeheizt werden würden.²¹ Die Befürworter einer an der Sowjetunion orientierten Politik um den beinahe allmächtigen PCF-Generalsekretär Georges Marchais, die in der Regierungsbeteiligung nur einen taktischen Schritt zur eigenen Wählermaximierung sehen würden, sollten früher oder später in Konflikt mit den Anhängern einer eurokommunistischen, von der Sowjetunion unabhängigen Reformpolitik geraten. Durch die Einbindung in die Realpolitik wurden insbesondere die kommunistischen Minister der Regierung Mauroy langfristig zu Protagonisten des eurokommunistischen Flügels im PCF, während sich der Großteil des Politbüros um Generalsekretär Marchais weiterhin in deutlicher Oppositionsrolle übte.²² Transportminister Charles Fiterman, einst als potentieller Nachfolger Marchais gehandelt, avancierte mit seinem späteren Übertritt zum Parti Socialiste gar zum „highest ranking dissident since the 1920s“²³.

Mit der Schwächung der französischen Kommunisten würde sich, so Mitterrands Annahme, die für das fran-

zösische Parteiensystem der V. Republik charakteristische *Quadrille Bipolaire* auflösen. Der Begriff der *Quadrille Bipolaire* war von Maurice Duverger in die französische Politikwissenschaft eingeführt worden.²⁴ Er bezeichnet das für das französische Parteiensystem bis zum Niedergang des PCF typische Ergebnis eines Bipolarismus von je zwei in etwa gleichstarken Parteien der politischen Linken und Rechten: auf der Linken die Kommunisten und die Sozialisten, auf der Rechten die Neo-Gaullisten des *Rassemblement pour la République* (RPR) und die Zentristen der *Union pour la Démocratie Française* (UDF).

Aufgrund des französischen Wahlsystems für Parlamentswahlen in der V. Republik – die Sonderstellung der später noch zu besprechenden Parlamentswahlen 1986 ausgenommen – hätte eine Reduktion des kommunistischen Wahlergebnisses zu einem strukturellen Übergewicht des Parti Socialiste führen sollen. Die verbleibenden Parteien der Rechten in der *Quadrille Bipolaire*, RPR und UDF, sollten sich, da sie eine ähnliche Wählerklientel ansprachen, bei Wahlen weiterhin gegenseitig Stimmen abnehmen, während es auf der linken keinen direkten Konkurrenten für die Sozialisten mehr geben würde, so Mitterrands Annahme.

Bereits das erste Regierungsprogramm von 1981 wurde zu einem „Gang nach Canossa“ für die Kommunistische Partei.²⁵ Insbesondere die franzö-

21 Zum Umgang mit dem Eurokommunismus im PCF siehe: Nikolas R. Dörr: Wandel des Kommunismus in Westeuropa. Eine Analyse der innerparteilichen Entwicklungen in den Kommunistischen Parteien Frankreichs, Finnlands und Italiens im Zuge des Eurokommunismus, Berlin 2006, S. 21–42.

22 Vgl. Charles Fiterman: Profession de foi. Pour l'honneur de la politique, Paris 2005 ; Anicet Le Pors: Pendant la mue, le serpent est aveugle. Chronique d'une différence, Paris 1993.

23 David Scott Bell / Byron Criddle: The french communist party in the fifth republic, Oxford 1994, S. 234.

24 Vgl. Maurice Duverger: La système politique français, Paris 1996.

25 Vgl. Klaus Kellmann: Die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Entwicklung zur So-

sische Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss sowie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen und afghanischen Volkes in der gemeinsamen Regierungserklärung waren, zu einem Zeitpunkt der kommunistischen Unterdrückung der freien Gewerkschaft *Solidarność* in Polen und weniger als zwei Jahre nach dem Beginn der sowjetischen Okkupation Afghanistans, ein Affront gegenüber dem weitestgehend moskautreuen PCF.²⁶

Die massiven und vor allem kontinuierlichen Wahlniederlagen des Parti Communiste Français seit der Regierungsbeteiligung 1981 führten vordergründig zu Mitterrands gewünschtem Ergebnis. Innerhalb der kommunistischen Partei kam es zu intensiven Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern einer eurokommunistischen Reform im Stil des italienischen Partito Comunista Italiano und den moskautreuen Kommunisten um Generalsekretär Marchais. Die Rufe nach einer grundlegenden Reform des PCF wurden weitestgehend mit – in ihrer Wirkung auf die französische Öffentlichkeit verheerenden – Parteiausschlüssen durch die orthodox-kommunistische Führung beantwortet. Lediglich vier Monate nach dem Eintritt in die Regie-

rung Mauroy schloss die Kommunistische Partei im Oktober 1981 mit Henri Fiszbin den ehemaligen Ersten Sekretär der Pariser PCF-Sektion und Parlamentarabgeordneten wegen dessen reformorientierter Einstellung aus der Partei aus. Mit ihm wurden weitere kommunistische Kritiker ausgeschlossen, die sich um die von Fiszbin gegründete reformorientierte Zeitschrift *Rencontres communistes* versammelt hatten. Fiszbin konstatierte kurze Zeit später: „In den letzten zehn Jahren hatte die KP begonnen, sich zu demokratisieren. Leider ist das wieder aufgegeben worden. Die Folge ist die derzeitige tiefe Krise der Partei. Zwar behauptet die Parteiführung unermüdlich, dass frei diskutiert werde, in Wirklichkeit aber unterdrückt man den freien Meinungs Austausch und hat Angst vor der öffentlichen Diskussion [...] Die Krise kann sich jetzt nur noch verschärfen.“²⁷

Die Krise innerhalb des PCF hatte sich insbesondere nach dem *Tournant de la rigueur*, dem radikalen Wechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der französischen Regierung im März 1983, noch einmal verschlimmert. Statt einer auf den Theorien John Maynard Keynes beruhenden Politik des *deficit spending* kam es nun zu einer für den PCF langfristig untragbaren Austeritätspolitik, die ab Juli 1984 mit dem neuen sozialistischen Premierminister Laurent Fabius noch deutlich verschärft werden sollte. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Misserfolge der ersten Jahre der sozialistisch-kommunistischen Regierung

zialdemokratie oder Sekte?, Stuttgart 1988, S. 145f.

26 Die gemeinsame Erklärung vom 25. Juni 1981 über die Zusammenarbeit in der Regierung des Parti Socialiste und des Parti Communiste Français ist abgedruckt in: Lawrence L. Whetten: *New International Communism. The Foreign and Defence Policies of the Latin European Communist Parties*, Massachusetts, Toronto 1982, S. 235-237.

27 Henri Fiszbin zitiert in: *Der Spiegel*, Nr. 43/1981, S. 160.

wurden in der Öffentlichkeit zu großen Teilen den Kommunisten angelastet, obwohl diese, wie bereits erwähnt, de facto nur über einen geringen Einfluss in der Regierung verfügten. Nichtsdestotrotz wurden die zahlreichen Verstaatlichungen von Großunternehmen, Steuererhöhungen und die ausgabenfreudige Politik eher der kommunistischen Ideologie zugeschrieben. Ebenso alarmierten die Wahlniederlagen bei den Kommunalwahlen im März 1983 und die deutliche Niederlage bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1984 die Führung des PCF um Generalsekretär Marchais.²⁸ Im Juli 1984 entschied sich die PCF-Führung, nicht mehr in die Regierung des neuen Premierministers Fabius einzutreten.

In einem zweiten Schritt versuchte François Mitterrand, neben dem weiterhin gültigen Ziel einer Reduktion der kommunistischen Wahlergebnisse, eine langfristige Schwächung der beiden parteipolitischen Kontrahenten auf der Rechten, RPR und UDF, zu initiieren. Der rechtsextreme Front National mit seinem Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen spielte hierbei als „taktische Hilfe“²⁹ eine zentrale Rolle, da die Partei rechtskonservative Wähler der beiden großen Mitte-Rechts-Parteien auf sich vereinigen sollte. Zu diesem Zweck setzte sich Mitterrand erfolgreich für die Einführung des Verhältniswahlsystems für die Parlamentswahlen 1986

ein, obwohl einflussreiche Sozialisten vor den Folgen warnten.³⁰ Die sich in Wahlprognosen abzeichnende ungünstige Ausgangssituation für den Parti Socialiste im bisherigen absoluten Mehrheitswahlssystem sollte auf diese Weise umgangen werden, während das Verhältniswahlssystem die Kommunisten weiter schwächen würde. Diese wurden, da sie mittlerweile nicht mehr landesweit hohe Ergebnisse erzielten, sondern ihre Wählerbasis in elektoralen Hochburgen hatten, durch das bisherige absolute Mehrheitswahlssystem bevorzugt. Das Ergebnis war aus Sicht der Sozialisten jedoch ernüchternd: RPR und UDF gewannen mit deutlicher Mehrheit und, wie aufgrund des neu eingeführten Verhältniswahlsystems zu erwarten gewesen war, der rechtsextreme Front National zog mit fast zehn Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erstmals in Fraktionsstärke in die Nationalversammlung ein. Lediglich die weitere Dezimierung des PCF war Mitterrand gelungen. Bei den Wahlen zur *Assemblée Nationale* am 16. März 1986 erhielt der PCF erstmals seit 1932 wieder weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen bei einer landesweiten Wahl. Ebenso gravierend war aus kommunistischer Perspektive, dass der rechtsextreme Front National nun ebenso viele Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden konnte wie die Kommunistische Partei. Durch den Wahlsieg der Neo-Gaullisten kam es zur

28 Vgl. Yves Santamaria: *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1999, S. 90f.

29 Ernst Weisenfeld: *Frankreichs Geschichte seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart*, München 1997, S. 292.

30 So trat beispielsweise Landwirtschaftsminister Michel Rocard am 4. April 1985 aus Protest gegen die Einführung des Verhältniswahlsystems von seinem Amt zurück.

ersten *Cohabitation*³¹ der V. Republik. Der Neo-Gaullist und spätere Staatspräsident Jacques Chirac wurde neuer Premierminister. Die Wahlgesetzänderung wurde von der neuen Regierung umgehend wieder rückgängig gemacht.

Das Fazit der mitterrandschen Strategie im Umgang mit dem PCF fällt somit ambivalent aus: Einerseits wurde die bis Ende der 1970er Jahre größte Partei der französischen Linken in ihrem Einfluss deutlich minimiert und der Parti Socialiste erreichte somit nach Jahrzehnten wieder die Führungspositionen in der Linken, andererseits erwachsen im Laufe der 1980er- und 1990er-Jahre weitere Parteien, die verhinderten, dass die verlorenen Wählerschichten des PCF vollständig zum Parti Socialiste wanderten.³² Hierzu gehören die in den letzten Jahren zunehmend erfolgreichen trotzkistischen Parteien Lutte Ouvrière und Ligue Communiste Révolutionnaire³³ bzw. seit Februar 2009 der neugegründete Parti de Gauche. Von der Hauptwählerklientel des PCF, der französischen Arbeiterschaft,

ist nur ein Bruchteil zum Parti Socialiste gewechselt. Wahlanalysen zeigen dort weiterhin eine deutliche Schwäche der seit der Parteigründung vor allem von Angestellten, Beamten und Akademikern gewählten Sozialistischen Partei. Der größte Teil der kommunistischen Wählerbasis ist zum rechtsextremen Front National abgewandert.³⁴ Bei den Parlamentswahlen 2002 stieg der von Jean-Marie Le Pen geführte Front National zur stärksten Partei in der ehemals mehrheitlich kommunistisch wählenden französischen Arbeiterschaft auf. Prägnantestes Ergebnis dieser Spätfolge der Strategie Mitterrands ist die verheerende Niederlage des Parti Socialiste im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 21. April 2002.³⁵ Premierminister Lionel Jospin schied als Kandidat des Parti Socialiste mit lediglich 16,18% der Stimmen als drittplatzierte Kandidat hinter dem amtierenden Präsident Jacques Chirac (19,88%) und dem Vorsitzenden des rechtsextremen Front National Jean-Marie Le Pen (16,86%) für den entscheidenden Wahlgang am 5. Mai 2002 aus. Ein Bruchteil der ehemals kommunistischen Wähler, welche sich größtenteils auf Le Pen sowie die trotzkistischen Kandidaten Arlette Laguiller (5,72%), Olivier Besancenot (4,25%) und Daniel Gluckstein (0,47%)

31 *Cohabitation* bezeichnet den Sonderzustand im semi-präsidentiellen System Frankreichs, wenn der Präsident als Staatsoberhaupt und der Premierminister als Regierungschef unterschiedlichen politischen Lagern entstammen.

32 Vgl. Alistair Cole: Das französische Parteiensystem in den 90er Jahren. Wandlungstendenzen und Erklärungsmuster, in: Sabine Ruß et al. (Hrsg.): Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen 2000, S. 35-56.

33 Am 1. Februar 2009 hat sich die Ligue Communiste Révolutionnaire in den Nouveau Parti Anticapitaliste unter Führung des charismatischen Olivier Besancenot umgewandelt.

34 Vgl. hierzu auch: Françoise Platone / Henry Rey: Le FN en terre communiste, in: Nonna Mayer / Pascal Perrineau (Hrsg.): Le Front National à découvert, Paris 1989, S. 268-282.

35 Zur Analyse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 siehe: Patrice Buffotot / David Hanley: The normalisation of French Politics? The elections of 2002, in: Modern & Contemporary France, Nr. 2/2003, S. 131-146.

verteilt – PCF-Kandidat Robert Hue erhielt selbst nur noch 3,37% der Stimmen –, hätte ausgereicht, um dem sozialistischen Kandidaten die Teilnahme am zweiten Wahlgang zu sichern. Mitterrands Strategie muss ebenso vor dem Hintergrund der willentlich in Kauf genommenen Stärkung des Front National kritisch gesehen werden. Die Einführung des Verhältniswahlrechts hatte erwartungsgemäß eine weitere Schwächung des PCF zur Folge, der durch seine elektoralen Hochburgen im Mehrheitswahlsystem einen Vorteil hatte, während es den Front National, der wiederum im Mehrheitswahlsystem bislang keinen Kandidaten hatte durchbringen können, erstmals in Fraktionsstärke in die Nationalversammlung einziehen ließ. In der Parteienforschung wird dies als Durchbruch des Front National gewertet, der bis dato kaum Medienaufmerksamkeit erfahren hatte.³⁶

Die Folgen des Eurokommunismus in Italien – Der lange Weg vom „*compromesso storico*“ zur Sozialdemokratie

Anders als in Frankreich verlief das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Eurokommunismus in Italien, obwohl es dort auf den ersten Blick ähnliche Voraussetzungen gab. Auch der PCI hatte im Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus an führender Stelle gekämpft und gelitten. Im italienischen Parteiensystem der Nachkriegszeit etablierten sich die Kommunisten wie in Frankreich rasch als führende Partei der

Linken, während die Sozialisten mit Abstand dahinter rangierten. Beide kommunistische Parteien waren die mitgliederstärksten ihrer Länder. Und seit dem Ausbruch des Kalten Krieges galten PCI und PCF als nicht mehr koalitionsfähig, da beide einer strengen Aufsicht durch das Kominform und somit der KPdSU unterstanden. Anfang der 1970er-Jahre wurden beide Parteien zu den bekanntesten Vertretern des (meist schwammig definierten) Eurokommunismus und standen dann bis Mitte der 1980er-Jahre, aufgrund ihrer jeweiligen Bündnisstrategien (*compromesso storico* und *union de la gauche*) vor einer Regierungsbeteiligung bzw. erreichten diese im französischen Falle sogar.

Auf den zweiten Blick offenbaren sich jedoch massive Unterschiede zwischen beiden Parteien: Bereits in der Gründungsphase verfügten die italienischen Kommunisten mit Antonio Gramsci nicht nur über einen der wichtigsten Theoretiker des Marxismus, sondern auch über eine eigene Kommunismusinterpretation, die Spielräume abseits des vermeintlichen sowjetischen Interpretationsmonopols zur Verfügung stellte. Die Konzepte des *blocco storico*, der kulturellen Hegemonie und die Ablehnung der Sozialfaschismusthese durch Gramsci gaben den späteren reformorientierten eurokommunistischen Vorstellungen Berlinguers, Napolitanos, Amendolas oder Segres ein theoretisches Fundament, welches den französischen Kommunisten fehlte. Hinzu kommen persönliche Faktoren. So konnte sich der jahrzehntelange Stalinist und Generalsekretär des PCI Palmiro Togliatti im Zuge der Geheimre-

36 Vgl. Jonathan Marcus: *The National Front and French Politics. The Resistible Rise of Jean-Marie Le Pen*, London 1995.

de Chruschtschows ab 1956 von seiner strikten Sowjetorientierung lösen und zunehmend selbst zu einem Theoretiker des Reformkommunismus avancieren.³⁷ Mit seiner Theorie des Polyzentrismus wies Togliatti 1956 nicht nur auf den „degenerierten“ Charakter Stalins hin, sondern auch auf Fehlentwicklungen in der Struktur des Sowjetsystems: „Il complesso del sistema diventa policentrico e nello stesso movimento comunista non si può parlare di una guida unica, bensì di un progresso che si compie seguendo strade spesso diverse.“³⁸ Togliatti löste mit seiner Polyzentrismusdebatte über die notwendige Vielfalt der Wege zum Sozialismus eine intensive Auseinandersetzung mit der Sowjetunion aus, die letztendlich zu großangelegten Diffamierungen, vor allem von Seiten der zu dieser Zeit streng moskautreuen französischen Kommunisten, führte. Kurz vor seinem Tod am 21. August 1964 führte

37 Es ist zu beachten, dass sich Palmiro Togliatti erst in den letzten Jahren seines Lebens kritisch gegenüber den sowjetischen Machthabern zeigte. Togliatti selbst hatte als von Stalin eingesetzter Komintern-Funktionär in den 1930er Jahren massive „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Spaniens und Italiens zu verantworten. Zu seinen Ehren wurde die sowjetische Stadt Stawropol nach seinem Tod in Togliattigrad umbenannt.

38 (Übersetzung durch den Verfasser), „Die Komplexität der Systeme führt zu Polyzentrismus und in der kommunistischen Bewegung kann daher nicht über eine einheitliche Führung gesprochen werden, da Fortschritt erst durch verschiedene Wege kompliziert wird.“ (Palmiro Togliatti zitiert in: Kellmann, Pluralistischer Kommunismus?, S. 163. Original in: Palmiro Togliatti: *La via italiana al socialismo*, Rom 1956, S. 57).

Togliatti diese Kritik in seiner als *Memoriale di Jalta* bekannt gewordenen Schrift weiter aus. Auf diese theoretische Vorarbeit eines von Moskau weitgehend unabhängigen Weges zum Sozialismus konnten sein Nachfolger Luigi Longo³⁹ und insbesondere dessen Nachfolger im Amt des PCI-Generalsekretärs ab 1972 Enrico Berlinguer⁴⁰ aufbauen.

Im Zuge der *svolta di Salerno* 1944 hatte der PCI mit allen politischen Kräften zusammen in der Phase nach der Absetzung Mussolinis zusammengearbeitet und auch die italienische Verfassung maßgeblich mit ausgearbeitet und befürwortet. Seit dem Ausschluss der Kommunisten aus der Regierung von Ministerpräsident Alcide de Gasperi im Mai 1947 – nach Konsultationen mit US-Präsident Harry Truman in den USA – galt der PCI jedoch als isoliert im italienischen Parteiensystem. Der Versuch zur Bildung einer Volksfront von Kommunisten und Sozialisten war nach den enttäuschenden Wahlen 1948 für beendet erklärt worden. Die verbündeten Kommunisten und Sozialisten hatten in der Fronte Democratico Popolare nur 31% der abgegebenen Wählerstimmen erhalten, während die Christdemokraten der DC 48,5% der Stimmen er-

39 Luigi Longo (1900-1980), Generalsekretär des PCI von 1964 bis 1972, Parteipräsident des PCI von 1972 bis 1980.

40 Enrico Berlinguer (1922-1984), ZK-Mitglied 1945-1984, Mitglied des Politbüros bzw. Vorstands 1968-1984, stellvertretender Generalsekretär 1969-1972, Generalsekretär des PCI von 1972 bis 1984.

reichten.⁴¹ Der PCI erhielt auch in den Folgejahren relativ niedrige Wahlergebnisse um 20% der Wählerstimmen und verzeichnete gleichzeitig einen Mitgliederverlust. Lediglich in der *zona rossa* konnte die Partei eine politisch und kulturell hegemoniale Position nach gramscianischem Muster etablieren.

Der Demokratische Sozialismus wurde im Nachkriegsitalien durch zwei Parteien vertreten. Ursprünglich war die 1892 in Genua gegründete Sozialistische Partei Italiens (Partito Socialista Italiano – PSI) die einzige parteipolitische Variante der Sozialdemokratie in Italien gewesen. Im Januar 1947 hatte sich jedoch der rechte Flügel des PSI unter der Führung des späteren Staatspräsidenten Giuseppe Saragat unter dem Namen Partito Socialista dei Lavoratori Italiani abgespalten. 1952 nannte sich die Partei in Sozialdemokratische Partei Italiens (Partito Socialista Democratico Italiano – PSDI) um. Beide Parteien, PSI und PSDI, wurden nach deren Neukonstituierung 1951 in Frankfurt am Main Mitglied der Sozialistischen Internationale. Während sich der kleine PSDI die meiste Zeit über gegen Bündnisse mit den Kommunisten aussprach, war es im PSI nach einer sehr engen Anlehnung an die Kommunisten bis 1956 zu einer extremen Fraktionierung gekommen, die dazu führte, dass die Partei in den folgenden Jahrzehnten – je nach Zusammensetzung des Vorstands und

der Besetzung des Amtes des Generalsekretärs – in ihrer Koalitionswilligkeit mit der deutlich größeren Kommunistischen Partei schwankte. Erst Bettino Craxi beendete als Generalsekretär dieses Lavieren und legte den PSI Ende der 1970er-Jahre auf eine Ablehnung von Bündnissen mit dem PCI fest.

Auf Basis erfolgreicher Kommunal- und Regionalpolitik, der zunehmenden Kritik an der Sowjetführung und der wenig erfolgreichen *centro-sinistra*-Koalitionen zwischen Christdemokraten, Sozialisten und Kleinparteien der rechten und linken Mitte seit 1963 kam es seit Mitte der 1960er-Jahre zu einem zunehmendem Aufschwung des PCI. Bereits bei den italienischen Parlamentswahlen im Mai 1968 hatten der PCI, die kurzzeitig mit den Sozialdemokraten vereinigte Sozialistische Partei sowie eine linkssozialistische Splitterpartei⁴² insgesamt knapp 46% der Wählerstimmen gewonnen und somit eine linke Mehrheit gegen die bis dato dominierende Democrazia Cristiana nur knapp verfehlt.⁴³

41 Wahlergebnisse werden auf Basis der folgenden Publikation zitiert: Donald Sassoon, *Contemporary Italy. Politics, Economy and Society since 1945*, London, New York, 1986, S. 167.

42 Der Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria (PSIUP) war 1964 aus Protest gegen die *centro-sinistra*-Politik mit den Christdemokraten als Linksabspaltung des PSI entstanden. Nach den Parlamentswahlen 1972 schloss sich die Mehrheit der Mitglieder dem PCI an. Die Minderheit ging zum PSI zurück oder wurde Mitglied des neu gegründeten Partito di Unità Proletaria (PdUP).

43 Es handelte sich seinerzeit um ein kompliziertes Verhältniswahlssystem ohne Sperrklausel (Zum Wahlsystem siehe: Günter Trautmann / Hartmut Ullrich: *Das politische System Italiens*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003, S. 568f.). Die Kommunisten besetzen somit

Im Gegensatz zum französischen Beispiel wurden in Italien die Kommunisten in der Folgezeit zu den Protagonisten einer neuen, innovativen Bündnisstrategie. Hatte in Frankreich der Sozialist Mitterrand erkannt, dass er nur mit Hilfe des PCF die Präsidentschaft bzw. die Regierung übernehmen könnte, sah der Kommunist Berlinguer in Italien, dass eine Regierungsbeteiligung des PCI, aufgrund der speziellen italienischen Situation, langfristig nur mit den Christdemokraten realistisch war. Berlinguer war sich im Klaren darüber, dass rechnerisch früher oder später eine italienische Volksfrontregierung nach französischem Beispiel möglich werden könnte. Dennoch strebte er diese in den 1970er-Jahren nicht an. Schon Gramsci hatte als Urvater des Eurokommunismus postuliert, dass eine Mehrheit von 50% der Sitze plus ein Mandat nicht ausreichen könne, um eine stabile Regierung hervorzubringen – geschweige denn Italien auf den Weg zum Sozialismus zu führen. In solch einem Fall seien die (bürgerlichen) Veto-Akteure zu stark. Berlinguer hatte frühzeitig erkannt, dass es in der italienischen Gesellschaft aufgrund des unvergleichlichen Einflusses der Katholischen Kirche, der Democrazia Cristiana und der Postfaschisten (hier vor allem in den hohen Rängen der Nachrichtendienste und des Militärs) eine erhebliche Anzahl von Veto-Akteuren geben werde, wenn die Kommunisten zusammen mit den Sozialisten die Regierung nach dem Er-

ringen einer gemeinsamen Parlamentsmehrheit übernehmen würden. In der jüngeren Geschichte der italienischen Republik hatte es darüber hinaus mit den gescheiterten Staatsstreich von General Giovanni De Lorenzo im Sommer 1964 und Prinz Junio Valerio Borghese im Dezember 1970 bereits zwei rechtsgerichtete Putschversuche gegeben. Nicht zuletzt waren die Neofaschisten des Movimento Sociale Italiano mit Wahlergebnissen von bis zu 8,8% im italienischen Parlament vertreten. Bestärkt wurde Berlinguer auch durch den ebenfalls unvergleichlichen Einfluss, den die Vereinigten Staaten auf die politische Szene Italiens und die italienische Gesellschaft ausübten. Eine Regierung, die in Italien völlig gegen den Willen der USA gebildet werden würde, hatte in den Augen Berlinguers keine langfristige Überlebenschance. Dass eine Parlamentsmehrheit nicht ausreichen würde, hatte ihm das Experiment des Sozialisten Salvador Allende in Chile bewiesen, der bekanntlich am 11. September 1970 mit US-amerikanischer Unterstützung durch rechtskonservative Kräfte in Chile unter Führung von General Augusto Pinochet gestürzt wurde und ums Leben kam. Dass das Beispiel Chile durchaus auch der italienischen Realität entsprach, zeigte sich beispielsweise beim Staatsbesuch des christdemokratischen Ministerpräsidenten Emilio Colombo und seines Außenministers Aldo Moro in Washington im Februar 1971. Schon damals hatte US-Präsident Richard Nixon davor gewarnt, dass die Machtübernahme Allendes in Chile als Folge der Verharmlosung der kommunistischen Bedrohung zu betrachten sei und dies

ab 1968 beinahe jeden dritten Sitz in beiden Parlamentskammern eines der strategisch wichtigsten NATO-Staaten.

auch in Italien mit allen Folgen geschehen könne.⁴⁴ Eine dogmatische Politik gegen die Sicherheitsinteressen der NATO und der USA konnte somit aus Berlinguers Perspektive langfristig nicht erfolgreich sein.⁴⁵

Wenige Wochen nach dem Sturz Alendes publizierte Berlinguer im Oktober 1973 seine revolutionären Gedanken einer christdemokratisch-kommunistischen Option in der *Rinascita*, dem theoretischen Organ des PCI.⁴⁶ Durch die massiven Wahlerfolge der Kommunisten bis 1977 wurde diese Strategie des *compromesso storico* zu einem der zentralen Gegenstände in den politischen Debatten der 1970er-Jahre in Westeuropa. Durch das kontinuierliche Anwachsen des kommunistischen Einflusses auf allen Ebenen des politischen Systems Italiens, aber auch im kulturellen, gesellschaftlichen und Medienbereich, konnte der PCI spätestens ab Mitte der 1970er-Jahre nicht mehr als politischer Machtfaktor in Italien ignoriert werden. Bereits die Niederlage der Christdemokraten im Ehescheidungsreferendum im Mai 1974 sowie die italienischen Regionalwahlen am 15. Juni 1975 hatten angedeutet, was bei den kommenden Parlamentswahlen geschehen könn-

te. Der PCI verbesserte sein landesweites Ergebnis von 27,9% der Wählerstimmen im Jahre 1970 auf 33,4%.⁴⁷ Die DC hingegen verlor mehr als zwei Prozentpunkte und erreichte nur noch 35,3%, obwohl US-Präsident Gerald R. Ford die Christdemokraten mit seinem Staatsbesuch am 2. Juni 1975 demonstrativ stärken wollen.⁴⁸ Nach den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 trat dann der Fall ein, dass eine stabile Regierungsbildung gegen den PCI nicht mehr möglich war. In Folge der Wahlen übernahm der PCI den Vorsitz von sieben Parlamentsausschüssen. Darunter auch den Vorsitz im wichtigen Verteidigungsausschuss. Gleichzeitig stellten die Kommunisten nun mit Pietro Ingrao (ab 1979 Nilde Iotti) den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Ebenso war ein massiver Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der Mitte der 1970er zu 1,81 Millionen Mitgliedern führte und die Kommunistische Partei Italiens somit zu einer der mitgliederstärksten Parteien der gesamten westlichen Welt machte.⁴⁹ Darüber hinaus war die kommunistische Parteizeitung *l'Unità* mit 280.000 Exemplaren 1976 die drittauflagenstärkste Tageszeitung

44 Agostino Giovagnoli: *Il partito italiano. La Democrazia cristiana dal 1942 al 1994*, Rom, Bari 1996, S. 145.

45 Steinkühler, *Eurokommunismus im Widerspruch*, S. 55f.

46 Die Artikelserie ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Enrico Berlinguer: *Für eine demokratische Wende. Ausgewählte Reden und Schriften 1969-1974*, Berlin (Ost) 1975, S. 360-386.

47 Zum Ehescheidungsreferendum und den Regionalwahlen siehe: Donald Sassoon: *The Strategy of the Italian Communist Party. From the Resistance to the Historic Compromise*, New York 1981, S. 225ff.

48 Helmut König: *Der rote Marsch auf Rom. Entstehung und Ausbreitung des Eurokommunismus*, Stuttgart 1978, S. 274.

49 Marc Lazar: *Maisons rouges. Les partis communistes français et italien de la Libération à nos jours*, Paris 1992, S. 398.

Italiens. Die Kommunisten reüssierten auch bei Kommunalwahlen. Zu Beginn des Jahres 1977 wurden unter anderem die italienischen Großstädte Rom, Turin, Neapel, Florenz und Bologna von kommunistischen Oberbürgermeistern regiert. In Mailand, Genua und Venedig waren sozialistische Bürgermeister mit den Stimmen des PCI gewählt worden.⁵⁰ Insbesondere der prestigeträchtige Erfolg des PCI-Kandidaten Giulio Carlo Argan bei den Wahlen zum Oberbürgermeister der Hauptstadt Rom hatte hierbei für Aufmerksamkeit gesorgt.

Im Gegensatz zu den französischen Kommunisten, die in den 1970er- und 1980er-Jahren in verschiedenen radikalen Wechseln zwischen eurokommunistischer, moskaukritischer und doktrinärer, strikt moskauorientierter Haltung ihre Glaubwürdigkeit beim französischen Wähler nachhaltig verspielten, verlief der Wandlungsprozess beim PCI langfristig und linear. Die radikalen Forderungen anderer westeuropäischer KPs waren von den Funktionären des PCI Mitte der 1970er-Jahre kaum noch zu vernehmen. Nach den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 trat der Fall ein, dass eine stabile Regierungsbildung ohne den PCI nicht mehr möglich war. Bis 1979 regierte die DC unter Duldung des PCI, der somit eine „Quasi-Koalition“ mit den Christdemokraten bildete und zentrale Posten im Parlament besetzte.

50 Zum Erfolg des PCI auf kommunaler Ebene siehe: Peter Lange: The PCI at the Local Level. A Study of Strategic Performance, in: Donald L. Blackmer / Sidney Tarrow (Hrsg.): Communism in Italy and France, Princeton, London 1975, S. 259-304.

Eine offizielle Regierungskoalition, das Ziel von Enrico Berlinguers *compromesso storico*, wurde 1978 beschlossen, im Zuge der Ermordung des Protagonisten einer christdemokratisch-kommunistischen Annäherung auf Seiten der DC, des Parteivorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro, jedoch nicht umgesetzt. Die sich anbahnende Regierungskoalition war innerhalb der DC heftig umstritten gewesen. Der einflussreiche rechte Parteiflügel um die italienischen Spitzenpolitiker Giulio Andreotti und Amintore Fanfani sprach sich vehement dagegen aus. Ebenso erhielt Moros Kompromissbreitschaft gegenüber den Kommunisten von Seiten der US-Administration eine Absage. Zahlreiche Indizien sprechen für eine geduldete Ermordung Aldo Moros zur Verhinderung der christdemokratisch-kommunistischen Regierungskoalition. Eine Beweisführung scheint in diesem Fall allerdings nicht möglich. Man beachte jedoch die Symbolik, die von dem Ort an dem der Wagen mit Aldo Moros Leiche abgestellt wurde ausging: die Via Caetani in Rom liegt genau zwischen den Parteizentralen der Kommunistischen Partei und der Christdemokratischen Partei.

Die Sozialisten waren – ähnlich den Sozialdemokraten – in der Zwischenzeit durch die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Christdemokraten im italienischen Parteiensystem isoliert worden. Ausgelaut von Jahren der (in den Augen der meisten Italiener erfolglosen) *centro-sinistra*-Koalitionen und zerstritten durch eine polarisierte innerparteiliche Flügelbildung erreichten die Sozialisten in den 1970er-

Jahren Wahlergebnisse von weniger als 10% der Wählerstimmen. Der PSDI erreichte noch geringere Wahlergebnisse zwischen 3 und 4%. Erst mit Bettino Craxi änderte sich diese Situation für die Sozialistische Partei Italiens. Nach seiner Wahl zum neuen sozialistischen Generalsekretär vereinigte er die Flügel hinter sich, grenzte sich zu den Kommunisten Berlinguers ab und vertrat programmatisch ein gemäßigtes Konzept im Stile der Sozialdemokratie Nord- und Westeuropas. Wirtschafts-, finanz- und sicherheitspolitisch rückte er den PSI deutlich nach rechts. Ebenso macht er als einer der Stellvertreter Willy Brandts in der Sozialistischen Internationale seinen Einfluss geltend, um die seit 1967 aufgebauten Kontakte zwischen SPD und PCI zu minimieren.⁵¹ Nach der innerparteilichen Erneuerung kam es in den 1980er-Jahren auch zur Wiedergeburt der Sozialistischen Partei Italiens im italienischen Parteiensystem. Hatte der PSI in den drei Parlamentswahlen der 1970er-Jahre konsequent weniger als 10% der Wählerstimmen erreicht, errang die Partei bei den Wahlen 1983 mit 11,4% das beste Ergebnis seit 1968. Im Jahre 1983 konnte Craxi darüber hinaus erfolgreich das Amt des italienischen Ministerpräsidenten beanspruchen und bei den Parlamentswahlen 1987 erreichten die Sozialisten mit 14,3% Wählerstimmenanteil ihr bestes Ergebnis seit 1946.

51 Willy-Brandt-Archiv im AdSD Bonn, A 11.15, 10, Aufzeichnungen über das Gespräch zwischen Willy Brandt und Bettino Craxi am 18. September in Heilbronn, 23.09.1976, S. 1.

Fazit

Vergleicht man die langfristigen Folgen des Eurokommunismus für Frankreich und Italien muss man konstatieren, dass diese unterschiedlich sind. Die französischen Kommunisten sind aufgrund ihrer halbherzigen und taktischen Reformversuche diskreditiert und marginalisiert – bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erreichten sie 2007 lediglich 1,9 bzw. 4,3% der Wählerstimmen. Die Sozialisten sind, wie von Mittelrand angestrebt, seit nunmehr 30 Jahren die stärkste Partei der französischen Linken. Allerdings leiden sie bis heute unter den Folgen der mitterrandschen Strategie. Nur wenige ehemalige kommunistische Wähler haben sich seit dem Niedergang des PCF für den Parti Socialiste entschieden. Stattdessen ist das Anwachsen einer deutlich schwieriger kontrollier- und einbindbaren Masse an linken Protestparteien zu verzeichnen. Diese Situation im französischen Parteiensystem mit einer post-kommunistisch zersplitterten Linken ist in hohem Maße von Mittelrands Strategie der Schwächung des PCF mitzuverantworten. Bislang hat die Sozialistische Partei allerdings keine Antwort für diese problematische Ausgangslage gefunden. Eine Strategie, um dieses Wählerpotential für den Parti Socialiste nutzbar zu machen, existiert momentan nicht. Der PS hat versäumt, den Weg der Neo-Gaullisten einzuschlagen. Diese haben im November 2002 mit der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) eine Sammlungsbeziehung begründet, die ideologisch gesehen, das gesamte Spektrum der Mitte bis zum rechten Rand hin abdeckt. In

dieser Umfassung ist die UMP ein Novum für Frankreich – neben dem neogaullistischen RPR sind der Großteil der UDF sowie zahlreiche Kleinparteien aus dem liberalen, christlichen und konservativen Spektrum der UMP beigetreten. Ebenso hat sich ein Teil namhafter und langjähriger Sozialisten der UMP angeschlossen oder unterstützen diese, so wie der aktuelle französische Außenminister Bernard Kouchner. Der Parti Socialiste hat hingegen in Folge des Niedergangs des PCF auf ein Bündnis mit einer Vielzahl eigenständiger linker Parteien gesetzt (sog. *Majorité* bzw. *Gauche plurielle*). Diesen Kleinparteien ist ein, im französischen Wahlvolk gerne angenommener, Populismus aus verschiedenen Richtungen möglich, der dazu führt und führt, dass sich die Sozialistische Partei in den vergangenen Jahren nicht mehr ausreichend positionieren konnte. Eine tragfeste Koalition auf der französischen Linken unter der Führung des Parti Socialiste zu bilden, erscheint momentan kaum möglich. Der minimierte PCF reicht als Koalitionspartner nicht mehr aus. Und die Folgen dieser Minimierung – zersplitterte äußere Linke mit mehreren Kleinparteien, ehemals kommunistisch wählende Arbeiter, die nun den rechtsextremen Front National wählen – lassen eine Blockbildung unwahrscheinlich erscheinen. Eine koordinierte Unterstützung für sozialistische Kandidaten in den zweiten Wahlgängen bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, wie sie im Falle Mitterrands erfolgreich durch den PCF praktiziert wurde, ist durch die Vielzahl von neu entstandenen Parteien links des Parti Socialiste kaum denkbar. Folge hiervon

ist, dass die Sozialisten seit dem Ende von Mitterrands Amtszeit als Staatspräsident am 17. Mai 1995 nur noch einmal zwischen 1997 und 2002 mit Lionel Jospin als Premierminister eines der höchsten Staatsämter bekleiden konnten. Die Folgen der mitterrandschen Strategie im Umgang mit dem PCF sind demnach bis heute deutlich erkennbar und prägen das aktuelle französische Parteiensystem.

Im italienischen Fall konnte der Partito Socialista Italiano seine gute Ausgangsposition der 1980er-Jahre nicht nutzen. In massive Korruptionsaffären verstrickt und dem Nepotismus des herrschaftssüchtigen Bettino Craxi verfallen, wurde die Partei im Zuge der *Mani-Pulite*-Untersuchungen nach Aufdeckung des *Tangentopoli*-Skandals mehr als 100 Jahre nach ihrer Gründung Ende 1994 aufgelöst. Der ehemalige Erneuerer des italienischen Sozialismus und Ministerpräsident Italiens Craxi musste gar vor der Verbüßung einer langjährigen Haftstrafe wegen Korruption ins tunesische Exil fliehen, wo er im Jahre 2000 verstarb. Die Kommunisten des PCI führten hingegen ihren einstmaligen Eurokommunismus getauften Reformkurs auch nach dem Scheitern des *compromesso storico* und des überraschenden Todes ihres charismatischen Generalsekretärs Berlinguer 1984 konsequent weiter. Obwohl die Partei nicht mehr an die Erfolge der 1970er-Jahre anknüpfen konnte, erreichte sie weiterhin überdurchschnittliche Wahlergebnisse in den vom Neo-Liberalismus Thatchers und Reagans geprägten 1980er-Jahren. Selbst bei den Parlamentswahlen im Jahre 1987

– den letzten, die der PCI als kommunistische Partei bestritt – erreichte der Partito Comunista mit 26,6% mehr als ein Viertel aller abgegebenen Wählerstimmen in Italien. Nach einem langen Diskussionsprozess wandelte sich am 3. Februar 1991 die Mehrheit des Partito Comunista Italiano zum sozialdemokratischen Partito Democratico della Sinistra (PDS) um. Die Parteiminderheit rief den kleineren, neokommunistischen Partito della Rifondazione Comunista ins Leben. Ein Jahr später wurde der postkommunistische PDS in die Sozialistische Internationale aufgenommen. Damit hatte sich der jahrzehntelange Wandel der italienischen Kommunisten zum Demokratischen Sozialismus westeuropäischer Prägung abgeschlossen. Im Februar 1998 wandelte sich der PDS im Zuge des Zusammenschlusses mit mehreren kleineren Mitte-Links- und Linksparteien in die Democratici di Sinistra (DS) um. Seit der erneuten Umwandlung des ehemaligen PCI über die Zwischenstufen PDS und DS hin zum Partito Democratico im Oktober 2007 haben sich die Beziehungen zur europäischen und internationalen Sozialdemokratie allerdings problematisiert. Durch die Fusion mit der den ehemaligen linken Flügel der Democrazia Cristiana repräsentierenden La Margherita ist die neue Partei nicht mehr als rein sozialdemokratisch zu definieren. Aufgrund

der vielfältigen ideologischen Grundlagen des Partito Democratico ist die neue Partei nicht mehr Mitglied in der Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei Europas. Allerdings kooperiert die Partei mit beiden Organisationen bzw. nimmt an ihren Sitzungen mit Beobachterstatus teil. Darüber hinaus forderte der zentristisch ausgerichtete Partito Democratico erfolgreich die Umbenennung der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, um nach den Europawahlen 2009 erneut Teil dieser zu werden.

Ähnlich der SPD und weiten Teilen der europäischen Sozialdemokratie stehen aktuell auch der französische Parti Socialiste und der italienische Partito Democratico vor einer Neuaufstellung. Nach fatalen Wahlniederlagen in den letzten Jahren haben beide Parteien mit Martine Aubry und Pier Luigi Bersani seit November 2008 bzw. Oktober 2009 eine/einen neugewählte/n Vorsitzende/n. Beide müssen nun ihre Parteien aus der Identitätskrise führen und für die Übernahme der Regierungen Frankreichs und Italiens in den nächsten Jahren vorbereiten. Der hier vorgestellte Blick in die Historie hat zumindest gezeigt, dass beide Parteien schon mehrfach den Prozess einer notwendig ideologischen Neuausrichtung inklusive einer innovativen Bündnispolitik erfolgreich absolviert haben.

Aus der Geschichte des Sozialismus für seine Zukunft lernen?!¹

Im folgenden Beitrag handelt es sich nicht um die Rezension eines historischen Buches, die das Werk des Autors (Geb. 1947, Professor an der Universität Paris Dauphine) kritisch bewerten, vielleicht Details korrigieren und abschließend benoten soll. Das Hauptinteresse, die kritische Analyse, gilt also nicht dem Buch, sondern dem Gegenstand des Buches, der Geschichte des französischen Sozialismus. Aber auch nicht der Geschichte des französischen Sozialismus als einer abgeschlossenen historischen Epoche, sondern der Frage nach einer denkbaren Zukunft des französischen, und damit des europäischen Sozialismus.

Ende oder Wandel des Sozialismus?

Bezbakh selbst beginnt sein Vorwort mit der Frage: „Liegt der Sozialismus à la française im Sterben wie andere Beispiele sozialistischer Praxis und der sowjetische Kommunismus, die der Wind der Geschichte ... davongefegt hat?“ (S. 13) Optimistisch beruft er sich auf die historische Erfahrung, „dass nach jeder ihrer schweren Niederlagen die sozialistische Bewegung letzten Endes wiedererstan-

den ist, nach längerer oder kürzerer Zeit, auf einer mehr oder weniger veränderten Grundlage. ... Man kann demnach auch der Ansicht sein, dass das, was am Absterben ist, nur eine bestimmte Auffassung von Sozialismus sei.“ (S. 14)

Wer sich auf der geistigen „Höhe“ unserer „Wissensgesellschaft“ befindet, dürfte den Rückblick auf die Geschichte für unnütz halten, wenn man an der Zukunft interessiert ist. Doch jenseits der Zeit-„Geistes“ ist dem entgegenzuhalten: Ohne historisches Bewusstsein und Wissen gibt es keine sozialistische Bewegung. Solange das Interesse an der Geschichte des Demokratischen Sozialismus nach Null tendiert, tendieren auch seine Zukunftschancen nach Null.

Die Frage nach den Zukunftschancen des Sozialismus in Frankreich ist und bleibt verbunden mit der Frage nach der zukünftigen Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit der Sozialistischen Partei und ihrer linken Bündnispartner. Denn ohne eine solche Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit hätte der Demokratische Sozialismus garantiert keine Zukunftschancen. Doch leider gilt nicht der positive Umkehrschluss: Eine künftige sozialistische Mehrheit garantiert zugleich den gesellschaftlichen Fortschritt in Richtung Demokratischer Sozialismus.

Zum Problem künftiger Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit der Sozialisten

1 Dieser Beitrag hat seinen Ausgangspunkt bei rezensierenden Überlegungen zu: Pierre Bezbakh, Geschichte des französischen Sozialismus – Von der Französischen Revolution bis 2008, vorwärts buch Verlag, Berlin 2009, 502 S., 29,80€.

kann man durchaus aus der kritischen Analyse der Geschichte des französischen Sozialismus, seiner charakteristischen Strukturmerkmale, wertvolle Einsichten für künftige linke Politik gewinnen. Entscheidende solcher Strukturmerkmale lassen sich beispielhaft durch Vergleiche mit der Geschichte des Sozialismus in Deutschland veranschaulichen.

A. Konkurrierende Vielfalt statt Einheit

Die Geschichte des französischen Sozialismus ist nicht nur die Geschichte einer starken Partei, wie der SPD in Deutschland, sondern die unübersichtliche Geschichte einer verwirrenden Vielzahl von Parteien, Bewegungen und Gruppierungen. In Deutschland vereinigten sich schon 1875 auf dem Parteitag in Gotha die „Lassalleaner“ und „Erfurter“ (Bebel und Wilhelm Liebknecht) zur einheitlichen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. In Frankreich dagegen blieb bis 1905 vorherrschend eine organisatorische und programmatische Vielfalt und Zersplitterung, verbunden mit heftigen Konkurrenzkämpfen zwischen verfeindeten sozialistischen Organisationen und Personen. (Ausführlich dargestellt im Kapitel „Der anarcho-revolutionäre Sozialismus 1789–1889“, S. 18–167). Erst 1905 gelang es Jean Jaurès, die wichtigsten sozialistischen Parteien zur SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) zusammenzuschließen. Doch diese fragile organisatorische Einheit währte nur ein reichliches Jahrzehnt, bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs im Jahr 1920.

B. Revolutionär statt reformistisch

Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war zwar auch in der SPD revolutionäre Theorie und Rhetorik vorherrschend oder noch latent vorhanden. Aber es kam nie zu gewaltsamen revolutionären Aktionen, Aufständen und Kämpfen. (Der revolutionäre Cheftheoretiker Kautsky: „Die SPD ist eine revolutionäre, nicht eine Revolution machende Partei.“) In Frankreich dagegen war die vorherrschende revolutionäre Theorie und Rhetorik bis zur Pariser Kommune 1871 von zahlreichen Revolutionen, gewaltsamen Revolten und Volksaufständen begleitet. Alle sozialistischen Versuche, eine erfolgreiche bürgerliche Revolution in Richtung Sozialismus weiterzutreiben (vor allem Juni 1848 und Pariser Kommune 1871), wurden blutig niedergeschlagen, schwächten die Linke und stärkten die politische Rechte.

Auch als die französischen Sozialisten im 20. Jahrhundert die reformistische Politik praktizierten, behielten die meisten bis in die 80er Jahre die revolutionäre Rhetorik weitgehend bei. In einer „Vorrede“ gibt der Historiker Maurice Agulhon dafür eine einleuchtende Erklärung: „Ist es gewagt, hier zu sagen, dass revolutionär sein sehr viel poetischer klingt, weil mehr Herzenswärme dahinter steht? ... Dagegen ist der Reformismus prosaisch.“ (S. 10) „Poetischer“ als die „prosaischen“ deutschen Sozialdemokraten, hielten sich die französischen Sozialisten weiterhin selbstbewusst für „revolutionär“, wie in Deutschland nur die Jusos unter ihrem Großen Vorsitzenden Gerhard. Erst als unter Mitterrand Anfang der achtziger Jahre der propagierte „Bruch mit

dem Kapitalismus“ scheiterte und der „Bruch mit dem sozialistischen Programm“ vollzogen wurde, ersetzen die Sozialisten der Sozialistischen Partei ihre poetisch revolutionäre immer mehr durch eine prosaisch reformistische Sprache. Die poetisch revolutionäre Sprache pflegen seither fast nur noch die Vertreter zahlreicher kleinerer sozialistischer Parteien.

C. Lange Hegemonie der Kommunisten statt der Sozialdemokraten

In Deutschland blieb die SPD nach der Oktoberrevolution und Spaltung der Arbeiterbewegung immer die stärkste linke Partei, vor allem nach dem 2. Weltkrieg. In Frankreich dagegen wurde die KPF zur stärksten linken Partei, vor allem nach dem 2. Weltkrieg. Wie in Deutschland die SPD, war in Frankreich die KPF als Massenpartei stärker in der Arbeiterklasse verankert als die kleinere SFIO. Erst nach Neugründung der SFIO als Parti Socialiste 1971 unter Führung des Neumitglieds Francois Mitterrand wurden die Sozialisten zum stärksten Machtfaktor innerhalb der pluralen französischen Linken, die erst dadurch wieder mehrheits- und regierungsfähig wurde. Auch für eine absehbare Zukunft werden in Frankreich die Chancen für eine Renaissance des Demokratischen Sozialismus und für die Mehrheits- und Regierungsfähigkeit der pluralen Linken von einer starken Sozialistischen Partei abhängen.

Durch Revolution oder Reformen zum Sozialismus?

Trotz Vorherrschaft revolutionären Denkens spielte die aus Deutschland

bekannte Debatte „Revolution oder Reform?“ auch im französischen Sozialismus eine zentrale Rolle, und zwar sowohl in der Theorie als auch in der politischen Praxis.

Schon Gracchus Babeuf (1760–1797) wurde zu einem Vorläufer und Vorbild für radikal revolutionäres Denken und Handeln. Schon in der Französischen Revolution kämpfte er publizistisch und politisch für die materielle Gleichheit aller Menschen und gegen die Privilegien der Besitzenden. Sein Versuch, mit Hilfe einer Geheimorganisation „Die Verschwörung der Gleichen“ 1796 durch einen revolutionären Aufstand „die Republik der Gleichen“ zu errichten, scheiterte. 1797 wurde er hingerichtet.

Unter dem Begriff „Babouvismus“ spielten seine Ideen der Gleichheit und der Verschwörungen in den Debatten über Sozialismus und Kommunismus weiterhin eine wichtige Rolle. (S. 34–39) Einflussreicher Nachfolger Babeufs wurde der Berufsrevolutionär Auguste Blanqui (1805–1881), „Vorläufer der leninistischen Strategie, durch Handeln einer Minderheit die Macht zu erobern“. (S. 87) Mit der Industrialisierung wurde die schnell wachsende Arbeiterklasse immer mehr zur Zielgruppe der revolutionären Sozialisten, die in zahlreichen Volksaufständen gegen Ausbeutung und Elend eine führende Rolle spielten. (S. 60–68) Der aktive Berufsrevolutionär Blanqui, oft verhaftet, zu Gefängnis und zum Tode verurteilt, begnadigt etc., verbrachte 36 Jahre seines Lebens im Gefängnis.

Besonders in der Revolution von 1848 wurde die revolutionäre Strategie

gie der „Blanquisten“ zum Gegenpol des „Reformisten“ Louis Blanc. Dieser engagierte sich als sozialkritischer Publizist und gemäßigter Sozialist für die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Programmatisch war der Titel seines Buches „Der Sozialismus. Recht auf Arbeit.“ (S. 91) Nach der Februarrevolution 1848 und Ausrufung der Republik wurde „Louis Blanc der erste Sozialist in einer Regierung.“ (S. 90) Damit begann die Kontroverse über die Frage, ob Sozialisten in einer Koalition mit anderen Parteien ein Ministeramt übernehmen dürfen oder ob sie nur eine sozialistische Alleinregierung bilden dürfen.

Sein sozialreformerischer Versuch, mit Hilfe von „Nationalwerkstätten“ die Lage der Arbeiter zu verbessern, scheiterte am Widerstand sowohl der rechten Reaktionäre als auch der linken Revolutionäre um Blanqui. Nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Paris im Juni 1848 mussten der Revolutionär Blanqui wie auch der Reformist Blanc ins Exil gehen.

Die Wiederholung der Tragödie vom Juni 1848 mit der brutalen Niederschlagung der Pariser Kommune im Mai 1871 führte wieder zu einer nachhaltigen Schwächung der gesamten Linken in Frankreich: „Auf Seiten der Kommunarden zählt man 20 000 Gefallene oder standrechtlich Erschossene. Hinzu kommen 40.000 Festgenommene, von denen 13.500 verurteilt wurden, hauptsächlich zur Zwangsarbeit oder zur Deportation.“ (S. 133) Darüber hinaus mussten auch viele ins Exil gehen.

Diese blutige Bilanz beendete zwar nicht die heftigen theoretischen Debatten über „Revolution oder Reform“

im Französischen Sozialismus. Aber sie beendeten die Versuchung, die revolutionäre Theorie in revolutionäre Praxis umzusetzen. Denn die historische Erfahrung hatte gezeigt: Alle praktischen Versuche, sozialistische Ziele durch eine Revolution zu verwirklichen, endeten mit blutigen Niederlagen der revolutionären Sozialisten und hatten eine nachhaltige Schwächung der sozialistischen Bewegung insgesamt zur Folge. (Das gilt auch für die kommunistischen Aufstände in Deutschland nach der Novemberrevolution 1918.)

Der Lange Marsch der zersplitterten sozialistischen Bewegung zu einer kurzfristig einheitlichen Partei 1905

„Nach der Niederschlagung der Kommune befand sich die Arbeiterklasse in einem Zustand völliger Desorganisation und tiefster Verzweiflung.“ (S. 134) In den siebziger Jahren fanden in zaghaften gewerkschaftlichen Aktivitäten sozialistische und revolutionäre Ideen zunächst keine Resonanz. Die meisten sozialistischen Akteure waren tot, deportiert oder im Exil.

In seiner Zeitschrift *L'Égalité* propagierte Jules Guesde sozialistische und marxistische Ideen und die Gründung einer revolutionären sozialistischen Partei. Zahlreiche Parteigründungen seit 1880 bieten ein verwirrendes Bild von unversöhnlichen Richtungskämpfen, Neugründungen, Abspaltungen, Vereinigungen, Spaltungen. Als Demonstration der Vereinigung der Proletarier aller Länder wurde zwar 1889 in Paris die II. Sozialistische Internationale gegründet. Doch die Proletarier des einen Landes Frankreichs, bzw. ihre intellek-

tuellen Anwälte, spalteten sich weiterhin in sich gegenseitig heftig bekämpfende sozialistische Parteien: „Gespalten in Guesdisten, Possibilisten, Allemanisten, Blanquisten, Anarchosyndikalisten und Unabhängige“. (S. 186)

Immer wieder appellierte die Internationale an die konkurrierenden Parteien, vor allem an die beiden einflussreichsten Parteiführer, den revolutionären Jules Guesde und den eher reformistischen Jean Jaurès, die kontraproduktiven Spaltungen zu überwinden. Nach langjährigen Diskussionen wurde schließlich auf dem Vereinigungsparteitag im April 1905 in Paris die erste einheitliche sozialistische Partei SFIO gegründet, die Französische Sektion der Arbeiter-Internationale. „Jaurès ist die Synthese der verschiedenen sozialistischen Strömungen gelungen“. (S.199) Es war vor allem die Synthese zwischen revolutionären und reformistischen Positionen, die in der vereinten Partei aber weiterhin kontrovers diskutiert wurden. Gegen daraus resultierende neue Spaltungstendenzen setzte Jean Jaurès, anerkannte Autorität der Einheit der verschiedenen Strömungen, auf dem Parteitag in Toulouse 1908 einen Synthese-Antrag durch: Die SFIO wird einerseits als „revolutionäre Partei“ bezeichnet, die aber andererseits auch „auf äußerst aktive Weise reformerisch“ sei. (S. 199)

Die mühsam erreichte Einheit der französischen Sozialisten konnte machtpolitisch nicht langfristig wirksam werden. Kurz vor Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde Jaurès, der engagiert gegen einen europäischen Bruderkrieg kämpfte, von einem fanatischen Natio-

nalisten ermordet. Wie in anderen Ländern beteiligten sich auch in Frankreich die Sozialisten an der „Verteidigung des Vaterlands“. Nach der Oktoberrevolution 1917 begann eine neue, langfristige und verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung. Auf dem Parteitag in Tours 1920 endete nach nur 15 Jahren die kurze Phase der Einheit der französischen Sozialisten mit der Gründung der Kommunistischen Partei.

Der Einfluss der Sozialisten auf die französische Wirtschafts- und Sozialordnung

Grundsätzliches Ziel der sozialistischen Bewegungen und Parteien war es immer, die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung nicht nur zu beeinflussen, sondern das kapitalistische System (Privateigentum an Produktionsmitteln und Marktwirtschaft) durch das bessere System des Sozialismus (Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft) zu ersetzen. Diese systemverändernde Zielsetzung ergab sich notwendig aus der radikalen Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit des Kapitalismus.

Die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus war aber kein Selbstzweck, sondern das Mittel für die grundlegende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, für die Herstellung von mehr Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Während Reformisten überzeugt waren, dass die Sozialisten schon vor der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus sozialpolitische Verbesserungen durchsetzen könnten, hielten die Revolutionäre das nicht für möglich. Ihr

Geschichtsoptimismus bestärkte sie in dem Glauben, dass es sich auch bei dem grundsätzlichen Ziel des Systemwandels um ein bald zu erreichendes Nahziel handle. Erst im Lauf der Zeit wurde für immer mehr Sozialisten der Systemwandel zu einem Fernziel und die sozialpolitischen Verbesserungen durch Reformen zu pragmatischen Nahzielen, für die vor allem auch die sozialistischen Gewerkschaften kämpften.

Für sozialpolitische Nahziele haben die Sozialisten auf zwei Ebenen gewirkt, und zwar sowohl indirekt oder direkt. Auch ohne Regierungsbeteiligung haben sozialistische Bewegungen oft allein durch ihre Existenz indirekt sozialpolitische Wirkungen erzielt: Aus Angst vor der stärker werdenden sozialistischen Bewegung machten rechte Parteien Zugeständnisse an die Arbeiter, um die Attraktivität der sozialistischen Agitation zu schwächen. Erste Ansätze für die Entstehung eines Sozialstaates, z. B. in Deutschland die Sozialversicherung unter Bismarck, entstanden also nicht durch direkte politische Mitwirkung der Sozialisten, sondern indirekt durch die Angst der Feinde des Sozialismus vor den Erfolgen der Sozialisten.

Andererseits bemühten sich Sozialisten auch direkt, durch politische Macht im Staat und Regierungsbeteiligung, die Lage der Arbeiter durch sozialpolitische Maßnahmen zu verbessern, wie schon 1848 erstmals in Frankreich der reformistische Sozialist Louis Blanc: Nach dem Sturz der Monarchie trat er in die bürgerliche Regierung ein, um mit Hilfe von „Nationalwerkstätten“ die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Erst ein

halbes Jahrhundert nach diesem ersten gescheiterten Versuch gab 1899 wieder ein sozialistischer Minister ein kurzes Gastspiel in einer bürgerlichen Regierung: Ende des 19. Jahrhunderts waren Sozialisten verschiedener Parteien mit 35 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten. 1899 wurde der gemäßigte unabhängige Sozialist Millerand Minister in einer Regierung der „Verteidigung der Republik“ gegen rechtsextreme Republikfeinde. Von anderen Sozialisten wurde er deshalb als „Verräter“ diffamiert. Dieser „Millerandismus“ belebte die immer wieder aufflammende Grundsatzdebatte, ob Sozialisten sich an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien beteiligen dürfen oder ob nur eine sozialistische Alleinregierung legitim ist, wie vor allem besonders kleine sozialistische Parteien meinten.

Vor allem wegen ihrer Zersplitterung, der lebenslangen Kinderkrankheit des französischen Sozialismus, waren die französischen Sozialisten lange Zeit kein ernsthafter Machtfaktor für eine erfolgreiche Regierungsbeteiligung oder Führung einer Regierung.

Die Bedeutung integrationsfähiger Persönlichkeiten für die Regierungsfähigkeit der Sozialisten: Jean Jaurès, Léon Blum, Francois Mitterrand, Lionel Jospin und ???

Erst im 20. Jahrhundert wurden die Sozialisten zu einem regierungsfähigen Machtfaktor, um die Entwicklung der französischen Gesellschaft direkt im Sinne ihrer sozialpolitischen Nahziele direkt zu beeinflussen, wenn auch nicht im Sinne ihres Fernziels Sozialismus radikal umzugestalten.

Nicht nur dem Druck der Internationale war es zu verdanken, sondern vor allem der charismatischen Persönlichkeit des humanistischen demokratischen Sozialisten Jean Jaurès, dass die Vielzahl sozialistischer Parteien 1905 zur SFIO zusammengeschlossen werden konnte. Im Vergleich zur Massenpartei SPD hatte die vereinte Partei SFIO damals zwar nur 35 000 Mitglieder, die Gewerkschaft CGT auch nur 200 000. Aber die Wahlerfolge machten die Sozialisten schon vor dem 1. Weltkrieg zu einem parlamentarischen Machtfaktor in der III. Republik: 1906 gewannen sie 51 Mandate in der Nationalversammlung, 1910 = 1, 1 Millionen Stimmen und 76 Mandate, 1914 = 1, 4 Mill. Stimmen und 103 Mandate. (S. 198f.)

Die Wahlerfolge der geeinten Sozialisten hatten zwar die französische Linke und damit die Demokratie gestärkt. Aber der engagierte Kampf aller Sozialisten für den Frieden in Europa konnte den mörderischen Bruderkrieg nicht verhindern. Kurz vor Kriegsausbruch wurde Jaurès am 31. Juli 1914 von einem Nationalisten ermordet. Nach der Kriegserklärung am 3. August beteiligte sich die SFIO an der Regierung der „Union sacrée“.

Nach Kriegsende wurde die Partei schnell stärker: Februar 1920 hatte sie 132 000 Mitglieder, 1917 nur 40 000. Beim Spaltungsparteitag in Tours im Dezember 1920 war sie mit 180 000 Mitgliedern zwar ein ernsthafter Machtfaktor. Doch die Spaltung und Gründung der KPF ergänzte die Teilung der politischen Landschaft Frankreichs in eine Rechte und eine Linke durch die Spaltung der Linken in demokratische

Sozialisten und Kommunismus. Wie in Deutschland schwächte diese Spaltung nicht nur die Linke, sondern die Demokratie insgesamt.

Da ein Ausschluss der KPF aus der parlamentarischen Mehrheitsbildung eine linke Mehrheit unmöglich machte, wurde das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten zum Schlüssel für die Mehrheits- und Regierungsfähigkeit der Linken in Frankreich, und sogar für die Mehrheitsfähigkeit der Demokraten.

Die Volksfront 1936–1937, erste Regierung in Frankreich unter Führung eines Sozialisten, Léon Blum

Volksfront bedeutet in der Agitation der deutschen Rechten: Bedrohung der Demokratie durch Zusammenarbeit von Demokraten mit Kommunisten. Für Frankreich bedeutete „front populaire“ faktisch: Rettung der Demokratie vor ihren rechtsextremen Feinden durch Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien mit den Kommunisten. (Da bis nach dem Sieg der Nazis 1933 die Kommunisten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ diffamierten und bekämpften, war das in Deutschland nicht möglich gewesen!!)

Der Vormarsch der Faschisten in Europa hatte Anfang der dreißiger Jahre auch die rechtsextremen Feinde der Demokratie in Frankreich gestärkt, die Anfang 1934 durch gewaltsame Aktionen und Putschversuche die Macht zu übernehmen versuchten. Gemeinsame Aktionen von Sozialisten und Kommunisten gegen diese rechtsextremen Bestrebungen führten im Februar 1934 zu einem Generalstreik und im Juli zu einem Pakt

über sozialistische Aktionseinheit. Ein linkes Bündnis „Rassemblement populaire“ (Sozialisten, Radikale, Kommunisten) gewann April/Mai 1936 die Wahlen zur Nationalversammlung: Von 618 Sitzen erhielt die Linke 376: SFIO = 147, Radikale (Linksliberale) = 106, Kommunisten = 72, andere Linke = 51.

Léon Blum, der neue charismatische Führer der Sozialisten, in der Tradition von Jean Jaurès, erhielt am 5. Juni 1936 mit 384 gegen 210 Stimmen das Vertrauen der Nationalversammlung für die Volksfrontregierung, der allerdings kein kommunistischer Minister angehörte. Als führende Partei der Volksfrontregierung (5. Juni 1936 – 21. Juni 1937) konnten die Sozialisten zwar nichts für ihr Fernziel Sozialismus tun, aber doch einiges für ihre sozialpolitischen Nahziele:

- Stärkung der Rechte der Gewerkschaften
- Lohnerhöhungen von 7 bis 15%
- 40 Stundenwoche
- 2 Wochen bezahlten Urlaub

Mit sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Volksfrontregierung legten die Sozialisten einige Grundlagen für das französische Sozialmodell, das in der IV. Republik nach dem Sieg über Nazideutschland weiter ausgebaut werden konnte.

Mit dem militärischen Sieg Nazideutschlands im Juni 1940 ging nicht nur die Demokratie der III. Republik unter, sondern zunächst auch die SFIO: Nur eine Minderheit der sozialistischen Abgeordneten stimmte im Juli 1940 gegen die Vollmachten für Marschall Pétain und die Etablierung des autoritären Vichy-Regimes.

Die Sozialisten in der IV. Republik (1945–1958)

Die Sozialisten, die 1936 mit der Volksfrontregierung unter Léon Blum die Demokratie erfolgreich verteidigt hatten, konnten nach der militärischen Niederlage Frankreichs im Juni 1940 die Etablierung des autoritär-faschistoiden Vichy-Regimes unter Marschall Pétain und Laval nicht verhindern. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmten für die Übertragung der Macht an Pétain, einige Sozialisten waren sogar zur Kollaboration bereit, andere gingen in den Widerstand.

Aber nicht die politische Linke und die Sozialisten wurden zum Symbol des Widerstands, sondern der bislang unbekannt General de Gaulle, der schon am 18. Juni 1940 aus dem Exil in London das Volk zur Fortsetzung des Kampfes aufrief. Kurz vor der Invasion bildete er schon am 3. Juni 1944 eine provisorische Regierung im Exil, nach der Befreiung des größten Teils Frankreichs im September 1944 eine Regierung der nationalen Einheit, der neben Christdemokraten auch die Sozialisten und Kommunisten angehörten.

Nicht so sehr dank hervorragender Persönlichkeiten wie Jaurès oder Léon Blum, sondern vor allem wegen günstiger Rahmenbedingungen, konnten die Sozialisten zu einflussreichen Akteuren der IV. Republik werden. Da die französische Rechte wegen der Kollaboration mit Nazideutschland diskreditiert war, vollzog sich im politischen Bewusstsein der Mehrheit ein deutlicher Linksruck. Bei den ersten Wahlen nach Kriegsende, im Oktober 1945, wurde die SFIO unter den 3 wichtigsten Parteien, mit de-

nen de Gaulle die erste demokratisch legitimierte Regierung bildete, zwar nur drittstärkste: Mit 23,3% der Stimmen und 146 Sitzen lag sie nur knapp hinter den Christdemokraten (MRP), die mit 23,8% 150 Sitze erhielten, und hinter der stärksten Partei, der KPF, die mit 26,1% 159 Sitze gewann.

Obwohl die Kommunisten stärkste Partei wurden, konnten sie ihr grundsätzliches Ziel, Einführung des Sozialismus sowjetischer Prägung durch die Diktatur des Proletariats, nicht erreichen. Dank des allgemeinen Linksrucks konnten dagegen die Sozialisten das Programm für den ökonomischen und sozialen Neuaufbau Frankreichs am stärksten beeinflussen, und zwar sowohl im Sinne ihrer sozialpolitischen Nahziele als auch sogar ansatzweise im Sinne ihres Fernziels Sozialismus. Zwar nicht Abschaffung des Kapitalismus, aber doch Systemkorrektur in Richtung Sozialismus: Ausbau des öffentlichen Sektors der Wirtschaft durch Verstaatlichung wichtiger Industrien und Banken (Automobilindustrie, Steinkohle, Banque de France, Versicherungen etc.) und staatliche Rahmenplanung. (S. 299)

Die von einigen Sozialisten nach der Befreiung gewünschte Wiedervereinigung mit der KPF kam zwar nicht zustande. (Abhängigkeit der KPF von der SU und Forderung nach Diktatur des Proletariats). Selbst nach dem Bruch mit den Kommunisten im Mai 1947 war die Mehrheit für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik mit sozialistischer Tendenz nicht grundsätzlich gefährdet. Der Ausbau des Sozialstaates in den „30 Glorreichen Jahren“ nach 1945 war Konsens

fast aller Parteien und nicht etwa nur das Werk der Sozialisten. Trotz parteipolitischer Unterschiede wurden sozial- und wirtschaftspolitische Probleme nie Ursache für grundsätzliche und unüberbrückbare Konflikte.

Ein erster grundsätzlicher Konflikt, der schon im Januar 1946 zum Rücktritt de Gaulles führte, bezog sich auf die auszuarbeitende Verfassung für die IV. Republik: Während die Mehrheit der im Oktober 1945 gewählten Abgeordneten dem Parlament die umfangreichsten Machtbefugnisse zusprechen wollten, wünschte de Gaulle eine starke Position der Exekutive. Die starke Position des Parlaments blieb für die wichtigsten Parteien der IV. Republik weitgehend Konsens.

Die SFIO und die demokratischen Parteien der IV. Republik scheiterten 1958 am Problem der Entkolonisierung.

1954 deutete sich eine Chance an, dass es den Parteien der IV. Republik gelingen könne, das Problem der Entkolonisierung zu lösen. Pierre Mendès France, linker Politiker der Radikalen Partei – der einzige potenzielle charismatische Sozialist der IV. Republik – wurde während der Zuspitzung des Indochinakrieges am 18. Juni 1954 Regierungschef. Durch Verhandlungen mit dem Vietkong beendete er schon im Juli den Kolonialkrieg: Vietnam wurde geteilt und unabhängig, ebenso Laos und Kambodscha. Ebenso anerkannte Frankreich die innere Autonomie Tunesiens. Doch schon im Februar 1955 wurde er gestürzt, so dass er sich nicht mehr um eine friedliche Lösung des Algerienkonflikts bemühen konnte.

Am 2. Januar 1956 wurde Guy Mollet Premierminister, der als braver und revolutionärer Parteisoldat 1946 als Nachfolger des charismatischen Léon Blum zum Generalsekretär der SFIO gewählt worden war. Er lehnte die Unabhängigkeit Algeriens ab und verschärfte den Krieg unter der Losung „Pacification“ (Befriedung). Er erkannte aber, dass die Politiker der IV. Republik Algerien nicht „befrieden“ konnten und befürwortete daher, wie immer mehr Franzosen, die Rückkehr General de Gaulles an die Macht, um „Algérie française“ zu retten.

Die Sozialisten in der V. Republik – Mitterrand als Retter

Mit dem Ende der IV. Republik 1958 endete für mehr als 2 Jahrzehnte die Mehrheits- und Regierungsfähigkeit der Sozialisten. Entgegen den Erwartungen vieler Franzosen rettete de Gaulle nicht „Algérie Française“, sondern die französische Demokratie. Denn er allein verfügte über die persönliche Autorität, um die von den Militärs in Algerien Anfang der sechziger Jahre ausgehenden Putschversuche zum Scheitern zu verurteilen und die Präsidialdemokratie der V. Republik zu festigen. Im September 1958 billigten fast 80% der Wähler den Verfassungsentwurf im Sinne de Gaulles: Große Machtbefugnisse für den Präsidenten, der für 7 Jahre direkt gewählt wird. Das neue Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen bot nur starken Parteien oder Parteienbündnissen gute Chancen bei den Wahlen für die Nationalversammlung. Die von de Gaulles Popularität profitierenden Parteien erhielten satte Mehrheiten.

Die linken Parteien dagegen hatten keine Chancen für eine Mehrheit, so lange die stärkste linke Partei, die KPF, aus einer linken Mehrheitsbildung ausgeschlossen blieb. Trotz der für sozialistische Politik günstigen Rahmenbedingungen wurde schon zu Beginn der IV. Republik der Vorsprung der KPF gegenüber der SFIO immer größer: Oktober 1945 mit 146 Sitzen noch fast gleichauf mit der KPF (159 Sitze), vergrößerte sich der Abstand im November 1946: KPF = 182 Sitze, SFIO = 102. Die KPF wurde fast doppelt so stark wie die SFIO: Juni 1951 KPF = 25,7%, SFIO = 14,3%. 1962, schon in der V. Republik, KPF = 21,7%, SFIO = 12,6%. Der Verlust an Mandaten war wegen des Mehrheitswahlrechts noch gravierender als der prozentuale Rückgang.

Wenn 23 Jahre nach dem Ende der IV. Republik und dem Ende linker Regierungsfähigkeit die Sozialisten 1981 wieder an die Macht zurückkehren konnten, so ist das einerseits der charismatischen Persönlichkeit Mitterrands zu verdanken, andererseits aber einer faszinierenden intellektuellen und politischen Mobilisierung der gesamten Linken, vergleichbar dem Aufbruch in Deutschland unter Willy Brandt. Bei der geplanten Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten ging es also nicht nur um das Addieren von Wählerstimmen, um die Macht zu erobern, sondern auch um eine inhaltliche politische Erneuerung. Seit den sechziger Jahren bildeten sich zahlreiche Initiativen, Projekt- und Diskussionsgruppen, politische Clubs, um eine neue linke Mehrheit inhaltlich vorzubereiten.

1969 trat Guy Mollet als Generalsekretär der SFIO zurück und ermöglichte damit die Neugründung als Parti Socialiste und ihre Vereinigung mit anderen sozialistischen Gruppen. Im Juni 1971 schloss sich Mitterrand mit seiner Initiative der neuen PS an und wurde sofort zum Generalsekretär gewählt. Zu programmatischen Dokumenten für die politische Offensive und Zusammenarbeit der Linken wurden das neue Programm der PS „Das Leben verändern“ von 1971 und das „Gemeinsame Regierungsprogramm“ von Sozialisten, Kommunisten und linken Radikalen 1972. (S. 353–360) Dennoch reichte es bei den Parlamentswahlen 1973 und den Präsidentschaftswahlen 1974 noch nicht für eine linke Mehrheit.

Erst bei den Wahlen im April und Mai 1981 gewann Mitterrand im zweiten Wahlgang mit 51,5% gegen Valéry Giscard d'Estaing (48,2%). Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen errangen die Sozialisten schon im 1. Wahlgang mit 38% ihr bisher bestes Ergebnis und wurden damit mehr als doppelt so stark wie die bisher stärkere KPF mit nur noch 16,1%. Im zweiten Wahlgang gewannen sie mit 285 Mandaten sogar die absolute Mehrheit, während sich die KPF mit 44 Mandaten begnügen musste.

Die vereinigte Linke hatte um die Macht gekämpft mit dem Anspruch, den „Bruch mit dem Kapitalismus“ zu vollziehen, „eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, was einen Übergang von einem Wirtschafts- und Sozialsystem in ein anderes ... bedeutet“. (S. 359, Mitterrand 1978) Die von der linken Regierung durchgesetzten Maßnahmen entsprachen zwar dem anspruchsvollen

Programm: Erhöhung der Sozialleistungen, der Mindestlöhne und Mindestrenten, neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung, eine fünfte Urlaubswoche, Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer, umfangreiche Verstaatlichungen, Abschaffung der Todesstrafe. Dennoch wurden überzogene Erwartungen nicht erfüllt, so dass die Linke schon bei den Kommunalwahlen im März 1983 eine Niederlage erlitt.

Wirtschaftliche Probleme, u. a. wachsende Außenhandels- und Haushaltsdefizite, veranlassten die Regierung im Frühjahr 1983 zu einer Kurskorrektur, vor allem zu einer Sparpolitik. Das bedeutete den „Bruch“ mit dem sozialistischen Regierungsprogramm und Verzicht auf den versprochenen „Bruch mit dem Kapitalismus“.

Da die Linke die Parlamentswahlen, nach dem Verhältniswahlrecht, 1986 verlor (PS = 31,6%, KPF = 9,7%), ernannte Mitterrand Chirac zum Ministerpräsidenten. („Kohabitation“ linker Präsident und rechte Regierung). Auch die neoliberale Politik der rechten Regierung – Reprivatisierungen und Steuerenkungen für die Reichen – enttäuschte die Wähler. So konnte Mitterrand 1988 die Präsidentschaftswahlen 1988 mit 54% gegen Chirac wieder gewinnen.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen, wieder nach dem Mehrheitsrecht, gewannen die Sozialisten zwar nicht mehr wie 1981 die absolute Mehrheit, aber die Linke insgesamt verfügte wieder über eine Mehrheit, so dass Mitterrand wieder einen linken Regierungschef ernennen konnte. Doch die zweite Phase eines linken Präsidenten mit einer linken Regierung wurde zu keiner Er-

folgsgeschichte: Mehrere Regierungsumbildungen mit wechselnden Chefs und die „Diadochenkämpfe“ der „Elefanten“ (Häuptlinge der konkurrierenden Strömungen) um die Nachfolge Mitterrands schädeten dem Ansehen der Sozialisten. Bei den Wahlen im März 1993 siegte wieder die Rechte. Die Zahl der PS-Abgeordneten ging von 258 auf nur noch 53 zurück, bei der KPF von 27 auf 23.

Obwohl die Amtszeit des sozialistischen Präsidenten noch bis 1995 währte, endete mit dieser blamablen Wahlniederlage die Ära Mitterrand. Bezogen auf die ursprünglichen sozialistischen Zielvorstellungen Mitterrands zieht Bezbakh aus dem Kurswechsel im Frühjahr 1983 die nüchterne Schlussfolgerung: „Er legte das sozialistische Ideal, den Kapitalismus in Frage zu stellen, ad acta. ... Bezugnahmen auf den Sozialismus hatten kein Hausrecht mehr“. (S. 417)

Lionel Jospin – neuer Retter (mit Zeitvertrag)

Nach der vernichtenden Niederlage 1993 wurde Jospin schon 1995 unerwartet zu einem neuen charismatischen Retter der geschlagenen Sozialisten: Er mobilisierte die Basis für eine Erneuerung der Partei, wurde in einer Urabstimmung zum Präsidentschaftskandidaten nominiert, erreichte im 1. Wahlgang am 25. April 1995 mit 23,2% den 1. Platz und unterlag im 2. Wahlgang am 7. Mai mit 47,3% nur knapp Chirac mit 52,7%. Damit wurde er zum unumstrittenen charismatischen Hoffnungsträger für eine baldige Rückkehr der Sozialisten an die Macht. Diese Hoffnung ging schneller als erwartet schon bei den vorgezogenen Parlaments-

wahlen im Mai und Juni 1997 in Erfüllung: Im 2. Wahlgang gewannen die Sozialisten 241 Sitze. Unter Jospin war eine „plurale Linke“ (Sozialisten, Kommunisten, verschiedene Linksparteien, Grüne) schnell an die Macht zurückgekehrt. Die erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik der „pluralen Linken“ deutete auf eine Stabilisierung der linken Macht bei den Präsidentschaftswahlen 2002: Die 35-Stundenwoche und die steigende Kaufkraft trugen dazu bei, die Arbeitslosenquote von 12,1% 1997 auf 8,7% 2002 zu senken. Das Wirtschaftswachstum stieg von durchschnittlich 1,1% von 1993 bis 1997 auf 2,7% unter der linken Regierung. (Vergl. dazu H. Heimann, Lionel Jospins Reformprojekt, links und sozialistisch – trotzdem erfolgreich, in: *perspektivends*, 2000, Heft 3)

Wenn bei den Präsidentschaftswahlen im 1. Wahlgang am 21. April 2002 Jospin hinter Chirac (knapp 20%) und dem Rechtsextremisten Le Pen (16,9%) mit 16,2% auf dem 3. Platz landete, so war die Ursache dafür nicht unbefriedigende Leistungen der linken Regierung, sondern die Zuspitzung der lebenslangen Kinderkrankheit der französischen Linken: Mit Jospin konkurrierende linke Kandidaten hatten 26,6% der Stimmen erhalten, die wie die 16,2% für Jospin nicht ins Gewicht fielen. „Revolutionäre“ Parteien links von PS waren von unbedeutenden Splitterparteien zu einem Machtfaktor geworden, der der politischen Rechten zur Macht verhalf. Die KPF dagegen war mit 3,4% inzwischen von der stärksten Linkspartei zu einer Splitterpartei herabgesunken.

Nach der blamablen, selbstverschuldeten Niederlage bei den Präsident-

schaftswahlen 2002 siegte die Rechte auch bei den bald folgenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Ségolène Royal – 2007 gescheiterte Hoffnungsträgerin

Nach dem Scheitern Jospins 2002 hofften die Sozialisten auf bessere Chancen bei den Präsidentschaftswahlen 2007. Schon der innerparteiliche Wahlkampf für die Nominierung des sozialistischen Kandidaten durch eine Mitgliederbefragung war lebendig, innovativ und mobilisierend. Vor allem Ségolène Royal verband ihren Wahlkampf mit einer erfolgreichen Kampagne für die Werbung neuer Mitglieder. Sicher nicht zur Freude der führenden Männer wurde sie im November 2006 von 60,6% der Mitglieder nominiert. (Zur Entwicklung der Sozialisten vor den Wahlen vergl. H. Heimann, Frankreich vor einer nachhaltigen Linkswendung? In: perspektivens ds, 2006, Heft Nr. 1) Die Popularität und Medienpräsenz Royals berechtigten damals durchaus zu der Hoffnung, dass Frankreich vor einer nachhaltigen Linkswendung stand.

Wenn es Royal dennoch nicht schaffte, und im Mai 2007 im 2. Wahlgang mit 47% Sarkozy unterlag, so lag das auch daran, dass sie nicht von allen Sozialisten ausreichend unterstützt wurde und dass es „revolutionären“ Linken egal war, ob Royal oder Sarkozy gewählt wird.

Mehrheits- und Regierungsfähigkeit der Linken? – Ja!!

Die Niederlagen der Linken bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 und 2007 bedeuten keineswegs, dass die Linke auf lange Sicht nicht

mehr mehrheits- und regierungsfähig ist. Denn für diese Niederlagen wurden sie durch triumphale Erfolge bei den Regional- und Kommunalwahlen großzügig entschädigt. Und auch für die Präsidentschaftswahlen 2012 bestehen gute Chancen. Meinungsumfragen vom August 2010 prognostizieren, Martine Aubry, die neue Parteivorsitzende, könne im 2. Wahlgang 2012 Sarkozy mit 53 zu 47% schlagen, Dominique Strauss-Kahn, Chef des IWF, sogar mit 59 zu 41%. Aufschlussreich ist es auch, dass nach dieser Prognose die 3 Kandidaten links von den Sozialisten zusammen auf 15% kommen könnten.

Das linke Wochenmagazin *le nouvel Observateur*, das die Umfrage in Auftrag gegeben hatte, gibt für die gestiegenen Chancen für die Linke, eine aufschlussreiche Erklärung: „Die PS und ihre Kandidaten profitieren vor allem von der massiven Ablehnung Sarkozys in der öffentlichen Meinung.“ (26. August 2010, S. 32) Diese Erklärung verweist auf eine Krise der repräsentativen Demokratie: Für immer mehr Wähler ist ihre Stimme für eine Partei nicht motiviert durch Zuneigung zu dieser Partei, sondern mehr durch Abneigung gegen eine konkurrierende, regierende Partei, die man bestrafen möchte.

Zukunftschancen des Demokratischen Sozialismus? – Ungewiss!

Die fortbestehende Mehrheits- und Regierungsfähigkeit ist zwar eine notwendige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus, aber keineswegs eine Garantie für sein Überleben. Bezbakh selbst hält es zwar unter Verweis auf historische Erfahrungen für mög-

lich, dass der Sozialismus wiederersterhen könnte. (S. 14) Doch aus der Analyse der Geschichte des französischen Sozialismus schließt er nicht, dass er tatsächlich wiederersterhen wird. Im Zusammenhang mit Meinungsverschiedenheiten der französischen Sozialisten zur europäischen Einigung stellt er zwar fest: „Laurent Fabius, Henri Emmanuelli ... erscheint es zwar geboten, zu den echten Werten des Sozialismus zurückzukehren...“ (S. 438) Dass dagegen die übrigen sozialistischen Parteien einmütig die europäische Einigung befürworten, erklärt er damit, „dass die Führungsgremien und – so scheint es – auch die Mehrheit der Parteimitglieder in allen Ländern seit langem auf jegliche Strategie, mit dem Kapitalismus zu brechen, verzichtet haben.“ (S. 445)

Kritisch zu Bezbakh ist noch anzumerken, dass er die bei den französischen Sozialisten durchaus noch vorhandene Substanz an Theorie und Programmatik des Demokratischen Sozialismus nicht ausreichend darstellt. Er erwähnt zwar Jospins Buch „Le Monde comme je le vois“ (Die Welt wie ich sie sehe) von 2005 und seine Kritik an den Gegnern des europäischen Verfassungsvertrages. Unerwähnt bleibt aber Jospins kritische Analyse der sozialen Deformation des real existierenden Kapitalismus und des intellektuell-moralischen Niedergangs der neu entstehenden sozial verantwortungslosen „Aristokratie“. Und schließlich seine klaren Aussagen zu einem modernen Demokratischen Sozialismus. (vergl. dazu ausführlich H. Heimann, Frankreich vor einer nachhaltigen Linkswendung? In: perspektivends, 2006, Heft Nr. 1)

Nicht nur im Buch von Bezbakh, sondern auch in den intellektuellen und politischen Diskursen im heutigen Frankreich, und auch in der Partei selbst, spielt die noch latent vorhandene geistige Substanz eines Demokratischen Sozialismus eine zu geringe Rolle, so dass sie ihre potenzielle politische Gestaltungskraft kaum zu entfalten vermag. In den öffentlichen Berichten und Diskussionen über die Chancen der Linken spielen kleinkarierte persönliche Konkurrenzkämpfe und Intrigen eine weit größere Rolle als durchaus noch vorhandene inhaltliche Projekte. Ein Buch von Robert Laffont über die soziale Wirklichkeit in der Parteizentrale in Paris (rue Solférino) trägt den Titel: „Kleine Morde unter Genossen“, vom *le nouvel Observateur* (26. 8. 2010) analysiert unter der Schlagzeile „Jagdszenen in Solférino“ (Schwielowsee). Dagegen die gute Nachricht über die Sommerschule der Sozialisten in La Rochelle: „Der Waffenstillstand der rosa Elefanten“.(2. 9. 2010) Und am 16. 9. verkündete *le nouvel Observateur* die kommunikative Sensation: „(Ségolène Royal) spricht mit Aubry. Sie hat sogar Fabius gesehen.“ (Fabius war der Elefant, der nach Ankündigung ihrer Kandidatur 2005 besorgt die Frage stellte: „Wer soll denn dann auf die Kinder aufpassen?!“

Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 haben die Sozialisten dennoch gute Chancen, nicht weil sie selbst so gut sind, sondern vor allem weil der regierende Präsident der Rechten so schlecht ist: Schon im Juli 2010 hatten nur noch 26% der Franzosen Vertrauen zu Sarkozy, 71% bestätigten ihm ihr Misstrauen.

Kritische Abschlussbemerkungen

Wer – wie viele sozialistische Intellektuelle nach der Wende 1990 – das Ende des Irrwegs Sozialismus begrüßt, kann befriedigt auf die Entwicklung des Sozialismus zu Beginn des 3. Jahrtausends zurückblicken und auch den französischen Sozialisten für ihren Beitrag zum Endsieg des Kapitalismus im Weltmaßstab danken. Wer jedoch noch eine Renaissance des Sozialismus für notwendig und möglich hält, muss einige kritisch-solidarische Anmerkungen machen:

Frei nach Hegel: Das einzige, was wir aus der Geschichte des Sozialismus lernen können, ist, dass die Sozialisten nichts aus dieser Geschichte gelernt haben. Sie haben vor allem nicht gelernt zu erkennen, inwieweit die persönlichen Akteure des Sozialismus selbst dazu beigetragen haben, dass wir mit der Verwirklichung unserer Ziele noch nicht weiter vorangekommen sind und uns in den letzten Jahren sogar von ihnen entfernt haben. Das grundsätzliche und anspruchsvolle Ziel des Sozialismus ist es ja: Das gesellschaftliche Sein der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft mit ihren rein egoistisch-ökonomistischen Werten zu verändern in Richtung solidarisch-gemeinwohlorientierter, humanistisch-kultureller Werte. Nicht nur die spezifisch sozialistischen, auch die christlichen und sozialliberalen Werte und Ideen, hatten bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts den Kapitalismus

in diese Richtung verändert, gezähmt. Aus der jüngsten Geschichte könnten die Sozialisten, die zu selbstkritischen Einsichten fähig sind, lernen: In den vergangenen Jahrzehnten hat das gesellschaftliche Sein der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft mit ihren egoistisch-ökonomistischen Werten das Bewusstsein von Sozialisten, Christen und Sozialliberalen stärker bestimmt als umgekehrt das Bewusstsein dieser Menschen das gesellschaftliche Sein des Kapitalismus. (Info für die Kinder der Wissensgesellschaft: Die Gegenüberstellung von gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein ist Anspielung auf die These eines gewissen Marx: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Karl meinte das empirisch, nicht normativ wie die Neoliberalen.)

Intellektuelle Bemühungen um eine Renaissance des Demokratischen Sozialismus müssen vor allem die Rolle des „subjektiven“ Faktors – des Bewusstseins, Denkens und Verhaltens der Menschen – stärker berücksichtigen, der bisher in der linken Theoriegeschichte fast immer unterschätzt oder sogar ignoriert wurde. Allgemeine Voraussetzung für eine Renaissance des Sozialismus ist es, dass wieder eine politische Kultur entsteht, in der nicht nur das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein, das Denken und Verhalten der Menschen bestimmt, sondern auch Ideen und Werte, die nicht nur das Bestehende widerspiegeln.

Beiträge und Diskussionen

Klaus Faber

Bologna und einige Folgen

Bemerkungen zur Wissenschaftspolitik

I.

In Herbst 2009 und Anfang 2010 haben wir Studentenproteste in Ost- und Westdeutschland erlebt. Einen konkreten Anlass bildeten u.a. die Studienbedingungen im neuen Bachelor- und Mastersystem nach der Bologna-Reform. Die Proteste kritisierten aber auch die Einführung von Studiengebühren in einigen (nicht von der SPD regierten) Ländern, die Mängel in der Hochschulfinanzierung oder die „fortschreitende Ökonomisierung der Bildung“, wie es in einigen Erklärungen formuliert wurde. Positive Ziele waren u.a. ein „selbstbestimmtes Lernen“ und eine Erweiterung der Hochschulmitbestimmung. An dem zentralen Protesttag 2009 demonstrierten unter dem Titel „Bildungsstreik 2009“ nach verschiedenen Schätzungen 100.000 bis 300.000 Teilnehmer.

Das Stichwort „Bologna-Reform“ führt auf die am 19. Juni 1999 in Bologna abgegebene Erklärung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und von weiteren europäischen Ländern zurück. 2003 hatte sich auch die Russische Föderation dem Bologna-Unternehmen angeschlossen, danach Kasachstan. Der

geographische Raum Europas ist also überschritten. Über Spanien greift die Entwicklung eventuell auf Lateinamerika hinaus, nicht im Sinne einer Mitgliedschaft im Bologna-Rahmen, aber durch den Aufbau einer ähnlichen und mit Europa verbundenen Organisation.

Ziel der Bologna-Zusammenarbeit soll es sein, eine „Konvergenz“ (nicht die „Harmonisierung“) der zur Zeit noch sehr unterschiedlichen Hochschulsysteme zu erreichen, die Wissenschaftler- und Studierendenmobilität zu fördern, die Hochschulsysteme an einer gemeinsamen Grundstruktur der Studienprogramme – einem zweistufigen (mit dem Doktorat einem dreistufigen) Abschlussystem – zu orientieren und, auf alledem aufbauend, einen „Europäischen Hochschulraum“ zu entwickeln. Die internationalen Bologna-Realisierungsakte sind alle rechtlich unverbindliche Vereinbarungen. Sie bedürfen also der Umsetzung durch nationales Recht, in Deutschland heute vor allem durch die Landesgesetzgeber. Diese Umsetzung hat zum Teil auch innerhalb Deutschlands – trotz der Vereinheitlichungsbemühungen der Kultusminis-

terkonferenz – zu unterschiedlichen Regelungen geführt (etwa bei der Regelung des Übergangs vom Bachelor- zum Masterstudium).

Die internationale Kooperation soll, wie geschildert, zur Einführung neuer Studienabschlüsse – des Bachelorabschlusses und des Masterabschlusses – führen. Beide Abschlüsse sollen berufsbefähigende Qualifikationen vermitteln und bauen vor allem auf Modellen aus den angelsächsischen Hochschulsystemen auf. Bei der Einführung des neuen zweistufigen Abschlusssystemes gibt es in Europa, selbstverständlich, noch erhebliche Unterschiede und dies gilt, folgerichtig, ebenso für die inhaltlichen Ergebnisse. Derartige Unterschiede sind aber auch in den angelsächsischen Ausgangssystemen zu finden.

Bei dem europäischen „Konvergenz“-Prozess spielen nicht nur formale Aspekte, also etwa der zweistufige (oder dreistufige) Abschlussaufbau, sondern ebenso inhaltliche Fragen eine Rolle. Inhalt und Form lassen sich auch auf diesem Gebiet nicht wirklich trennen. Die inhaltliche Konvergenz soll durch Qualitätssicherung erreicht werden, was in Wahrheit langfristig eben doch auf eine Art „Harmonisierung“ hinauslaufen kann.

Sicherungsaufgaben übernehmen vielfach, so auch in Deutschland, Akkreditierungsagenturen. Die Agenturen einiger europäischer Staaten haben sich inzwischen ihrerseits zu einem internationalen Verbundsystem zusammengeschlossen, in dem u. a. Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich, aber ebenso kleinere europäische Staaten wie Dänemark, die Niederlande, Irland oder Österreich vertreten sind. Die

Bologna-Staaten haben inzwischen ein „European Quality Register“ beschlossen, das die dort registrierten Akkreditierungsagenturen privilegiert. In diesem Bereich geht es auch um Standardsetzung im globalen Maßstab.

II.

Für die Qualitätssicherung ist das von der EU-Kommission und Deutschland (Fritz Dalichow) entwickelte ECTS – European Credit Transfer System – wichtig, das zunächst „formal“ nur auf die Transfervergleichbarkeit auf der Grundlage eines quantitativen Leistungspunktesystems abzielt, aber dadurch auf längere Sicht wahrscheinlich doch auch eine inhaltliche Angleichung bewirken wird. Die EU hat auf diesem Gebiet aufgrund einschränkender Vertragsbestimmungen eigentlich keine Zuständigkeiten, ist aber bislang mit Zustimmung aller (und mit finanziellen Mitteln, die sie nun einmal hat) tätig geworden.

Auch das „Diploma Supplement“, die dem Studienabschluss beigefügte standardisierte Information über die erreichte Qualifikation, wird voraussichtlich mittelbar und langfristig in die gleiche Angleichungsrichtung wirken. Die Realisierung dieser Supplement-Information gehört ebenso zum Bologna-Prozess. Schließlich bemüht sich der Bologna-Prozess auch noch um eine „europäische Dimension“ im tertiären Bereich, was u. a. Inhalte im Studienangebot, z. B. europäische Studien, umfassen soll.

In Deutschland wurde die Einführung des neuen Abschlusssystemes von Anfang an mit Kritik begleitet. Die Rolle der Forschung im Hochschulbereich kann, so befürchten dies einige, un-

ter bestimmten Umständen durch das neue Abschlussystem reduziert werden, um ein Argument der Kritiker anzuführen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Umfang des auf die Masterstudiengänge entfallenden Studienabschluss-Anteils und die dem folgende Personalausstattung wichtig. Dabei spielt auch die Regelung des Übergangs vom Bachelor- zum Masterstudiengang eine Rolle. Andere Fragen betreffen die Akzeptanz der Bachelorabschlüsse in der Wirtschaft, die tatsächliche Mobilität während des Bachelorstudiums und einen Trend zur Verschulung dieses Studiums.

Zum Bologna-Prozess gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen, die sich auch auf die praktischen Umsetzungsprobleme beziehen. Eine der letzten Studien hat die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben (10 Jahre nach Bologna: Ziele und Umsetzung der Studienstrukturreform, Rolf Wernstedt/Marie John-Ohnesorg (Hrsg.), Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010).

Aus den darin von unterschiedlichen Autoren ausgearbeiteten Thesen folgt insgesamt ein differenziertes Bild. Kritisiert werden verschiedene Aspekte, u. a. die Top-Down-Implementierung der Reform, die qualitativen Mängel, die sich auch darin ausdrücken, dass Bachelor-Studenten nach HIS-Untersuchungen ihre Studienbedingungen als deutlich ungünstiger als die Studierenden herkömmlicher Studiengänge empfinden, die bereits erwähnte Überforderung der Bachelor-Studenten durch ein dichtes, teilweise unausgewogenes Leistungspunktesystem und durch zu viele

Klausurprüfungen, restriktive Länderregelungen zum Masterstudium nach dem Bachelor oder die mangelnde Akzeptanz der Bachelor-Abschlüsse in Unternehmen. Zu den Veränderungsanregungen zählt die Forderung, dass jeder Bachelor-Absolvent ein Masterstudium aufnehmen kann und die entgegenstehenden restriktiven Länderregelungen korrigiert werden, und das Votum für eine Erhöhung der Lehrkapazitäten, für mehr überregionale und internationale Mobilität sowie für eine Reform der Reform unter Beteiligung der Studierenden. Außerdem soll, so die FES-Studie, die soziale Dimension des Studiums besser berücksichtigt werden.

III.

Auf der Gegenseite der Bilanz fällt auf, dass, abgesehen von Strömungen in den Ingenieurwissenschaften, die meisten Akteure das Bologna-Unternehmen und das damit verbundene zweistufige Abschlussystem bislang nicht im Grundsatz in Frage stellen. Häufig wird betont, dass die internationalen Beschlüsse zu Bologna keinesfalls die in Deutschland festgestellten Umsetzungsmängel verursacht hätten, dass diese vielmehr in aller Regel auf deutschlandinternen Fehlentscheidungen beruhten. Auch in der deutschen Bilanz überwiegen nach dem Urteil vieler Kommentatoren die positiven Aspekte.

In der aktuellen Debatte über die Studentenproteste von 2009 und 2010 gab es zum Teil überraschende Wendungen. Bundesbildungsministerin Annette Schavan stellte sich an die Seite der Protestierenden. „Studierende sollten“, so ihre Position, „selbst entscheiden kön-

nen, ob sie einen Master machen wollen oder nicht“. Ähnliche Forderungen hatte auch die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, erhoben. Diese Positionen wurden – jedenfalls im realen inhaltlichen Verhalten – von den meisten Landesregierungen und von vielen Hochschulleitungen nicht geteilt.

Die Mehrheit der Kultusminister war zunächst gegen eine Änderung der Bachelor- und Master-Strukturvorgaben der KMK, die besondere Zugangshürden beim Übergang vom Bachelor zum Master vorsahen. Diese Vorgaben waren, wie alle KMK-Beschlüsse, zwar rechtlich nicht verbindlich. Sie besaßen keine Rechtsnormqualität. Viele Landesregierungen hielten sich aber an derartige Beschlüsse und behandelten sie so, als ob sie Rechtsnormen wären. Das niedersächsische Hochschulgesetz verlangte z. B. auf dieser Grundlage für den Masterübergang eine „besondere Eignung insbesondere auf der Grundlage der Bachelor-Prüfung“. In der Praxis spielte dabei die Bachelor-Abschlussnote von 2,5 eine entscheidende Rolle. Die KMK-Position und andere Überlegungen führten zur Fortsetzung der Protestaktionen, zu denen auch Hörsaalbesetzungen an verschiedenen deutschen Hochschulstandorten gehörten.

Die zweite Phase der Protestwelle hatte einen – begrenzten – Erfolg: Am 10. Dezember 2009 erklärte die KMK, sie wolle die Strukturvorgaben zum Bachelor-Master-Studium überarbeiten. Anfang Februar 2010 wurde diese Ankündigung umgesetzt. Die Änderungen in den KMK-Vorgaben zielten darauf ab, die Prüfungsbelastungen einzudäm-

men. Zehn oder mehr Prüfungen pro Semester waren zu diesem Zeitpunkt in den Bachelor-Studiengängen keine Seltenheit.

Zum Bachelor-Master-Übergang selbst haben die Länder bislang keine eindeutige Entscheidung getroffen. Nach der letzten Änderung der entsprechenden KMK-Vereinbarung „kann“ der Zugang zum Masterstudium noch immer durch Quoten-, Studiendauer- oder Mindestnotenregelungen beschränkt werden. Aus der ursprünglichen Muss-Vorschrift ist also eine Kann-Bestimmung geworden. Die Sitzungen eines von der KMK einberufenen „Runden Tisches“, u. a. unter Beteiligung von Studierenden und Lehrenden, hat in diesem Punkt noch zu keiner weiteren Änderung geführt. Die Öffnung des Zugangs zum Masterstudiengang steht also noch auf der Tagesordnung der hochschulpolitischen Agenda.

Eine Realisierung anderer berechtigter Änderungsansätze, wie z. B. der Forderung nach einer Reduzierung des geltenden Prüfungssystems und -umfangs, der im Prinzip auch die KMK zustimmt, und das Votum für eine Erhöhung der Lehrkapazitäten sowie für eine Steigerung der Lehrqualität, setzen wie die Öffnungsforderung für den Zugang zum Masterstudiengang auch eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen voraus.

Hier verbinden sich die Probleme zu komplexen föderalen Sachverhalten. Es ist bekannt, dass die einzelnen deutschen Länder über unterschiedliche Ausgangspositionen beim Hochschulausbau und zudem über unterschiedliche Finanzkraft verfügen. Die finanzpo-

litischen Lösungsansätze können daher wohl nicht allein auf der Landesebene gefunden werden. Die „Föderalismusreform“ von 2006 hat allerdings, wie viele (leider erst) jetzt erkennen, in die falsche Richtung geführt. Sie hat die finanzpolitische Bundesverantwortung für die Wissenschaftsfinanzierung geschwächt und damit zu mehr finanzpolitischer Ungleichheit zwischen den Bundesländern, auch zwischen Ost und West, geführt. Es ist im Wesentlichen dem Engagement ostdeutscher Bundestagsabgeordneter (vor allem von Andrea Wicklein, SPD, vgl. zu den Einzelheiten Faber, Klaus, Wissenschaftspolitik und Föderalismusreform: Verfassungspolitische Ungereimtheiten, in: Die Kunst des Vernetzens, Festschrift für Wolfgang Hempel, Berlin, 2006, S. 449 – 460, insbesondere Anm. 26 auf S. 459) und einiger weniger Wissenschaftspolitiker zu verdanken, dass dem Bund 2006 zumindest die Möglichkeit eingeräumt wurde, unter bestimmten Voraussetzungen die Wissenschaft im Landesbereich durch Bund-Länder-Hochschulpakete mitzufinanzieren.

Diese Bundesmitfinanzierung ist nicht nur für die Realisierung der Bologna-Verbesserungsvorschläge, sondern insgesamt für den Wissenschaftsausbau in Deutschland notwendig. Deutschland ist von der OECD vor kurzem wieder einmal auf die Defizite auf diesem Gebiet deutlich hingewiesen worden (OECD, Bildung auf einen Blick 2010). Im internationalen Vergleich bildet Deutschland viel zu wenig Studenten aus. Der Abstand zu den Vergleichsländern vergrößert sich sogar. Deutschland steht jetzt auf Platz 29 von 32 OECD-Ländern.

Dramatisch sind die deutschen Defizite in der Ingenieurausbildung, z. B. in der Gegenüberstellung mit der Volksrepublik China. Der abzusehende Fachkräftemangel wird in Deutschland in weiten Bereichen ein Mangel an Studierenden sein. Was für die deutsche Lage im internationalen Vergleich gilt, trifft in ähnlicher Weise auf die innerdeutschen Defizite im überregionalen Ländervergleich, vor allem im Verhältnis zu einigen ostdeutschen Ländern, zu.

Die z. B. für das Land Brandenburg nach wie vor festzustellenden Defizite im Wissenschaftsbereich betreffen verschiedene Faktoren, u. a. die zu geringen Industrieforschungspotentiale, die zum Teil auf Prozesse der Deindustrialisierung nach 1990 zurückzuführen sind. Entscheidende negative Faktoren sind dabei aber vor allem die trotz beachtlicher Steigerungen immer noch zu niedrigen Anteile von Studienanfängern am Altersjahrgang und insbesondere die zu geringen Ansätze bei den Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung, jeweils im gesamtdeutschen Vergleich gemessen. In beiden Bereichen liegt Deutschland insgesamt international zurück. In der innerdeutschen Gegenüberstellung gilt dies wiederum insbesondere für einige ostdeutsche Länder. Die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit verlangt auf allen Ebenen mehr Investitionen in die Wissenschaft, vor allem wenn man als künftigen negativen Faktor die wachsenden demografischen Probleme mitberücksichtigt (vgl. zum Ganzen Wicklein, Andrea/Faber, Klaus, Der Handlungsbedarf bleibt – Wie Wissenschafts- und Bildungspolitik nach der Föderalismusreform und dem Bildungsgipfel aus-

sehen kann, in: Perspektive21, Heft 40, März 2009, S. 61 bis 70).

Die Bund-Länder-Bildungsgipfel haben bislang noch nicht zu konkreten, umfassenden finanzpolitischen Fortschritten auf diesem Gebiet – für Bildung und Wissenschaft – geführt. Die Steuerpolitik der seit 2009 regierenden Bundesregierung hat den finanzpolitischen Rahmen eher begrenzt als erweitert. Für die Verbesserung der Lehre will die Bundesregierung andererseits in einem neuen Bund-Länder-Pakt rund 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, die auch für die Bologna-Reform eingesetzt werden sollen. Die von der SPD eingebrachten Vorschläge sehen dazu 3 Mrd. Euro vor. Ob und inwieweit derartige Beträge auch für die Reform des Bologna-Prozesses bei den Hochschulen ankommen, bleibt abzuwarten. Die im Herbst 2010 zwischen Bund und Ländern erreichte Einigung über eine erste BAföG-Verbesserung und eine finanzielle Entlastung der Länder bei der Forschungsförderung (nach dem Muster früherer Bund-Länder-Vereinbarungen in den 1980er Jahren) ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem allerdings weitere folgen müssen.

Notwendig ist, übrigens auch unter integrations- und demografiepolitischen Gesichtspunkten, eine gesamtstaatliche Ausbaupolitik in Bildung und Wissenschaft. Dazu gehören eine verbesserte BAföG-Förderung und neue, auch für die Umsetzung des Bologna-Prozesses ausreichende Angebote für Bund-Länder-Hochschulpakete. Mit dem Bund-Länder-Hochschulpaketsystem hat die frühere Bundesregierung in der Zeit der großen Koalition gezeigt, dass der Bund

die Länder bei der Schaffung neuer Studienkapazitäten wirksam unterstützen kann. Gesamtstaatliches Ziel ist dabei weiterhin, die Studienanfängerquote im Schnitt auf mindestens 40 Prozent des jeweiligen Altersjahrgangs zu erhöhen und die Hochschulen für alle studierwilligen jungen Menschen offen zu halten. Deshalb sollten sich auch die Länder und insgesamt die KMK dazu durchringen, den Masterzugang für alle Bachelor-Absolventen zu öffnen. Deutschland sollte seine gesamtstaatlichen Bildungs- und Wissenschaftsinvestitionen um mindestens 20 Mrd. Euro pro Jahr anheben, wie dies auch Sachverständige seit langem fordern. Damit könnte man wenigstens dem OECD-Durchschnitt näher kommen. Politisch müssen zudem die Bündnis- und die Profildurchschancen gesehen und genutzt werden, die sich für derartige Positionen aus den neuen Hochschulprotesten in Ost und West ergeben.

Bundesregierungen, die Angebote mit größerem Volumen für Bund-Länder-Hochschulpakete in Aussicht stellen, sollte man beim Wort nehmen – und, falls die Angebote oder die Realisierung ausbleiben, diese einfordern. Wissenschaftsinvestitionen gehören zum politischen Verantwortungsbereich des Gesamtstaats. Bund und Länder sowie die Akteure im politischen Wettbewerb sollten dieses Prinzip in der Finanzpolitik berücksichtigen und, bei Gelegenheit, auch durch eine Verfassungsänderung, die flexiblere Möglichkeiten für eine Bundesmitfinanzierung zum Ziel hat, besser als bisher im Grundgesetz verankern.

Ulrich Heyder

Wirtschaftsethik und soziale Marktreform angesichts der Finanzkrise

Als Ausgangspunkt wähle ich die bisher vergeblich gebliebene Regulierung des Finanzmarktes, besonders auch als einen international und global zu erfüllenden Anspruch. Die seit Beginn der Krise erörterten Reformen können nach Toronto in der Mitte des Jahres 2010 im weltweiten Maßstab als schlichtweg gescheitert betrachtet werden. Das Finanzsystem bleibt instabil. Natürlich ist in Deutschland einiges vorangekommen. Die Rating-Agenturen unterliegen strengeren Regeln bezüglich der Wahl ihrer Geschäftspartner, nämlich keine Banken, die sie selber bewerten, außerdem kam das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und ein neues Insolvenzrecht für inländische Großbanken ist geplant, das diese zu Rücklagen zwingt mit denen sie möglichen Schieflagen selbst vorbeugen sollen. Die Bankenaufsicht ist zugleich erheblich gestärkt worden und Deutschland will auch erweiterten Kompetenzen einer EU-Aufsicht nicht mehr im Wege stehen. Gefährliche Finanzprodukte und Transaktionen könnten dann auch von europäischen Behörden unterbunden werden. Aber noch Mitte des Jahres erst warnte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vor der Gefahr einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise. „Was wir Ende 2008 und Anfang 2009 erlebt haben, könnte sich durch einen Schock beliebiger Größenordnung wie-

derholen“ bemerkt die älteste internationale Finanzinstitution der Welt und betont zugleich, „jedoch besteht im Gegensatz zu jener Krise kaum noch Spielraum“. Sollte es zu einer weiteren Krise kommen wären Mittel und Möglichkeiten begrenzt, heißt es im BIZ-Jahresbericht. Es ist auch wichtig zu sehen, gerade die Experten dieser Bank haben sich einen Ruf als einer Art Frühwarnsystem für internationale Krisen gemacht. Sie hatten bereits Mitte 2007 vor einer Überhitzung am Immobilienmarkt und einer daraus resultierenden weltweiten Kettenreaktion gewarnt. Die milliardenschweren Konjunkturprogramme lassen sich so nicht noch einmal wiederholen. Eine Normalisierung der Wirtschaftspolitik, auch der Geldpolitik der Zentralbanken ist daher dringend geboten. Welche Risiken durch ausufernde Schuldenberge drohen, hat die griechische Schuldenkrise gezeigt. In Toronto haben die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sich zwar auf einen Zeitplan für den Abbau der weit überzogenen Staatsschuldenberge nicht jedoch auf eine Reform des Weltfinanzsystems einigen können. Dabei liegen die größten Risiken im Finanzsystem selber. Es bei Reparatur und bloßen Flickarbeiten zu belassen, muss jedoch als eine riskante Strategie beschrieben werden. Inzwischen wird schon wieder allgemein gefeiert, dass die Job-Maschine an

der Wall Street erneut angesprungen ist. Investmentbanken locken Finanzprofis bereits mit Vergütungspaketen von bis zu acht Millionen Dollar. Die Banken jagen sich gegenseitig die Leute wieder ab. Und die Einstellungsdynamik dürfte noch weiter an Fahrt gewinnen, nachdem die Unsicherheiten, mit Blick auf die Finanzmarktreform, die nicht kommen wird, beseitigt, bzw. völlig verwässert worden sind. Es läuft wieder bestens für die Spekulanten. Es wird spekuliert und gefeiert und klotzig verdient (ohne Werte zu schaffen!) mit den Billionen, die die Notenbanken und die Staaten in die Märkte gepumpt haben, um die Folgen der Exzesse der Finanzwirtschaft zu dämpfen. Goldman-Sachs und Ackermann von der Deutschen Bank melden bereits wieder Milliardengewinne. Inzwischen straucheln ganze Volkswirtschaften und mit ihnen Staaten. Weltweit treiben die Spekulanten die Kurse der Aktien in die Höhe und damit auch die Preise für Immobilien und für Rohstoffe. Der Finanzmarkt führt weiterhin sein Eigenleben. Die „Investoren“, in Wirklichkeit Spekulanten, haben das Geld. Aktienkurse und reale Wertentwicklung haben sich weiterhin entkoppelt. Das Geld aber, das derzeit die Märkte überflutet, stammt aus den Kassen der Regierungen und der Zentralbanken. Es sollte die Wirtschaft vor dem Kollaps retten. Zwar hat die Wirtschaft inzwischen wieder Tritt gefasst. Doch schneller sind die Spekulanten. Der Staat hat ihnen die beste aller Welten geschaffen. Die Regierungen nahmen ihnen die wertlosen Papiere ab, versorgten sie mit billigem Eigenkapital und mit Liquidität. Das weltweite

Spekulationsgeld, auch das der geretteten Banken, fließt in ein Finanzsystem, das sich nur wenig verändert hat, und das die Rufe nach Regeln und Kontrollen bereits wieder unverhohlen abwehrt. Zähneknirschend schauen der kleine Mann und die Politiker zu. Der Handel mit Derivaten läuft wieder auf Hochtouren. Hochgiftige Papiere werden immer wieder neu verschnürt. Ein glänzendes Geschäftsfeld, das eigentlich ein Skandal ist, setzt sich fort. Die Währungsspekulationen übertreffen den Handel um das 20fache. Der Wert aller Zinsderivate betrug 1995 18 Billionen Dollar heute dagegen 400 Billionen. Die täglichen Geschäfte mit Oloptionen beinhalten ein Spekulationsvolumen, das den tatsächlichen Wert der Ware um das Zehnfache übersteigt, mit preistreibender Wirkung. Das finanzwirtschaftliche Spekulationsgeschehen zerstört die Werte ganzer Wirtschaftszweige und die Lebensgrundlagen der Völker. Das ist aber nicht nur die Krise der Banken, sondern auch eine intellektuelle Krise aller Mitwirkenden. Die erstrebte Lösung wird mit dem Motto „Erholung und Aufschwung“ verkauft. Der Tüchtige, so die Kommentare der Bildzeitung zu den jüngsten Ackermann-Spekulations-Erfolgen, ist im Recht! Wenn es denn wirtschaftliche Leistungstüchtigkeit wäre, tatsächlich aber wird gewettet gegen den Verfall von Währungen und den Zusammenbruch von Staatshaushalten. Die Rundum-Verlogenheit des ganzen Systems aus Geldblasenerfolgen und öffentlichem Schuldenmachen über die erlaubten Grenzen hinaus feiert sich anstatt nachzudenken. Der Betrug wird systemisch und muss in Kauf genom-

men werden, weil die ganze Denkweise ein Schwindel ist. Der Widerstand der Finanz-Casino-Branche (Investmentbanking) gegen mehr Regulierung ist bestens organisiert. Rund 200 Millionen Dollar hat die Finanzindustrie 2009 für Lobbying in den USA ausgegeben. Vergleiche hierfür den Artikel: *„Wahnsinn 2.0. Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet. Die Frage ist nicht ob, sondern wann sie platzt.“* (Christoph Pauly: in Der Spiegel, Nr. 48/23.11.09)

Neue Regeln und mehr Kontrolle stehen bereit, aber das Verhältnis von Geldgeschäften und realen ökonomischen Leistungen hat sich nicht wirklich verändert. Die Finanzspekulanten verdienen ihr Geld im Sekundenhandel und gerade dann, wenn es der Wirtschaft schlecht geht. High Frequency Trader wickeln mit Computer tausende von Aufträgen in Sekunden ab. Die Spekulanten der Großbanken und Fonds, die allabendlich im Fernsehen als Investoren gefeiert werden, entwickeln sich mit ihren Geschäften eher zu wirklichen Staatsfeinden, aber unsere Begriffe von Geld und Leistung scheint das nicht zu berühren. Es läuft gut für die Spekulanten bei fallenden Währungen und Staatspleiten. Und die Politik hat ihnen den Weg hierzu bereitet. Sie hat die Hoheit über die Wechselkurse an die Devisenmärkte abgegeben und die Altersvorsorge den Spekulationsgeschäften der Versicherer und Fonds anheim gegeben. Es entstehen Märkte mit tau-

senden von Milliardenumsätzen täglich, die nicht dem Wohl der menschlichen Gemeinschaften dienen. 0,00025 Sekunden brauchen schnelle Rechner, allein orientiert an Geldbewegungen, um Käufe oder Verkäufe auszulösen. Das hat mit einem gesellschaftlich erwünschten Anlageverhalten von Investoren nichts zu tun. Wer zuerst Bescheid weiß und am schnellsten reagiert macht auch die Gewinne (ohne reale Wirtschaftsleistung). Und keiner hat mehr eine eigene Meinung. Es entsteht ein Prozess ohne Bewusstsein, von einem sozialen Bewusstsein ganz zu schweigen. Die Computer schätzen die Kaufabsichten, decken sich in Höchstgeschwindigkeit mit den entsprechenden Aktien ein, treiben den Kurs nach oben, und z.B. der Pensionsfonds zahlt mehr als er beabsichtigt hatte. (Vgl. hierzu auch „Die Zeit“, Nr. 36, 2.9. 2010) Spekulative Computergewinnler, das sind unsere „Investoren“. Die Antisozialität und Amoral des gesamten Treibens wird als „Finanzmarkt“ bezeichnet. Die notwendige Begriffsschöpfung, um die Dinge zu korrigieren, findet nicht mehr statt. Alle sollen Gewinnler werden, wenn es nach den Maßstäben der abendlichen Fernsehensensationsberichterstattung von den Börsen geht. Das wird für den Staat und die menschliche Gemeinschaft allmählich zu teuer, und wir sind es selber, die sich korrigieren müssen, im Denken und im Handeln.

Was wird gegen das Desaster der Finanzwirtschaft getan?

Die Marktregulierung hat versagt. Kommt ein Primat der Politik? Viele der Staaten greifen immer stärker in die

Marktprozesse ein. Aber zugleich wird befürchtet, dass dem offensichtlichen Mangel an Regulierung ein Übermaß an bürokratischer Fesselung erfolgt. Ein Neoprotektionismus führt zu Handelskonflikten. Das Pendel der Globalisierung schlägt zurück. Die Kreditvergabe droht zu kollabieren. Marktpolitische Regulierungen sind auch problematisch: z.B. Zinssenkungen der Zentralbanken, um die Liquidität zu sichern. Die Notenbanken mussten schnell handeln und dem Finanzsystem neue Liquidität zuführen. Sie kauften den Geschäftsbanken Wertpapiere ab und stellten ihnen in Gegenzug Zentralbankgeld in Milliardenhöhe zur Verfügung. In der Folge schoss die monetäre Basis – sie umfasst das Bargeld sowie die Sichteinlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank – rasant in die Höhe. Als die Geschäftsbanken trotz der milliardenschweren Liquiditätsspritzen noch immer nicht genügend Kredite vergaben, sah sich sogar die FED gezwungen, selbst Wertpapiere von den Unternehmen zu kaufen, um den Kredit- und Geldstrom in die Realwirtschaft aufrechtzuerhalten. Zugleich drohte mit einer wieder anspringenden Konjunktur eine Inflationsgefahr. Plötzlich gibt es wieder Geld im Überfluß, aber es scheint die Unternehmen nicht immer zu erreichen.

Die Selbstheilungskräfte des Marktes sind ein Mythos. Die neoliberale Politik der Entfesselung des Kapitals, der Deregulierung und Privatisierung ist offenkundig gescheitert. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist nicht nur Anlass, das außer Kontrolle geratene Finanzsystem neuen, schärferen Regeln zu unterwerfen. Sie drängt uns auch, die

Gesellschaft, in der wir leben neu auszurichten. Planwirtschaft und Staatskapitalismus stehen dafür allerdings überhaupt nicht zur Debatte. Es ist auch falsch, eine Regierung sozialistischer Tendenzen zu verdächtigen, weil sie aus purer Not und um Schaden vom Land abzuwenden, eine außer Kontrolle geratene Bank teil- oder ganz verstaatlicht. Das ist nicht Sozialismus, sondern blanker Pragmatismus. (Köhler, W., 2009, S.236) Dabei kann die Ursache der Krise gar nicht genug hervorgehoben werden. Nicht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist in die Krise geraten, sondern in deren Vorfeld ein bestimmter Typ von Finanzwirtschaft. Mit ihren Vorstellungen vom ranken, schlanken Staat und Deregulierungsideen und Vorstellungen von einer Shareholder-Wirtschaft für viele andere Branchen haben die Marktradikalen den Staat in die Defensive getrieben. Es waren Banken, die ohne Sinn und Verstand Kredite an Kunden vergeben haben, die diese sich gar nicht leisten konnten. Es waren die entfesselten Börsen und ihre nimmersatten Großinvestoren, die den Managern weltweit vorgegeben haben, wie sie ihre Unternehmen zu führen haben. (Köhler, W., 2009, S.232f.)

Es bildet sich zurzeit ein neuer, post-neoliberaler Diskurs heraus. In dem neuen Diskurs sind vor allem (neo-)keynesianische Elemente zu finden, oft angereichert mit ökologischen Modernisierungskonzepten oder dem Green New Deal. Die Vorstellung ist falsch, der Markt könne sich selbst regulieren. Andere dagegen beklagen, dass der Staat in der Krise immer mächtiger würde. In der Tat macht sich 20 Jahre nach dem

Ende des real existierenden Sozialismus in Deutschland eine neue Staatsgläubigkeit breit. Vieles deutet darauf hin, dass Politik und Staat nicht nur kurzfristig als Retter eines in Not geratenen Finanzsektors auftreten, sondern sich auf Dauer in der Wirtschaft einnisten wollen. Aber das geschieht mit hohem Risiko. Die Haushaltskrise in Deutschland pflanzt sich fort. Auch die weltweit explodierenden Staatsschulden sind ein gefährlicher Preistreiber. Für die Regierungen ist es eine verlockende Option, ihre Schulden durch Inflation real zu entwerten; dies ist allemal bequemer, als die Ausgaben zu senken. Der renommierte US-Ökonom Gregory Mankiw empfiehlt seiner Regierung und Zentralbank allen Ernstes eine Teuerungsrate von sechs Prozent über mehrere Jahre, um die Schuldenbombe zu entschärfen. Die Eigenkapitalhilfen für den Bankensektor, die Konjunkturprogramme, die rezessionsbedingt schrumpfenden Steuereinnahmen und die steigenden Transferausgaben reißen seither immer größere Löcher in die öffentlichen Etats. In einer aktuellen Studie haben die Ökonomen von UniCredit ausgerechnet, dass angesichts des langfristigen Wachstumstrends der deutschen Wirtschaft von nominal rund 3,3 % und des durchschnittlichen Zinssatzes für Staatsschulden von 4,5 % ein jährlicher Primärüberschuss im Haushalt von knapp einem Prozent des BIPs erforderlich ist, um die Schuldenquote ab 2011 wenigstens stabil zu halten. Das wären rund 25 Milliarden Euro, die der Fiskus erwirtschaften, also einsparen muss. (WirtschaftsWoche 13.7.2009, S.16f., Malte Fischer, Bert Losse)

In Deutschland hat die Finanzkrise eine noch grundlegendere Debatte über die richtige Ausrichtung und die Methoden in der Volkswirtschaftslehre ausgelöst. Die Rolle der Wirtschaftswissenschaften wird jetzt kritischer gesehen. Kein etablierter Volkswirt hat diese Krise kommen sehen. Die Ökonomie ist die Wissenschaft über den Umgang mit Knappheiten, der „Allokation von knappen Ressourcen“, wie es im Fachjargon heißt. Diese Definition wird jedem Erstsemester in der Einführungsveranstaltung eingetrichtert. Diese Definition ist kurzfristig und irreführend. Ökonomie wird reduziert auf die Erforschung optimaler Entscheidungen zu klar definieren Fragestellungen. Dass im Wirtschaftssystem enorm viel Bewegung und gegenseitige Abhängigkeiten stecken und dadurch in der realen Wirtschaft große Unsicherheit herrschte, ist dadurch aus dem Blick geraten. Durch den engen Fokus werden viele Probleme übersehen. Zum Beispiel Fragen, in denen es um die *Koordination* und das *Koordinationsversagen* verschiedener Akteure geht, werden bislang sträflich vernachlässigt. (Storbeck, 2009, S. 156f..)

Der Finanzkapitalismus gewährleistet keine stabile Akkumulation. Der Crash ist nicht das Resultat des Kampfes von sozialen Bewegungen, von oppositionellen Parteien und anderen Kritikern, sondern einer Implosion des Finanzkapitalismus infolge seiner eigenen inneren Widersprüche. Der Finanzkapitalismus wird damit zum Systemrisiko für den Kapitalismus insgesamt. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat dies klar formuliert: „Aus einem Kapitalismus ohne Glauben und ohne Gesetz

muss man einen intelligenten Kapitalismus machen [...] einen Kapitalismus von Unternehmern, nicht von Spekulanten.“ (AFP, 21.2.2008, zit. nach Wahl, 2009, S.88)

Der Schlüssel zur künftigen Verhinderung von Krisen wie der jetzigen und zur Linderung ihrer Nachwirkungen, ist die Demokratisierung des Finanzwesens und die ausschließliche Anwendung solider Finanzprinzipien. Wenn wir das tun, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Spekulationsblasen wie die Immobilienblase auftreten, die wir gerade erlebt haben. Für den Fall, dass trotzdem Blasen auftreten, bietet dies einen rationalen Kontext für entsprechende Reaktionen – anstatt nachträglich hastig nach schnellen aber nicht grundlegenden Reparaturmöglichkeiten zu suchen, wie es seit dem Ausbruch der Subprime-Krise im Jahr 2007 geschah. Es ist bemerkenswert, dass die Unzulänglichkeiten unserer wirtschaftlichen Institutionen nicht breiter diskutiert werden. Die meisten Menschen z.B in den USA, sind in dem Fall, dass sich in den Märkten Blasen bilden, die dann platzen, nur minimal gegen ihre größten finanziellen Risiken abgesichert. Sie halten gefährlich undiversifizierte Portfolios und riskieren den Ruin, wenn sie arbeitslos oder krank werden. (Shiller, 2008, S.124f.)

Die Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems macht es auch unmöglich, die aktuellen Probleme mit einem einfachen Instrument zu lösen. Es gibt keinen archimedischen Punkt. Ein ganzer Werkzeugkasten wird nötig sein. Staat *und* Markt müssen aktiviert werden für das Krisenmanagement. Die grundsätzliche Orientierung für eine

echte Umkehr sollte vor allem darauf gerichtet sein, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen.

Wir brauchen Reformen im Herzen des Systems:

Eigenkapitalvorschriften für Banken müssten verschärft werden. Außerbilanzielle Geschäfte, die jetzt im Zentrum der Krise stehen, sollten verboten werden. Die Praktiken der Verbriefung müssen auf solche Institutionen beschränkt bleiben, die unter der strikten Kontrolle der Regierungen stehen. Die schlimmsten Praktiken der Verbriefung müssen verboten werden, beispielsweise die CDOs, deren Ziel der massive Wiederverkauf von Subprime-Krediten war. Investment-Banking sollte von anderen Bankdienstleistungen strikt getrennt werden. Das öffentliche und genossenschaftliche Bankenwesen sollte gestärkt werden. Die Rating-Agenturen, die in dieser Krise ebenso wie in fast allen Krisen der letzten Dekaden schwere Fehler machten, sollten unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. (Bischoff, 2008, S. 88ff.)

Es besteht die Gefahr, dass in der wiederanspringenden Weltwirtschaft keiner mehr den Mut hat, erforderliche neue Vorschriften durchzusetzen. Ohne diese könnte jedoch die Mixtur aus historisch niedrigen Zinsen, überzogenen Boni, Kampfbedingungen im Kreditgeschäft und unkritischen Rating-Agenturen leicht die Basis für die nächste Krise bilden. Deshalb spekulierte die Schweizer Nationalbank schon offen darüber, ob man die Größe von Banken begrenzen sollte, damit eine erneute Pleite

nicht zum Kollaps der Weltwirtschaft führen kann

Wir brauchen multilaterale Reformansätze

Gegenwärtig ist die Situation vom unmittelbaren Krisenmanagement bestimmt. Rettungspläne für den Finanzsektor und Konjunkturprogramme beherrschen das Bild. Interessant dabei ist, dass dies fast ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene stattfindet. Jedes Land macht seine eigene Aktion. Jetzt rächt sich, dass mit der Transnationalisierung der Märkte keine Transnationalisierung der Politik als Gegengewicht einherging. Insofern ist die Krise auch eine Krise des Multilateralismus. IWF, Weltbank, G8, Financial Stability Forum (FSF), WTO – sie alle spielen in dieser Krise nur Nebenrollen. Selbst die EU hat sich bislang als Papiertiger erwiesen.

Vor dem ersten Gipfel mit Barak Obama am 2. April 2009 in London zeichneten sich auf der Basis der Positionen der EU, der USA und der BRIC-Staaten folgende Grundzüge einer neuen Finanzordnung ab:

- Alle systemisch relevanten Finanzmarktakteure sind der Aufsicht zu unterwerfen, d.h. dass große Schattenbanken, Hedgefonds u.a. institutionelle Investoren reguliert werden sollen.
- Die Märkte für Derivate, die bisher Over the Counter (außerbörslich) gehandelt werden – das sind 90% aller Derivatgeschäfte – sollen reguliert werden.
- Die Eigenkapitalanforderungen für alle Finanzmarktakteure sollen verbessert werden.

- Steuerparadiese und Offshorezentren sollen aktiver als bisher bekämpft werden.
- Die bestehenden Institutionen IWF und FSF sollen demokratisiert und reformiert werden.
- Rating-Agenturen sollen reguliert werden.
- Die Aufsicht soll verbessert und stärker internationalisiert werden.
- Die internationale Kooperation und Koordination auf allen Ebenen soll verstärkt werden.

Am Beispiel der *Hedgefonds* lässt sich verdeutlichen, wie weit die Bandbreite sein kann, innerhalb der reguliert (oder nicht) werden kann. So könnte man in einer weitgehenden Variante folgendes durchsetzen: Eigenkapitalvorschriften wie bei Banken, aber noch verschärft!

- volle Transparenz über Besitzer, Kapital, Art und Umfang der Geschäfte,
- risikoarme Obergrenze für hebelverstärkte Kreditaufnahme,
- Verbot von hochspekulativen Geschäften wie Leerverkäufen und des Handels mit riskanten Produkten, was seinerseits durch die Regulierung von Derivaten zusätzlich abgesichert würde,
- normale Besteuerung aller Finanztransaktionen,
- Unterstellung unter das Gesellschaftsrecht, d.h. Einführung von unternehmensinternen Kontrollmechanismen, wie Aufsichtsräte etc. (Wahl, 2009, S.95ff.).

Inzwischen kämpft vor allem Obama dafür, dass die Kreditgeschäfte der Banken

für die Realwirtschaft und das sog. Investmentbanking, das ein preistreibendes Spekulationskarusell ist, institutionell zu trennen sind.

Eine neue Informationsinfrastruktur in Finanzangelegenheiten tut not

Was auch immer an Regulierung geschieht, es scheint richtig und notwendig zu sein. Aber insbesondere auch das Wort von Altkanzler Helmut Schmidt: „Zwar können die Staaten und die Notenbanken einzelne Finanzinstitute retten, zwar können sie... durch Konjunkturprogramme aller Arten der Deflation gegensteuern... aber wenn es beim Schlendrian der Finanz- und Bankaufsicht bleiben sollte, so bliebe eine Rückkehr des *Vertrauens* in die Funktionssicherheit der Finanzmärkte nur eine Illusion.“ Vertrauen wieder gewinnen würde bedeuten: mehr Ehrlichkeit, weniger Rendite. Banken müssen in der Zukunft den Verkaufsdruck verringern und unter Umständen auch gegen Honorar eine unabhängige Beratung anbieten. Die Bürger werfen den Banken zu Recht vor, die Risiken der Anlagen nicht genügend transparent gemacht zu haben. Banker verstehen sich als Produktverkäufer, die auf Ziele und Bedarfe der Kunden nicht ausreichend eingehen, sondern vor allem ihren eigenen Vorteil suchen. Die Beratung muss innerhalb des Bankbetriebes erheblich aufgewertet werden. Die Finanzberatung sollte dabei drei Kriterien genügen: offene Produktpalette, faire Marktanalyse und neutraler Rat. Anlageprodukte dürfen keine verborgenen Überraschungen enthalten. Sie dürfen erst dann für die Beratung frei gegeben werden, wenn sie

einen bankinternen TÜV durchlaufen haben. Das kostet die Banken kurzfristig Erträge, langfristig schafft es Vertrauen und damit zufriedene Kunden und neue Geschäftschancen. (Shiller, 2009, S.130)

Wichtig wird daher die Frage nach einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternative! Haben wir dafür eine Perspektive?

Zu reformieren ist heute nicht mehr nur „der“ Kapitalismus, sondern eine gemischte Struktur, der reformierte Kapitalismus, das Reformsystem der liberalen und sozialen Demokratie. Aber haben wir überhaupt eine über die Gegenwart hinausreichende Reformdiskussion?

Die Zukunft ist gestaltbar, aber sie muss aufhören eine Verlängerung gegenwärtiger Tendenzen zu sein. Die Probleme werden erzeugt durch die Strukturen, in denen wir leben. Hier muss der Wandel ansetzen. Es geht um die Veränderung der Dynamik und Statik der Gesellschaft selbst. Die Grundlagen der Vergesellschaftung werden dabei auf die Probe gestellt, was sollte das sonst heißen, die Formel von einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternative?

Die strukturellen Krisen der Ökonomie, die langfristige Arbeitslosigkeit, die neue Armut, das Wiederaufkommen einer Klassengesellschaft in neuer Form, die andauernde ökologische Zerstörung, das weltweite Spekulantentum im Finanzsektor und die finanzielle Krise der Wohlfahrtsstaaten lassen sich mit den traditionellen Steuerungsmitteln der sozialen Marktwirtschaft immer weniger unter Kontrolle bringen. Die Hoffnung des planstabilisierten Kapitalismus (Sozial- und Wohlfahrts-

staat) die soziale Gerechtigkeit in den gegebenen Verteilungsverhältnissen erfordere keine weiteren grundlegenden systembezogenen Korrekturen, auch im Weltmaßstab, wird immer hinfalliger. Struktureller Wandel tut not, wenn wir die gegenwärtigen Krisen meistern wollen. Die gegenwärtige Reformdiskussion hat jedoch keine Perspektive für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung. Sie kann die Probleme nicht aus der Tiefe der Sozialbeziehungen heraus thematisieren. Die Probleme in den Sozialbeziehungen werden dadurch auch nicht zum Anlass eines gemeinsamen sozialen Lernens. Struktureller Wandel tut not, wenn wir die gegenwärtigen Krisen meistern wollen. Die gegenwärtige Reformdiskussion hat jedoch keine Perspektive für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung. Sie kann die Probleme nicht aus der Tiefe der Sozialbeziehungen heraus thematisieren. Die Probleme in den Sozialbeziehungen werden dadurch auch nicht zum Anlass eines gemeinsamen sozialen Lernens. Das Mischsystem aus Markt und staatlicher Planung bringt uns nicht mehr in eine problemlösende produktive Handlungsrichtung.

Was erforderlich wird, ist eine Politik an den Nahtstellen zwischen Privatexistenz und institutionellen Strukturen, die uns zu einer Weiterentwicklung unserer Sozialität auffordert. Wie jedoch die Veränderung von Institutionen, Strukturen und Bewusstsein zueinander stehen, darüber hat die Diskussion bisher kaum begonnen. Es geht darum, das Beziehungsverhältnis zwischen Sozialstruktur, Weltauffassung und per-

sönlicher Identität in Bewegung zu setzen und weiter zu entwickeln. Es geht darum Leistungen, Organisationsabläufe und individuelle Handlungsmotive so aufeinander abzustimmen, dass die soziale Problemlösungsfähigkeit im gesellschaftlichen Raum gestärkt wird.

Was die gegenwärtige Politik jedoch versucht, ist nicht die Anstrengung eines Bewusstseinswandels als Vorbedingung des Strukturwandels sondern das Suchen nach technologischen Lösungen und Auswegen um jeden Preis, ohne dass sich in den Beziehungen der Menschen auf dem Markt und im Staat etwas grundsätzlich ändert. Wir wollen zwar alles, aber möglichst ohne dass etwas anders wird.

Es entsteht keine soziale Ordnung in der Wirtschaft. Es entsteht auch kein gemeinschaftliches Urteilen hierüber. Ein abstrakter Preismechanismus oder ein abstraktes Planen oder eine Kombination aus beiden sollen es richten. Das Gleichgewicht, das gesucht wird, soll als ein Gleichgewicht der Egoismen entstehen. Aus egobasierten Lebensformen kann jedoch eine gerechte und solidarische Wirtschafts- und Lebensordnung nicht entstehen.

Wir brauchen ein neues ordnungspolitisches Denken. Ohne dieses gibt es keine wirkliche gesellschaftliche Alternative zu dem heutigen aus den Fugen geratenen System der sozialen Marktwirtschaft. Diese ist selber zum Problem geworden.

Welche Potentiale einer Neuorientierung stecken in der Wirtschaftsethik?

Die Zeiten, in denen das Credo „the business of business is business“ schei-

nen vorbei zu sein. Was allerdings gute Unternehmensführung heißt und wie eine solche zu erreichen ist, ist kontrovers. Die realen Erfahrungen mit der Umwelt-, Sozial- und Humanverträglichkeit der Wirtschaft zwingen zu neuen Überlegungen. Die Gesellschaftsdienlichkeit des privatwirtschaftlichen Erfolgsstrebens wird zur Zeit breit diskutiert. Wer aber ist in der Lage die erforderlichen neuen Standards zu entwickeln und durchzusetzen? (Vgl. für das gesamte Kapitel: Thielemann, U./Ulrich P. 2009, S.11 ff.)

Der Problemstau, der eine Klärung dieser Fragen bedingt, ist offenkundig: Millionenvergütungen für Manager ob erfolgreich oder nicht bei zugleich stagnierenden oder sinkenden Einkommen und steigenden Belastungen für viele Beschäftigte, Entlassungen trotz guter Geschäftsgänge, Gewinnsteigerung durch Entlassungen, sinkende effektive Beiträge der Kapitaleinkommen am Gesamtsteueraufkommen bei steigender Kapitalquote, Investoren, die Unternehmen „ausweiden“, Korruptionsskandale, Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste, von maßloser Gier getriebene Geschäftsmodelle, die ganze Wirtschaftssysteme an den Rand des Zusammenbruchs bringen, die globale Spekulationskrise, vieles mehr könnte genannt werden, insbesondere die realen Erfahrungen, wie sie die Bürger als Mitarbeiter, wie sie Zulieferer, Kunden und Angehörige von Beschäftigten mit einem Management machen, in dem zunehmend eine neue ökonomische Radikalität um sich zu greifen scheint durch die berufliche Existenzen auf Spiel gesetzt werden, während die Inter-

nationalisierung Unsummen in die Kassen der Investoren spült. Sowohl Politiker, wie auch Manager selber kritisieren die Zunahme unverantwortlicher Geschäftspraktiken, die von Gier, Selbstbedienungsmentalität und Rücksichtslosigkeit getrieben sind. Es kann von einer weltweiten Erosion der Moral bei vielen Wirtschaftsführern gesprochen werden, die eine Implementierung ethischer Rahmenbedingungen über Ländergrenzen hinweg unabdingbar macht.

Dabei geht es um das doppelte Ziel, einerseits umfassende Kriterien guter Unternehmensführung zu definieren, um den Unternehmen eine normative Orientierung zu bieten und zum anderen eine verbindliche Standardisierung zu erreichen, branchenbezogen, damit die Verantwortungsbewußten nicht die „Dummen“ sind, an denen die weniger skrupulösen Wettbewerber vorbeiziehen. Es geht darum, überzeugende Antworten auf die gesellschaftliche Orientierungs- und Legitimationskrise der Unternehmensführungen zu geben.

Zwar gibt es heute immer weniger Unternehmer, die Ethik als überflüssig bezeichnen, vielmehr wird die Wichtigkeit von *Corporate Social Responsibility* betont, das Entscheidende dabei ist jedoch das Verhältnis dieser gewollten ethischen Selbstbindung zum angestrebten Unternehmenserfolg. Es ist heute notwendig geworden sich zu Ethik zu bekennen. Hier wird Ethik jedoch oft nur Teil einer Rezeptur dafür, wie man die Gewinne erzielt. Ethik wird als Instrument eingesetzt, um den Kunden, Mitarbeitern und kritischer Öffentlichkeit zu entsprechen, die erwarten, dass die Geschäfte verantwort-

tungsvoll geführt werden. Ein *instrumentalistisches Denkmuster* ist dabei primär. Die instrumentalistische Konzeption verwechselt jedoch Akzeptanz, d.h. die faktische Zustimmung mit Legitimität, d.h. ethischer Richtigkeit. Eine nicht-opportunistische Geschäftsethik weiß um diese Differenz. Ethische Unternehmensführung heißt persönliche Moral und Integrität. Integrität bedeutet als Person ganz zu sein, d.h. sein Erfolgsstreben nicht von der Selbstachtung als verantwortungsbewusster Person abzuspalten. Das ist auch mehr, als der Gesellschaft etwas zurück zu geben, wie es im spendenethischen Konzept gefordert wird. Hier kann man nämlich die Ansprüche jederzeit wieder zurückfahren, etwa weil es aus wettbewerblicher Sicht nicht mehr möglich wäre, sich ethisch zu verhalten. Das spendenethische Konzept der CSR setzt zu spät an. Es thematisiert erst die ethisch gute Verwendung von erzielten Gewinnen, statt schon die Voraussetzungen ihrer Entstehung, also im Kern das Geschäftsmodell des Unternehmens, d.h. es wird nicht gefragt ob die Gewinne unlauter oder unfair erworben worden sind. Die ethische Qualität der Geschäftsstrategie selbst wird nicht zum Thema. Dieses verstärkt sich dann auch leicht in die relativierende Auffassung, dass die Einhaltung bestimmter Normen zwar an sich wünschenswert sei, es aber im zunehmenden schärfer werdenden Wettbewerb bedauerlicherweise nicht möglich sei, die fragliche Norm zu erfüllen. So begründete z.B. die Deutsche Bank den Abbau von 6400 Stellen mit dem Argument, ich zitiere: „Es fällt uns nicht leicht, uns von Mitarbeitern trennen zu müssen, die in

der Vergangenheit zum Erfolg beigetragen haben. Doch wir sind aufgrund der gegenwärtigen großen Herausforderungen im Bankenwesen gezwungen, uns im internationalen Wettbewerb nicht nur zu behaupten, sondern unsere Stellung als globaler Anbieter zu festigen.“ (Rolf Breuer)

Allerdings sollte man verlangen können, dass das natürlich vorhandene Problem sich Wettbewerbsnachteile einzuhandeln auch redlich, d.h. im Sinne einer integren und verantwortungsvollen Geschäftsführung angegangen wird. Die Unterscheidung zwischen integrem verantwortungsbewußtem Gewinnstreben und maßloser Gewinnmaximierung muss eingehalten werden. Sonst ließe sich jede erdenkliche Handlungsweise rechtfertigen, solange sie nur die Gewinnaussichten steigert, auch wenn damit legitime Ansprüche anderer verletzt würden oder unbeachtet blieben. Es ist ein Unterschied, ob Entlassungen aus Not geschehen, weil die Existenz des Unternehmens gefährdet würde oder aus Maßlosigkeit, um die Rentabilität höher zu schrauben. Da sind wir dann bei den Shareholdern, die im Sekundenakt die Anlagen wechseln und im deutschen Fernsehen allabendlich „Investoren“ genannt werden.

Trotz dieses harten Urteils gibt es natürlich in einer Wettbewerbsordnung das Problem der möglichen ökonomischen Nachteile individualetischer Strategien. Das erweitert aber die angesprochene Zumutungsproblematik über das einzelne Unternehmen hinaus auf den Ordnungsrahmen des Marktes. Was unter gegebenen Wettbewerbsbedingungen nicht möglich ist, könnte

auf branchen- und ordnungspolitischer Ebene sehr wohl möglich gemacht werden. Das setzt jedoch eine Marktreform im Sinne einer fairen Wettbewerbsordnung voraus, welche für alle Unternehmen aufgrund von Absprachen, die es ja heute schon in großer Fülle gibt, klare Standards guter Geschäftsführung vorgibt. Diese würden es den Unternehmen ermöglichen berechtigten Ansprüchen zu genügen, ohne gegenüber weniger verantwortungsvoll agierenden Unternehmen „der Dumme“ zu sein. Es fehlt heute jedoch eine Marktordnung, die dafür sorgt, dass im Wettbewerb die bessere unternehmerische Leistung unter gleichen Rahmenbedingungen der Human-, Sozial- und Umweltverträglichkeit gewinnt, und nicht ein gegenüber Mitarbeitern und der Sozialverwaltung durch verantwortungsloses Geschäftsgebaren erzielter unlauterer Kostenvorteil, der dann wiederum die anderen Wettbewerber zu dem gleichen fragwürdigen Verhalten zwingt.

In diese Richtung arbeitet auch ein in St.Gallen von P.Ulrich u.a. entwickeltes integratives Konzept der Unternehmensethik. An dessen Ausgangspunkt steht die Feststellung, dass verantwortungsvolle Unternehmensführung den Willen voraussetzt, die Geschäfte grundsätzlich verantwortungsvoll zu führen und die eigenen Geschäftsziele auf legitime Weise zu verfolgen. Zum Schlüsselbegriff wird in diesem Konzept eine „Geschäftsintegrität“ als Basis für ein legitimierbares und verantwortliches Gewinnstreben. Legitimität und Verantwortbarkeit von Geschäftsführung dürfen im integrativen Ansatz nicht nur kompensatorisch begriffen werden und

sie müssen sich auf alle Bereiche und Dimensionen der Unternehmenstätigkeit erstrecken. Geschäftstätigkeit vollzieht sich niemals in einem sozialen Vakuum. So entfällt schon im Ansatz die scheinbare Notwendigkeit zwischen betriebswirtschaftlicher Erfolgslogik und Ethik einen Kompromiss zu suchen. Dieses Konzept basiert auf der Idee einer verdienten Reputation. Das Unternehmen ist gerade dadurch auch geschäftsstrategisch erfolgreich, weil es ohne Wenn und Aber integer wirtschaftet. Es wird davon ausgegangen, dass Kunden, Mitarbeiter und Geldgeber das Unternehmen gegenüber weniger verantwortungsvollen Wettbewerbern bevorzugen. Ethik und Erfolg werden als unternehmerische Strategien begriffen. Stakeholder-Diskurse sollen Anspruchskonflikte dialogisch klären. Dabei geht es nie um maximal bedienbare Ansprüche sondern um verhältnismäßige faire Berücksichtigung. Es wird verhandelt, ohne gleich Macht und Gegenmacht in die Waagschale zu werfen. Entscheidend bleiben soll letztlich der Geist der argumentativen Integrität und Redlichkeit.

Alte Denkmuster sind im Umbruch. Der Grund hierfür ist auch ein inzwischen breiter gewordener Unmut der Bürger über die Unternehmen und ihr Management. Es geht um den immer weniger akzeptierten Mangel an Geschäftsintegrität. Corporate Governance lehnt es eindeutig ab, dass sich ein Management sich nur als Agent der Aktionäre begreift. Vielmehr wird die professionelle Aufgabe hervorgehoben, die verschiedenen Ansprüche aller Stakeholder fair auszubalancieren. Die Basis dafür ist eine ethische Legitimität, d.h.

die Frage nach der ethisch-moralischen Vertretbarkeit der Unternehmensentscheidungen und deren Standardisierung. Das ist mehr als Akzeptanz. Es geht um eine normative Orientierung im unverkürzten Sinne. Es geht auch um eine tragfähige Vision guter Unternehmensführung und um einen fairen Umgang mit den gesellschaftlichen Konflikten des privaten Erfolgsstrebens. Das relativiert natürlich das Ziel unbedingter Gewinnmaximierung.

Hier entsteht eine Spannung zwischen dem Erwartungsdruck der Zivilgesellschaft und den Unternehmensleitungen. Es entsteht ein gesellschaftlicher Druck zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung. Der moral case wird zum business case, ohne selbst als reiner business case erfüllt werden zu können. Es entsteht ein Ethik-Wettbewerb, dessen Lohn Sicherheiten sind, dafür dass ein fairer Umgang mit Mitarbeitern, Kunden, Zulieferern, Standortgemeinden und Bürgern erreicht worden ist. Wichtig sind aber auch Vorgaben aus dem Ordnungsrahmen des Wirtschaftens, die durch eine gute Ordnungspolitik hergestellt werden müssen. Ethische Unternehmensführung und Markterfolg müssen letztlich vereinbar sein. Die Unternehmen, die Wirtschaftsverbände und die Zivilgesellschaft müssen hierfür zusammenarbeiten.

Zusammenfassend kann mit Thielemann und Ulrich gesagt werden:

1. Unternehmen müssen es lernen sich als Agenten umfassender Wertschöpfung zu begreifen, anstelle bloßer Kapitalverwertung.

2. Wir brauchen branchenbezogene Bemühungen bezüglich Standards guter Unternehmensführung.
3. Die Zivilgesellschaft wird einen stetigen argumentativen Legitimationsdruck erzeugen und verstärken müssen.
4. Die Politik ist aufgerufen, die Unternehmen entsprechend in die Pflicht zu nehmen und neue ordnungspolitische Vorgaben und Anreizsysteme zu entwickeln.
5. Es besteht keine Wahl zwischen privatwirtschaftlicher Selbstregelung (Selbstbindung) und Ordnungspolitik (Fremdbindung). Es geht um eine Verantwortung im Sinne einer wechselseitigen Verstärkung an der Schnittstelle zwischen Unternehmen, Dachverbänden der Wirtschaft und der Politik in Richtung einer ordnungspolitischen Mitverantwortung. (ebenda, S.230ff.)

Wirtschaftsethik setzt eine soziale Marktordnung voraus

Am Wichtigsten erscheint mir aber für eine Realisierungschance solcher Ansätze die Verknüpfung von Geschäftsethik und marktlicher Ordnungsethik. Diese Ergänzung wird auch von P. Ulrich für notwendig gehalten, um rechtsverbindliche Standards, die für alle miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen Gültigkeit haben, realitätsgemäß entwickeln zu können. Hier bedarf es eines gemeinschaftlichen Vorgehens und zwar aus der gesellschaftlichen Verantwortung aller Beteiligten und Betroffenen selbst. Das wiederum setzt eine wirkliche Reform im kapitalistischen

Marktverständnis voraus. Über die neuen Regeln für die Finanzwirtschaft hinaus wird eine soziale Marktreform erforderlich, aus der die Akteure ihr Verhalten gemeinwirtschaftlich abstimmen können. Die aktuelle Reformreichweite kann jedoch leider nur wie folgt beschrieben werden: „Der Staat wurde in der aktuellen Finanzkrise zu einer Demonstration der Stärke gezwungen, die seine strukturelle Schwäche zeigt. Er ist vom Kapitalismus abhängig und kann ihn deshalb nicht wirksam domestizieren. Er muss ihm die Zügel schießen lassen, um die wirtschaftliche Dynamik zu bekommen, die er für seine politischen Ziele braucht. Und er muss die Scherben aufsammeln, wenn diese Dynamik in die Krise führt. Dann ist Heulen und Wehklagen, aber schon bald geht es weiter wie zuvor: mit mehr Markt und mit mehr internationalen Institutionen zur Marktschaffung und Regulierung. Der Staat macht sich wieder klein – bis zur nächsten Krise.“ (Genschel/Nullmeier, in: Die Zeit, Nr.46, S.15)

Eine gesellschaftstheoretisch fundierte neue ordnungspolitische Debatte in die soziale Marktwirtschaft hinein ist überfällig. Die Wirtschaftsordnung kann in Zukunft nicht mehr lediglich als ein unpersönlicher Koordinationsmechanismus privater Einzelentscheidungen angesehen werden. Es geht darum, die Wirtschaft als ein soziales Handlungsfeld zu begreifen, in welchem die volle soziale Gegenseitigkeit für die Wirtschaftsteilnehmer in ihren Entscheidungen hergestellt wird. Eine sozial verantwortungslose Folgenproduktion darf es in Zukunft im Markthandel nicht mehr geben. Die Sozialordnung darf nicht erst

jenseits der Marktordnung entstehen. Die Ziele, mit denen die Bürger in die Wirtschaft eintreten, müssen in Zukunft immer auch sozial reflektiert werden. Die entscheidende Frage ist, kann das Geld gezähmt werden, und zwar so, dass nicht nur wenige Mächtige dieses Geld beherrschen, sondern so, dass die Kreditprozesse allgemein und durchsichtig werden? Anders ausgedrückt, wie wird das System wieder beherrschbar? Wir müssen in Zukunft daran arbeiten, die Auswirkungen des Geldes auf die reale Wirtschaft besser zu erfassen und diese dann besser kontrollieren und einschränken, wenn es erforderlich wird. Das Geld tritt heute als ein Konkurrent zur Ware oder zur Dienstleistung auf. Es erscheint als im Tausch den Waren überlegen. Diesen Vorteil des Geldes über man in der Zukunft durch Kosten kompensieren müssen. Für die Umsetzung solcher Konzepte benötigen wir soziale Begriffe von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, an Stelle der individualistischen, die heute die Debatten der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit weltanschaulich prägen. Die ethischen und die kulturellen Voraussetzungen von Wirtschaft und Staat sind es, die heute unzulänglich geworden sind. Nur durch eine Systemerweiterung im Markt mittels stärkerer assoziativer Vergemeinschaftung der verantwortlichen Akteure bleibt die soziale Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates in Bedingungen eingebunden, die diese dynamisch erhalten. Die Umorientierung bedarf eines völligen Neuansatzes im sozialen Denken.

Die Aufgabe der Ethik besteht in der Entwicklung, Analyse und Begründung

von Normen. Darüber hinaus überprüft sie kritisch die sich verändernden Werte und Normen in Gesellschaften und Gruppen. Verantwortungen werden angesprochen, die des Wirtschaftsbürgers, die der Unternehmung, und die des Marktes als der staatlich gesetzten Rahmenordnung für die Wirtschaft insgesamt. In der Wirtschaftsethik lässt sich heute eine Diskussion um Nachhaltigkeit erkennen, und zwar in drei Dimensionen: ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit.

Eine besonders wichtige Norm ist in unserem Gesellschaftssystem jedoch auch die Autonomie und Freiheit bei Entscheidungen. Das Unterlaufen von kodifizierten Regeln durch Manager sowie Wirtschaftsbürger aber auch durch Politiker zeigt jedoch, dass das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit von Handlungsfreiheit und Verantwortung vielfach verloren gegangen ist. Die Finanzkrise ist ein besonders prominentes und bedauerliches Beispiel. Eine neue Management-Ethik sollte daher Konzepte der Begründung von moralischen Normen und ihrer Implementierung in den Unternehmen *und* in den Märkten herausarbeiten. Dabei ist eine unternehmensbezogene geschäftsethische Verantwortung durch eine branchenbezogene und ordnungspolitische Mitverantwortung im Markt zu ergänzen. Das bedeutet auch, dass die vorliegenden Wettbewerbsbedingungen kritisch zu hinterfragen sind. Ziel ist die Integration eines Umwelt- und Sozialmanagements in ein sozialökonomisch ausgerichtetes Nachhaltigkeitsmanagement.

Nun lässt sich das angesprochene Problem, wie schon betont wurde, al-

lerdings nicht rein individualethisch lösen. Die Frage nach einer Unternehmensethik lässt sich von der Frage nach einer guten marktwirtschaftlichen Ordnung als Basis einer guten Unternehmensführung nicht trennen. Denn wenn die Unternehmen und die Wirtschaftsbürger im Wettbewerb ethisch alleine agieren würden, müssten sie scheitern. Der Wettbewerber, der nicht ethisch geleitet handelt, stünde im Vorteil. Wir benötigen also auch neue sozialorganisatorische Rahmenbedingungen für das Markthandeln, wenn individual-ethische und unternehmensverpflichtende Maximen Realität werden sollen. Eine soziale Marktreform, das ist zugleich eine Weiterentwicklung der ganzen Wirtschaftsgesellschaft vom Markte her. Die Beziehungen zwischen den wirtschaftenden Menschen dürfen in der Zukunft nicht mehr nur technisch-mechanisch begriffen werden. Auch der planstabilisierte Kapitalismus versagt als soziale Ordnung. Die Sozialordnung kann, wie die Krise zeigt, nicht erst jenseits der Marktordnung durch den Staat entstehen. Wirtschaften muss in der Zukunft als Teil eines gemeinschaftsbildenden Prozesses verstanden werden. Hier liegt die Wurzel der sozialen Umgestaltung heute. Die Probleme werden nicht aus einem sozialen Bewusstsein erfasst und gesteuert. Verständige Kooperation zur Lösung der selbst erzeugten Probleme ist aber das, was der Markt nicht will und wie die gegenwärtig nicht stattfindende Finanzreform der Staat ganz offensichtlich auch nicht leisten kann. Es fehlen die ordnungspolitischen Grundlagen für eine *planvolle Wirtschaft, die aus den freien aber abgestimmten Ent-*

scheidungen der Produzenten und Konsumenten entsteht.

Über den Wettbewerb und den Regulationsmechanismus der Preise hinaus, müssen in Zukunft auch Absprachen möglich werden, welche die wirtschaftlichen Grundbeziehungen mit regeln. Wie anders sollten die Gesetze des Marktes nicht nur individuell interessenbezogen sondern auch sozial und ökologisch eine nachhaltige Wirkung erzeugen. Wenn wir das anstreben, müssen wir einen sozialen Lernprozess in den Markt hinein implementieren. Das setzt jedoch eine Marktreform voraus, die diesen zu einer kommunikativ aktiven und sozial aktivierenden Struktur umbildet, welche das nachhaltige soziale, ökonomische und ökologische Wollen auch kommunikativ herausfordert und einen Verständigungsprozess hierfür erzeugt. Das bedeutet also nicht, dass diese Aufgabe nun alleine dem Staat zufiele, es gibt in jeder Gesellschaft noch mehr Potentiale als nur den Individualismus im reinen Markt oder das hinter den Problemlagen immer zurück liegende Staatshandeln. Die sozialen und ökologischen Resultate reiner Markt- und reiner Planwirtschaften sind verheerend. Deshalb hat es immer wieder staatliche Korrekturen in den Markt hinein gegeben. Heute geht es um noch mehr, da auch der planstabilisierte Kapitalismus (Sozial- und Wohlfahrtsstaat) erhebliche Defizite aufweist. Die Wirtschaftsbürger, Konsumenten, Unternehmer und Arbeitnehmer, müssen zwischen Individuum und Staat selbst einen sozialen Raum entwickeln, aus dem heraus sie gemeinsame Probleme gemeinsam lösen, und zwar in

den Markt hinein. Es fehlt heute eine gemeinsame soziale Urteilsbildung bei den Primärplanern des Wirtschaftens. Neben ethischen Normen, die die Form der Selbstbindung haben, fehlen Vereinbarungen über das jeweils allen Marktteilnehmern gemeinsam Mögliche, auf das sie sich gegenseitig verpflichten. Das organisierende Prinzip solcher Vereinbarungen heißt „Assoziation“. Das bedeutet einen jederzeit möglichen Zusammenschluss der Marktpartner, wo die Problemlage ein gemeinsames Handeln erfordert. (Zum Assoziationskonzept vgl. Herrmannstorfer, 1997)

Die Assoziation der Wirtschaftsteilnehmer sollte dort an die Stelle des Konkurrenzprinzips treten, wo die praktische Entscheidungslage Zusammenarbeit erforderlich macht. Schon heute gibt es keine vollkommenen Märkte mehr. Überall finden wir Absprachen und der Staat lenkt, finanziert, korrigiert, kompensiert etc., so dass man mit Recht sagen kann, wenn die soziale Praxis von sich aus ständig zur Korrektur drängt, dann muss das Denkmodell eines reinen Marktes fehlerhaft sein, und das gilt ebenso für den Staat, wenn dieser die Problemlösung verschleppt und überschuldet auf der Strecke bleibt. Neue Denkansätze sind erforderlich. Die Trennung der Menschen voneinander im Marktmechanismus muss überwunden werden. Wir haben uns zu lange daran gewöhnt, alles als durch die selbstbezogene Einzelinitiative bestimmt zu sehen und das, was dabei zu kurz kommt, durch den Staat. Jeder sucht sein Glück für sich alleine. Hier setzt die assoziative Wirtschaft an, indem sie der arbeitsteilig bedingten so-

zialen Zersplitterung ein Organ einbildet, durch das sich die Splitter wieder zu einem Ganzen verbinden lassen. Assoziationen knüpfen an Lebenserfahrungen an, und bieten gleichzeitig auch die Möglichkeit ihrer Erweiterung. Sie fördern damit die Möglichkeit, in die sozialen Verhältnisse anteilnehmend einzutauchen und dadurch die Erlebnisgrundlagen für ein Gerechtigkeitsempfinden zu legen. Assoziationen müssen ersetzen, was früher die Lebensverhältnisse selbst enthielten. Hier liegt der Ansatzpunkt für die bei doch allen von uns untergründig wirkende irrümliche Annahme vielleicht doch irgendeiner Selbstregulierung des Marktes, am bewussten sozialen Wollen der Akteure vorbei. Es gibt keine technische Lösung der sozialen Fragen. Sie müssen in das Bewusstsein genommen werden, nicht individualetisch sondern gemeinsam, sozial. Hierfür brauchen wir eine Organisation in den Markt hinein.

Das assoziativ ermittelte Urteil soll den abstrakten Regelungsmechanismus des Marktes und die staatlichen Normen ergänzen oder ersetzen. Dann können *Vereinbarungen* zur Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse werden. Erfährt der eine *durch den anderen*, wie dieser seine Nachhaltigkeitsziele, ökologisch und sozial, erreichen will, können beide diese gemeinsam reflektieren und sozial urteilsfähig werden. Wirtschaften verlangt ein Handeln aus Erkenntnis und aus individueller Verantwortlichkeit. Erkenntnis ist das Wahrnehmen von Zusammenhängen. Assoziativer Zusammenschluss ist die Voraussetzung für die Wahrnehmung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Es entsteht ein

Art institutionellen Gemeinsinnes. Zugleich geht es darum, die sozialen Kräfte zu wecken. Die assoziative Methode bedient sich der Freiheitskraft im Menschen. Diese mündet in das Motiv, sich gegenseitig zu informieren und auszutauschen, um die Bedingungen des Zusammenwirkens aller zu erfahren. Gegenseitigkeit und Zusammenarbeit entstehen aus freiem Entschluss. Es entsteht eine Wirtschaftsordnung, die „sozial“ genannt werden kann, weil sie von den zu lösenden Problemen her die Ausbildung eines „Gemeinsinnes“ verlangt und sein Zustandekommen auch sozialorganisatorisch ermöglicht.

Die Mitglieder der Assoziationen sollten die in der Wirtschaft selber tätigen sein. Eigene Erfahrung und tätige Verantwortung sind Voraussetzungen des Mitwirkens. Die Träger der Wirtschaftsaktivität und der wirtschaftlichen Entscheidungen treten selber auf. Ihr Ziel ist verständiges Kooperieren, welches dasjenige in das Bewusstsein nimmt, was der Marktmechanismus nicht bedenkt. Verständige Kooperation ist heute jedoch explizit das, was der Markt nicht will und nicht kann. Das verantwortlich-selbstbestimmte Wirken des einzelnen ist ebenso das, was auch ein staatlicher Plan nicht erzeugen kann. Durch assoziative Urteilsbildung dagegen würden das freie Wollen und die gemeinsame Verantwortung im Wirtschaftsleben zusammengeführt und auf eine höhere Stufe gehoben. Es wird dann nicht Moral gepredigt, sondern am gemeinsamen Tisch die Voraussetzung dafür geboten, ein gesamtwirtschaftliches Bewusstsein zu erzeugen, wie es den mitgebrachten und mitgeteilten Erfah-

rungen entspricht. Freiheit und Sozialität verbinden sich.

Assoziationen diktieren nicht, sie treiben keine Planwirtschaft, aber sie wirken so, dass im Effekt eine gleichsam planvolle Wirtschaft in Bezug auf das Nachhaltigkeitsdenken aus der Freiheit heraus entstehen kann, obwohl die Produktion nicht nach einem vorher aufgestellten zentralen Plan organisiert und erzwungen wird. Die soziale Seite der Wirtschaft wird eigenverantwortlich in das Wirtschaftsleben einbezogen. Es entwickeln sich dabei auch Konsensformen im Hinblick auf die gegenseitige Wahrnehmung bezüglich der Standards und der Folgen der gesellschaftlichen Kapitalzuweisung an Individuen und Gruppen. Die Einzelzielsetzungen der Unternehmen können durch Assoziierung als sinnvoller Beitrag zu einer gesamtgesellschaftlichen Lebensform erfahrbar werden.

Durch assoziative Urteilsbildung erhält der einzelne erst die Möglichkeit, auch auf dem wirtschaftlichen Felde seine Menschenwürde herzustellen, nämlich aus Erkenntnis und sozialer Verantwortlichkeit auch im Markt selbstbestimmt zu handeln. Niemandes Erfahrung ist ersetzbar, weil sie ganz individuell entstanden ist. Nichts wird wichtiger im Zeitalter der computertechnischen Datenverarbeitung als die Rückgewinnung des Erfahrungselementes im Kontext einer sozialen Bewusstseins- und Urteilsbildung – schon im Markt und nicht erst nachträglich durch die Politik. Die politische Lösung kommt zu spät, ist in sich oft fehlerhaft und erzeugt auch weitere Probleme. Es sind die gleichen Menschen (Produ-

zenten und Verbraucher), die die Willensbildung in der Politik wie im Wirtschaftsleben bestimmen. Warum nicht gleich das Wirtschaften als einen aus individueller Freiheit und Zusammenschluss der verantwortlichen Akteure bewirkten *sozialen* Prozess erzeugen? Die ordnungspolitischen Grundlagen hierfür wären zu denken.

Literatur:

Bischoff, J. (2008): Globale Finanzkrise, Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue“ Fesselung des Kapitals. Hamburg

Herrmannstorfer, U. (1997): Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital. 3. erw. Aufl. Stuttgart

Heyder, U. (1994): Reformperspektiven für die Industriegesellschaft, Chur.

Köhler, W. (2009): Crash 2009. Die neue Weltwirtschaftskrise. Murnau a. Staffelsee

malte.fischer@wiwo.de (*Vernebelte Sinne*)
malte.fischer@wiwo.de, bert losse (Die Haushaltskrise pflanzt sich fort)

Shiller, R. J. (2008): Die Subprime Lösung. Wie wir in die Finanzkrise hineingeraten sind – und was wir jetzt tun sollten. Kulmbach

Storbeck, O. (2009): Die Jahrhundert-Krise. Über Finanzalchemisten, das Versagen der Notenbanken und John Maynard Keynes. Stuttgart

Thielemann,U./Ulrich, P. (2009): Standards guter Unternehmensführung. Bern

Wahl, P.(2009): Finanzmarktreform – von oben oder von unten? In: Thomas Sauer, u.a.: Das Casino schließen! Hamburg

WirtschaftsWoche, Nr. 29, 13.7.2009

Karsten D. Voigt

Vom jungen Sozialisten zum „elder statesman“

Willy Brandts Verhältnis zu den USA

Ich habe Willy Brandt seit 1969 bis zu seinem Tode persönlich gekannt und relativ häufig mit ihm über die Vereinigten Staaten und deren Politiker und Politik gesprochen und manchmal auch gestritten. Aber ich konnte mich natürlich in all diesen Jahren nie mit allen Aspekten seiner Beziehungen zu den USA beschäftigen. Deshalb ist die Vollenendung der 10-bändigen Berliner Ausgabe von Dokumenten Willy Brandts ein Anlass, seine hierin veröffentlichten Texte sorgfältiger, als ich es sonst wohl getan hätte, durchzuarbeiten. Außerdem hat die in diesem Jahr erschienene 564 Seiten lange Arbeit von Judith Michel über „Willy Brandts Amerikabild und –politik 1933-1982“ meinen Horizont wesentlich erweitert und meine Erinnerungen ergänzt und im Einzelfall auch korrigiert.

Judith Michel schreibt einleitend, dass sich das Bild Willy Brandts von den USA im Laufe der Jahre mehrfach geändert hat. Dies ist keineswegs erstaunlich. Aber es muss hinzu gefügt werden: Auch die USA und ihre Rolle für Willy Brandts Politik haben sich im Laufe der Jahrzehnte mehrfach gewandelt. Ich kann diese Prozesse aus eigener Erfahrung sehr gut nachvollziehen: Während des Vietnam-Krieges fiel mein Urteil über die Politik der USA überwiegend

negativ aus, während der Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands dagegen überwiegend positiv.

Es macht auch einen großen Unterschied, ob ein junger Sozialist, wie Willy Brandt, in den Dreißigern und ich in Sechzigern die USA am Maßstab der eigenen Strebens nach der Verwirklichung des Demokratischen Sozialismus misst oder ob er – wie Willy Brandt seit seinen frühen Berliner Jahren in den Vierzigern oder ich seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag in den Siebzigern die USA zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Interessen Deutschlands und Berlins sieht und aufgrund seiner Funktion auch sehen muss.

Willy Brandt schrieb während des Zweiten Weltkrieges und auch noch in der ersten Zeit danach Berichte an die US-Botschaft in Stockholm und zumindest indirekt auch an das OSS, den Vorgänger des heutigen CIA. Das war für ihn – wie für andere Gegner des Nationalsozialismus unter den deutschen Emigranten – Ausdruck seines Interesses an einem demokratischen Nachkriegsdeutschland. Sein Wille zur Zusammenarbeit schloss damals, wie auch später, nie eine kritische Beurteilung der USA aus, wenn deren Politik seinen eigenen Überzeugungen widersprach. Deshalb bestand für den jungen Willy

Brandt, ebenso wie für mich in meiner Jugend, immer ein Spannungsverhältnis zwischen dem Lob der Demokratie und Freiheit in den Vereinigten Staaten und die gleichzeitige Kritik an den negativen Auswirkungen des amerikanischen Kapitalismus.

Diese Ambivalenz endete mit dem Beginn des Kalten Krieges. An ihre Stelle trat eine eindeutige außenpolitische Parteinahme für die USA und den Westen insgesamt. Dies war eine Schlussfolgerung, die er – wie die Mehrheit aller sozialdemokratischen Parteien in West-Europa – aus der Politik der Sowjetunion gegenüber Mittel- und Osteuropa zog. Richard Löwenthal hat sie 1977 im Vorwort zu seinem ursprünglich 1947 unter dem Pseudonym „Paul Sering“ erschienen Buches „Jenseits des Kapitalismus“ so beschrieben: „Die Behauptung der Selbständigkeit und ihrer Zukunftschancen war nicht als dritte Kraft, sondern nur als linker Flügel einer von den Vereinigten Staaten geführten Gegenfront des Westens möglich.“

Als Willy Brandt 1954 zum ersten Male in die USA reiste, galt er bereits als pro-amerikanischer als andere sozialdemokratische Außenpolitiker. Das bedeutete nicht, dass sein Interesse an den kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb der USA mit der Übernahme von außenpolitisch relevanten Funktionen schwand. Aber es besaß für ihn – wie für andere deutschen Politiker während des Kalten Krieges – die Rolle der USA für die Sicherheit Berlins, der Bundesrepublik und des westlichen Teils Europas Vorrang vor dem Interesse an gesellschaftspolitischen Entwick-

lungen innerhalb der Vereinigten Staaten. Dies führte dann dazu, dass Willy Brandt sich später als Regierender Bürgermeister von Berlin nicht kritisch zur Vietnam-Politik der USA äußerte. Dies enttäuschte damals große Teile meiner Generation und auch mich persönlich.

Andererseits hat Willy Brandt nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler als Präsident der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Afrika und Lateinamerika häufig schärfer kritisiert als ich es als außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO tat. Ich selber habe damals in seinem Auftrag in Washington, Mexiko, Nicaragua und im Vatikan für sein Konzept einer friedlichen Lösung der Konflikte in El Salvador und Nicaragua geworben. Er hat gelegentlich auch die Sicherheitspolitik der Sowjetunion während der Breschnew-Ära etwas weniger skeptisch als ich gesehen. Begleitet wurde diese leichte Veränderung der politischen Perspektive durch einen äußerst kritischen Blick auf die Reagan-Administration und deren Politik.

Die Reagan-Administration machte aus ihrer ideologischen Ablehnung der Sozialistischen Internationale keinerlei Geheimnis. Als 1980 anlässlich einer noch während der Carter-Administration geplanten Konferenz über „Eurosocijalism and America“ führende europäische Sozialdemokraten, darunter mehrere Regierungschefs, nach Washington kamen, wurden sie mit Missachtung abgestraft. Ich hatte damals die

SPD im Vorbereitungskomitee der Konferenz vertreten. Mein Eindruck war, dass nach dieser Konferenz der Blick Willy Brandts auf die Reagan-Administration und deren Politik noch kritischer als vorher wurde. Hinzu kam, dass Willy Brandt anders als in Washington in Moskau und den anderen Hauptstätten in Osteuropa als Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wurde wie dem Chef einer Regierung.

Zwischen der Konfettiparade, mit der die New Yorker am 10. Februar 1959 Willy Brandt auf dem Broadway begrüßten, und seiner Missachtung durch die Reagan-Administration im Jahre 1980 scheinen Welten zu liegen. Als Regierender Bürgermeister von Berlin und während der Präsidentschaft von Kennedy schienen seine Beziehungen zu den USA zuweilen enger und freundschaftlicher zu sein als die des Bundeskanzler Adenauers. 1983 dagegen, als Willy Brandt in Bonn auf der Kundgebung der Friedensbewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckwaffen sprach, wurde ihm in den USA und von Konservativen in Deutschland vorgeworfen, seine Kritik an der Politik der damaligen US-Regierung sei Ausdruck von Anti-Amerikanismus

In beiden Fällen aber ging es ihm um das Gleiche: Die Wahrnehmung deutscher Interessen. Das war sein Maßstab, an denen er als Regierender Bürgermeister von Berlin wie auch als Parteivorsitzender der SPD die jeweiligen amerikanischen Administrationen und ihre Politik maß. Während der Berlin-Krisen und auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges sah Willy Brandt

die Unterstützung durch die amerikanische Politik als unverzichtbare Voraussetzung für den Erhalt der Sicherheit und der Freiheit West-Berlins an. Zur Zeit des Baus der Berliner Mauer hat er von der Kennedy-Administration eine schärfere Reaktion gegenüber der Sowjetunion gewünscht. Für mich selber sind seine entschiedene Haltung beim Mauerbau, sowie die Anfänge seiner entspannungspolitischen Konzeption wichtige Gründe für meinen Eintritt in die SPD im Jahre 1962 gewesen. 1983 hingegen verband sich für ihn mit der Politik der Reagan-Administration die Gefahr, dass die Errungenschaften der Entspannungspolitik für Berlin und die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands gefährdet werden könnten. Deshalb kritisierte er – wie die SPD insgesamt – die aus seiner Sicht zu konfrontative Politik der USA. Dass Willy Brandt wegen dieser konsequenten Vertretung Berliner und deutscher Interessen von Henry Kissinger als „nationalistisch“ angesehen wurde, entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Henry Kissinger nämlich ist stets stolz darauf gewesen, Zeit seines Lebens amerikanische Interessen möglichst realistisch ohne zu viel Idealismus zu verteidigen.

Obwohl Willy Brandt als junger Sozialist und auch später als Parteivorsitzender sicherlich eine größere Nähe zu den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Demokraten als denen der Republikaner empfand, pflegte er als Regierender Bürgermeister von Berlin und später auch als Bundeskanzler auch die Beziehung zu liberaleren Republikanern. So negativ seine Einschätzung der Reagan-Administration war, so positiv beurteil-

te er die Rolle der Administration von George Bush während am Ende des Kalten Krieges und während des deutschen Einigungsprozesses. Hatte Willy Brandt während der Reagan-Jahre die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit nachdrücklich unterstützt, so vertraute er 1989/90 den USA mehr als den deutschen Nachbarn, insbesondere Großbritannien und Frankreich.

Aus den letzten Lebensjahren Willy Brandts stammen zahlreiche positive Äußerungen über die USA und ihre Politik. Sie waren Teil seiner Hoffnungen, dass durch die Politik Washingtons unter Bush und Moskaus unter Gorbatschow, von konstruktiven Politikern in Westeuropas und demokratische Reformen außerhalb und innerhalb der kommunistischen Parteien Osteuropas der Ost-West-Konflikt und die Spaltung nicht nur Deutschlands sondern auch Europas insgesamt überwunden werden könnte.

Aber auch in den Jahren, in denen seine Kritik an der Politik der USA im Vordergrund stand, verstand Willy Brandt sich stets als Teil der freiheitlichen demokratischen Tradition des Westens und damit auch der USA. Mit dieser Grundhaltung verkörperte Willy Brandt bei aller Individualität seines Lebensweges und seiner Persönlichkeit die politischen Traditionen der SPD, die nach ihrer Gründung im 19. Jahrhundert und während der Zeit der Weimarer Republik von der extremen Rechten und den Kommunisten als pro-amerikanische Partei kritisiert wurde. Für einen der Gründungsväter der SPD, Wilhelm

Liebknecht, war Amerika das freieste Land der Welt. Am Ende des Ersten Weltkrieges hegte die SPD große Erwartungen in Bezug auf das amerikanische Engagement in Europa und die Rolle Woodrow Wilsons. Diese Erwartungen wurden allerdings im erheblichen Maße enttäuscht. Trotzdem dominierten in der SPD weiterhin die pro-amerikanischen Tendenzen. Gleichzeitig aber existierten innerhalb der SPD immer auch Vorbehalte, wenn die USA als Vormacht des Kapitalismus agierte. Dieses kritische Element in einem prinzipiell positiven Amerika-Bild bestand auch bei dem jungen Willy Brandt als er sich im skandinavischen Exil befand.

Ich bin mir sicher, dass bei aller Kritik im Einzelnen diese positive Grundhaltung gegenüber den USA auch bei der breiten Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland heute besteht. So dürfte es umgekehrt auch bei denjenigen sein, die sich als Freunde Deutschlands in den USA verstehen und die trotzdem deutsche Politik und deutsche Politiker immer wieder kritisieren. Andererseits ist auch klar: Die Wahl von Obama zum Präsidenten hat die Sympathien für die USA gerade auch unter Sozialdemokraten wachsen lassen. Wenn jetzt in den USA rechtspopulistische und radikal-konservative Strömungen wieder an Boden gewinnen, dann werden auch die kritischen Anfragen an die USA wieder zunehmen. Das ändert allerdings nichts an der strategischen Tatsache, dass auch dann die USA für Deutschland der wichtigste Partner außerhalb der Europäischen Union bleiben.

Hagen Weiler

Zwischenruf zum „Demokratischen Sozialismus“

Anmerkungen zur Debatte zwischen Horst Heimann und Franziska Drohse

Horst Heimanns (rhetorische?) Frage: „Wo bleibt der demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!“ (S. 111) hat eine (hoffentlich nur vorläufige?) „kurze Replik“ Franziska Drohse (S. 126–128) hervorgerufen. An beide Positionen richte ich (im Anschluss an meine Thesen zur „Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten zum gemeinsamen Wohl aller Menschen nach dem Ende des globalen Finanzkapitalismus“, in: *perspektiven* 2010, H. 1, S. 98–110) einige kritische Nachfragen – in der Hoffnung auf Antworten von beiden Seiten.²

Meine Nachfragen beziehen sich auf zwei (repräsentative?) Behauptungen Heimanns (S. 116, 125, 123):

1. Der „Linken“ fehlt „eine umfassende linke Alternative“ sowie „eine geschichtsmächtige Großtheorie“.
2. „... viel mehr und stärkere Indizien sprechen für das endgültige Aus dieser einst geschichtsmächtigen Idee“ (= „des demokratischen Sozialismus“).

1. Die „Großtheorie“ des Neo-Liberalismus

Nachdem Heimann keine Kriterien „einer linken Alternative“ sowie einer „geschichtsmächtigen Theorie“ *positiv* angedeutet hat, frage ich nach seinem (*negativen?*) Maßstab, wenn er (S. 125) schreibt: „Denn eine solche ‚Großtheorie‘ gibt es nur im linken Spektrum nicht. Dagegen hat im rechten Spektrum die ‚geschichtsmächtige (neoliberale) Großtheorie‘ seit rund drei Jahrzehnten die Welt nicht nur neu interpretiert, sondern auch erfolgreich verändert.“

Weder der Person Heimanns noch seiner Diskussion ist zu unterstellen, die Kriterien dieser (angeblich) „neuen Interpretation“ bzw. „erfolgreichen Veränderungen“ seien zynisch gemeint: Könnte Heimann – wissenschaftlich gerechtfertigt – an der (notwendigen) Ideologie dieser „neoliberalen Großtheorie“ zweifeln? Im Zuge der sog. Globalisierung, d.h. des freigesetzten Verkehrs von Kapital, Waren und Dienstleistungen über alle Grenzen hinweg kommt es zu dem Wettlauf nach unten zwischen den „alten“ Industrie- und den „neuen“ Entwicklungsländern um die niedrigsten Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen, um die geringsten Un-

1 Mein Zwischenruf bezieht sich auf die Debatte in den: *perspektiven ds*, 2010, H. 1, S. 111-128.

2 Aus Platzgründen kann ich hier selbstverständlich nur eine stichwortartige Übersichtsskizze zur Diskussion stellen bzw. auf meine Argumente in meiner letzten wissenschaftlichen Streitschrift (Berlin 2008) verweisen.

ternehmenssteuern und Löhne – ohne Kündigungsschutz.

Zwischen den Staaten werden die Kapitalertragssteuern angeglichen – auf dem niedrigsten Niveau. Börsen- und Devisenspekulationen (nicht zuletzt zur „Geldwäsche“) übertreffen die Umsätze aus (realen) Gütern und Dienstleistungen um das Zehnfache. Unternehmensfusionen und „feindliche Übernahmen“ liquidieren Millionen (regulärer) Vollzeit Arbeitsplätze, lassen die Börsenkurse von Großaktionären steigen wie die Provisionen ihrer Manager.

„Kreative Buchführungen“, „Steuer-gestaltungen“, „Verlustübertragungen“, Gewinnverschiebungen in sog. „Steuer-oasen“ lohnen sich für Großunternehmen.

Die prozentualen Zuwächse der Kapitalvermögen entsprechen den realen Kaufkraftverlusten von Arbeitern, nichtleitenden Angestellten und Beamten in den Industrieländern. Ein Drittel der Bevölkerung – ohne reguläre Vollzeit arbeit – „lebt von der Hand in den Mund“, kommt aus seinen Schulden nicht heraus.

Mehr als der Hälfte der (südlichen) Weltbevölkerung fehlt sauberes Trinkwasser, Grundnahrungsmittel, hygienische Wohnung und Kleidung, medizinische Versorgung, schulische Bildung, rechtsstaatliche Sicherheit für Leib und Leben.

Die staatlichen Ausgaben für Hochrüstungen (Stellvertreter-, Territorial- und „Bürgerkriege“), für oder gegen „terroristische“ Angriffe aus oder gegen völkerrechtswidrig okkupierte Regionen übertreffen alle Ausgaben für Entwicklungshilfen gegen Hunger und Elend,

Dürre und vermeidbare Krankheiten wiederum um mehr als das Zehnfache.

Die „Grauzonen“ zwischen der organisierten Kriminalität (des noch illegalen Waffen-, Drogen- und Menschenhandels) einerseits und der Vorteilsnahme und Korruption staatlicher Machthaber (nicht nur in den sog. Entwicklungsländern) sind nicht mehr rechtsstaatlich zu kontrollieren.

International koordinierte, technische und ökonomische Maßnahmen gegen die Überheizung der Atmosphäre und ihren Konsequenzen (= Wirbelstürme und Überschwemmungen, Vertrocknungen und Waldbrände, Überdüngung von Ackerböden, chemische Überlastung von Meeren und Seen) werden verhindert durch nationalstaatliche Protektionen heimischer Exportindustrien.

Die Überschuldungen der nationalen Haushalte, der Kranken-, Arbeitslosen- und Altersversicherungen übertreffen die Verbindlichkeiten aller Privathaushalte. Gewinner-Millionären stehen Verlierer-Milliarden gegenüber

Die Verteilungskämpfe um Märkte, Renditen und Profite, um publizistische und politische „Meinungsführerschaften“ eskalieren zu Wirtschaftskriegen zwischen Reichen und Armen, zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen, zwischen Experten (in den neuen „Wissenschaften“) und kulturellen „Analphabeten“ in den gesellschaftlichen „Subsystemen“ des „Unterschichten-Fernsehens“.

Die ökonomischen und ökologischen Grundlagen der demokratischen, sozialen und kulturellen Rechtsstaaten erodieren wie die (traditionellen) Ba-

lancen und Mäßigungen des traditionell konservativ-liberalen Besitz- und Bildungsbürgertums.

Weil (Territorial- und Stellvertreter-)Kriege, terroristische Angriffe, ökologische Zusammenbrüche und staatliche Zahlungsunfähigkeiten nicht mehr aufzuhalten sind, wird „Not kein Gebot mehr kennen“.

- Wer kann – politisch-ökonomisch belehrt – noch an dem (ersten?) Zusammenbruch dieses „globalen Finanzkapitalismus“ zweifeln, nachdem Billionen „fauler Wechsel“ platzten, Banken sich untereinander nicht mehr kreditierten und die Regierungen der westlichen Industrieländer als „ideelle Gesamtkapitalisten“ ihre Steuerzahler als Bürgen bis zum Doppelten ihrer bisherigen Staatsschulden einsetzen mussten?
- Wer kann – weiter auf dieser Grundlage – die Ohnmacht der Regierungs-Politiken bezweifeln, nachdem diese – zwei Jahre später – keine effektiven international Korrekturen und Kontrollen durchsetzen konnten oder wollten?

2. Der „Demokratische Sozialismus“ vor seinem „Aus“ – oder seinem (Neu-)Anfang?

- Wie könnten die Kriterien des „Demokratischen Sozialismus“ anders begriffen werden als in ihren Gegensätzen zu den Merkmalen des (oben skizzierten) „globalen Finanzkapitalismus“, d.h. seiner rücksichtslosen Konkurrenzen um die größten und schnellsten Gewinne – „kos-te es, was es wolle“ – und sei es die Zerstörung der natürlichen und kul-

turellen Überlebensgrundlagen der Menschheit?

- Wie könnten mit diesen Systemmechanismen friedliche Rechts- und Sozialstaaten kooperieren, die ihren Kindern eine Zukunft anvertrauen wollen – jenseits von Schulden und Waffen, Giften und Drogen?
- Eröffnen dazu nicht die noch weiter zu entwickelnden Wissenschaften und Techniken die Mittel, um alle Menschen mit den notwendigen Lebensmitteln und sozialen Diensten so versorgen zu können, dass niemand hungern und frieren, unnötig leiden und vorzeitig sterben müsste?
- Steht und fällt diese Ordnung von Produktion und Distribution nicht mit dem entsprechend egalitären Austausch gleicher Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen – nach den (interdependenten) Maßstäben der (allgemeinen) gleichen und solidarischen Freiheiten?
- Wie könnte – unter dieser Perspektive – die Theorie des „Demokratischen Sozialismus“ anders als historisch systematisierend entwickelt werden? (Aus Platzgründen kann ich hier selbstverständlich wie zum globalen Finanzkapitalismus nur einige Stationen der geschichtlichen Evolution des „Demokratischen Sozialismus“ andeuten, um die Fehler der (Mehrheits-)SPD zu beleuchten, die es m.E. radikal-konsequent zu überwinden gelte).

Zwar führten die Parolen „Liberté, Egalité, Fraternité“ zunächst nur zur politischen und rechtlichen Emanzipation des

(männlichen) „Besitz- und Bildungsbürgertums“ gegenüber den bisherigen Privilegien des Adels und des Klerus. Dennoch eröffneten sie (vor allem nach dem Ersten Weltkrieg) Gewerkschaften und Arbeiterparteien Gesetzgebungs-Mehrheiten, um diese Privilegien des Bürgertums zu verallgemeinern, nicht aber deren wirtschaftliche und soziale Vorrechte.

Umso wichtiger wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die verfassungsrechtlichen Vorgaben zum Wirtschafts- und Sozialstaat: Während die grundrechtlich *gleichen* Freiheiten vor den (nur so!) „*allgemeinen* Gesetzen“, bei Wahlen und Abstimmungen sowie beim Zugang zu allen öffentlichen Ämtern (u.a.) zu legal unveränderlichen Verfassungsgrundsätzen erklärt wurden, blieben deren (komplementäre) ökonomische und soziale (*Basis-*)Rechte für *alle* (arbeitsfähigen) Bürger noch unentschieden. In den Beratungen des Parlamentarischen Rates konnte die SPD ihr Programm des Demokratischen Sozialismus (in Art. 14, II; 15, I, 1; 20, I GG) nur als Möglichkeit für die Bundesgesetzgeber durchsetzen.

Umso zweifelhafter erscheint – ein Jahrzehnt danach – (im Godesberger Programm von 1959, erst recht in der ersten Großen Koalition von 1966 – 1969 und danach in der sozialliberalen Koalition mit der FDP bis 1982) die Aufgabe des „Demokratischen Sozialismus“ zugunsten der „sozialen Marktwirtschaft“ der CDU/CSU. Diese Strategie als sog. Volkspartei war jedoch nur solange durchzuhalten, wie auch die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen halten konnte, d.h. solange das Wirtschafts-

wachstum (relative) Vollbeschäftigung und Geldwert-Stabilität ermöglichte. Nach den steigenden Inflations- und Arbeitslosenraten entschied die FDP die ökonomische Machtfrage zugunsten ihrer neuen Koalition mit der CDU/CSU. 16 Jahre lang garantierte das „System Kohl“ die Umverteilung der Gewinne von den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und (nichtleitenden) Angestellten und Beamten zu den Vermögen der selbständigen (Kapital-)Anleger.

Dieser Prozess wurde fortgesetzt unter Kanzler Schröder. Dem „mainstream“ des „globalen Finanzkapitalismus“ entgegen kamen weiter die steuerliche Subventionierung der Hedgefonds und Private Equities, die Senkung der Kapitalertragssteuern und des Einkommenssteuer-Spitzensatzes.

Die anschließenden Hartz IV-Regelungen führten in der Hauptsache zu dem Verlust von fast einem Viertel der Mitglieder der SPD und der Hälfte ihrer früheren Wähler. In welcher (opportunen?) Konsequenz erscheinen danach die (allerdings untauglichen) Versuche, den Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ im neuen (Hamburger) Programm der SPD (2008) zu streichen?

3. Perspektive

Welche Lehren könnte und sollte die SPD sowohl aus dem Fiasko des globalen Finanzkapitalismus für ihren „Demokratischen Sozialismus“ ableiten? Zur Diskussion stehen m. E. vor allem zwei aufeinander aufbauende Einsichten:

- a) Die Leitidee des „Demokratischen Sozialismus“, den parlamentarischen Rechts- und Sozialstaat auch *wirtschaftsdemokratisch* („genossen-

- schaftlich“) zu begründen, konnte bisher historisch nicht erprobt werden, im Gegensatz sowohl zum
- „*globalen Finanzkapitalismus*“, (dessen „Früchte“ wir bereits hinreichend erkennen können), als auch zu den
 - *Pleiten* des ost- und mitteleuropäischen „Staatskapitalismus“ (Lenins, Stalins, Ulbrichts usw.). Deren Zentralverwaltungswirtschaften – unter den Diktaturen der Parteibürokratien (ohne parlamentarische Oppositionen, gewaltenteilige Gerichte, freie Gewerkschaften, Presse, Wissenschaften und Künste) konzentrierten sich auf Rüstungs- und Schwerindustrien sowie auf die Privilegien der sog. Nomenklaturen. Ohne die Mitbestimmung der Bevölkerung musste „der Wettlauf der Systeme“ verlorengehen.
- b) Gegenüber (noch orthodoxen) Marxisten ist zu bestehen auf der (nachhaltigen) Kritik des doppelten Irrtums von Karl Marx: Dieser verkannte (ironischerweise un-historisch und un-dialektisch!) sowohl
- die potentielle Fortschritts-Offenheit der bürgerlichen Freiheits- und Partizipationsrechte (hätte er nur sein Jurastudium zu Ende geführt!?), als auch
 - die *primäre* Notwendigkeit gleicher Entlohnung aller arbeitsfähigen Menschen. (Erst wenn die gleiche materielle und ideelle Interessiertheit am eigenen Wohl wie am Wohl aller anderen Menschen alle Privilegien aufhebt, kann sich der „Demokratische Sozialismus“ verwirklichen.) Hier gilt es, vor Gegnern und Freunden ohne Vorbehalte „Farbe zu bekennen“: Hätte der damalige Vorsitzende im Jahr 2000 einen außerordentlichen Parteitag einberufen, um die Delegierten vor die Entscheidung zu stellen:
 - Neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik oder Demokratischer Sozialismus?
 - Kanzler Schröder oder Parteivorsitzender Lafontaine, wäre eine „linke“ Opposition – außerhalb der SPD – überflüssig geworden.

Jan-Philipp Küppers

Anatomie politischer Destruktivität

Essay für eine gestalterische Politik

Wie schlecht ist es um die Politik bestellt, wenn es zeigender Worte bedarf, die auf jene in Vergessenheit geratene Bedeutung – die der Politik zugrunde liegt – hinweisen müssen. Die Politik als bestehendes Gesetz greift ins politische und gesellschaftliche Leben der Bürger ein, tangiert es, um gemeinsames Handeln zu regeln. Kurzum soll über die „Autorität des Gesetzes“ eine gesellschaftliche Norm abgeleitet werden. Dennoch und leider, ist jene Bedeutung von und über Politik in hohem Maße gesellschaftlich abgeflaut. Die politische Resignation der Masse wächst umgekehrt proportional zur Fähigkeit politischer Repräsentanten sich durchzusetzen und zu kommunizieren. Sorge bereitet, in wie weit politische Institutionen abgewertet sind und sich gesellschaftliche Belange konträr zu politischen entwickeln. Unruhige empirische Befunde suchen nach einem idealen¹ Politikertypus, in dessen Regentschaft Amt und Person in idealer Weise verschmolzen sind. Die aufkommende Frage, inwiefern institutionelle oder historische Besonderheiten einen bestimmten Politikertypus begünstigen, darf nur am Ideal eines Politikers beantwortet werden.

1 Ideal (gr.) Idealbild, Vorbild, nach dem jmd. strebt

Politik als guter Hirte

Wie Vertreter des Volkes ihre Aufgabe heute am Gemeinwesen verstehen, lässt sich auf allen politischen Ebenen, von der Kommune bis zum europäischen Institutionsgebilde, studieren und geht stets mit dem Verzicht an Führung und Kontrolle einher. Insbesondere in kriselnden Zeiten wie der heutigen, scheint eine Politik, die den verirrtten Schäfchen – ganz der gute Hirte – den rechten Weg aus der Misere weist, notwendiger denn je. Wenig verwunderlich also, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ein *Primat der Politik* einfordert. Nun ist ein Primat der Politik nicht frei von ökonomischen Entscheidungen, doch sollte es diese bestimmend zu einem nachhaltigen Gesellschaftsbild nutzen.

Diese Einforderung optimistischer Natur, nach der die politische Führung eine vorrangige Stellung über die Ökonomie erlangt, lief aus bisheriger Sicht eher schlecht als Recht. Bisher lief es so, dass der Staat sich aus der Marktwirtschaft raus hielt und dem „freien Spiel der Kräfte“ tunlichst freien Lauf ließ.

Die ewige Litanei „Weniger Staat ist besser für die Wirtschaft“ ist schon deswegen als Mogelpackung aufzudecken, weil das staatliche Grundverständnis eines „sozialen Rechtsstaats“ eingesteht, dass die soziale Marktwirtschaft doch

nicht so sozial ist, wie es der Anschein vorgibt zu sein.

Jedenfalls müsste Merkel von Wiederentdeckung sprechen, denn das Primat der exekutiven und legislativen Politik, stand seinen niederen und höheren Beamten de facto schon immer als durchsetzungsfähiges Dekret zur Verfügung. Doch weshalb wurde es bereitwillig an markthörige Apologeten – Primat der Ökonomie – abgetreten? Die politischen Macher sind nunmehr gewillt, ökonomische Unvernunft in einen politischen Ordnungsrahmen einzubetten und zerstörerisch wirkende Kapitalverkehrsfreiheit durch „Leitplanken“ beherrschbar zu machen. Nur, dass dieser Geistesblitz überfällig, schon längst hätte betrieben werden müssen!

Die Anatomie politischer Destruktivität lässt sich anhand von einem markanten Dilemma beschreiben: Die Wählergunst – die der Bundeskanzler außer Dienst, Helmut Schmidt, als einen der „schweren Geburtsfehler jeder Demokratie“ ansieht. Sie setzt Politiker unter eine öffentliche Erwartungshaltung, der sie gerecht werden möchten. In ihrer leidenden Notwendigkeit bei begrenzt zur Verfügung stehender Zeit, Handlungsentscheidungen zu treffen, wiegt dessen schöpferisches Ergebnis vertrauter Urteilskraft schwer. Im unbändigen Stolz wieder gewählt zu werden, hofieren sie ihre unruhigen Brotgeber, die Wähler, und veräußern ihre Ideale.

Der amerikanische Publizist Walter Lippmann² (1889–1974) erkann-

2 Lippmann, Walter (1957): PHILOSOPHIA PVBBLICA. Vom Geist des guten Staatswesens. München: Isar

te bereits 1955, dass Politiker in Regierungsämtern im Besonderen „für die Heftigkeit und Leidenschaft der Massengefühle sensibel sind“.

Kurzum fehlt es am Politiker-Typus mit Mut. Also jener bewundernswertesten aller Tugenden, die Ernest Hemingway als „Standhaftigkeit und Würde unter äußerem Druck“ definierte und eben jener Wählergunst zu widerstehen hat. Politiker müssen ihre standhafte Haltung einerseits gegenüber dem Wähler zeigen, dessen Vertrauen sie als gewählte Volksvertreter übertragen bekommen haben, und andererseits dem Ruf nach parteidisziplinärer Geschlossenheit nachkommen. Dabei wetteifern sie um wirtschaftlichen Sachverstand und Vorschlägen für die Rettung von Arbeitsplätzen. Die Frage drängt sich auf, wem Politiker mehr verpflichtet sind:

- dem parteiinternen Streben nach Einheit, Disziplin und abgeleitetem Erfolg?
- dem innigen Wunsch nach Popularität wiedergewählt zu werden? (Bei beiden Vorgaben sei an die „höfliche“ Steigerungsform „Freund, Feind, Parteifreund“ erinnert!)
- oder gemäß dem höchsten Prinzip politischen Handelns, der eigenen Unmündigkeit zu entkommen und couragiert anzuecken?

Ein innerer Konflikt tut sich auf, der durch äußeren Druck von Interessensgruppen und ihren nennenswerten Vorteilen (geldwerte Vorteile, Sachleistungen oder zusätzliche Zuwendungen erkaufte Sympathien) beeinflusst wird, die ihre sittlichen Handlungen chauffieren und oftmals auch motivieren.

Leidenschaft, Verantwortlichkeit und Augenmaß wiederentdecken!

Nach abermaliger Aufforderung hielt Weber 1919 vor Münchener Studenten seinen Vortrag zur „Politik als Beruf“³ der sich in die Vortragsreihe „Geistige Arbeit als Beruf“ einreihete. Sein Vortrag ähnelte nicht nur einer Charakterstudie über leitende („führende“) Politiker und „echte Beamte“, sondern zeigte auch die vom Spannungsfeld „leitender Tätigkeit“ (Politik) ausgehende Faszination und Gefahr. Demnach kamen Webers Berufspolitiker nicht am Gebiet ethischer Fragen vorbei. Nach Weber sind drei Qualitäten vornehmlich entscheidend für den Politiker: *Leidenschaft, Verantwortlichkeit und Augenmaß*. Nur wer im Besitz dieser Qualitäten sei, strahlt die „Stärke“ einer politischen „Persönlichkeit“ aus, so Weber weiter. Doch lassen sich diese drei Charaktereigenschaften auf heutige Politiker als Krisenmanager übertragen?

Heutige Politiker sprechen zwar mit leidenschaftlicher Hingabe von neuen Regelwerken für den Finanzsektor; auch reihen sie sich – in hitziger Leidenschaft – in den schmähenden Bürgerchor ein. Nur meinte Weber die heiße *Leidenschaft* im Sinne von kühlerer Sachlichkeit! Die zweite Qualität von Webers vollwertigem Berufspolitiker ist die angesprochene *Verantwortlichkeit*, die gepaart mit Sachlichkeit das Handeln erst entscheidet. Verantwortung bedeutet auch, für eigene oder fremde Handlungen und daraus entstehende Folgen, Rechenschaft abzulegen, also

aus eigenem Antrieb von seinen Ämtern zurück zutreten. Die unerwartet rasche Konsequenz der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, aus ihrem privaten Fehltritt, sorgte insbesondere aus Mangel an Erfahrung und rechtlicher Grundlage mit politischer Demission (!), für viel mediale Aufmerksamkeit. Während Bischöfin Käßmann die „notwendige Autorität im Amt“ beschädigt sah und umgehend zurücktrat, weisen Politiker – wohlgemerkt bei folgenreicherem Fehlverhalten – die Schuld oft hastig von sich: „Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen.“ Der politische Betrieb verhält sich gedämpft, wenn es darum geht, aus offenkundiger Pflichtvergessenheit (*dem Volke verpflichtet*) Konsequenzen abzuleiten.

Die dritte – nach Weber entscheidende – psychologische Qualität des Politikers ist das *Augenmaß*. Er definiert es als die Fähigkeit, „die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen“. Doch wenn Wahlkämpfe in Krisenzeiten ausgefochten werden, geben sich Politiker umso kämpferischer. Dabei vergessen sie vor glühender Leidenschaft (Wahlkampfretorik) sachlich kühl zu denken. Unter öffentlicher Erwartungshaltung, erweist sich das politische Augenmaß schnell als zu kurzichtig, nachhaltige Veränderungen in der Ferne klar zu erkennen. Dennoch sollte nicht der Eindruck entstehen, dass jene Interpretation von Verlust staatlicher Steuerungs- und Regulierungsfähigkeit ausschließlich auf die persönliche Eigenschaften des Politikers zurückzuführen ist, doch muss deutlich erklärt werden, mit welcher normativen

3 Weber, Max (1999): Politik als Beruf. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg

Schärfe politisches Deuten und Handeln gemessen werden soll. Weber definierte mit seinem politischen Idealtypus unerlässliche Charaktereigenschaften von führenden Politikern – früher, heute und zukünftig.

Mut zur Standhaftigkeit

Im politischen Betrieb kommt es im Besonderen auf die Standhaftigkeit von Politikern an. Auch wenn ein in der „verseuchten“ Politiklandschaft imperatives Mandat den Volksvertreter an den Wählerwillen bindet wird sich kategorisch für das unzulässige Bezirzen entschieden, nämlich nie dem Wähler zu widersprechen. Der politischen Richtschnur, „nur dem eigenen Gewissen unterworfen“ [GG, Artikel 38 (1)] zu handeln, wird gewissenhaft verdrängt. Gerade in kriselnden Zeiten werden politische Akteure von vielen Seiten, vornehmlich von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, der Gunst der Wählerschaft und nicht zuletzt dem eigenen Wohlwollen, beeinflusst.

John F. Kennedy (1917–1963) berichtet in seinem 1955 erstmals veröffentlichten Buch „Profiles in Courage“ (Zivilcourage)⁴ von amerikanischen Senatoren, die politischen Mut bekundet haben. „Die Politik schuf die Umstände, der Mut das Thema“. Darin schilderte er eindrucksvoll, wie Senatoren die Lustethik unterdrückten und in politischen Räumen mutig ihrem Gewissen gefolgt sind; mit scharfer Zunge ihre unabhängige Meinung kundtaten, klug den Ruf der Parteidisziplin zu überhören

4 Kennedy, John F. (1992): Zivilcourage. Düsseldorf: Econ Taschenbuch

und damit die Parteilinie zu durchbrechen. Dabei stellten sie stets ihre Prinzipien über ihre Laufbahn. Auch wenn Politiker im politischen Spektrum mit vermeintlicher Machtlosigkeit bestraft sind, haben sie doch die Möglichkeit, durch Einfluss auf das politische und intellektuelle Klima, an Macht zu gelangen. Kennedy schilderte die Politik als Arena von Mutproben, erkannte aber auch, dass mutige Politiker nicht immer Recht haben müssen.

Doch wie sieht es heute bei Krisenmanagern mit politischer Courage aus? Betrachtet man den politischen Raum näher, fällt einem eine betriebsame Kommunikation auf. Findet der Gedankenaustausch zwischen Politikern statt, scheint nichts Anrühiges dabei. Doch wenn Wirtschaftsgrößen im Kanzleramt ein- und ausgehen, die „Drehtür“ zum „Tag der offenen Kontrakte und Einflussnahmen“ einlädt, private Anwaltskanzleien den Politikern „Gesetztexte zur Überwindung von Krisen“ regelrecht diktieren und Entscheidungen ungeniert aus den Parlamenten wandern, kann man sich ausdenken, wie vielen Bewährungsproben und äußerem Druck sich Politiker tagtäglich ausgesetzt fühlen und wie weit die „sicheren Häfen politischer Stabilität und Ordnung“ im Meer des chaotischen Handelns noch entfernt sind.

Gestalterisches Vorrecht – jetzt!

Als werthaltiges Korrektiv für die aus der Dominanz des Geldes resultierende Krise, die bekanntlich neue Einstellungen und Ausrichtungen zulassen, sind aus dem „Mainstream“ politischer Korrektheit ausbrechende Querdenker,

mehr denn je gefragt.⁵ Couragierte Politiker bitte ans Steuer, die auch einmal einen Kurs mit – über Legislaturperioden hinaus – vorausschauenden kalkuliertem Risiko setzen. Geben wir politischen Entscheidungsträgern noch eine Scharmfrist. Aber sollte das politische Drama der Neuzeit auch weiterhin nur Bewegung vortäuschen, indem schneller als sonst auf der Stelle getreten wird, und die *Wahl zu Handeln* ungenutzt verstreicht, können Probleme aus Krisen derartige Ausmaße erreichen, dass ihre Lösungen politische, ja unser aller Fähigkeiten weit übersteigen!

Politik als Sphäre der Notwendigkeit ist in unserer Gesellschaft nicht als

Träger institutioneller Ordnungen unter vielen zu sehen, sondern vielmehr als „der Ordnungsrahmen“, indem alle funktionalen Teildisziplinen, wie Kultur⁶, Erziehung, Religion, Recht und Wirtschaft fungieren. Politik muss das *gestalterische Vorrecht* vor dem Markt eingeräumt werden, nicht zuletzt, weil es jeden Augenblick des Gemeinschaftslebens mitgestaltet. Die „Funktion der Krise“ bietet eine Möglichkeit. Jedoch bleibt der Anfang der Not die *ausbleibende Entdeckung von politischer Fähigkeit*, sich der Nachhaltigkeit fehlerfreundlich anzunähern!

5 Diejenigen, die sich jenseits des Mainstreams bewegten, wurden dabei meist nicht zu Außenseitern erklärt.

6 Gleichwohl Richard von Weizsäcker in seiner bekannten Sentenz anmerkt: „Kultur ist Politik. Kultur, verstanden als Lebensweise, ist vielleicht die glaubwürdigste, die beste Politik.“ Rudolph, Hermann (2010): Kultur ist Politik, In: DER TAGESSPIEGEL, Nr. 20585

Berichte und Rezensionen

Helga Grebing

Rezension zu:

Ilse Fischer (Hg.), Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90. Bonn (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) 2009. 420 Seiten, 36,00 €.

Die schnellen Geschichtsschreiber waren sich bald einig: die SPD war uneinig in die Einheit gegangen, sahen es doch die Genossen selbst so: Auf der Sitzung des SPD-Präsidiums am 4. Dezember 1989 stellte Herta Däubler-Gmelin reichlich lakonisch fest: „den einzigen Konsens, den es gegenwärtig zur Deutschlandpolitik gebe, sei die Tatsache der Uneinigkeit“. War es wirklich so, und blieb es so?

Ilse Fischer macht es sich nicht einfach, in ihrer Einleitung diese Fragen zu beantworten. Klar, es gab kontroverse Diskussionen über die Form, den Zeitpunkt und das Tempo der Einheit, aber die Einheit selbst war nie umstritten, und so suchte die SPD-Führung nach ihrem Modell als Alternative zu Kohls ‚fast um jeden Preis‘ Einheit: Sie wollte „die Einheit sozial gestalten“. Die von Fischer äußerst professionell zusammengestellten und in einer Einleitung differenziert kommentierten Dokumente zeigen ein hohes Niveau der Diskussionen, wie er in dieser Partei seit eh und je als Voraussetzung der Entscheidungsfindung üblich ist und so manches Mal

von fremden Beobachtern als Unfriedlichkeit untereinander verkannt wird.

Der „Nationalstaat“ „im alten Sinne“ hatte für die meisten Diskutanten seine Bedeutung längst verloren. Es gab Europa, und Europa war – wie Willy Brandt nicht nur einmal verlautete – der eigentliche Gegenstand des historischen Umbruchs, in dem man sich befand, und Deutschland ein wichtiger Teil davon. Das hieß aber auch, dass der Nationalstaat eben nicht die einzig mögliche Ableitung aus dem Grundgesetz sein musste. Anders stand es mit der „Nation“. Diese war für die meisten, wenn auch durchaus nicht für alle, wenn schon nicht ein quasi ‚heiliges Gut‘, so doch die Grundlage für das Recht auch der Deutschen auf Selbstbestimmung. Extreme Einstellungen blieben Unikate: Friedhelm Farthmann, einst Mitglied der Königsberger Burschenschaft Gothia zu Göttingen, definierte „die zentralen Gebiete der DDR“ als „Wiege des Deutschtums“, und die damalige Jusovorsitzende Susi Möbbeck wollte lieber von „Heimat“ denn von Nation sprechen. Die Begründungen für das Bestehen einer deutschen Nation enthielten allerdings auch keine aus der allgemeinen Diskussion herausragenden Elemente; so fehlte selbstverständlich nicht der Hinweis darauf, dass die Sozialdemokratie sich immer auch als „Teil der Nation“ verstanden habe, während andere sich auf die internationale Orien-

tierung der Sozialdemokratie beriefen – beides war ja richtig und keineswegs ein Widerspruch.

Die „Wiedervereinigung“ wollte keiner/keine: von Willy Brandt bis Gerhard Schröder nicht. Dem unterlagen zwei Begründungslinien. Jede auch nur vermeintliche Anknüpfung an den Nationalstaat von Bismarck bis Hitler und an das alte nationale Denken war obsolet, und: die beiden Staaten deutscher Nation, die nun vereinigt werden sollten, hatten nie zusammen gehört. Allerdings verlor die Epplersche Formel vom 17. Juni 1989 „Freiheit geht vor Einheit“, also der historische Schritt, der 1871 nicht erfolgte und danach erst recht nicht, zunehmend seine Wirkungskraft zugunsten der Einheit der Nation, die für alle Deutschen die Freiheit bringen sollte. Vorsichtig blieben alle: nur keine falschen historischen Analogien – die Sozialdemokraten hatten die Lektionen, die ihnen die Geschichte erteilt hatte, gelernt.

Vorsichtig blieben sie auch in der Annäherung an die Oppositionsgruppen in der DDR, relativ schnell aber bauten sie ihre wie unwillkürlich erscheinende Distanz gegenüber der SDP-Gründung ab, bestehen blieben ein hoher begründeter Grad an Ablehnung gegenüber der SED ohnehin, aber auch an Skepsis gegenüber den „guten Leuten“ in der DDR-Staatspartei. Peter von Oertzen meinte allerdings zu wissen, dass man die SED nicht außen vor lassen sollte, denn dort stecke noch „ein hohes Maß an Kompetenz“. Wie wir wissen wurden die „guten Leute“, dem Votum der SDP-Führung folgend, nicht in die SPD aufgenommen.

Darin kann man rückblickend einen Fehler sehen, aber dann war er, wie sich Hans-Jochen Vogel auf der Buchvorstellung ausdrückte: ein „unvermeidbarer“. Der Zusammenschluss der Gewerkschaften unter dem Dach des DGB mit der Konsequenz, dass es im neuen Gesamtdeutschland keine Gewerkschaften mit eindeutig sozialdemokratischer Mehrheit mehr gab, lässt manche Träume von einer durch Teile der SED verstärkten hegemonialen Rolle der Sozialdemokratie in den ostdeutschen Ländern blass erscheinen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es in der SPD-Führung reichlich, auch wechselhaft bei einzelnen Personen – wie hätte es anders auch sein können bei einem Tempo der Veränderungen, bei dem den politischen Akteuren die Worte bereits im Mund veralteten. Da war es fast ein Glücksfall, dass es einen gegeben hat, der unermüdlich Brücken baute, Konsensformeln fand und meinungsbildend zu wirken vermochte: den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, der sich insbesondere bei den Bemühungen, Oskar Lafontaine einigermaßen auf der Linie zu halten, nach eigenen Worten „an der Grenze seiner Selbstachtung“ bewegte.

Denn auf ‚Gegensatz‘ setzte eigentlich nur einer: Oskar Lafontaine. Auch er wollte nicht auf die Einheit verzichten, aber er betrachtete sie als einen langfristigen Prozess der gesellschaftlichen Einheit als Voraussetzung der staatlichen. Als dies keine Realisierungschance fand, als nämlich ‚das Volk‘ in einem friedlich verlaufenden revolutionären Vorgang ‚ein Volk‘ werden wollte, versuchte er als Kanzlerkandidat der

SPD mit taktischen Finessen, konfrontativ und spektakulär die Richtung, die sich nicht mehr verändern ließ, immer noch in seinem Sinne zu bestimmen. Erhard Eppler musste ihn schließlich davor warnen, etwa „einen Wahlkampf gegen Kohl zu führen, in dem Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und führende andere Vertreter der Partei nicht voll hinter ihm stehen könnten“.

Kohl aber zog an der SPD vorbei (beinahe wie einst Bismarck), und der SPD blieb – von dem einen Volk kaum wahrgenommen – die wichtige Aufgabe, die Einheit so weit wie möglich sozial zu gestalten „und vor allem die Arbeitslosigkeit für die Menschen in der DDR so gering wie möglich zu halten“, wie Ilse Fischer überzeugend formuliert. Uneins? Nein, denn einig waren sich die führenden Sozialdemokraten im Grundsatz, dass „Einheit für Freiheit“ zu stehen habe und eben nicht, wie schon einmal in der deutschen Geschichte, „Einheit anstelle von Freiheit“. Das war keineswegs eine Generationsfrage allein, auch keine allein des Standpunktes rechts oder links oder in der Mitte der Partei. Schon eher spielten eine Rolle die Grundorientierungen: national oder etatistisch oder beides oder demokratisch-freiheitlich; unterschiedlich war auch die Wahrnehmung der Bedeutung, die die Verantwortlichkeit für Kriege und Völkermorde hatte. Alle sahen sich schließlich in die Pflicht genommen als moderne Verfassungspatrioten; es gab nicht den Wunsch nach der Komplettierung des verkürzten nationalen Daseins, was die leichte und seichte Konsensformel für die Konservativen war. Die SPD hatte ihre eigene

Konsensformel gefunden: durch Einheit zur gemeinsamen Freiheit in einer europäischen demokratischen Bürgergesellschaft zusammen zu wachsen

Klaus Faber

Hermann Scheer (1944–2010) – ein unangepasster Politiker. Energiewende, Solardemokratie und Bürgerbewegungen

Am 14. Oktober 2010 ist Hermann Scheer in Berlin an Herzversagen gestorben. Er wurde 66 Jahre alt. Hermann Scheer war Gründungsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, in deren Auftrag diese Zeitschrift – *perspektivends* – herausgegeben wird.

Von 1967 bis 1972 studierte Hermann Scheer in Heidelberg und Berlin Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Er war während des Studiums in der studentischen Politik aktiv tätig – zum Beispiel als Mitgründer des Sozialdemokratischen Hochschulbunds Heidelberg und als Präsident des Heidelberger Studentenparlaments in der Zeit des „Heidelberger Winters“ 1968/69. Von 1972 bis 1976 war Scheer wissenschaftlicher Assistent an der Universität Stuttgart. Von 1976 bis 1980 war er im Kernforschungszentrum Karlsruhe im Bereich Systemanalyse tätig. Die Promotion in Berlin erfolgte 1979 mit der Arbeit „Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie“.

Hermann Scheer trat 1965 in die SPD ein. Er wurde 1973 zum Landesvorsitzenden der Jusos in Baden-Württemberg und 1974 zum stellvertretenden

Bundesvorsitzenden der Jusos gewählt. Er war Anhänger der reformsozialistischen Strömung. Scheer war als Abgeordneter für den Wahlkreis Waiblingen seit 1980 Mitglied des Bundestags. Von 1993 bis 2009 gehörte er dem SPD-Bundesvorstand an.

Seit den Heidelberger Studienzeiten war ich mit Hermann Scheer befreundet. Wir hatten in vielen Fragen ähnliche politische Auffassungen, aber nicht in allen. Das hat das Gespräch nicht behindert, sondern interessanter gemacht.

Überregional bekannt geworden ist Hermann Scheer vor allem durch sein Engagement für eine andere Energiepolitik, für eine „Energiewende“, und für die Nutzung erneuerbarer Energien. Für dieses Engagement erhielt er internationale Anerkennung und zahlreiche Auszeichnungen, darunter 1998 den Welt-solarpreis und 1999 den Alternativen Nobelpreis. Hermann Scheer war Mitgründer und Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (Eurosolar; Eurosolar-Geschäftsführerin ist seit der Gründung 1988 seine Frau Irm Scheer-Pontenagel) und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien. Sein letztes Buch, das wenige Tage vor seinem Tod erschien, trägt den Titel „Der energet(h)ische Imperativ“. Er hat es seiner sechsjährigen Enkelin Lilli Scheer gewidmet.

Zu seinen politischen Erfolgen gehören das Stromeinspeisegesetz für erneuerbare Energien (1991), eine Änderung des Bundesbaugesetzes zur Privilegierung erneuerbarer Energien (1996), das 100.000-Dächer-Programm (1999), das Erneuerbare-Energien-Gesetz (2000)

und die Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency – IRENA, gegründet 2009 in Bonn). Am Gelingen dieser Initiativen, die gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden mussten, hatte Scheer maßgeblichen Anteil.

Hermann Scheers umwelt- und energiepolitische Positionen sind häufig mit nicht immer freundlich gemeinten Etikettierungen wie „visionär“ oder „radikal“ beschrieben worden. Auch die auf ihn persönlich bezogenen Titel wie „Sonnenkönig“ oder „Sonnengott“ enthielten kritische bis unfreundliche Konnotationen. Die Anzahl seiner politischen Freunde im Kreis der Wirtschaftspolitiker und insbesondere in demjenigen der Wirtschaftsminister, die meist eher den Auffassungen von Stromgroßproduzenten zuneigten, hielt sich in Grenzen.

Scheer geht in seinen Grundpositionen davon aus, dass die Energieversorgung durch fossile Brennstoffe aufgegeben und durch erneuerbare Energien ersetzt werden sollte. Vor allem wenn man die Zeitdimensionen auf mittel- und langfristige Perspektiven erweitert, stimmen ihm darin inzwischen im Grundsatz viele zu. Der Streit wird zurzeit insbesondere um die Frage geführt, ob, wann und in welchem Umfang die erneuerbaren Energien die fossilen Energieträger ablösen können. Zustimmung gibt es, wenn auch vielleicht in etwas geringerem Umfang, der aber in Deutschland immer noch die Mehrheit umfasst, auch für Scheers Ablehnung der Atomenergie. Dieser Energieform fehle, so Hermann Scheer, die

„Fehlerfreundlichkeit“, was etwa in der Tschernobyl-Katastrophe oder auch in der Gefahr eines Atomterrorismus sichtbar werde. Zu den damit beschriebenen Problemen gehört auch die Proliferationsgefahr, vor allem durch Export atomarer Potenziale, die z. B. aktuell im Iran-Fall zu erkennen ist.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat Hermann Scheer seit langer Zeit auf dezentral, in kleineren Einheiten erzeugte Energie gesetzt, was als Lösungsansatz, so seine Position, auch demokratiepolitische Vorteile aufweise („Solardemokratie“). Er verwies dabei unter anderem auf die Möglichkeiten photovoltaischer oder solarthermischer Stromerzeugung oder auch auf Windkraftanlagen und die Nutzung von Biomasse. Der dezentrale Ansatz war für ihn ebenso im internationalen Bereich der richtige Weg. Hochkomplexen, über Länder- und Kontinentgrenzen hinaus reichenden Großprojekten (etwa dem Wüstenstromprojekt Desertec) stand er skeptisch gegenüber. Andererseits war für ihn die internationale Abstimmung in der neuen IRENA-Einrichtung wichtig, für die er sich von Anfang an eingesetzt hatte. Scheer schlägt in seinem eben erschienenen, letzten Buch zudem die Einrichtung einer internationalen Postgraduierten-Universität für erneuerbare Energien (als Fern-Universität) vor. Den bislang von IRENA beschrittenen Weg kommentiert er dabei mit kritischen Anregungen, die sich auf das nach seiner Auffassung zu enge Verhältnis zu den Regierungen der Gründerstaaten beziehen.

Hermann Scheer hat sich nicht nur in energie- und umweltpolitischen Fra-

gen engagiert. Er war, wie dies in Nachruf-Beiträgen zu Recht betont wird, auch ein „politischer Generalist“. Die jetzt in der Medienwahrnehmung wieder aktuelle Fragestellung zur Entwicklung der Parteiendemokratie und zu ihrem Verhältnis zu Bürgerbewegungen hat ihn bereits in seiner Promotionsarbeit beschäftigt. Er hat in den 1980er Jahren die Problematik der atomaren Bewaffnung, die neuerdings auch Obama anspricht, in einem Buch aufgenommen. Er hat frühzeitig Tendenzen, auch in der eigenen Partei, kritisiert, die noch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre von einer nahezu unabsehbar langen Dauer der Ost-West-Teilung in Europa und in Deutschland ausgingen, und für die Vertreter solcher Positionen die Qualifikation „Metternich von links“ verwandt. Neue Gefahren nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts, die mit dem Verhältnis von westlicher und islamisch geprägter Welt zusammenhängen, hat er bereits in der Wendezeit um 1990 in Beiträgen thematisiert, ohne dabei einer Dramatisierung à la Huntington das Wort zu reden.

Hermann Scheer hat sich bei der Wahl zwischen der Loyalität zur eigenen Parteiführung oder auch zu einem sozialdemokratischen Bundeskanzler und eigenen Grundsatzpositionen häufig für letztere entschieden. Das galt etwa für seine Ablehnung der Kosovo-Intervention der Nato, für die Gerhard Schröder und Joschka Fischer 1998 intensiv geworben und sich dabei am Ende auch im Parlament durchgesetzt hatten – mit Zustimmung des damaligen Finanzministers und Bundestagsabgeordneten Oskar Lafontaine. Scheers Nein war für

manche ein Anlass, seinen Ausschluss aus der SPD zu fordern. Auch sein Verhältnis zu Joschka Fischer wurde dadurch belastet. Die damit angesprochenen Loyalitäts- und Bündnisfragen führen, jenseits der Ausschlussforderung (wie viele müssten bei einem derartigen Maßstab ebenfalls ausgeschlossen werden?), zu einem nicht leicht und einfach zu lösenden Abwägungsproblem.

In der Sache gibt es aber im Rückblick durchaus einige kritische Aspekte der Kosovo-Intervention, nicht in erster Linie, so heute die Position der Linkspartei und Lafontaines, wegen der völkerrechtlichen Problematik, zu der es, wie in vielen Vergleichsfällen, unterschiedliche, im weitesten Sinne vertretbare Auffassungen gibt. Wer eine Intervention in innere Angelegenheiten eines Staates beabsichtigt, so die wohl gerechtfertigte Kritik, sollte aber nicht nur über den Anlass (hier: Menschenrechtsverletzungen) nachdenken, sondern auch den Rahmen für die verfolgten politischen Zielsetzungen festlegen, auch wegen der Präzedenzfallwirkungen. In Bosnien hat die Nato-Intervention die Maxime beachtet, zwar die Ausgliederung Bosniens aus dem jugoslawischen Staat, nicht aber die komplette Auflösung und Aufteilung Bosniens zu akzeptieren, eine Auflösung etwa durch den Anschluss der kroatischen und serbischen Teile an Kroatien und Serbien sowie durch die Gründung eines bosnisch-muslimischen Staates. Alle drei Gruppen werden nach der jetzt gefundenen Lösung für Bosnien in einem Staatsverband zusammengehalten, muslimische Bosnier und Kroaten dabei noch in einer besonderen, gemeinsamen Untergliederung.

Weshalb gelten für den Fall Kosovo ganz andere Maßstäbe? Gräueltat und Massaker hat es in Bosnien und im Kosovo gegeben. Russland beruft sich heute bei seinen Interventionen in Georgien mit einer gewissen Plausibilität auf den Kosovopräzedenzfall. Umgekehrt könnten sich z. B. Tschetschenen oder Kurden in der Türkei, Kashmiris oder Uiguren fragen, weshalb ihnen nicht die Nato beisteht, um ihre Sezessionsbestrebungen zu unterstützen. Diese und vergleichbare Fragen zum Ziel und zur Präzedenzfallwirkung hätten vor der Kosovo-Intervention geklärt und erklärt werden müssen.

Scheer war auch in anderen Fragen ein kritischer, unabhängiger Begleiter der SPD-Politik, etwa, um ein weiteres Beispiel anzuführen, im Streit um die Bahn-Privatisierung. Er war von der Privatisierungskonzeption nicht überzeugt, hatte am Ende aber einen SPD-internen Kompromiss mitgetragen.

Eine Chance zur Mitwirkung an der staatlichen Aufgabenwahrnehmung bot sich nach den hessischen Wahlen von 2008. Scheer sollte Minister für Wirtschaft und Umwelt werden und damit auf der Landesebene über umfassende Gestaltungsmöglichkeiten für die Umsetzung seiner politischen Konzeption, die auch im SPD-Landtagswahlprogramm verankert war, verfügen. Die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung ist allerdings am Widerstand von vier SPD-Landtagsabgeordneten und dann die SPD-Regierungsbildung überhaupt in den folgenden Landtagswahlen (2009) in Hessen gescheitert.

Der Tenor der Nachrufe, die Hermann Scheer in den Print- und anderen

Medien gewidmet wurden, ist von links bis rechts ganz überwiegend positiv – in der Würdigung seiner sachlichen Erfolge und auch der Person. Seine Unabhängigkeit und Unangepasstheit erhält jedenfalls posthum mediale Anerkennung.

Scheer hatte bei seinem Einstieg in die Politik, anders als viele andere, keinen politischen Mentor. Seine Bündnisysteme hat er zunächst überwiegend selbst aufgebaut. Das hatte Vor- und Nachteile. Die Unabhängigkeit der eigenen, öffentlich geäußerten Position konnte ohne Einbeziehung in viele einflussreiche, „fremdbestimmte“ Kooperationsnetze vielleicht besser gewahrt werden, vor allem wenn diese Netze so wenig für den von Scheer geforderten energiepolitischen Wandel aufgeschlossenen waren, wie dies Anfang der 1980er Jahre der Fall war. Ohne derartige Netze war es andererseits schwieriger, Sachpositionen durch- und umzusetzen. Vor allem die Chancen, bei der Besetzung von Exekutivämtern berücksichtigt zu werden, wurden ohne sie vermindert. Hermann Scheer hätte es aber nach Kompetenz und sachlichen Erfolgen durchaus verdient, in die Exekutivverantwortung einbezogen zu werden.

Wer in vielen Fragen unabhängige, vielleicht zudem unabgestimmte Meinungen vertritt und äußert, muss auch öffentliche Kritik ertragen. Andererseits sollten politische Formationen im eigenen Interesse über die Fähigkeit verfügen, Bedeutung und Funktion eines unangepassten Politikers wie Hermann Scheer zu erkennen und zu akzeptieren. Die Nachrufe auf Hermann Scheer geben einen Hinweis darauf, dass er in sei-

ner eigenen Partei im Rückblick nicht nur wegen seines energiepolitischen Engagements und der dort erbrachten Pionierleistungen Anerkennung gefunden hat.

Matthias Möhring-Hesse

Rezension zu:

Nahles, Andrea: Frau, gläubig, links. Was mir wichtig ist, München: Pattloch 2009, 238 Seiten, 16,95€

Zur sozialdemokratischen Programmatik schreibt die Generalsekretärin der SPD Andrea Nahles, übertitelt ihr Buch jedoch mit „Was *mir* wichtig ist“. Über die zweihundert Seiten hinweg gibt sie nur wenig von ihrem „Ich“ preis – und schreibt darüber, was ihrer SPD wichtig ist bzw. wichtig sein sollte. Für ihr öffentliches „Ich“ fallen dabei immerhin einige Brosamen ab, so sie die bekannten Images „links“ und „Frau“ um ein „gläubig“ ergänzt. So heißt es zumindest in der „Süddeutschen Zeitung“, einen Tag nach der öffentlichen Vorstellung des Buches, es sei geschrieben worden, weil die „mächtigste Frau der Sozialdemokraten ... genervt war ›von den Zuschreibungen anderer, diesen ewig falschen Assoziationsketten‹.“¹¹

Interessiert sich jemand für das „Ich“ der Andrea Nahles, für das, was ihr persönlich wichtig ist? Wenn ja, dann soll-

1 Amalia Heyer, Julia: Frau, gläubig, genervt, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.2009 [Online verfügbar: <http://www.sueddeutsche.de/politik/887/497195/text>, Zugriff am 12.05.2010].

te man sie oder ihn warnen: Mit wenigen Ausnahmen – etwa ihr Bericht über ein Palästina-Projekt der Jungsozialisten – sind die erzählten Geschichten banal, ihre persönlichen Erfahrungen allgemein – und verraten von der Person, von der in erster Person erzählt wird, wenig bis gar nichts. Bereits sprachlich verbirgt Andrea Nahles ihr „Ich“, denn sie schreibt durchgängig in der Sprache der routinierten Berufspolitikerin. Das Subjektive bricht sich so nicht die Bahn; es wird verborgen, in dem davon berichtet wird. Das heißt nicht, dass Andrea Nahles nicht authentisch ist; das heißt nicht einmal, dass Berufspolitikerinnen wie Andrea Nahles überhaupt authentisch sein sollen. Authentizität steht jedoch in diesem Buch nicht auf dem Spiel, da trotz des durchgängigen „Ich“ die Sprache nicht gesprochen wird, in der sich jemand als authentisch erweisen kann.²²

Interessanter dürfte das Buch für Beobachter der SPD sein. Über das „Was mir wichtig ist“ der mächtigsten und in Zukunft vielleicht noch mächtigeren Frau der SPD wollen sie mehr über die Zukunft der Partei erfahren, der sozialdemokratischen Programmatik von morgen im heutigen Entstehen zuschauen. Ihnen verspricht das eingeschobene „Ich“ das Neue vor Beschlusslage: „Ich“ bin nicht so wie die, die die

SPD in die Hartz-Reformen und damit in die Krise geführt haben; „ich“ bin die, die schon in den Zeiten der Agenda-Reformen dem Basta-Kanzler widersprochen hat; und „ich“ bin die, die die SPD aus dem Post-Hartz-Tief herausführt. Doch auch die Leserinnen und Leser mit programmatischen Interessen sollte man warnen: Neues bringt das öffentliche Nachdenken der Generalsekretärin nicht. Sie fängt ein, was man in der SPD gegenwärtig so denkt, wagt wenig – und dürfte selbst bei ihren kritischen Reflexionen der Agenda-Reformen nicht (mehr) aus der Reihe fallen. Sie sei, so heißt es auf dem Einband eine „nachdenkliche Politikerin“. Das wird so sein – und soll nicht bezweifelt werden.

In ihrer Programmarbeit spannt Andrea Nahles einen weiten Bogen: Sie überblickt die Programmgeschichte der SPD und hadert mit Hartz IV, dem „Kainsmal der SPD“. Sie plädiert für eine „Kultur des Zweifels“ und eine gesellschaftlich präzise SPD, die schneller als ihre Konkurrenz an öffentlichen Debatten lernen kann. Sie besteht auf der „Würde der Arbeit“, bestätigt die sozialdemokratische Option gesellschaftlicher Teilhabe über Erwerbsarbeit und sucht nach politischen Wegen, unter den Bedingungen der Globalisierung und veränderter Arbeitsbedingungen „gute Arbeit“ für alle durchzusetzen. Unter der Überschrift „Freiheit und Verantwortung“ legt sie ihre religiösen Wurzeln offen und plädiert für eine solidarische Gesellschaft, in der gleichermaßen freie Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Sie berichtet über ihr Versöhnungsgengagement in Israel und Palästina und entwickelt die

22 In „vorwaerts.de“ urteilt hingegen Susanne Leinemann: „Das Buch ›Frau gläubig links‹ ist dort stark, wo Andrea Nahles als Mensch hervortritt – als gläubige Katholikin, als Tochter eines Maurermeisters, als gelassene Nicht-Raucherin. Das ›Ich‹ ist die Stärke des Buches“ (Auf Genossenfang, online verfügbar: <http://www.vorwaerts.de/trackback/9347>, Zugriff am 12.05.2010).

Perspektive von „Good Global Governance“ als politische Ordnung unter Bedingungen der Globalisierung. Unter „Frauenzeiten“ plädiert sie für zeitpolitische Anstrengungen, damit die einzelnen die Verfügungsgewalt über ihre Zeit erlangen. Abschließend setzt sie auf einen „Generationenwechsel“ in der SPD: Ihre Generation soll politische Verantwortung übernehmen – und die „Achtundsechziger“ ins Altenteil schicken, die sozialdemokratischen Verstärkungen der Hartz-Reformen überwinden und die SPD als linke Volkspartei zu alten-neuen Ufern führen.

In diesem weiten Umfeld sucht sie die „gute Gesellschaft“ als „Kern des sozialdemokratischen Projekts“ auszuweisen – und schreibt an einem Papiert fort, das sie mit Jon Cruddas aus der Labour-Partei Anfang 2008 veröffentlicht hat.³³ Unterschiedliche Programmbausteine, vom Primat der Politik, über die Regulierung der Finanzmärkte und einer wachstumsförderlichen Wirtschaftspolitik bis hin zu einer gerechteren, weil die einzelnen fördernden Bildung will sie unter diesem Leitmotiv integrieren – und politisch puschen. Den Rezensenten kann sie mit vielen ihrer Vorschläge, nicht aber mit ihrem Leitmotiv überzeugen: Das Adjektiv »gut« hat bekanntlich unterschiedliche Bedeutungen, weswegen man klären müsste, in welcher Bedeutung man es nutzt, wenn man es denn zum programmatischen Hauptwort macht. Ein Messer ist gut, sofern man damit gut schneiden kann. Ein

entsprechendes „um zu“ wird man für Gesellschaften kaum angeben können, will man nicht auf einen (vom wem?) vorgegebenen Zweck von Gesellschaft abheben. „Gut“ kann man auch im Unterschied zu „gerecht“ ansprechen – und begibt sich dann auf den Pfad einer wieder mal aktuellen Debatten um die Grundlagen der Ethik. Dann wird mit „gut“ so etwas wie ein erfülltes Leben angesprochen, das aber kaum als politisches Ziel für die Ordnung gesellschaftlicher Zusammenhänge ausgegeben werden kann. „Gute Gesellschaft“ klärt nichts – und vielleicht deshalb diszipliniert es die Autorin auch nicht in ihrer Programmarbeit. Warum sie welche sozialdemokratische Essentiales unter das „Gute“ einsammelt, bleibt zumindest dem Rezensenten unbekannt.

Energisch widerspricht Andrea Nahles, dass die „gute Gesellschaft“ durch den Sozialstaat dominiert wird. Mit Beruf auf Peter Glotz besteht sie darauf, dass sozialdemokratische Politik mehr als Sozialpolitik zu sein und den „Hohlweg der Sozialpolitik“ zu meiden hat. Zugleich bekennt sie sich aber als „Sopo“, als Sozialpolitikerin, die in der Arbeits- und Sozialpolitik „eindeutig“ ihr Kerngeschäft hat. Zumal sie den Hartz-Reformen eine hohe Bedeutung für die Krise der SPD zurechnet, überrascht es den Rezensenten, dass sie in ihrem Programmangebot dem Sozialstaat zwar eine Rolle zuweist, aber für dessen Rolle kein profiliertes Bild zeichnet. Über vage Hinweise hinweg, dass die Zivilgesellschaft vermehrt Aufgaben der sozialen Sicherung und Fürsorge übernehmen, dazu aber sozialstaatlich in die Lage versetzt werden soll, bleibt der Sozialstaat

3 Online verfügbar unter: <http://www.social-europe.eu/wp-content/uploads/2009/12/good-societygerman.pdf>, Zugriff am 18.05.2010.

in ihrem Programm normativ unterbeleuchtet. Ähnliches gilt auch für das Projekt „guter Arbeit“, das sie zwar in ihrem Buch durchgängig anspricht, gleichwohl unbestimmt bleibt – und damit eine Unbestimmtheit auch des von ihr gelobten „Hamburger Programms“ wiederholt. Eine erneuerte SPD braucht vermutlich stärkere Ideen vom Sozialstaat und von der Erwerbsarbeit, um die sozialdemokratischen Versuche zum „aktivierenden Sozialstaat“ und zur „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ vergessen zu machen.

Dass sie „gläubig“ ist, ist Andrea Nahles „wichtig“; und wichtig ist ihr, dass wir das wissen. Da der Rezensent Theologe ist, hat er sich dafür interessiert, was Andrea Nahles *als* gläubige Politikerin oder *als* politisch engagierte Gläubige wichtig ist. Sie schreibt: „... ich bin immer beides: links und gläubig. Wenn man meine Biographie betrachtet, sogar eher in umgekehrter Reihenfolge: gläubig und links“. Andrea Nahles ist nämlich „katholisch erzogen und aufgewachsen“, gehörte zu den ersten Messdienerinnen in Weiler – und geht auch heute „regelmäßig in die Kirche“. Mit ihrer ökumenischen Jugendgruppe von einst trifft sie sich noch immer – und diese Treffen, geprägt durch große Menschenfreundlichkeit, sind ihr wie das Gebet und der Gottesdienst Ausgleich für die „täglichen politischen Auseinandersetzungen“. Um ihren Leserinnen und Lesern zu zeigen, dass sie gläubig ist, verweist sie also auf eine andere Praxis als die der sozialdemokratischen Berufspolitikerin. Was deren Praxis angeht, tritt sie für „eine klare Trennung von Politik, und Religion ein“, will sie „Politik für alle Menschen machen, ganz gleich,

welcher Religion sie angehören“. Lediglich im Grundsätzlichen macht sie ihr Gläubigsein auch für ihre Politik relevant: In „Gewissensfragen“ positioniert sie sich als Christin, wenn es um die Würde des Einzelnen geht, insbesondere um die Würde der Schwachen. Aus ihren „christlichen Einstellungen“ entstand ihr „Wertehintergrund“, der sie in die SPD führte, dort aber in Opposition zur „traditionell säkularen Linke“: Für ein erfülltes Leben spielen gesellschaftliche Bedingungen zwar eine erhebliche Rolle, weswegen ihr Politik wichtig ist. Aber „alleinentscheidend“ sind diese Bedingungen nicht, so es die Menschen – selbst in der bestmöglichen Gesellschaft – mit Leid, Krankheit und Tod zu tun haben. Die göttliche Kraft „hilft ... dort, wo Politik endet“; „... die Grundfragen des menschlichen Lebens lassen sich nicht durch Politik lösen“. Mit dieser Einstellung scheint Andrea Nahles in der SPD bestens aufgehoben zu sein, hat die genau diese Begrenztheit des Politischen in ihr „Godesberger Programm“ geschrieben. Vielleicht hätten Andrea Nahles jedoch neuere Politische Theologien Begriffe bieten können, „links“ und „gläubig“ stärker miteinander zu vermitteln, ohne deshalb „links“ aus dem „gläubig“ abzuleiten und Politik über religiöse Bekenntnisse zu betreiben. Es spricht gegen diese Theologien (und damit auch gegen den Rezensenten, der sich ihnen zurechnet), dass politisch engagierte Christinnen und Christen nicht sprachmächtiger über ihre „Politik aus dem Glauben“ (Ernst Michel/Walter Dirks) Auskunft geben können.

Autorinnen und Autoren

Leonhard Dobusch hat in Linz BWL und Jura studiert und an der Freien Universität Berlin promoviert, wo er derzeit – nach einem Postdoc-Stipendium des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung sowie einem Gastaufenthalt an der Stanford Law School – als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Management tätig ist.

Nikolas R. Dörr, Dipl.-Politologe, promoviert an der Universität Potsdam zur sicherheitspolitischen Bedeutung des Eurokommunismus. Veröffentlichung: *Kommunismus im Wandel*, Berlin 2006.

Klaus Faber, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam; Jura-Studium, Studium der Volkswirtschaft und orientalischer Sprachen; Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; Mitgründer und Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam.

Helga Grebing, Prof. Dr., geb. 1930, Dr., Prof. em. für Geschichte an den Universitäten Göttingen und Bochum, leitete bis 1995 das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Vorstandsmitglied der HDS. Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe von Willy Brandt. Veröffentli-

chungen u. a.: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007; *Willy Brandt. Der andere Deutsche*, München 2008; *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin 2008.

Siegfried Heimann, Dr., geb. 1939, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Berlin und Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand. Veröffentlichung: *Totalitarismuskritik von links*, Göttingen 2007.

Horst Heimann, Dr., geb. 1933, bis 1998 stellvertr. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg, Vorstandsmitglied der HDS. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur Theorie des Demokratischen Sozialismus. Veröffentlichung u.a.: *Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Bonn 1991.

Ulrich Heyder, Dr., geb. 1942, „Herder-Dozent“ an der „Fakultät für deutsche Ingenieurs- und Betriebswirtschafts-ausbildung der Technischen Universität Sofia (Bulgarien)“; früher: Professor für Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften an der TU Braunschweig. Vorstandsmitglied der HDS. Veröffentlichungen: *Das Land verändert? Rot-grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik*, Hamburg 2002. Zahlreiche Artikel zu Modernisierungsfragen in den Perspektiven ds.

Daniela Honigmann, MA, geb. 1976, Historikerin. Projektleiterin „Werkstatt Linke Lebensläufe“ beim August -Bebel-Institut in Berlin. Doktorandin zum Thema „*Der Dialog der SPD Berlin mit der SED in den achtziger Jahren*“

Nikolaus Kowall hat Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien studiert und leistet derzeit Auslandszivildienst in einem Heim für Straßenkinder in Buenos Aires. Ehemaliger Bundesvorsitzender der SPÖ-nahen „aktion kritischer schülerInnen“.

Jan-Philipp Küppers, geb. 1983, Dipl.-Sozialpädagoge, Student der Politikwissenschaft und Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Matthias Möhring-Hesse, Prof. Dr., geb. 1962, Professor für philosophische und theologische Grundlagen des sozialen Handelns an der Universität Vechta. Veröffentlichung u.a.: *Die demokratische Ordnung der Verteilung*. Eine Theorie der sozialen Gerechtigkeit Frankfurt/M. 2004. (Herausgeber) Streit um Gerechtigkeit Schwalbach 2008.

Christina Morina, PhD, geb. 1976, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Publikationen (Buch): *Legacies of Stalingrad: Remembering the Eastern Front in Germany after 1945* (erscheint 2011 bei Cambridge University Press). (Aufsatz): *Vernichtungskrieg, Kalter Krieg und politisches Gedächtnis: Zum Umgang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion im geteilten Deutschland* in: *Geschichte und*

Gesellschaft, 34 (2008), S. 252–291. Mitbegründerin des globalen und interdisziplinären Nachwuchsforschernetzwerkes *History of Societies and Socialisms*

Roland Popp, geb. 1955, Dipl.-Soziologe, Publizist und Lektor am „Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien“ an der Universität Bremen. Lt. Redakteur der *Perspektiven* ds. Arbeitsschwerpunkte sind Politische Theorie, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. In den *perspektiven* ds erschienen zuletzt *Achterbahn und Eiskanal* (Heft 02/2008) und *Hartz IV als (Nicht)-Wahlgrund für die SPD* (Heft 02/2009)

Richard Saage, Prof. i. d. R. Dr., geb. 1941, Prof. i. R. für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Veröffentlichungen u.a.: *Utopische Profile*, 4 Bände, Münster 2001–2003; *Demokratietheorien*. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Entwicklung, Wiesbaden 2005; *Faschismus*. Konzeptionen und historische Kontexte, Wiesbaden 2007; *Utopieforschung*, Bd. I und II, Münster 2008.

Klaus-Jürgen Scherer, Dr., geb. 1956, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie; Redakteur der „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HDS.

Turowski, Jan, Dr., geb. 1969, Politikwissenschaftler, Letzte Buchveröffentlichung: *Sozialdemokratische Reformdiskurse*, Wiesbaden 2010.

Autorinnen und Autoren

Karsten D. Voigt, geb. 1941, Studium der Geschichte, Germanistik, Skandinavistik. Von 1969 bis 1973 Vorsitzender der Jungsozialisten. Mitglied des SPD-Bundesvorstandes von 1984 bis 1995, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas von 1985 bis 1994. Zwischen 1976 und 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1977 bis 1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, deren Präsident er von 1994–1996 war. Von

1983 bis 1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Von Januar 1999 bis November 2009 übernahm er das Amt des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

Hagen Weiler, Dr., von 1973 bis 2005 am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen. Letzte Veröffentlichung: *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Münster 2008.